

Sammlung

**der forstwirtschaftlichen
Gesetze, Dekrete, Beschlüsse und Weisungen
des Kantons Wallis**

1803—1943

Forstdepartement

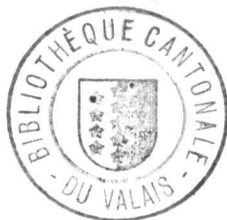


des Kantons Wallis

Sammlung

der forstwirtschaftlichen
Gesetze, Dekrete, Beschlüsse und Weisungen
des Kantons Wallis

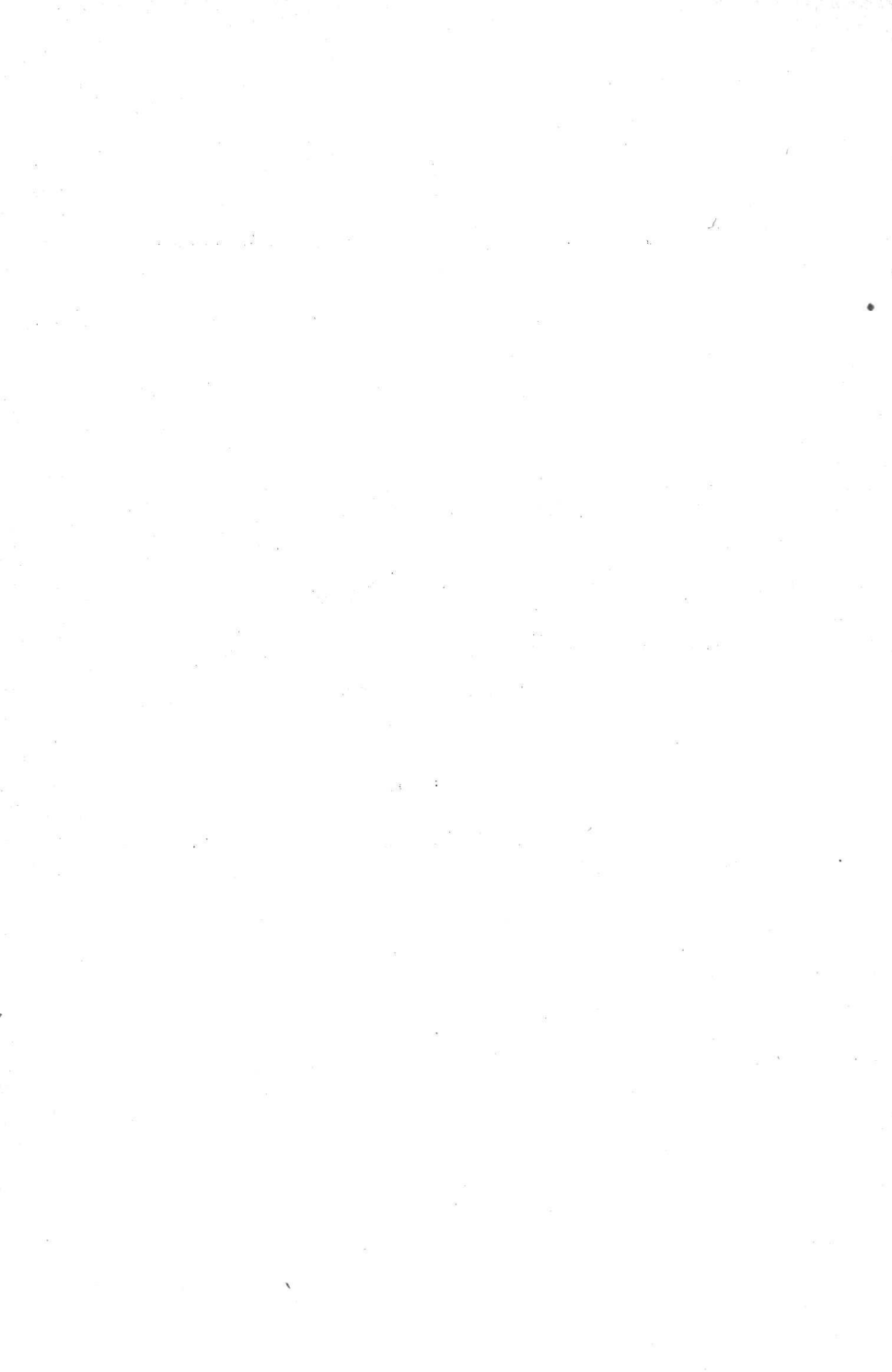
1803—1943



1944

Buchdruckerei Ischerregg, Tröndle & Co., Brig

TA 3653



Zum Nutzen der Forstwirtschaft und dem Forstpersonal, den Verwaltungen und allen weiteren Interessenten zu Diensten, wurden die Hfj. Kantonsforstinspektor Karl Albert Derrig und Departementssekretär Adolf Fux beauftragt, eine Sammlung der forstwirtschaftlichen Gesetze, Dekrete, Beschlüsse und Weisungen des Kantons Wallis vorzunehmen und in Druck zu geben.

Sitten, den 12. Januar 1944.

Der Vorsteher des Forstdepartementes:

Albano Fama.

Einleitung

Wenn auch die staatliche Forstgesetzgebung und kantonale Forstwirtschaft verhältnismäßig jung sind, haben die Walliser ihren Wäldern doch allzeit Hege und Pflege angedeihen lassen, wie das aus unzähligen Satzungen der Purenzünfte, Geteilschaften und anderer Korporationen, aus Ortsstatuten und Burgerreglementen leicht ersichtlich ist. Dies ist nicht nur auf den Umstand zurückzuführen, daß diese Gemeinwesen längst schon bestanden haben, ehe es einen Staat gegeben hat, sondern weil sie auch fast ausschließlich Eigentümer der Wälder waren, wie dies übrigens noch gegenwärtig der Fall ist, insofern nicht die seit der französischen Revolution entstandenen Municipalitäten ihre Erbschaft teilweise angetreten haben.

Bis zum Beginn der Helvetik, also bis 1798, haben diese Satzungen, Statuten und Reglemente sich durch all die Jahrhunderte hindurch erhalten, ohne daß daran grundsätzliche Änderungen vorgenommen worden wären.

Daß es sich bei den ursprünglichen Gemeinwesen um kleine Gebilde handelte, geht schon daraus hervor, daß vier Haushaltungen sich zu einer Purenzunft zusammenschließen konnten, woraus dann allerdings später die sogenannten Dorfgemeinde hervorgingen, ohne daß dabei aber der demokratisch-genossenschaftliche Charakter verloren gehen durfte. Kein gesetzlicher, sondern ein natürlicher Zwang hat dieses korporative Gemeinschaftswesen im Wallis in vermehrtem Maße als anderorts gefördert. Nach jenen ersten Schutz- und Trutzbündnissen der sich im Wallis niederlassenden Sippen gegen feindliche Sippen, wilde Tiere und feudale Ausbeuter, haben sich sowohl die Lehensbauern geistlicher oder weltlicher Herren wie auch die Freien in den abgelegenen Hochtälern zu Gemeinschaften auf wirtschaftlicher Grundlage zusammengeschlossen. Sie nannten diese Verbände „Purenzünfte“ oder „Gepurschaften“ oder auch Alp-, Berg- und Talschaften. Mit diesen Korporationen und Verbänden erstrebten die alten Walliser: Wohlfahrt in der Gemeinschaft und Ordnung in der Freiheit. Die ersten Gemeinschaften mit korporativem Charakter, woraus später

vielerorts die Burgerschaften und schließlich die Gemeinden herauswuchsen, waren Rotgemeinschaften und Realverbände, wie sie es eigentlich heute noch sind. Sie entstanden wegen der Ausführung, Aufsicht und Pflege „gemeiner Werke und Dinge“, womit gemeinnützige Zwecke erzielt und gewahrt werden sollten. Die Korporationen schufen und unterhielten Wasserfuhren, Wege, Alpstallungen, Sennhütten, Mühlen, Badöfen und anderes mehr. Sie setzten sich gegen die Wildwasser zur Wehr, begannen mit der Dämmung der Rhone und ihrer Zuflüsse. Sie ersaßen und erwarben, pflegten und nutzten Alpen, Allmenden und Wälder. Zu politischer Bedeutung gelangten die ursprünglichen Bauernzünfte erst durch die Entstehung der Burgerschaften oder Bürgergemeinden, welche seit der Helvetik zum Nachteil der allgemeinen Volkswohlfahrt ihre Bedeutung eingebüßt haben und von der modernen Gesetzgebung mehr und mehr benachteiligt werden.

Aus den vielen Stürmen sind zwar die Burgerschaften immer noch lebensfähig hervorgegangen, doch sind sie dazu verurteilt, ohne neuen Auftrieb weiterzuvegetieren und von der Tradition und ihrem Gemeinvermögen zu zehren, was tragisch genug ist und sich für sie selbst und die gesamte Volksgemeinschaft verhängnisvoll auswirken wird.

Wir gestatten uns, die von Dr. Werner Rämpfen in sein Buch „Ein Bürgerrechtsstreit im Wallis“ aufgenommene Mahnung, die im Großen Rat oftmals eindringlich ausgesprochen wurde, mit Nachdruck wiederzugeben: „Der rigorosen Gesetzgebung und ihrer strengen Handhabung gegenüber den Burgerschaften muß Einhalt geboten werden, ehe es zu spät ist! Der Bestand eines Gebildes steht in Gefahr, das wie kein zweites dazu ausersehen ist, den Menschen an Scholle und Vaterland zu binden. Dies hat die Burgerschaft bereits im letzten und erneut im gegenwärtigen Weltkrieg bewiesen.“

Was die Burgerschaften heute noch besonders hüten, sind ihre Wälder. Von den rund 100 000 Hektaren Wald des Wallis sind über 90 000 Hektaren Eigentum der Burgerschaften und Genossenschaften.

Gerade im Besitztum der Wälder sind diese korporativen Gemeinschaften am tiefsten verwurzelt; es ist ihre Herzwurzel, die sich in diese geheimen Gründe hineingesenkt und darin verankert hat. Und wo diese Herzwurzel fränkt, lockert sich die Schicksalsverbundenheit zum Nachteil der gesamten Volksgemeinschaft.

Das haben die alten Walliser sogar besser gewußt als ihre Nachfahren. Früh haben sie Statuten und Satzungen erlassen zum Nutzen der Wälder. Wenn auch viele dieser alten Schriften verloren gegangen sind im Laufe der Zeiten, so liegt in den Archiven des Landes doch noch manch wertvolles Pergament dieser Art. Wir erwähnen nur: die Bestimmungen der Bürgergemeinde St-Maurice über Nutzung von Wald und Weide von 1298; die Strafbestimmungen gegen unrechtfertigten Schlag und Verkauf von Holz der Bürgergemeinde Bürchen von 1345; das Statut von Leuf über Gemeindennutzung und Bannwälder von 1458; das Verbot des Holzfällens in Münster von 1468; die Bauernzunft über Wald- und Allmendpolizei von Visp von 1479; das Statut über Gemeinderechte an Alpen, Allmeien und Holzmeißen des Berges Töbel von 1483; die Bestimmungen von Turtmann über Waldnutzung von 1479; das Gemeindestatut von Greich, Verbot des Weidganges für Schmalvieh von 1525; die Waldsatzungen von Mörel von 1515 und die Statuten von Mühlebach zur Schirmung ihrer Güter und Wälder von 1592. Solche und andere Satzungen und Statuten wurden im Wandel der Zeiten vielfach erneuert und bekräftigt und bedurften nachträglich der Genehmigung durch den Landrat, welcher sich selbst jedoch mit der Forstgesetzgebung wenig beschäftigte, wenn wir vom Verbot des Lärchenanbohrers absehen wollen. Ein solches Verbot wurde erstmals im Jahre 1577 erlassen und im Mai-Landrat von 1614 folgendermaßen begründet:

„Wie dann zu glücklicher Gestalt auch das Lärchenbohren, welches denn ein schädliches Werk ist, das köstliche Holz der Lärchen zu verderben, erädern und synes Marks ersaugt werden, zu großem Schaden dieses Holzes, welches den äben, so lange wie es nicht geboret würd, als ein Mauren bestahn und wehren thuot. Den glück der Lärch ist, wan er noch syn marg oder lärtschin hatt, als der mentisch, wan er noch syn bluott hatt.“

Der Uebertreter soll in eine Strafe von 25 Pfund unfehlbar verfallen.

Mit Ausnahme des Erlasses eines Verbotes im Weihnachts-Landrat von 1662 wegen Holzfällens längs der Heerstraße und zwar zur Schonung derselben, hat der Landrat sich mit forstlichen Erlassen nicht mehr beschäftigt bis zum Jahre 1684, wo er dem Bezirkshauptmann

Iost Benetsch die Konzession zur Gewinnung von Lärchenharz übertrug und den Export desselben für alle andern verbot und mit einer Strafe belegte. Von da an befaßte sich der Landrat ausschließlich mit der jeweiligen Erneuerung oder Vergebung dieser Konzession, beauftragte die Zenden mit der Aufsicht und Verwaltung derselben und trug in seinen Abscheiden die jeweils eingehenden „Harzgelde“ ein, welche beispielsweise für das Jahr 1696 81 Pfund betragen haben. Auch Klagen über die Harz- oder „Terpentin“-Gewinnung haben in den Abscheiden ihren Niederschlag gefunden, so 1712, wo festgestellt wurde, daß die Wälder durch die Harzgewinnung an vielen Stellen Schaden leiden, da die angebohrten Bäume gefrevelt wurden. Bis ins Jahr 1795 läßt sich die Harzangelegenheit in den Landes-Abscheiden verfolgen.

So befaßte sich der Landrat mit der Waldwirtschaft nur soweit, als die Harzgewinnung damit verbunden war oder durch Holzschläge die Straßen gefährdet wurden. Gültige Forstgesetze wurden nie erlassen. Dieses Recht blieb den Bürgerchaften vorbehalten und den Zenden, welche letztere sich bis 1798 in jeder Beziehung selbst verwalteten.

Nach dem Einbruch der Franzosen erließ das Direktorium am 6. April 1799 ein Gesetz über die „Nationalwälder“, wonach alle darauf lastenden Servitute loskäuflig sein sollten. Zur Zeit der Restauration wurden aber diese und andere Bestimmungen wieder aufgegeben. Durch die französische Revolution hatte aber das Gesellschaftsleben und Staatswesen derart grundlegende Veränderungen erfahren, daß auch eine neue Gesetzgebung notwendig wurde.

Haben sich auch die ehemaligen Gewohnheits- und sich daraus später ergebenden Ortsrechte namentlich in bezug der Nutzung der Gemeindegüter und damit der Wälder bis auf unsere Zeit erhalten, waren den neuen politischen und wirtschaftlichen Grundsätzen entsprechende Gesetze zu erlassen.

So fällt in den Anfang des 19. Jahrhunderts auch das erste kantonale Gesetz über die Polizei der Wälder. Es ist das Gesetz vom 30. Mai 1803, womit die vorliegende Sammlung beginnt. Da dieses Gesetz wie auch die späteren forstwirtschaftlichen Gesetze, Dekrete, Beschlüsse und Weisungen bis auf den heutigen Tag hier im Wortlaut

wiedergegeben werden, erübrigt es sich, in der Einleitung darauf näher einzugehen, da die Entwicklung der Forstwirtschaft aus diesen Dokumenten selbst am klarsten ersichtlich ist. Welches Ausmaß diese Entwicklung innert verhältnismäßig kurzer Zeit angenommen hat, beweist der Umfang der verschiedenen Erlasse und Gesetze. Wenn vor 1800 überhaupt kein allgemein gültiges Forstgesetz existierte, so sind seitdem deren sieben erlassen worden und zwar in den Jahren 1803, 1825, 1827, 1832, 1850, 1873 und 1910 und dazu zwei Zusatzgesetze von 1829 und 1836. War das Gesetz von 1803 nur ein Polizeigesetz für die Wälder, so befaßte sich jenes von 1826 mit der Verbesserung der Wälder. Die weiteren bis 1850 erlassenen Gesetze regelten besonders den Verkauf der Wälder, das Schlagen, das Flößen und die Ausfuhr des Holzes. Eingehende Bestimmungen für die „Forstversorgung“ und Verwaltung enthält erst das Gesetz von 1850. Wenn auch in geringem Umfange, wurde doch schon mit diesem Gesetz die Grundlage der heutigen Forstwirtschaft gelegt. Sowohl im Gesetz von 1873 und den dazugehörigen Reglementen von 1874 und 1881 wie auch im Gesetz vom 11. Mai 1910, das in Vollziehung des Bundesgesetzes vom 11. Oktober 1910 erlassen wurde, finden wir die gleichen Grundlinien wieder, nur daß diese den neuen Erkenntnissen und Bedürfnissen entsprechend ausgebaut worden sind, um schließlich als einigermaßen sichere Grundlage der Forstwirtschaft zu dienen, insofern sie nicht Erschütterungen ausgesetzt ist wie im letzten und auch wieder im gegenwärtigen Krieg, wo auch die Forstwirtschaft nur noch mit einer Unmenge von Beschlüssen und Bestimmungen durch die Arglist der Zeit zu lenken ist. Außerordentliche Zeiten und Umstände verlangen eben auch außerordentliche Maßnahmen, wenn die innert Jahrhunderten in den Wäldern angewachsenen Werte nicht von heute auf morgen dem Zufall und der Konjunktur geopfert und der Waldbau selbst und damit die gesamte Volkswirtschaft nicht auf unabsehbare Zeiten hinaus empfindlich geschädigt werden sollen.

Gern wird der Vorwurf erhoben, die Forstgesetzgebung hätte einen allzu ausgesprochen polizeilichen Charakter, während die wirtschaftliche Seite darin zu kurz gekommen sei. Das ist jedoch nur scheinbar der Fall. Denn die Forstgesetzgebung bietet jede Möglichkeit, Bestimmungen wirtschaftlicher Natur zu erlassen, wie das bereits in vielen

Fällen geschehen und gerade aus der vorliegenden Sammlung deutlich ersichtlich ist.

Mögen auch in Zukunft die Gesetzgeber sich von dem Gedanken leiten lassen, unserem Lande das zu erhalten und zu sichern, was schon die alten Walliser mit ihren Satzungen angestrebt haben:

Wohlfahrt in der Gemeinschaft und Ordnung in der Freiheit.

Abkürzungen:

- G. S. = Gesetzesammlung. Die römische Zahl gibt den Band der Gesetzesammlung an und die arabische die Seite.
A. G. S. = alte Gesetzesammlung.
A. B. = Amtsblatt. Die arabische Zahl gibt die Seite an.

Gesetz

über die Polizei der Wälder vom 30. Mai 1803.

(G. E. I. 186)

Der Landrath der Republik,

Auf den vorläufigen und staatsverfäßlichen Vorschlag des Staatsrathes;

In Erwägung, daß die Erhaltung der Wälder ein Gegenstand ist, an welchem dem allgemeinen Wesen gelegen ist;

Daß das Anzapfen der Leichbäume ihrem Wachsthum nachtheilig ist, und die Güte dieses Holzes, welches für's Bauen so kostbar ist, beträchtlich vermindert;

Daß, wenn das Holz ein nützlicher Zweig des Handels ist, die Ausfuhr desselben nichtsdestoweniger laut den Bedürfnissen eingeschränkt werden muß, welches das Land, sei es für den Bau, sei es für's Brennen hat;

Daß das häufige unüberlegte Holzfällen für die angebauten Erden, für die Landstraßen und Brücken, wegen den Regenbächen, dem Herabrollen der Erde und der sogenannten Lauwinen, die das Holzfällen verursacht, außerordentlich gefährlich sein kann;

In Erwägung, daß Gegenstände, an welchen die Wohlfahrt und National-Wirthschaft so wesentlich haften, unter der Aufsicht der Regierung stehen sollen;

Daß das Eigenthum der Gemeinden und einzelner Personen gar diesfalls unter ihrer Vormundschaft steht;

In Erwägung, daß, laut der alten Gesetze, die Ausfuhr des Holzes, so in den Wäldern von hochstämmigen Bäumen gefällt wird, unter sehr schweren Strafen verboten war,

Verordnet:

1. Die Ausfuhr des Holzes, welches in den Wäldern von hochstämmigen Bäumen gefällt wird, sei es verarbeitet oder nicht, ist im ganzen Boden der Republik, so wie sie es schon für einen Theil derselben war, ohne Erlaubnis der Regierung verboten, und zwar bei Strafe der Verfallniß des Holzes und der Buße von hundert Dufatuner, oder dreihundertfünfundsiebenzig Franken.
2. Es ist verboten, die Leichbäume anzuzapfen (Leichen zu bohren), in den Wäldern Aufbrüche zu machen, und Holz zu fällen, um die Rinde davon zu haben, wenn man nicht eine ausdrückliche Erlaubniß vom Staatsrathe hat, welche nicht ohne Einwilligung der Gemeinden oder Partikularen, denen daran gelegen ist, wird können ertheilt werden.

3. Es ist eben auch ohne eine ähnliche Erlaubniß verboten, in den Wäldern schwarzes Harz zu machen.
 4. Es ist gleichermäßen ausdrücklich verboten, vom 1. Brachmonat bis auf den 22. Herbstmonat in großen Wäldern Kohlgruben zu machen.
 5. Das Fällen junger Stämmlinge für Häge zu machen, ist ebenfalls verboten.
 6. Alle jene, welche den Verboten, die in den Art. 2, 3, 4 und 5 gegenwärtigen Gesetzes getragen sind, zuwiderhandeln, werden für das erste Mal eine Buße von hundert Franken, und im Rückfalle den Doppel bezahlen.
 7. Von den Strafen, welche durch gegenwärtiges Gesetz gesprochen sind, wird ein Drittel dem Angeber, ein Drittel der Gemeinde oder dem verletzten Partikular und der andere Drittel dem Staat zugehören.
 8. Gegenwärtiges Gesetz wird den Verträgen, welche mit Gemeinden oder einzelnen Personen, und bevor dieses Gesetz getragen wurde, gemacht worden sind, nicht nachtheilig sein; jene, welche dergleichen Verträge inhaben, sollen selbe dem Staatsrath gebührendermaßen beweisen, wenn sie die erforderliche Erlaubniß davon haben wollen.
 9. Die Oberaufseher der Brücken und Straßen der Republik sind beauftragt, zu wachen, daß keine Holzfällung geschehe, welche zur Herabrollung der Erde und Ueberschwemmungen Anlaß geben könnte, die der anbaubaren Erden, den Brücken und Straßen schädlich wären, und sie werden zu diesem Behufe dem Staatsrathe Bericht ablegen, damit er diesem vorbeugen könne.
 10. Die löblichen Gemeinderäthe sind eingeladen, alle Maßregeln zu treffen, welche tauglich wären zur Wiederpflanzung und Ausbesserung des Holzes, wie auch zur Verhinderung der Verderbung des Holzes in den Wäldern, die ihnen zugehören, anfrischen könnten.
- Gegeben im Landrathe zu Sitten, den 30. Mai 1803.

Der Präsident des Landrathes:
S i g r i s t e n.

Die Sekretäre des Landrathes:
D u j o u r. D e s e p i b u s.

Der Staatsrath der Republik Wallis beschließt, daß dieses gegenwärtige Gesetz in seinem Namen unterzeichnet, mit dem Siegel der Republik versehen und nach seiner Form und Inhalt öffentlich bekannt gemacht werden solle.

Sitten, den 17. Brachmonat 1803.

Der Landeshauptmann der Republik:
A u g u s t i n i.

Im Namen des Staatsrathes,
Der Landschreiber:
L o u d a r d D o l b e c.

Abſchluß

**den Abhau des Schlagholzes für Waſſerdämme am Rhodan
und an den Bergſtrömen verbiethend.**

(G. S. I. 314)

Der Staatsrath der Republik und Kantons Wallis;

In Anſicht des vom Landrathe in ſeiner Sitzung am 6ten lehtverfloſſenen Monnats genommenen Entſcheidens in Betreff der zum Unterhalt der Rhodan und Bachwehrrinnen, ſo wie der zur Erhaltung gedachter Werke zu treſſenden Maßregeln;

Beſchließt:

1. Es ſollen Kommiſſärs ernannt werden, um in verſchiedene an dem Rhodan gelegene Gemeinden ſich zu begeben, und das Bedürfniß einer jeden aus ihnen zu unterſuchen, ſo wie über die Menge Holz, welche zu den Wehrrinnen excluſivlich beſtimmt werden muß, einen Bericht abzulegen.

2. Indeſſen dieſe Berichte abgeſtattet werden, und der Landrath endliche Maßregeln deſſhalb ergreifen möge, wird allen in der Nähe des Rhodanfluſſes und Bergſtrömen liegenden Gemeinden verbothen, in dem zum Wehren geeigneten Schlaggehölze, welches Gemeingut iſt, irgend eine Urbarmachung oder Landausbruch zu errichten, wenn ſchon der Boden wirklich noch nicht mit Erlen- oder anderm Holze bewachſen wäre, welches zum Unterhalt der Waſſerdämme dienen könnte; und dies unter Straf von acht Franken Buß für jedes Klafter aufgebrochenen Bodens, durch die Gemeinde zu zahlen, welche einen Theil der obbezeichneten Gemeindegüter urbar zu machen beſchloſſen oder geduldet haben würde.

3. Gleichfalls iſt verbothen in den nämlichen Ortsſtrichen Holz zu hauen, um ſelbes ſeys in Natur zu verkaufen oder in Kohlen, unter Straf von acht Franken Buß für jeden Einſpännigen und von ſechszehn Franken für einen zweispännigen Wagen ſolch gefälltten Holzes.

4. Ferners wird auch den Gemeinden, welche genugsam Feuerholz auf ihren Bergen beſitzen, verbothen, ſich des Schlagholzes in der Ebene zu ihrer Feuerung zu bedienen, dieß lehtere ſoll im Gegentheil während der Dauer gegenwärtiger Verordnung unbetaſtet bleiben, unter den oben angeführten Geldbußen.

5. Gegenwärtiger Beſchluß wird in allen betreffenden Gemeinden kund gemacht werden, damit Niemand ſich mit Unwiſſenheit entſchuldigen könne.

Gegeben im Staatsrathe zu Sitten, den 3ten Juny 1820.

Im Namen des Staatsrathes:

Der Landeshauptmann der Republik
und Kantons Wallis,

Stoſſalper.

Abschluß

Verboth das hochstämmige Holz auszuführen.

(G. E. I. 319)

Der Staatsrath der Republik und Kantons Wallis;

In Vollziehung der ihm vom Landrathe in seiner Sitzung vom 15ten Christmonat 1819 ertheilten Befehle in Hinsicht der auf dem Simpelberge statt findenden Holzfällungen;

Auf Ansicht des 22sten Artikels im Gesetze vom 3ten Dezembers 1817 über die Polizei der Heerstraße, wodurch alle Holzschläge, welche zur Beschädigung der Landstraße durch Erdstürze oder Ueberschwemmungen Anlaß geben können, verbothen werden;

Angesehen der 9te Artikel im Gesetz vom 30sten May 1803, welcher schon ähnliche Verfügungen enthält;

In Betracht des Beschlusses vom 23ten Oktobers 1804, vermittelt dessen der Staatsrath unter Straf von 375 Franken Buß allbereits verbothen hatte, in dem Simplonsberge auf der Straßseite Holz zu fällen, ohne dazu vorerst von den Ortsbehörden Erlaubniß erhalten zu haben;

Willens also, durch neue Maßregeln die Erhaltung gedachten Heerweges zu versichern;

Beschließt:

1. Dem ersten Artikel des Gesetzes vom 30sten May 1803 gemäß, wird jede Ausfuhr des hohen Stammholzes aus dem Boden der Republik auf ein Neues verbothen, ohne dazu durch eine besondere Erlaubniß von Seiten der Regierung berechtigt zu seyn, unter Strafe von 375 Franken Buß.

2. Ferners ist verbothen was immer für Holz in den Strichen des Simpelberges, welche gerade ober und unter der Landstraße sich befinden, zu hauen, ohne vorerst die Berechtigung dazu von dem Inspektor des Berges erhalten zu haben. Im Falle, wo dieser Beamte urtheilen würde, daß die Holzfällung durch Erdstürze oder andere Zufälle Verheerungen am Heerwege verursachen möchte, soll er selbe ohne weiters verweigern, mit Vorbehalt an den Staatsrath sich zu wenden.

3. Vom ersten Maymonats an bis zum ersten Novembers, Zeitpunkt wo der Berg am meisten bereiset wird, ist allen und jeden verbothen auf die Landstraße Holz führen zu machen, unter Straf der Konfiskation und zwei Franken Buß auf jedes Stück.

4. In der Schneejahreszeit, das heißt, gleich vom ersten Wintermonats bis zum ersten May darf kein Holz auf der Landstraße länger als fünfzehn Tag liegen bleiben, außer es wäre unmöglich selbes

weiter zu verziehen. Im Nachlässigkeitsfalle von Seiten der Eigenthümer wird der Inspektor das Holz durch den Unternehmer des Straßenunterhaltes wegführen machen, gemäß dem 3ten und 10ten Artikel seiner Zuspruchs-Urkunde. Dieser wird seinen Rückgriff wider die Interessirte haben, seys für die Zerstörungen, welche durch das Holz an der Landstraße selbst geschehen sind.

Die Niederlagen dieses Holzes dürfen nie mehr als ein Aklaster von der Breite des Heerweges einnehmen.

5. Der Aufseher über die Bergstraße ist beauftragt auf die genaue Beobachtung gegenwärtigen Abchlusses zu wachen; er soll dem Staatsrath von allen statthabenden Zuwiderhandlungen fleißigen Bericht ertheilen, wird aber jedoch in dringenden Fällen alle von den Umständen erheischbare Maßregeln zu treffen berechtigt seyn.

Das Gegenwärtige soll in allen Gemeinden, welche dabei interessirt seyn könnten, öffentlich verkündet und angeschlagen werden, damit Seder sich darnach richten, und Niemand Unwissenheit vorschützen könne.

Gegeben im Staatsrathe zu Sitten, den 2ten Augustmonats 1820.

Im Namen des Staatsrathes:

Der Landeshauptmann der Republik und
Kantons Wallis,
Sto d a l p e r.

4

Abchluß

verbietend die zur Errichtung der Wehrinnen geeignete Waldungen zu fällen oder urbar zu machen.

(N. G. S. II. 3)

Der Staatsrath der Republik und Kantons Wallis;

Auf Ansicht seines Beschlusses vom 3ten Juny 1820, wodurch, in Vollziehung Landrätthlichen Befehls, allen am Rhodan und Strömen gelegenen Gemeinden verboten wird, weder Holzfällung noch Landaufbrüche in den Encländern und Gehölzen zu machen, welche zur Errichtung der Wasserdämme und Wehrinnen geeignet sind, bis neuere Verfügungen dießfalls würden getroffen seyn;

In Betracht des vom Landrathe in seiner Sitzung vom 14ten Christmonats genommenen Entschlusses, wodurch in Rücksicht auf die Umstände, welche die mit der Untersuchung der Ortslagen beauftragten Kommissärs verhindert haben, ihren Bericht noch vor der letzten Session einzugeben, diese den Staatsrath berechtigt hat, die auf gedachten Gehölzen gelegte Sperre beizubehalten, mit Vorbehalt be-

sonderer Erlaubnisse, welche er je nach Lokalumständen und häuslicher Bedürfnisse zu bewilligen für gut erachten würde;

Beschließt:

1. Das für alle am Rhodan und Bächen gelegene Gemeinden ergangene Verboth in den Schlaggehölzen, welche das zum Wehren benötigte Holz liefern können, und zu den Gemeindegütern gehören, irgend einen Landaußbruch auch Holzfällungen zu machen, unter den im vorgehenden Beschluß vom 3ten Brachmonats ausgesprochenen Strafen, ist hiemit beibehalten. Dieses Verboth aber soll nicht auf die zur Erhaltung der Wehrinnen nöthige Schnitte angewendet werden.

2. Ist ebenfalls beibehalten das Verboth an die Gemeinden, welche genugsam Feuerholz auf ihren Bergen haben, sich dazu des Schlagholzes in den Ebnen zu bedienen, unter den im nämlichen Beschlusse enthaltenen Geldbußen.

3. Was die Gemeinden anbelangt, welche auf ihren Anhöhen nicht genug Feuerungsholz besitzen, können dieselbe solches erst dann in der Ebne hauen lassen, wenn sie von dem Staatsrathe die Erlaubniß dazu werden erhalten haben, welcher in diesem Falle die Mengen regulieren wird, welche je nach den Bedürfnissen gefällt werden könne, um so jeden mißbräuchlichen Schnitt zu verhüten.

4. Die Zuwiderhandlungen gegen den vorgehenden Artikel werden mit den nämlichen Strafen belegt werden, wie jene die im oben gemeldeten Abschlusse getragen worden sind.

5. Diese Verfügungen sollen bis zum 1sten künftigen Heumonats in Kraft bleiben.

Gegeben, um in allen interessirten Gemeinden kund gemacht zu werden, damit Niemanden sich mit Unwissenheit entschuldigen könne.

Sitten, den 10ten Jänner 1821.

Im Namen des Staatsrathes:
Der Landshauptmann der Republik
und Kantons Wallis,
Sto d a l p e r.

5

Einladung

an diejenige, welche Holz, sers in Stücken sers in Scheitern oder in Kohlen ausführen wollen, dieß vor dem 20sten Oktobers zu erklären.

(A. G. S. II. 17)

Amtsbericht.

In Kraft eines Landrätlichen Beschlusses vom letzten Maymonats sind alle Eigenthümer von Waldung, sers durch Erbschaft oder Ankauf, welche sich vorsetzen die Erzeugnisse derselben, in Stücken, Schei-

Art. 36. — Sollte die Gemeinde die Einnahme, über die im vorhergehenden Artikel festgesetzte Zeit verzögert haben, so fällt die Geldbuße der Staatskasse zu.

Art. 37. — Die Oberaufsicht der Straßen und Brücken, die Zehnenpräsidenten, und jene der Gemeinden sind insbesondere beladen, über die Vollziehung des gegenwärtigen Gesetzes zu wachen.

Art. 38. — Das Gesetz vom 30. May 1803 wird zurückgenommen.

Gegeben im Landrathe zu Sitten den 9ten Dezember 1825.

Der Landeshauptmann
der Republik und Kantons Wallis,
de Riva z.

Die Schreiber des Landrathes,
R o t e n. M o r a n d.

10

Abschluß

Die Verfügungen enthaltend, um die Ankäufe sowohl der Gemeinde- als Partikular-Förste zu beurkunden, nebst Verboth, ohne Berechtigung der Regierung neue Holzfällungen zu unternehmen.

(N. G. S. II. 174)

Der Staatsrath der Republik und Kantons Wallis;

In Ansicht des von dem Landrathe in seiner letzten Massigung genommenen Entschlusses, wodurch der Staatsrath eingeladen worden ist, so beförderlich als möglich alle bisher gemachten Verkäufe sowohl der Gemeindewaldungen als jener der Partikularen zu beurkunden;

B e s c h l i e ß t :

Art. 1. — Alle diejenige, welche Gemeinde- oder Partikularwälder ganz oder theilweise angekauft haben, sind eingeladen innerhalb einer Frist von fünfzehn Tagen ihre Kaufurkunden dem Staatsrathe vorzuweisen.

Art. 2. — Sie werden in den von ihnen beigelegten und unterzeichneten Erklärungen, die Lage des Waldes, seine Benennung, seinen beiläufigen Inhalt, so wie die Menge Klafter Holz, welche die Fällung desselben abwerfen mag, ausdrücken.

Art. 3. — Ihre Erklärung wird überdies besonders angeben, ob die Fällung angefangen ist oder nicht; ob allbereits Holz geflöht worden, oder zum flöhen bereit ist.

Art. 4. — Sie werden ebenfalls das Datum des Tags erklären, an welchem sie von dem Staatsrathe zu fällen, flöhen, oder das angekaufte Holz aus dem Land zu führen sind berechtigt worden.

Art. 5. — Diejenigen, welche sich nicht nach den obigen Verfügungen richten, werden von jedem Recht verlustig erklärt, das sie für die Benutzung ihrer Waldung sich verschafft haben möchten.

Art. 6. — Den schon ehevor durch den Landrath genommenen, und in die Abschiede Maymonats und Dezembers 1825 eingetragenen Entscheiden gemäß, wird auf ein neues verbothen, irgend eine von der Regierung nicht berechnigte Holzfällung anzufangen oder fortzusetzen, unter der Strafe der Konfiskation des gefällten Holzes.

Gegeben in Sitten den 17ten April 1826, um bekannt gemacht und in allen Gemeinden öffentlich angeschlagen zu werden, damit Niemand sich mit Unwissenheit entschuldigen könne.

Im Namen des Staatsrathes:

Der Landshauptmann,

De Riva z.

II

Gesetz

über den Verkauf der Wälder, Fällung, Flözung und Ausfuhr des Holzes.

(vom 19. Christmonat 1827)

(G. S. V. 120)

Der Landrath der Republik und Kantons Wallis,

Auf verfassungsmässigen Vorschlag des Staatsrathes:

Willens, in Ansicht der Ausfuhr des Holzes Verfügungen zu treffen, die eben so dauerhaft in ihrem Bestande, als beförderlich für den Handel dieses Landeserzeugnisses wären, in so weit selbes zulässig, und dabei den unüberlegten Handelspekulationen, welche das öffentliche Interesse höchst gefährden könnten, Einhalt zu thun,

Verordnet:

Art. 1. — Kein hochstämmiges, von Gemeindewäldern herkommendes Holz darf ohne vorläufige, vom Staatsrathe erteilte Berechnigung verkauft werden, bei Strafe der Nichtigkeit des Verkaufs, und des Verlustes von Seite des Käufers, aller seiner diebställigen Auslagen und Kosten.

Vermittelt dieser Berechnigung können die Verkäufe nur durch öffentliche Versteigerung, in Folge von drei Ausrufungen und deren Einrückung in das amtliche Wochenblatt bewirkt werden, unter gleichen Strafen.

Art. 2. — Alle Verkäufe von hochstämmigem Holze, die bis auf den 18. laufenden Dezembers geschehen, und nicht durch schriftliche Urkunden von sicherer Data bewährt sind, werden nicht erkannt, und auf

benannte Käufe keine Berechtigung, jen's zum Hau, zur Flözung oder Ausfuhr erteilt werden.

Art. 3. — Keine Fällung hochstämmiger Bäume in den Gemeindewaldungen darj ohne Erlaubniß von Seite des Staatsrathes vorgenommen werden, ausgenommen allein für die Bedürfnisse der Gemeinde und ihrer Einwohner, jen's zur Feuerung, jen's zum Bauen.

Art. 4. — Denjenigen Gemeinden, welche laut der von den Regierungs-Commissarien im Jahre 1825 bewirkten Lokalisation und dem von denselben gemachten Ueberschlag, mit Ausnahme der in Bann gesetzten Forste und Vorrathspläze, nicht einen auf fünfzehn Mannmatt gleichkommenden mittelmäßig bewölkerten Umfang disponibler und gebräuchlicher Gemeindewaldung für eine jede ihrer Haushaltungen besitzen, wird die Berechtigung, ihre Forste zu verkaufen, oder in denselben Fällungen anzustellen, nicht ertheilt werden können.

Die Privatforste können für die Gemeinden nicht als Hülfsquellen an Brennholz betrachtet werden, ausgenommen, wenn die Besitzer derselben sie den in Betreff der Gemeindewälder bestehenden Verordnungen unterworfen hätten.

Dem Staatsrathe so wie den Gemeinden gebührt gegenseitig das Recht, die Prüfung des von den Commissarien gemachten Ueberschlaas der Gemeindeforste anzusprechen. Der Abtrag dießfalliger Kosten fällt den Gemeinden zur Last, wenn ihre Ansprache nach dem Resultat dieser Verifikation nicht begründet befunden würde.

Art. 5. — Auf ihr Ansuchen und nach vorläufiger Besichtigung wird der Staatsrath den Gemeinden die Erlaubniß, in ihren Wäldern hochstämmiges Holz zu verkaufen oder zu fällen, ertheilen können, wenn die hierunter folgenden Umstände zusammentreffen:

1. Wenn es erwiesen wäre, daß die Forste den Einwohnern niemals zu irgend einem Gebrauche dienen werden;
2. Wenn durch die Fällung der Wälder weder das Privat- noch Gemeinde-Eigenthum noch der Heerweg, die Neben- und Vizinalstraßen gefährdet oder beeinträchtigt werden;
3. Wenn der Walddau keine nachtheiligen oder verdrüßlichen Folgen für die von diesem Schuße beraubten Erdreiche erzeugen kann.

Art. 6. — In den Privatwäldern soll kein Hau von hochstämmigem Holze über die Menge von hundert Klastern (zu 6 Schuh alten Maasses), ohne Berechtigung von Seite des Staatsrathes gemacht werden.

Als Partikularwaldungen werden nur diejenigen Waldstücke betrachtet, deren Besiß-Urkunde mit sicherem Datum bis zum 1. August langt.

Art. 7. — Keine Ausfuhr von hochstämmigem Holze, jen's in Blöcken, jen's in Scheitern, herkommend von Gemeinde- oder Privatwäldern, darj unternommen werden ohne vorläufige Autorisation von Seite des Staatsrathes.

Art. 8. — Die Ausfuhr des Holzes dieser Art, aus den Gemeindegewäldern herkommend, darf nur bis auf den Betrag von drei tausend Moules, und jene aus den Privatforsten bis auf eine Menge von fünfzehnhundert Moules alljährlich erlaubt werden.

In dieser obenbezeichneten Menge ist das Holz nicht inbegriffen, welches man, laut altem Gebrauch, im Zehnen Monthen auf Schiffen transportiert, dessen Quantität der Staatsrath alljährlich beschränken wird.

Diese Erlaubnisse werden nur unter dem Vorbehalte erteilt werden, daß die Ausfuhren nicht statt finden können, bevor die Landesfabrikation sich würden geweigert haben, den von Ausländern angebotenen Preis zu bezahlen, mit Abrechnung der Flößkosten, von den Werkstätten bis zu jenem Orte, wo dies Holz geliefert werden soll.

Art. 9. — Die Berechtigung zur Fällung und Ausfuhr wird nur auf die, laut dem Sinne des 2ten Artikels, bestehenden und anerkannten Verkäufe erteilt werden, bis dieselben beiläufig erschöpft seyn werden.

Art. 10. — Kein Bauholz, von was immer einem Walde, darf, ohne Berechtigung von Seiten des Staatsrathes, ins Ausland geführt werden.

Hierin werden inbegriffen das sowohl unbearbeitete, als gezimmerte Holz, in großen Stücken, in Balken, Dachsparren, in Läden, in Geviertstücken und in Leisten.

Art. 11. — Die Erlaubniß, Bauholz auszuführen, wird vom Staatsrath nur dann vorläufig bewirkten Inspektionen und Untersuchungen, insbesondere aber alsdann nur erteilt werden können, nachdem er sich wird versichert haben:

1. Ob nicht durch diese Ausfuhr die Gemeinden, von denen dasselbe herkommt, oder die benachbarten Gemeinden, des Holzes beraubt werden, welches ihnen für die gewöhnlichen Konstruktionen, und für jene, die auf den Fall einer allgemeinen Noth vorzusehen sind, unentbehrlich seyen.
2. Ob dieses Holz nicht im Falle sey, für den Unterhalt der Brücken und für die öffentlichen Arbeiten aufgewahrt zu werden.

Art. 12. — Keine Holzflößung durch Ströme, Bäche und durch den Rhodan, sey's mit Flöß-Schiffen, sey's mit einzelnen Stücken oder Scheitern, von was immer für Beschaffenheit und unter was immer Gestalt und Weise, darf unternommen werden, wenn dieselbe nicht durch den Staatsrath berechtigt ist.

Art. 13. — Um diese Berechtigung zu erhalten, soll der Unternehmer vor dem 1. Man eines jeden Jahres für das Holz, so er im nächstfolgenden Jahre flößen will, sein Ansuchen eingeben. In Abgang dessen wird er das Recht verlieren, mit den übrigen Ansprechern für dieses Jahr in Konkurs zu treten.

Art. 14. — Kein Unternehmer wird eine über fünfzehnhundert Moules sich erhebende Menge durch den Rhodan flößen dürfen.

Die Anzahl der Erlaubnisse für die durch den Rhodan zu bewirkenden, und für das Ausland bestimmten Holzflößungen wird, laut dieser Bedingung, und jener des 8ten Artikels, durch den Staatsrath reguliert werden.

Art. 15. — Die zum Flößen erhaltene Berechtigung wird den Unternehmer nicht entheben, sich mit einem Erlaubnißschein von Seite des Staatsrathes zu versehen, bevor er das Holz flottmacht.

Dieser Schein wird ihm nicht eher ausgeliefert werden, als bis er den Werth der Vergütung, welche den Ufergemeinden für die nicht eingesehenen Wuhren-Beschädigungen gebührt, in die Staatskasse wird abgeworfen haben.

Diese Vergütung wird zu einem halben Kreuzer durch Moulle, auf eine jede in fünfzehnhundert Klafter bestehende, und auf beiden Ufern des Rhodans und der Ströme gemessenen Länge der Dämme und Wuhren festgesetzt. Der beiläufig berechnete Werth davon wird vom Unternehmer abgelegt werden, mit Vorbehalt der Finalrechnung nach beendigter Flößung.

Art. 16. — Im Falle eingesehener und wohlbewährter Beschädigung, sey's an dem Eigenthume, soll die Entschädigung zwischen den Interessirten, vermittelt freundschaftlicher Verkommniß, oder in deren Abgang, laut den gewöhnlichen Formen berichtigt werden.

Art. 17. — Das Holz jeder Art, dessen Ausfuhr kraft gegenwärtigen Gesetzes offen steht, oder erlaubt worden ist, bezahlt bei dessen Ausrott die durch das Finanz-System aufgestellte Gebühr.

Art. 18. — Die den Verfügungen der Artikel 3 und 6 zuwiderlaufenden Handlungen werden die Konfiskation des gefällten Holzes mit sich führen.

Die Uebertretungen des Verbotes in Betreff der Holzausfuhr, welche, sey's ohne Erlaubnis, sey's über die erlaubte Menge, geschehen ist, werden bestraft:

Mit einer Geldbuße von 5 Franken durch Moulle für das Holz in Scheitern.

Und für das Bauholz, mit der Konfiskation des Holzes, oder mit dessen Schätzungsbetrag, wenn das Holz nicht in Beschlag genommen werden kann.

Die Ausfuhr in das Ausland wird als vollbracht betrachtet werden, wenn das Holz Ruden aufwärts und Port du Saix abwärts wird passirt haben.

Ausgenommen ist jedoch das für die Konsumation der Gemeinde Boveret und St. Gingolph bestimmt anerkannte Holz.

Diejenigen, welche die laut den Artikeln 12, 14 und 15, in Betreff der Flößung bestehenden Verbote, sey's vermittelt unerlaubter Flößung, sey's in Ueberschreitung der zugesagten Menge, übertreten hätten, werden einen Franken durch Moulle bezahlen.

Im Falle einer doppelten Uebertretung, in Anfsicht der Flößung und der Ausfuhr, wird nur der höchste Betrag bezahlt werden.

Art. 19. — Der Staatsrath ist ermächtigt, die zur Vollziehung des gegenwärtigen Gesetzes nöthigen Maassregeln zu ergreifen.

Die Verfügungen seines Beschlusses vom 31. Dezember 1821, die Flözung anbelangend, welche den gegenwärtigen nicht zuwiderlaufen werden, sollen indessen in Kraft verbleiben.

Gegeben im Landrathe, zu Sitten, den 19. Christmonat 1827.

Der Landshauptmann
der Republik und Kantons Wallis,
De Sepibus.

Die Sekretäre des Landrathes:
R o t e n. M o r a n d.

12

Der Staatsrath der Republik und Kantons Wallis,
(G. S. V. 138)

In Betracht, daß der Landrath in seiner letzten Session den Entschluß gefaßt hat, die schreienden Mißbräuche in der Holzausbeutung abzuschaffen, und allen Uebertretungen der Gesetze und Verordnungen über dieses Fach mit Strenge zu begegnen;

Betrachtend, daß, bis jenes von ihm erlassene Gesetz die notwendige Sanktion erhalten hat, es rathsam sey, den Eigentümern, Käufern und Verkäufern der Holzgattungen alle Verfügungen in Erinnerung zu bringen, welche für sie verpflichtend sind, so wie die Strafen, denen sie sich durch Uebertretung derselben aussetzen würden,

B e s c h l e ß t :

Art. 1. — Kein Verkauf hochstämmigen Holzes in Gemeindewäldern darf ohne Erlaubniß des Staatsrathes stattfinden, und wird auch nur vermittelt öffentlicher Versteigerung nach dreimaliger Rundmachung und Einrückung in's öffentliche Wochenblatt gemacht werden können, unter Strafe der Nichtigkeit, im Falle, daß eine dieser Bedingungen nicht erfüllt worden wäre.

Art. 2. — Es werden jedenfalls als gültig anerkannt seyn jene Verkäufe, welche vor dem 1. August 1826 ohne diese Formalitäten stattgefunden hätten, und vermöge des Abschlusses vom 17. Heumonat 1826 konfirmirt worden wären.

Unter diesen nämlichen Verkäufen werden jene, die nicht wären konfirmirt worden, und jene, die erst nach dem 1. August 1826 gemacht worden sind, nicht anerkannt werden, können, als seyen sie vor Rundmachung des gegenwärtigen Abschlusses geschehen, wenn dieselben nicht durch einen schriftlichen Akt mit sicherem Datum versehen, ausgewiesen werden.

Art. 3. — Kein Hau hochstämmigen Holzes darf ohne staatsrätliche Berechtigung stattfinden, unter Strafe der Pfändung des

gefallten Holzes; davon ist allein ausgenommen das zum Verbrache der Gemeinde und ihrer Bewohner zur Feuerung und zu Bauten, so auch für die öffentlichen Arbeiten nöthige Holz, wie im 1. Artikel gesagt worden ist.

Art. 4. — In den Partikularwäldern wird unter der nämlichen Strafe der Konfiskation nicht mehr als für 100 Klafter (zu 6 Schuh alten Maasses) hochstämmigen Holzes ohne Erlaubnis des Staatsrathes gefällt werden können.

Als Privatsforste werden nur jene angesehen werden, deren Eigenthumstitel, mit sicherem Datum, bis zum 1. August 1826 auf's wenigste hinaufgehen.

Art. 5. — Die Ausfuhr, sey's in Scheitern, oder in Blöcken von hochstämmigem Holze zur Feuerung, und jene unbearbeiteten Holzes zum Bauen, oder zu Balken, Böden, Läden, Geviertstücken, Gewölbleisten verarbeiteten Holzes, sey's aus Gemeindewäldern herkommend, oder aus Privatsforsten, kann nicht ohne staatsrätliche Berechtigung stattfinden, unter Strafe für das ohne Erlaubnis oder dieselbe übersteigend ausgeführte Holz:

Von 5 Franken durch Moule Brennholzes oder der Konfiskation des Bauholzes.

Und im Falle, wo die Pfändung nicht stattfinden könnte, wird die Menge oder der Werth des pfändbaren Holzes durch Schätzung reguliert werden.

Die Holzblöcke, welche mehr als 4 Schuh und einen halben (neuen Maasses) in der Länge messen würden, sollen als Bauholz betrachtet werden.

Die Rebstichel sind nicht in dem Verbote des 5. Artikels einbezogen.

Art. 6. — Die Thatfache der Ausfuhr vermittelst Wagen, Schiffen oder durch Flöße wird als bewiesen betrachtet, sobald das Holz die Zollstuben von Gondo oder Porte du Saix gegen das Ausland überschritten haben wird.

Davon ist das Holz ausgenommen, welches zum Verbrauch der Gemeinden von Boveret und St. Gingolph bestimmt ist.

Art. 7. — Die Ausfuhr des Brennholzes ist auf die Menge von 3000 Moules jährlich festgesetzt für das aus Gemeindeforsten kommende Holz, und zu 1500 Moules für jenes aus Partikularwäldern.

Niemand wird Antheil an diesen jährlichen Ausfuhren nehmen können, als insoweit man sein Ansuchen mit einer Urkunde stellt, welche beweisen würde, daß sein Holz den Fabriken des Landes angetragen, aber von denselben um den Preis, wie das Ausland am Seegestade daselbe, laut Verhältnis jedoch der Transportkosten, bezahlt hätte, abgeschlagen worden sey.

In den abgemeldeten Quantitäten wird das Holz vom Zehnen Monthen, welches laut Gebrauch in Schiffen verführt wird, und dessen Menge der Staatsrath alljährlich beschränken wird, nicht einbezogen sein.

Art. 8. — Das Flößen des Holzes durch Ströme und Bäche, so wie durch den Rhodan, sey's in Scheitern, und einzelnen Stücken oder in Bloßschiffen, kann nicht ohne einen Spezialakt staatsrätlicher Erlaubnis unternommen werden, unter Strafe von 1 Franken Buße für jedes Moule des ohne solche Berechtigung, oder die Menge, welche in diesem Akt bezeichnet worden ist, übersteigend gefloßten Holzes.

Art. 9. — Um Theil am Flößen des im 7. Artikel bezeichneten Holzes zu haben, muß der Unternehmer sein Ansuchen schriftlich dem Staatsrath eingeben, und dies in der ersten Hälfte des Maimonats für das Holz, das er im folgenden Jahre flößen will.

Diese Formalität soll für den Floß von 1829 schon von diesem Jahre an beobachtet werden.

Durch die Untersuchungen der gestellten Ansuchen, begleitet mit den nothwendigen Bezeichnungen, wird der Staatsrath den Rang der Flößer regulieren, so wie die Menge, für welche jeder seine Holzgattung zu bereiten berechtigt seyn wird.

Art. 10. — Die Flößer werden vor der Flößoperation verpflichtet seyn, sich, vermöge des 8. Artikels, mit dem Spezialakte der staatsrätlichen Erlaubnis zu versehen.

Zu diesem Behufe werden sie

1. vorläufig der Staatskasse den Werth, der den am Flusse gelegenen Gemeinden für nicht scheinbare Schäden an ihren Wuhren schuldigen Entschädigung erlegen;
2. gemeldeter Staatskasse eine solidarische Bürgschaft für die Bußen leisten, und für die Schäden, so wie für die Kosten, im Interesse der Gemeinden und der Eigenthümer.

Der Erlaubnisakt wird erst nach Erfüllung dieser beiden Bedingungen ausgefertigt werden.

Art. 11. — Die Schadloshaltung für unscheinbare Beschädigungen ist zu einem halben Kreuzer durch Moule für jeden Strich von 1500 Klaftern Dämmungen an den Wuhren, die von Holz oder von Steinen ausgeführt worden sind, auf jeder Seite des Rhodans oder des Stromes gemessen.

Der Werth davon wird für die Niederlage beiläufig berechnet, unter Vorbehalt einer definitiven Rechnung, nachdem der Floß beendet seyn wird.

Art. 12. — Im Falle scheinbarer, wohlbewiesener Beschädigungen, sey's an den Dämmen oder an dem Eigenthume, wird die Vergütung freundschaftlicher Weise unter den Interessen reguliert werden, oder im Mangel an Uebereinkunft durch die gewöhnlichen Rechtsformen.

Art. 13. — Es werden in einzelnen Stücken nur Scheiter von vier und einen halben Schuh (neuen Maasses) gefloßt werden können, die längern Scheiter und die Holzblöcke müssen mittelst Flößschiffen gefloßt werden.

Art. 14. — Das Holz darf nicht vom Niederlagsorte in Boveret weggenommen um ausgeführt zu werden, bevor die Messung desselben verrichtet und die Länge der Scheiter durch einen Agenten der

tern, Läden oder in Kohlen auszuführen, eingeladen, der Kanzlen der Regierung eine Erklärung einzugeben, welche die Lage und die Grenzen des Waldes, seinen beiläufigen Umfang in Mannmatte enthalten soll, so wie die Anzahl Klafter Holz, welche man darin zu fällen glaubt, und die Menge, welche man davon jährlich flößen will. Diesen Umständlichkeiten sollen das Datum des Ankaufs, wenn selber statt gehabt hat, so wie eine Abschrift der Staatsrätthlichen Erlaubniß dazu beigelegt werden, mit Vorschrift des Gesetzes vom 30ten May 1803 über die Forstpolizen.

Diese Deklaration soll von jetzt an bis zum 20sten künftigen Oktobers gemacht werden, in deren Mangel soll jede nicht consignirte Ausfuhr als in Uebertretung des obgedachten Gesetzes vom 30. May 1803 betrachtet werden.

Gegeben im Staatsrathe zu Sitten, den 4ten September 1821, um in allen Gemeinden publiziert und angeschlagen zu werden.

Der Landshauptmann,
Von Augustini.

6

Abschluß

über das Holzflößen.

(N. G. S. II. 18)

Der Staatsrath der Republik und Kantons Wallis;

In Kraft der Verfügung des Landraths, welche er in letzter Session genommen hat, in Betreff des Holzflößens durch den Rhodan und die Bäche:

Be s ch l i e ß t:

Art. 1. — Keine Flößung wird ohne besondere Erlaubniß des Staatsraths statt finden, unter Straf einer Buße von Ein Franken durch jedes Klafter geßlochten Holzes.

Art. 2. — Um die erheischte Erlaubniß zu erhalten, soll der Unternehmer sein Ansuchen in der ersten Hälfte des Monats May für das Holz, welches er im nächstfolgenden Jahre zu flößen sich vornimmt, eingeben. Was dasjenige belangt, welches während dem Jahre 1822 geßlocht werden soll, muß das Begehren vor dem künftigen 20sten Jänners eingelegt werden.

Art. 3. — Die jährlichen Ausfuhrn von Holz in Scheitern, bestimmt durch den Rhodan geßlocht zu werden, dürfen nicht die Menge von sechstausend Klaftern überschreiten.

Art. 4. — Diese Menge von sechstausend Klafter wird in einem billigen Verhältnisse zwischen den Unternehmern jenes Theils ober-

halb der Brücke zu Sitten und jenen die unterhalb sich befinden, theilt werden.

Die Daten der Ausfuhrerlaubnissen werden die Priorität für die Flöße regulieren, außer daß besondere Umstände irgend eine Ausnahme von dieser Regel erheischen möchten.

Art. 5. — Keine Erlaubniß zum Flößen wird ohne solidarische Bürgschaft von Seiten des Unternehmers geleistet, sowohl für die Bußen und Kosten, als für das Interesse der Gemeinden und Gutbesitzern ertheilt werden.

Art. 6. — Die Länge der Scheiter wird nicht über vier französische Schuh seyn dürfen. Alle längere Holzstücke müssen durch Flößschiffe geslöht werden.

Art. 7. — Keine Flözung darf durch den Rhodan unternommen werden, wenn sie über tausend fünfhundert Klafter steigt, während eine hinlängliche Zahl Unternehmer vorhanden ist, um die Quantität von sechstausend zu vervollständigen, die durch den dritten Artikel ist festgesetzt worden.

Art. 8. — Bis daß das wirklich gefällte Holz vollends ausgeführt ist, können die in der Anzahl der zum jährlichen Floß der 6000 Klafter zugelassenen Unternehmer berechtigt werden, während der großen Wässer zu flößen.

Art. 9. — Jeder Floßunternehmer ist gehalten durch einen vom Staatsrathe zu bezeichnenden Beamten das Holz, welches er flott machen will, anerkennen und messen zu lassen, um die Menge desselben zu konstatiren.

Art. 10. — Jedes ohne Erlaubniß geslöhte Holz wird als wie durch Zufall ins Wasser versenktes angehalten werden können.

Art. 11. — Der in Boveret zur Anhaltung des Holzes aufzurichtende Rechen soll auf gemeinsame Kosten der Unternehmer angelegt werden. Im Zwistigkeitsfalle wird der Staatsrath administrativeweise darüber entscheiden.

Art. 12. — Die Unternehmer der Flöße werden den an den Gewässern gelegenen Gemeinden für die nicht scheinbare Beschädigungen an den Wehrinnen einen halben Kreuzer durch Klafter Holz für jede Strecke von fünfzehn hundert Klafter Wehrinnen, von Holz oder Steinen aufgeführt, auf beiden Ufern des Rhodans und der Bäche gemessen, bezahlen.

Im Falle von wohlkonstatirter Beschädigungen, seys an den Wehrinnen seys an den Grundstücken, wird die Entschädigung mittelst freiwilliger Uebereinkunft zwischen den Interessirten statt finden, oder in Mangel dessen durch Verfahren laut gewöhnlichen Formen.

Art. 13. — Es wird durch einen jeden Unternehmer Ein Kreuzer durch gemeines Klafter auf dem Culet-Eiland niedergelegten Holzes bezahlt werden.

Art. 14. — Alles auf dieser Ortslage liegende Holz wird nicht länger als neun Monat dort bleiben können.

Art. 15. — Die Wegnahme gedachten Holzes wird nicht statt haben können, ohne daß zuvor die Messung desselben vorgenommen, die Länge der Scheiter verifiziert und die Zahlmaß für den Absatz entrichtet worden ist.

Gegeben im Staatsrathe zu Sitten den 31sten Dezembers 1821, um publiziert und öffentlich angeschlagen zu werden.

Im Namen des Staatsrathes:
Der Landshauptmann der Republik
und Kantons Wallis,
Bon Augustini.

7

Amtsbericht

(A. G. S. II. 50)

Der Staatsrath der Republik und Kantons Wallis;

In Betracht des von einem hohen Landrathe in seiner Sitzung Dezembers 1822 ergangenen Entscheides, welcher den Eigenthümern der Wälder verbietet, ohne eine besondere Erlaubniß des Staatsrathes mehr als hundert Klafter Holz zu fällen;

Gefinnet dieses Verboth, welches bis dahin nur in dem Abscheid enthalten war, durch eine öffentliche Publikation bekannt zu machen;

M a c h t h i e m i t k u n d :

Daß von nun an ohne Genehmigung des Staatsrathes keine Holzjällung statt haben darf, welche die Menge von hundert Klaftern zu sechs Schuhe übersteigen würde.

Dieses Verboth dehnt sich auf alle Holzschläge aus, wenn auch dieselbe nur für den Gebrauch im Innern des Landes bestimmt wären.

Alle diejenige, welche von dem Christmonat 1822 solche Holzjällungen, ohne dazu berechtigt worden zu seyn, unternommen hätten, sollen dieselbe innerhalb fünfzehn Tagen nach Verkündung des Gegenwärtigen dem Herrn Zehnenpräsident konfirmiren, widrigenfalls werden sie als Uebertreter dieses Verbothes angesehen werden. Das ohne Erlaubniß gefällte Holz wird konfiskirt werden.

Gegeben zu Sitten den 7ten Aprils 1824, um in allen Gemeinden öffentlich kund gemacht und angeschlagen zu werden.

Im Namen des Staatsrathes:
Der Landshauptmann,
Stoßkalper.

Abschluß

über das Holzflößen.

(U. G. S. II. 58)

Der Staatsrath der Republik und Kantons Wallis;

Auf Ansicht des ersten Artikels seines Abschlusses vom 31sten Dezember 1821, wodurch alles Flößen des Holzes ohne eine besondere Erlaubniß von Seiten des Staatsrathes verboten wird;

Und des Zweiten des nämlichen Abschlusses, worin um gedachte Erlaubniß zu erhalten erheischt wird, daß der Unternehmer sich in der ersten Hälfte Maymonats stellen soll für das Holz, welches er im folgenden Jahr zu flößen willens ist;

Betrachtend, daß ungeachtet dieser Verfügung Keiner von gedachten Unternehmern sich gestellt hat, und es jedoch nothwendig geworden ist, zum Voraus den Rang zu regulieren, in welchem jeder Interessirte flößen soll, so wie die Menge des Holzes zu bestimmen, das in den Rhodan geworfen werden kann, alles vermöge der von einem hohen Landrath dießfalls gemachten Verfügungen;

Beschließt:

Art. 1. — Die Unternehmer, welche was immer für eine Menge Holz im Laufe des Jahres flößen wollen, sollen sich am Montag den 20sten künftigen Dezembers vor den Staatsrath, sene persönlich, sene durch einen Sachwalter stellen, um dort ihre Begehren vorzulegen, oder im Streitfalle ihre Rechte sene zum Vortritte, sene über die Menge Holzes, das sie flößen könnten, kontradiktorisch absprechen zu hören.

Art. 2. — Der Staatsrath wird nach Abhörung der Parthenen, laut Rechten die Ordnung des allgemeinen Flößens für das Jahr 1825 reguliren.

Art. 3. — Diejenige, welche am oben bezeichneten Tag nicht werden erschienen seyn, wird man betrachten als hätten sie dem Recht entsagt, während 1825 zu flößen.

Art. 4. — Sene, die ungeachtet desjenigen was am gedachten Tag durch den Staatsrath wird reguliert worden seyn, sich unterstehen werden was immer für eine Flößung zu unternehmen, sollen gemäß dem Abschlusse des 31sten Dezembers 1821 bestraft werden.

Der gegenwärtige Abschluß soll in allen Gemeinden öffentlich kund gemacht und angeschlagen werden, damit Niemand sich mit Unwissenheit entschuldigen könne.

Gegeben zu Sitten den 17ten Novembers 1824.

Im Namen des Staatsrathes:
Der Landshauptmann der Republik,
Stoßalper.

Gesetz

über die Erhaltung und Verbesserung der Wälder.

(N. G. S. II. 96)

Der Landrath der Republik und Kantons Wallis;

Auf den verfassungsmäßigen Vorschlag des Staatsrathes;

In Betracht, daß wenn Waldgegenden von einer guten Forstverwaltung große Vortheile beziehen können, dieß der Fall im Wallis ist, dessen Lage die Ausfuhr seines überflüssigen Holzes so sehr begünstigt;

Betrachtend zugleich die Wichtigkeit, die auf unserm Boden errichtete Werkstätten mit Holz und Kohlen zu versehen, wie auch diejenigen, welche in Zukunft hier Lands, wo Berggruben verschiedener Arten häufig vorhanden sind, sich noch bilden werden;

Betrachtend zugleich, daß unvorsichtige Forsthaue Ueberschwemmungen und andere Unglücksfälle veranlassen können, die ein weiser Gesetzgeber zu verhüten hat;

Be s c h l i e ß t:

Art. 1. — Rein mit hochstämmigen Bäumen oder Schlagholze bewachsener Boden, irgend einer Gemeinde zugehörend, darf aufgebrochen und zu einem andern Ertrag umgebaut werden, ohne vorläufige Erlaubniß, von Seiten des Staates, unter einer Geldstrafe von vierzig Franken durch Mannmatt von 800 Klafter zu 6 französischen Schuh, alten Maßes, zum Nutzen der Staatskasse, und mit Verpflichtung der Uebertreter, diesen Boden neuerdings mit solchem Holze zu bepflanzen, welches für diese Ortslage am geeignetsten zu sein anerkannt wird.

Art. 2. — Eben das nämliche wird von den Wäldern solcher Arten verstanden, die im vorhergehenden Artikel bezeichnet sind, und die von Partikularen angekauft würden. Das Eigenthum gedachter Waldungen kann nicht ohne Berechtigung von Seiten des Staatsrathes veräußert werden.

Art. 3. — Die Gemeinden sind gehalten, eine der Ausdehnung ihrer Wälder angemessene Anzahl Forsthüter zu haben, und für den Gehalt dieser Beamten, deren Ernennung den Ortsrathen zuerkannt ist, zu sorgen.

Art. 4. — Keine Fällung eines aus hochstämmigem Holze bestehenden Gemeindeforstes, welcher in haldigen oder steilen Gegenden liegt, darf ohne vorläufige Auktorisation von Seiten des Staatsrathes Platz finden, unter Strafe von zwanzig bis zweihundert Franken, zu Gunsten der Staatskasse.

Die Fällungen des den Gemeindebewohnern bedürftigen Brenn- oder Bauholzes können ohne Berechtigung des Staatsrathes vorgenommen werden.

Art. 5. — Alle diejenigen, welche Holz fällen, sind verbunden ihr Hauszeichen darin einzuschneiden, unter Strafe der Pfändung.

Art. 6. — Die Gemeinderäthe sind berechtigt, gänzlich oder be dingnißweise den Weidgang auf solchen Waldstücken und andere Gemeindeböden zu verbieten, wenn sie solches als geziemend erachten; mit Vorbehalt jedoch des Rechtes eines Dritten.

Art. 7. — Es ist verboten Lerchbäume anzubohren, um Terpen tin daraus zu ziehen, ohne ausdrückliche Erlaubnis des Staatsrathes, welcher dieselbe nur auf das Begehren, oder vermittelt Einwilligung der Gemeinderäthe ertheilen wird. Die übertretungsfälligen Anzap fungen sollen mit einer Geldbuße von einem Franken, für eine jede Pflanze, belegt werden.

Art. 8. — Die Verfertigung des schwarzen Harzes oder Pechs in dem Innern eines Waldes ist, unter Geldstrafe von fünf und zwanzig bis fünfzig Franken, verboten.

Unter gleicher Strafe ist es verboten Holz zu verbrennen, um Aschen zu erhalten, seys im Innern der Waldung, seys in solchen Ge genden, wo Gefahr obwaltet, das Feuer auszubreiten.

Art. 9. — Jeder Holzhau, von was immer für Gattung in Ge meinde-Wäldern, um die Rinde davon zu nehmen, ist unter Buße von ein Franken durch jede Pflanze untersagt, derselbe kann jedoch auf Begehren der Gemeinderäthe mit Berechtigung des Staatsrathes in den steil liegenden Wäldern stattfinden.

Art. 10. — Es wird verboten Bäume, von was immer für Gat tung, ohne Erlaubniß des Ortsrathes einzuschneiden, sowie auch hoch stämmiges Holz zu entäften, unter Strafe von vier Bagen durch Pflanze Schlagholzes, und von ein Franken durch hochstämmigen Baum.

Die Gemeinderäthe können jedoch die Entäftung dieser Bäume bis zum Viertel ihrer Höhe erlauben.

Art. 11. — Die Anlage eines Kohlenhauens soll bei was immer für Jahreszeit von allem Holze, von Rasen und Moos in einem Um fange von wenigstens dreißig Schuh Entfernung vom Mittelpunkte vollkommen entblößt seyn, unter Strafe von fünfzig Franken für je Uebertretung.

Art. 12. — Die Einbrandung der Kohlstöcke in den Waldungen darf nicht erlaubt werden, nach dem ersten Brachmonat bis zum drei ßigsten September eingeschlossen, ohne besondere Berechtigung von Seiten des Gemeinderaths, unter Strafe von fünfzig Franken, für das erste Mal, und des Doppels für jeden Rückfall.

Art. 13. — Die Gemeinderäthe sind berechtigt, das Umhauen junger Bäume hochstämmiger Gattung, um Zäune und Dachlatten daraus zu verfertigen, zu verbieten.

Art. 14. — Kein hochstämmiger Wald soll gänzlich umgehauen, sondern es müssen darin die nöthigen Laßreiser bandenweis zurückge lassen werden, damit selbe durch Abfall ihres Saamens das Wieder aufwachsen der nahe gelegenen, umgehauenen Waldstücke befördern

mögen, und dies unter Strafe der im ersten Artikel den Uebertretern auferlegten Kosten der Wiederanpflanzung.

Art. 15. — Sobald eine Gemeinde die Erlaubniß, einen Wald umzuhauen, wird erhalten haben, darf die Holzfällung nicht anderst als vermittelt öffentlicher Meistbietung nach drei Kundmachungen und Einrückung in das amtliche Wochenblatt verkauft werden, bei Strafe der Nichtigkeit des Verkaufs.

Art. 16. — Der Staatsrath wird die bestmögliche Vermehrung solcher Gattungen Schlagholzes empfehlen, welche dem Boden angemessener und geeigneter wären in regelmäßige Haue eingetheilt zu werden, damit den Einwohnern einer jeden Gemeinde ein beständiger Feuerholzvorrath zugesichert werden möge.

Er wird sonderlich darauf sehen, daß man da, wo es der Boden erlaubt, das Schlagholz in Buchen fortpflanze.

Art. 17. — Der Weidgang jeder Gattung Viehs in den kürzlich umgehauenen Wäldern ist verbothen, bis die neu hervorgebrachten Pflanzen als hinlänglich geschützt anerkannt seyn werden, unter Strafe von zwei Baken für jedes Schaaf, und fünf Baken durch Viehstüd jeder andern Gattung, dies auf jeden Betretungsfall. Die wohlbewiesene Weidgangsrechte in solchen Waldungen werden zu einer Schadloshaltung Anlaß geben für den Zeitraum, wo diese Benutzung eingestellt werden muß.

Art. 18. — Die Gemeinden sind gehalten, an den Rändern der Flüsse, Ströme und Bäche, gleich von ihrem Austritt in die Landebene Baumpflanzungen zu machen; in Abgang dessen auf ihre Kosten zu diesem amtsmäßig geschritten werden soll.

Art. 19. — Selbe sind ebenfalls und unter der nämlichen Strafe verbunden, längs den Rhodansufern einen Bodenraum von zwölf Klafter aufs wenigste in der Breite zu lassen, damit dort, wie im vorgehenden Artikel verfügt wird, Bäume angepflanzt werden können.

Art. 20. — Auf den Rändern der Heerstraße sollen sie ferner regelmäßige Pflanzungen von Pappeln oder andern Bäumen anlegen, und sich dabei laut den diesfälligen Verfügungen des Gesetzes über die Landstraßenpolizei richten.

Art. 21. — Die in den drei vorhergehenden Paragraphen gemeldeten Anpflanzungen sind nur auf den Boden verpflichtend, welcher zu den Gemeindegütern gehört.

Art. 22. — Die Gemeinde-Verwaltungen sind eingeladen, das Wiederaufwachsen der Wälder durch Anpflanzung junger Bäume zu beschleunigen, wenn die Einsäumung nicht hinreichend seyn würde.

Art. 23. — Die Gemeinderäthe sind berechtigt solche andere strengere Maßregeln zu treffen, welche sie zur Erhaltung der Gemeindewaldungen für nöthig erachten.

Art. 24. — Die Fällung der Privatwälder, welche Erdstürze oder Lawinen befürchten ließen, darf nicht ohne vorherige Erlaubnis von

Seiten des Staatsrathes vorgenommen werden, unter Strafe von zwanzig bis zweihundert Franken.

Diese Erlaubnis wird nicht zugesagt werden, ehe und bevor man die Beobachtungen des Ortsrathes wird abgehört haben.

Art. 25. — Die obgleich berechnete Fällung soll auf eine Art geleitet werden, daß gedachten Rufinen und Schneelaubinen vorgebogen werde, unter Verantwortlichkeit für alle Schäden.

Art. 26. — Im Falle, wo die Holzfällung nicht statt haben dürfte, hat der Eigenthümer das Recht eine Schadloshaltung zu begehren.

Art. 27. — Diese Entschädigung soll von der Regierung bezahlt werden, wenn die Erhaltung des Waldes einzig die Heerstraße interessiert.

Art. 28. — Wann die Erhaltung des Waldes die Nebenstraße betrifft, so steuert die Regierung zur Schadloshaltung in dem nämlichen Verhältnisse, wie für die Anlegung gedachter Straßen laut Vorschrift des diesfälligen bestehenden Gesetzes.

Art. 29. — Wenn die Fällung dieser Wälder den Gemeinden oder dem Privat-Eigenthümer Schaden würde, und zugleich auch der Heerstraße oder den Nebenstraßen, wird die Schadloshaltung nach Verhältnis der Angelegenheit, welche die Einten oder die Andern daran haben möchten, bezahlt werden müssen.

Art. 30. — Wenn dieselbe nur Gemeinden oder Partikularen interessiren würde, und nur einen örtlichen Nutzen darböte; so wird die Indemnität durch die Interessirten entrichtet.

Art. 31. — Die Schadloshaltung wird gemäß dem Gesetze vom 3ten Dezembers 1817 reguliert, das heißt, durch Sachkundige, wenn man zuvor nicht freiwillig hat übereinkommen können. Die Erfahrenen sollen, einer durch die Oberaufsicht der Heerstraße, der andere von dem Zehnenpräsident, und der dritte von jenem der Gemeinde ernamset werden, wo die Schakung statt finden wird. Sie werden in den Händen des Ortsrichters den Eid ablegen.

Art. 32. — Die Verfügungen gegenwärtigen Gesetzes betreffen nicht die Partikular-Waldungen außer in den Fällen, welche in den Artikeln 2, 5, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30 und 31 bezeichnet worden sind.

Art. 33. — Außer den in gegenwärtigem Gesetze bestimmten Strafen, sind die Uebertreter in allen Fällen zur Ergänzung der Schäden gehalten, zu welchen sie möchten Anlaß gegeben haben.

Art. 34. — Die Geldbußen, deren Bestimmung nicht spezifiziert worden ist, fallen der Gemeinde zu, und in allen Fällen erhält der Angeber den Drittel davon.

Art. 35. — Die den Gemeinden anheimgefallenen Strafen müssen von denselben in der Frist eines Jahres, von dem Augenblicke der Uebertretung an gerechnet, eingetrieben werden, und im Falle eines sich erhebenden Zwistes, muß die Eintreibung der Geldbuße innert dem Jahr, welches auf den endlichen Entscheid folget, bewirkt werden.

Regierung bewährt worden ist und die Gebühren entrichtet jenen, unter den im 5. Artikel verhängten Strafen.

Art. 15. — Alle am Holzhandel Interessirte sind vorberichtet, sich gegen unüberlegte Märkte zu hüten, deren zufälligen Folgen gänzlich auf ihrer Gefahr lasten würden, indem die Gesetzgebung über dieses Fach einzig durch das allgemeine Interesse bestimmt werden soll, und weder durch Privat-Uebereinkommnisse anbefohlen werden kann, noch sich nach ihrer Willkür zu richten hat.

Gegeben im Staatsrath, zu Sitten, den 4. Hornung 1828.

Der Landshauptmann
der Republik und Kantons Wallis,
De Sepibus.

13

Nachtrag

zu dem Gesetz über die Ausfuhr des Holzes.

(G. S. V. 265)

Der Landrath der Republik und Kantons Wallis,

Auf verfassungsmäßigen Vorschlag des Staatsrathes:

In Ansicht des Gesetzes vom 19. Dezember 1827, betreffend den Verkauf der Wälder, die Fällung, Flözung und Ausfuhr des Holzes;

In besondern Betracht der Artikel zehn und eilf, welche die Ausfuhr des Bauholzes nur unter Berechtigung von Seite des Staatsrathes erlauben, und dieses nur in so weit, als dieses Holz nicht im Falle sich befände, für den Unterhalt der Brücken und für öffentliche Arbeiten vorbehalten zu werden;

So auch in Erwägung, daß dies Gesetz die Rebstichel darin nicht benennet, und daher die Meinung veranlaßte, dieselben könnten frei ausgeführt werden. Daß die Ansuchen für Ausfuhrberechtigung dieser Art befürchten lassen, die Absichten des Landraths bei Beschränkung der Holzausfuhren im Allgemeinen auf diese Weise beträchtlich überschreiten, und so unsern Kanton an jener Holzgattung Mangel leiden zu sehen, deren Gebrauch zur Anbauung der Weingärten merklich sich vermehrt

Beordnet:

Art. 1. — Die Ausfuhr des hochstämmigen Holzes, sey's zur Feuerung, sey's zu Stacheln oder zu Kohlen bestimmt, so wie des Bauholzes, bleibt auf die im Artikel 8 des Gesetzes vom 19. Dezember 1827 ausgedrückte Menge festgesetzt.

Art. 2. — Der Staatsrath wird alljährlich die Menge und Gattung der Ausfuhr reguliren und unter die verschiedenen Unternehmer vertheilen.

Art. 3. — Diese Verfügungen thun keinen Einbruch auf die vor dem 1. Mai 1829 für das Bau- und Stichelholz erteilten Erlaubnisse und Berechtigungen.

Art. 4. — Alle diese Verfügungen des Gesetzes vom 19. Dezember 1827, die dem Gegenwärtigen nicht zuwiderlaufen, werden beibehalten.

Gegeben im Landrathe, zu Sitten, den 7. Mai 1829.

Der Landshauptmann
der Republik und Kantons Wallis:

De Sepibus.

Die Sekretäre des Landrathes:

Koten. Morand.

14

Gesetz

über die Fällung, Flöße und Ausfuhr des Holzes.

(G. S. V. 380)

Der Landrath der Republik und Kantons Wallis,

Auf konstitutionellen Vorschlag des Staatsrathes,

In Betracht, daß die Verfügungen des Gesetzes vom 19. Dezember 1827, obwohl schon strenge, sich unzulänglich gezeigt haben, um die Fällung, das Flößen und die Ausfuhr des Holzes in geziemenden Schranken zu erhalten;

Eingesehen die beträchtliche Menge des für die Ausfuhr bestimmten Holzes, das in Boveret abgelagert sich befindet, oder in verschiedenen Forsten des Kantons allbereits gefällt worden ist,

Verordnet:

Art. 1. — Jede Ausfuhr ins Ausland des von den Gemeindewäldern herkommenden hochstämmigen Holzes wird vom 1. Januar 1833 an auf zehn Jahre verboten.

Von diesem Verbot wird ausgenommen das durch die Wirkung eines Sturmgewitters, einer Feuersbrunst oder anderer dergleichen Ereignissen umgeworfene oder beträchtlich geschädigte Holz, so wie auch jenes, das vor dem 1. November 1832 mit gehöriger Auktorsation gefällt worden ist.

Art. 2. — Keine Fällung hochstämmigen Holzes in den Gemeindewäldern für den innern Verbrauch, so auch desjenigen, dessen Ausfuhr durch den Satz 2 des ersten Artikels berechtigt worden ist, wird ohne Erlaubnis des Staatsrathes statthaben dürfen.

Diese Verfügung ist nicht anwendbar auf das für die Bedürfnisse der Gemeinde und ihrer Einwohner bewahrte Holz, dessen Hau nur dem Ortspolizei-Reglement unterworfen ist.

Art. 3. — Das hochstämmige Holz der Gemeindewälder darf gleichfalls nicht, ohne Spezialerlaubniß des Staatsrathes, und nur unter folgenden Bedingungen, veräußert werden:

A) Der Verkauf soll vermittlest öffentlicher Steigerung nach drei in der Gemeinde, wo der Wald gelegen ist, und in den zwei benachbarten Gemeinden von fünfzehn zu fünfzehn Tagen ergangenen Publikationen und nach Einrückung in das amtliche Wochenblatt im Verkauf der ersten fünfzehn Tagen gemacht werden.

B) Diese Verkündigungen sollen von der staatsräthlichen Erlaubniß Meldung thun und ihr Datum anführen.

C) Im Unterlassungsfalle gedachter Bedingungen, oder einer derselben, wird der Verkauf nichtig seyn, und der Käufer den Verlust jedes Geldvorschusses und jede allfällige Unkosten einbüßen.

Der Staatsrath ist jedoch berechtigt, die Verkäufe der Waldungen an eine Gemeinde des Kantons, und für ihre besondere Bedürfnisse, der Steigerung zu entheben.

Art. 4. — Die Berechtigung, gemeldte Wälder zu verkaufen, und dort Fällungen zu machen, wird den Gemeinden nur nach einer vorläufigen, von Regierungs-Kommissären gemachten Lokalvision bewilliget werden, um zu bewähren, ob diese Fällung keine Gefahr darbiete, und ob diese Gemeinden, nebst den zum Verkauf bestimmten Holzes, noch eine Strecke Gemeindewald besitzen, welche dem Umfang von zehn mittelmäßig beholzter Mannmatte, für jede ihrer Haushaltung, gleichkommt, und worin die Bann- und Vorratswälder nicht einbegriffen werden.

Die Waldungen, genannt der Konsorten (Getheiligten), und jene der Partikulare, können nicht als Hilfsquellen von Brennstoff für die Gemeinden in Betracht genommen werden.

Art. 5. — Der Staatsrath und die Gemeinden werden wechselseitig das Recht haben, die Verifikation des, durch die im Jahre 1825 beauftragten Kommissären den Gemeindewäldern gegebenen Umfang hervorzurufen. Die Kosten dieser Verifikation sollen durch die Gemeinden abgetragen werden, wenn daraus erhellet, daß ihre Ansprüche ungegründet sind.

Art. 6. — Der Staatsrath kann auf Begehren der Gemeinden ihnen jedoch die Berechtigung ertheilen, in ihren Wäldern hochstämmiges Holz zu verkaufen oder zu hauen, nach vorläufiger Untersuchung, wenn alle die hierunten bezeichneten Umstände zusammen treffen:

1. Wenn die Forste anerkannt werden, daß sie für die Einwohner niemals zu irgend einem Gebrauche dienen können;
2. Wenn der Waldhau keine Gefahr, noch Nachtheil für das öffentliche und Privateigenthum, noch für die Heerstraße oder Neben- und Güterstraße darbietet.

Art. 7. — Es darf ohne Berechtigung von Seite des Staatsrathes keine Fällung hochstämmigen Holzes in den Privatwäldern unter-

nommen werden, wenn dasselbe für das Ausland bestimmt ist, oder auch für den innern Verbrauch über hundert Moudes steigt.

Als Privatwälder werden nur jene anerkannt seyn, deren Eigentums-Titel mit sicherem Datum bis auf den 1. Augustmonat 1826 zurückgewiesen werden kann, und deren Eigenthümer nicht über die Anzahl von zehn geht.

Art. 8. — Als Konsortenwald und den nämlichen Verfügungen unterworfen wie die Gemeindewälder, sey's für den Verkauf, sey's für den Hau und die Ausfuhr, werden alle diejenigen betrachtet, deren Mitgetheilten die obbezeichnete Anzahl von zehn übersteigen werden.

Art. 9. — In den Partikularwäldern Holz zu fällen, das für's Ausland bestimmt wäre, wird eher keine Erlaubniß ertheilt werden, als bis die vor dem 1. November 1832 mit Berechtigung in den verschiedenen Waldklassen gemachten Haue erschöpft worden sind.

Art. 10. — Der Verkauf eines Waldes ertheilt dem Käufer nicht unmittelbar das Recht zum Hauen desselben, die Fällung kann durch den Käufer erst nach einer Spezialberechtigung des Staatsrathes unternommen werden.

Art. 11. — Als der Uebertretung wegen ohne Erlaubniß gemachten Hauses Schuldige werden diejenigen bestraft werden, welche um einen zwanzigsten Theil die Menge überschritten haben, welche ihnen vom Staatsrath erlaubt worden ist.

Art. 12. — Die Ausfuhr hochstämmigen Holzes, von was immer für einer Klasse von Waldungen es herkommen mag, und die der Staatsrath nicht berechtigt hat, ist überhaupt verboten.

Dieses Verbot begreift sowohl das Feuerungsholz, als jenes in Scheitern, in Blöcken oder in Kohlen verwandeltes, so wie die Stichel und das Bauholz, unter welcher Benennung das unbearbeitete und bearbeitete Holz in großen Stücken, in Balken, Blöcken, Läden, Geviertstücken und Leisten begriffen sind.

Art. 13. — Vom Herbst 1834 anzufangen, wird unter den obgedachten Benennungen für die Privatwälder keine Holzausfuhr mehr, als für den Betrag von 4300 Moudes alljährlich, ertheilt werden.

Nebst diesem Betrag werden, unter Berechtigung des Staatsrathes, von 1833 anzufangen, alljährlich zwei hundert tausend Stichel, herkommend von Gemeinde- oder von Privatwäldern, ausgeführt werden dürfen.

Der Staatsrath wird ebenfalls ermächtigt, für die alljährliche Ausfuhr einer gewissen Menge eichener oder nußbaumener Blöcke und Läden Erlaubniß zu ertheilen.

Art. 14. — Die im ersten Artikel enthaltene Verbotsverfügung ist nicht auf die aus den Wäldern des Zehnens Monthen geführten Holzungen anwendbar, welche laut altem Gebrauch schiffweise verkauft werden. Der Staatsrath wird alljährlich die Quantität desselben, welche ausgeführt werden kann, beschränken.

Art. 15. — Keine Flöße durch die Rhone, durch Ströme und Bäche, sowohl in Flößschiffen als in Scheitern oder in einzelnen Stücken, von was immer für Beschaffenheit und Form, kann ohne Berechtigung des Staatsrathes stattfinden.

Art. 16. — Die Scheiter und einzelnen Stücke, deren Länge mehr als vier und ein halber Schuh neuen Maaßes haben würde, können nur mittelst Flößschiffen geflozt werden.

Eben so können auch nicht geflozt werden die Scheiter oder Rundhölzer, die mehr als sieben Zoll im Durchmesser haben.

Art. 17. — Um die Berechtigung zum Flößen zu erhalten, müssen die Ansuchen dem Staatsrath alljährlich vor dem 1. Mai eingegeben werden, damit man das folgende Jahr zum Flößen zugelassen werden könne. In dessen Abgang wird der Ansucher mit den andern Präcedenten nicht in Konkurs treten können.

Art. 18. — Diese vorläufige Berechtigung und Zulassung zum Flößen des Jahres, welches sie bestimmt, enthebt den Unternehmer nicht von der Verpflichtung, sich mit einem Schein der Spezialerlaubnis von Seite des Staatsrathes zu versehen, um seine Flöße anzufangen, und er wird kein Stück Holz flott machen können, bevor er diesen Schein nicht erhalten hat.

Art. 19. — Diese Erlaubniß wird nur unter folgenden Bedingungen bewilligt werden:

1. Der Impetrant wird vorläufig der Staatskasse den Werth der Schadloshaltung entrichten, welche den am Wasser gelegenen Gemeinden für die nicht scheinbaren Beschädigungen an den auf beiden Seiten der Rhone oder der Bäche in Holz oder Stein angelegten Wuhrungeu gebührt.

Diese Entschädigung ist zu einem Kreuzer durch Moule bestimmt für jede Strecke von 1500 Klafter Rhodanwuhrungeu und zu einem Kreuzer durch Moule für jedes 1000 Klafter Dämme an den Bächen. Für die Querwuhre wird nur ihre Länge und Vorderfläche gerechnet, nicht aber die Hinterwuhre oder Rückborde.

Der Werth dieser Schadloshaltung wird im Augenblicke der Niederlage heiläufig berechnet werden, unter Vorbehalt definitiver Rechnung nach beendigter Flöße.

In Fällen scheinbarer, wohlausgewiesener Beschädigungen an den Wuhrungeu sowohl als an dem Eigenthume wird die Entschädigung zwischen den Interessirten freundschaftlich requiriert, widrigen Falls, mittelst Verfahren laut gewöhnlichen Formen.

2. Bevor der Unternehmer sein Holz flott macht, ist er gehalten, dasselbe auf seine Kosten durch Verifikatoren, die zu diesem Behufe von dem Staatsrath beauftragt sind, messen zu lassen. Die Menge davon soll mittelst eines Verbals konstatiert werden, welches dieser Behörde sogleich übergeben werden muß.
3. Im Falle, wo der Unternehmer sein Holz vor Messung desselben flott gemacht hätte, wird, nebst der Uebertragungsstrafe, in die er

verfallen ist, der Staatsrath seinen Flock an einem von ihm für thunlich erachteten Orte anhalten lassen, um die Messung auf Kosten des Unternehmers zu bewirken.

Art. 20. — Dies Holz wird annoch an dem Orte gemessen werden, wo dasselbe aus dem Wasser gezogen werden wird, es mag dessen Bestimmung für das Ausland oder für den Verkauf im Innern seyn.

Art. 21. — Das hochstämmige und das Schlagholz sind bei ihrer Ausfuhr den vom Finanzsystem aufgestellten Gebühren unterworfen.

Art. 22. — Als Schlagholz wird jenes betrachtet, welches zu Fristen, so jene von zwanzig Jahren nicht übersteigen, gehauen wird; überdieß das Buchen-, Birken-, Erlen-, Hasel-, Eschen- und überhaupt jedes kleine Blattholz.

Dem Schlagholz werden alle Fruchtbäume, ausgenommen jene der Nüsse, gleichgestellt.

Das Holz von jeder andern Gattung, als das oben bezeichnete, wird als hochstämmiges betrachtet.

Art. 23. — Die Uebertretungen gegen das gegenwärtige Gesetz werden bestraft wie folgt:

A) Für Hau ohne einige Erlaubniß, mit Konfiskation des ganzen gehauenen Holzes.

Für einen Hau, der die Quantität, für welche die Erlaubniß bewilligt war, übersteigt, mit Konfiskation des Ueberschusses.

B) Für Flözung ohne Erlaubniß, mit einer Buße von einem Franken durch Moule des ganzen gelösten Holzes.

Mit einer gleichen Buße für jede Moule, das die zum Flözen erlaubte Menge übersteigt.

C) Für die That der Ausfuhr, welche konstatirt wird, sobald das Holz gegen das Ausland Gondo oder Porte-Dusey überschritten haben wird, mit einer Buße von drei Franken durch Moule auf das Holz in Scheitern nebst den Ausfuhrgebühren.

Für das Bauholz, nebst den Ausfuhrgebühren, mit dem fünften Theil des Werthes, so dasselbe in dem Ausfuhrsorort haben wird.

Das zum Gebrauch der Gemeinde Boveret und St. Gingolph hinter Wallis bestimmte Holz wird als im Innern verbraucht angesehen werden.

Art. 24. — Wenn die Rechen, welche bestimmt sind, das Holz für den innern Verbrauch aufzuhalten, gebrochen werden sollten, und dabei die Unternehmer nicht erweisen können, daß dies die Wirkung der durch die gähe Aufschwellung der Wasser veranlaßten Uebergewalt gewesen sey, so wird das Holz, welches Porte-Dusey überschreitet, demjenigen gleichgeachtet werden, welches ohne Erlaubniß ausgeführt worden ist, und es werden dafür drei Franken durch Moule der Staatskasse bezahlt werden.

Art. 25. — Im Falle, wo mehrere Uebertretungen statt fanden, wird nur eine, aber die stärkste der oben bezeichneten Bußen aufgelegt werden.

Art. 26. — Die Anzeiger, welche zur Konstatierung einer Uebertretung auf die Spur geführt haben werden, erhalten den Vierteltheil des Ergebnisses der Konfiskation und Bußen. Der Ueberschuß soll in die Staatskasse gelegt werden.

Art. 27. — Die Präsidenten der Jöhnen und Gemeinden, die Agenten der Landstraßen und Brückeninspektion, jene der Regie der Ein- und Ausfuhrzölle und die Landjägerei sind insbesondere beauftragt, über die Vollziehung des gegenwärtigen Gesetzes zu wachen.

Art. 28. — Das Gesetz vom 19. Dezember 1827 ist zurückgenommen.
Gegeben im Landrath, zu Sitten den 18. Dezember 1832.

Der Landeshauptmann:
in dessen Abwesenheit,
Der Landeshauptmann-Stathalter:
Dufour.

Die Schreiber des Landrathes:
Röten. Barman.

15

Zusatz-Gesetz

zu jenem vom 18. Dezember 1832 über die Ausfuhr des Holzes.
(G. S. V. 528)

Der Landrath der Republik und Kantons Wallis,

Auf verfassungsmäßigen Vorschlag des Staatsrathes;

Eingesehen den stets zunehmenden Verbrauch an Brennstoff für den Dienst der im Kanton befindlichen Werkstätten;

Erwägend, daß daraus die Nothwendigkeit entsteht, den Holzhandel neuen Maafregeln zu unterwerfen, welche das Privatinteresse zugleich ehren, und den gemeinnützigen Werkstätten das zu ihrer Bethätigung nöthige Brennmaterial versichern;

In Betracht, daß mithin der Fall eintritt, einige Verfügungen des Gesetzes vom 18. Dezember 1832 zu verbessern, bis durch neue Prüfungen wird gezeigt werden, was für das gegenwärtige und zukünftige Gedeihen des Landes am ersprießlichsten seyn mag,

Beordnet:

Art. 1. — Vom 1sten Januar 1837 an bis 31. Dezember 1842 darf kein anderes Holz in Scheitern, das von hochstämmigen Wäldern herkommt, ausgeführt werden, als jenes, dessen Ausfuhr allbereits bis anhin vom Staatsrathe erlaubt worden ist.

Art. 2. — Die alljährliche Ausfuhr des Bauholzes, der Kohlen und Stichel wird auf 1200 Moulès festgesetzt, dieß je nach folgenden Abstufungen:

Bauholz	450 Moulès.
Kohlen	5000 Säcke.
Sticheln	250 Tausend.

Dieß Holz darf nur aus Privatwäldern genommen werden.

In der Ziffer der 5000 Säcke sind nicht begriffen die aus Kastanienholz gebrannten Kohlen, deren Ausfuhr nicht beschränkt wird.

Art. 3. — Die Werkstätten des Kantons werden sich das zu ihrem Dienste nothwendige Holz aus den Privatwäldern und aus den Gemeindeforsten, welche durch die Laminen oder durch das Ungewitter niedergefallen worden, anschaffen.

Im Falle bewährter Unzulänglichkeit können sie solches aus jedem andern Gemeindewalde ankaufen.

Art. 4. — Der Staatsrath wird Jahr für Jahr die Rangordnung der Verkäufe regulieren und den Preis für's Minimum zu 9 Franken 50 Rappen durch Kasten, auf das Ufer der Rhone, zunächst der Sittnerbrücke geliefert, bestimmen.

Das Kasten muß 6 und einen halben Fuß neuen Maasses in die Höhe und eben so viel in die Breite haben. Die Scheiter müssen 4 und ein Viertelfuß lang seyn.

Art. 5. — Die Werkstätten sind verpflichtet, den also angeordneten Rang zu befolgen, es mag das Holz aus Privatwäldern oder aus Gemeindeforsten herkommen.

Art. 6. — Die Verfügungen des Gesetzes vom 18. Dezember 1832, denen das gegenwärtige Dekret keinen Abbruch gethan, sind beibehalten.

Gegeben im Landrathe, zu Sitten, den 10. Dezember 1836.

Der Landeshauptmann
der Republik und Kantons Wallis:

D u j o u r.

Die Sekretäre des Landrathes:

R o t e n. B a r m a n.

16

Dekret

vom 23ten November 1839,
welches den 21sten Artikel des Finanz-Systems in Hinsicht
der Holzausfuhr abändert.

(Vollziehbar mit dem 22. Januar 1841.)

(G. S. VI. 47)

Der Große Rath des Kantons Wallis,

Auf verfassungsmäßigen Antrag des Staatsrathes,

In Betracht, daß die Ausfuhr des Holzes mittelst Flößung in Scheitern, Mißfälle und Schaden verursacht, die durch den geringen Ausfuhrzoll, womit selbe bisher belegt war, nicht ersetzt werden,

Willens, diese Gebühr in einem billigern Verhältnisse zu dem wirklichen hohen Preise des Holzes festzusetzen,

Verordnet:

Art. 1. — Das durch den Rhodan in Scheitern gelöste Holz ist einem Ausfuhrzoll von zwei Franken per Moule unterworfen.

Ist dasselbe von Lerchen, so werden drei Franken per Moule bezahlt.

Art. 2. — Der Staatsrath ist mit der Bekanntmachung und Vollziehung des gegenwärtigen Dekrets beladen.

Gegeben im Großen Rathe, zu Sitten, unter dem Staatsiegel, den 23. November 1839.

Der Präsident des Großen Rathes:

B a r m a n, Dr. der Rechten.

Die Schreiber:

B o n j e a n. G a n i o z.

17

Beschluß

vom 12. Dezember 1840

betreffend die berechnigte Holzausfuhr.

(G. S. VI. 188)

Der Staatsrath des Kantons Wallis,

Willens die bis dahin entweder von der gesetzgebenden Gewalt oder vom Staatsrathe berechnigte Holzausfuhr zu ordnen,

Beschließt:

1. Alle diejenigen, welche aus Gemeinde-Wäldern herkommendes Holz auszuführen das Recht zu haben glauben, und diejenigen, welche vor dem 1. Jenner 1840 die Erlaubniß zur Ausfuhr des in Privatwäldern geschnittenen Holzes erhielten, werden eingeladen, bis spätestens am 1. künftigen Februar darüber hin ihre Erklärung bei dem Brücken- und Straßen-Departemente einzugeben.

Diese Erklärung soll enthalten:

1) Das Datum der Berechnigung;

2) Die Gemeinde und den Wald, woher das Holz gezogen wird;

3) Die Gattung und Menge des Holzes, und in welcher Form man es auszuführen wünscht.

2. Wer immer die eben angeführten Formalitäten zu erfüllen vernachlässigt, wird als dem Prioritätsrechte, welches er haben könnte, entsagt zu haben betrachtet werden.

Gegeben im Staatsrathe, zu Sitten, den 12. Dezember 1840.

Der Präsident des Staatsrathes:

B u r g e n e r.

Der Staatssekretär:

D e B o n s.

Beschluß

vom 6ten Mai 1846
über die Holzausfuhr.
(G. S. VII. 146)

Der Staatsrath der Republik und Kantons Wallis,
Willens die jährliche Ausfuhr des aus Privatwaldungen herkom-
menden Holzes zu ordnen;

Beschließt:

Keine Bewilligung zur Ausfuhr ins Ausland wird für das aus
Privatwäldern herkommende Holz gegeben werden, wenn zu dessen
Fällung nicht die vorläufige Berechtigung ertheilt worden ist.

Gegeben im Staatsrathe, zu Sitten, den 6ten Mai 1846.

Der Präsident des Staatsrathes,
in dessen Abwesenheit,

Der Vice-Präsident:

Jg. Jen-Ruffinen.

Der Staatschreiber:

Dr. Ganiot.

Forstgesetz

vom 1. Juni 1850
(Vollziehbar seit dem 23. Juni)
(G. S. VIII. 310)

Der Große Rath des Kantons Wallis,
Nach Einsichtnahme des vom Staatsrathe entworfenen Forstge-
setzes,

Verordnet:

Erstes Kapitel.

Forstbesorgung und Verwaltung.

Art. 1. — Die Forstbesorgung ist sowohl auf die Gemeinde- als
auf die Partikularwaldungen anwendbar.

Art. 2. — Als Partikularwaldungen werden nur solche ange-
sehen, deren Eigenthümer sich nicht über die Zahl von zehn erstrecken,
und jene von Gemeinden herkommenden Waldungen, deren Eigen-
thumstitel ein sicheres, dem 1. August 1826 vorangehendes Datum
haben.

Art. 3. — Die Gehölze und Waldungen sind unter die Aufsicht des Staatsrathes gestellt, welcher dieselbe mittelst eines seiner Departemente und dessen Angestellten ausübt.

Art. 4. — Es sind in jeder Gemeinde ein oder mehrere Waldhüter.

Art. 5. — Das Departement ist mit Allem beauftragt, was in die Forstverwaltung einschlägt.

Es überwacht die Ausbeutung, das Flößen und die Ausfuhr des Holzes, und schreibt die Wiederbepflanzungsmaassregeln vor.

Auf Einladung des Staatsrathes, so wie auf Begehren der Be-theiligten, oder wenn das Departement es nöthig findet, besichtigt es selbst oder durch Andere die Gehölze und Waldungen.

Es fertigt die vom Staatsrathe zugesagten Schlagsbewilligungen, Flöß- und Ausfuhrerlaubnisse aus, und trägt dieselben ins Protokoll ein.

Art. 6. — Die Waldinspektoren werden, auf den Vorschlag des betreffenden Departementes, vom Staatsrathe ernannt.

Dieselben bekommen einen bestimmten Gehalt aus der Staatskasse. Sie leisten den Eid in die Hände des Staatsrathspräsidenten.

Es ist ihnen, unter Strafe der Absetzung und einer Buße von fünfzig bis zwei hundert Franken, verboten, von selbst oder durch unterschobene Personen, mit Holz zu handeln.

Art. 7. — Die Waldhüter werden, unter Genehmigung des Departementes, von dem Municipalrathe, auf den Vorschlag des Bürger-rathes der Gemeinde oder auf denjenigen der Corporation, welcher die Waldung zugehört, erwählt.

Selbe werden von dem Ortsrichter beeidigt und von der Gemeinde gehalten.

Art. 8. — Der Staatsrath kann die Absetzung eines Waldhüters, welcher zu gegründeten Klagen Anlaß gegeben hätte, verlangen.

Zweites Kapitel.

Gemeindewaldungen. — Verwaltung, Behandlungen, Schlag, Umbrechen, Verkauf.

Art. 9. — Die Gemeindewaldungen werden von dem Rathe der Gemeinde oder der Corporation, welche deren Eigenthümerin ist, verwaltet.

Die unvertheilten Waldungen werden von einem Verwaltungsrathe verwaltet, dessen Mitglieder von den Eigenthümern im Verhältnis ihrer Rechte erwählt werden; es sey denn das Miteigenthum bestehe zwischen verschiedenen Gemeinden, in welchem Falle diese Wahl ohne Rücksichtnahme des betreffenden Rechtsantheiles zu geschehen hat.

Art. 10. — Der Rath, welcher Vergehen oder Uebertretungen wissentlich duldet oder dieselben berechtigt, ist eben der Strafen fällig, welche diesen Vergehen oder Uebertretungen zuerkannt sind.

Art. 11. — Die Waldungen werden in Hoch- und Niederwaldungen eingetheilt.

Niederwaldungen sind solche, deren Schläge regelmäßig zu Zeit-
räumen geschehen, die nicht über dreißig Jahre hinaus gehen.

Alle übrigen Waldungen sind Hochwaldungen.

Die Schläge dieser letztern sind ordentliche oder außerordentliche.

Art. 12. — Die ordentlichen Schläge der Hochwaldungen sind jene, deren die Gemeinder und Eigenthümer für ihre Beholzung, Reparationen und Bauten bedürfen.

Der Rath bewilligt diese Schläge in Gemäßheit des Reglements.

Jeder andere Schlag oder jede andere Ausbeutung in den Hochwaldungen ist eine außerordentliche und darf nur mit Ermächtigung des Staatsrathes unternommen werden.

Art. 13. — Der Rath bezeichnet innert den Schranken seiner Zuständigkeit die Orte, wo die Schläge stattfinden sollen, und schreibt die Art vor, wie die Ausbeutung und Wiederbepflanzung zu geschehen hat.

Er setzt die nicht hängbaren Junggehölze und jene, deren Entblößung gefährlich werden könnte, in Schlags- und Weidebann.

Er errichtet jährlich einen Stand des zu schlagenden Holzes und läßt selbes von dem Waldhüter zeichnen.

Art. 14. — Es darf in den Gemeindegehölzen und Waldungen kein Umbrechen, keine Ausrottung geschehen, ohne spezielle und vorläufige Ermächtigung des Staatsrathes.

Art. 15. — Jede Gemeinde hat einen Waldhammer, mit dem Namen der Gemeinde oder den Anfangsbuchstaben derselben.

Art. 16. — Jeder Verkauf von auszubeutendem oder schon ausgebeutetem Gemeindeholz soll mittelst öffentlicher Versteigerung geschehen.

Art. 17. — Betrifft der Verkauf mehr als fünf und zwanzig Klafter, so soll der Ort, der Tag und die Stunde der Steigerung, wenigstens fünfzehn Tage vorher, mittelst Einrückung in's wöchentliche Amtsblatt und drei Verkündigungen am gewöhnlichen Ausrufungs-
orte des Ortes, wo die Steigerung stattfindet, und in den zwei benachbarten Gemeinden angezeigt werden.

Diese Anzeige soll die Allfälligkeit des Nichtverkaufes in der ersten Steigerung vorsehen und für diesen Fall den Zeitpunkt der zweiten Gant vorausbestimmen.

Bleibt auch die zweite Steigerung erfolglos, so sind die Verkündigungen neuerdings vorzunehmen.

Art. 18. — Jeder geheime Umtrieb, jedes geheime Einverständnis in der Absicht der Steigerung nachtheilig zu sein, selbe zu stören, oder das Holz um einen wohlfeilen Preis zu bekommen, ist verboten.

Die Zusprechung zu Gunsten der Einverständenen oder der Urheber dieser Umtriebe ist von rechts wegen nichtig.

Art. 19. — Sind zu den Steigerungen zuzulassen alle Jene, so übrigens genügsame Zahlungsgewährleistungen darbietend eine zahlungsfähige und im Kanton wohnsitzende Solidarbürgschaft stellen, um für die Uebertretungen und Schadenersätze gutzusprechen.

Art. 20. — Jedes Zuspruchsverbal gilt gegen den Käufer und seinen Bürgen als Vollziehungstitel, sowohl für die Haupt- als Nebensache, sobald selber von den Parteien, oder von einem öffentlichen beedeten Beamten oder Angestellten unterschrieben ist.

Das am Stamme verkaufte Holz bleibt auf der Gefahr des Zuspruchnehmers, sobald ihm die Erlaubnis zur Ausbeutung ist angezeigt worden.

Art. 21. — Der Zuspruchnehmer ist für die Uebertretungen, Beschädigungen und Vergehen verantwortlich, so die Leute, die er in den Waldungen braucht, in denselben verübt hätten.

Drittes Kapitel.

Partikularwaldungen.

Art. 22. — Die Partikularwaldungen genießen aller Rechte und Wohlthaten, welche vom gegenwärtigen Gesetze den Gemeindewaldungen zugeteilt sind.

Art. 23. — Die Schläge von mehr als fünf und zwanzig Klästern in den Hochwaldungen können nicht ohne eine vom Staatsrathe ausgehende Schlagsbewilligung unternommen werden.

Art. 24. — Können nicht umgebrochen, noch selbst durch Kahlschläge ausgebeutet werden diejenigen Partikularwaldungen, deren Boden zu irgend einem andern Produkte nicht geeignet ist, so wie auch diejenigen, welche in steilen Halden sich befinden und deren unvorsichtige Ausbeutung selbst dem Boden des Waldes, den benachbarten Eigenthümen, den Wasserleitungen, den Straßen oder den Wohnungen schädlich seyn könnte.

Art. 25. — Die Gemeindewaldhüter können, mittelst einer billigen Lohnung, angesucht werden, um die Schaden und Vergehen in den Partikularwaldungen zu verhindern und zu bewahren.

Viertes Kapitel.

Bestimmungen, die allen Waldungen gemeinsam sind.

Flößen. Ausfuhr.

Art. 26. — Niemand darf durch die Ströme, Kanäle und Bäche Holz, sey's in Flößen, sey's in Spalten oder Blöcken, von was immer einer Gattung und Form flößen, ohne eine vom Staatsrathe, nach Einvernahme der Gemeinden, ausgefertigte Bewilligung dazu.

Im Einspruchsfalle gegen das Flößen abseiten von beteiligten Gemeinden oder Partikularen entscheidet der Staatsrath auf den Bericht einer von ihm abgeordneten Expertenkommission.

Auf Ansuchen des Beteiligten hat ein neuer Untersuchung durch Sachkundige zu geschehen.

Der übereinstimmende Bericht zweier Kommissionen soll dem Staatsrathe zur Verhaltensregel dienen.

Jedenfalls kann die Flößbewilligung nicht ausgestellt werden, bis Derjenige, so um selbige nachsucht, die Bezahlung der beim Art. 29

vorgesehenen Vergütung, mittelst einer hinreichenden Bürgschaftsleistung wird versichert haben.

Die Spalten oder Blöcke dürfen nicht über sieben Zoll, neuen Maaßes, im Durchmesser haben, und nicht über fünfzig Zoll lang seyn.

Der Staatsrath kann jedoch das Flößen von Holz über gedachtes Maaß hinaus, durch Gewässer, wo gar keine Gefahr zu befürchten ist, gestatten.

Art. 27. — Die Rangordnung des Flößens wird alljährlich von dem betreffenden Departemente bestimmt, unter Vorbehalt der Weiterziehung an den Staatsrath.

Art. 28. — Jeder Flößer hat dem Eigenthümer des Ufers, längs dem sein Floß vorbeigeht, für die nicht scheinbaren Schaden eine durch die Tarife festgesetzte Vergütung zu bezahlen.

Der Staatsrath kann auch für die nicht eingewurten Ufer die Vergütung zahlen machen, wenn er findet, daß der Floß dieselben beschädigt.

In den Fällen scheinbarer Schaden an den Wuhren, Brücken, Wasserleitungen oder irgend welchen Eigenthumen, wird die Vergütung gütlich ausgemittelt. Geschieht dieses nicht, so wird nach den ordentlichen Formen verfahren.

Art. 30. — Es soll längs dem Rhoneufer und den Wasserleitungen je nach Bedürfnis der Ortslagen ein Waldsaum belassen werden.

Den Ufereigenthümern gebührt eine dem Werthe des Bodens entsprechende Entschädigung.

Art. 31. — Jeder Kahlschlag ist verboten. Die jährliche Holzausbeutung soll nach dem Verhältnisse seiner Fortpflanzung eingerichtet werden.

Es soll ein allgemeiner Plan der Waldungen aufgenommen werden, welcher ihrer Behandlung zur Grundlage dienen wird.

Art. 32. — Im Einspruchsfalle gegen die Ausbeutung eines Waldes, in der Zwischenzeit von der Veröffentlichung des gegenwärtigen Gesetzes bis zum Inkrafttreten der Forstbehandlung wird in den Gemeinدهochwaldungen bloß dasjenige Holz ausgebeutet werden, welches zur vollständigen Reife gelangt ist.

Art. 33. — In jeglicher Waldung soll an der obersten Begrenzung der Holzgegend ein Waldmantel belassen werden, dessen Ausdehnung in der allgemeinen Forstbehandlung zu bestimmen ist.

Art. 34. — Es soll dem Großen Räte ein alljährlicher und umständlicher Bericht über die allgemeine Behandlung der Förste abgestattet werden.

Art. 35. — Die Flößbewilligungen werden nach dem Range der Befugung der Schlagerglaubnisse auszufertigt.

Art. 36. — Jedes Begehren, um Holz auszubeuten oder zu flößen, soll dem betreffenden Departemente schriftlich eingereicht werden und zwar vor dem 1sten Juli jeden Jahres für das folgende

Jahr, unter Strafe, im Concurfsalle, auf ein anderes Jahr verschoben zu werden.

Das Begehren soll ausdrücken: den Namen des Ansuchers, die Menge und die Gattung des Holzes, die Gemeinde, die Gemeindeverwaltung oder das Partikulareigenthum, von der es herkommt, und die Form, unter welcher es ausgebeutet oder geflößt werden soll.

Art. 37. — Das Abzapfen der Bäume ist verboten, sowie auch in den Gehölzen und Waldungen die Erde aufzugraben oder was immer wegzunehmen, in denselben Feuer anzuzünden, Kalk-, Gyps- oder Kohlföfen zu errichten, ohne die Erlaubnis des Rathes oder des Eigenthümers.

Niemand darf das Zeichen eines andern verfälschen oder sich desselben bedienen, noch von dem Waldhammer Gebrauch machen, außer er sei dazu berechtigt worden.

Fünftes Kapitel.

Verpönung.

Art. 38. — Jeder Kahlschlag und jedes Umbrechen in einer mit Bäumen oder Gesträuchen behölzten Gegend, welche Erdstürzen oder Lawinen ausgesetzt ist, werden mit einer Buße von vier Baken für jedes Quadratklaster umgebrochenen oder holzlos gemachten Boden bestraft.

Das Holz unterliegt überdies der Confiskation.

Art. 39. — Jeder außerordentliche Schlag in den Gemeindewaldungen, oder über fünf und zwanzig Klaster in den Partikularwaldungen und jedes Flößen ohne rechtmäßige Erlaubnis, werden mit der Confiskation belegt.

Wird mehr Holz, als im Erlaubnischeine enthalten ist, gefällt oder geflößt, so wird das Uebermehr konfisciert.

Art. 40. — Jede sonstige Zuwiderhandlung wird mit einer Buße eines Minimums von zwei Franken und eines Maximums von fünfzig Franken bestraft.

Art. 41. — Jede Zuwiderhandlung führt, nebst der Buße und des Schadenersatzes, immer die Erstattung nach sich, wenn dazu Veranlassung ist.

Art. 42. — Der Ertrag der Bußen, der Erstattungen, Confiskationen und der Schadenersätze kommt dem Eigenthümer des Forstes zu, mit Ausnahme der Buße und der Confiskation in Fällen verbotenen Flößens, Schlages, Umbrechens oder verbotener Ausfuhr, deren Ertrag der Staatskasse zukommen soll.

Der Drittel der Buße gebührt jedenfalls dem Angeber.

Art. 43. — Die Mitglieder des Departementes, sowie die Inspektoren sind in Ausübung ihrer Amtsverrichtungen nie als Angeber zu betrachten.

Art. 44. — Die Bußen werden alle vom Municipalrathes ausgesprochen, mit Vorbehalt der Weiterziehung an den erstinstanzlichen

Civilrichter, gemäß des I. Theiles, einzigen Titels des Gesetzbuches über die peinliche Prozeßordnung, für solche Bußen, die acht Franken übersteigen.

Hat sich der Rath selbst einer Zuwiderhandlung schuldig gemacht, so wird die Buße darüber von dem Departemente ausgesprochen, mit Vorbehalt der Weiterziehung vor das Gericht über die Verwaltungsstreitigkeiten.

Art. 45. — Die Schäden werden von drei Sachverständigen, deren Ernennung dem Staatsrathe obliegt, erachtet.

Im Einspruchsfalle gegen den Schadenanschlag haben sich die Parteien Vergleichsanträge zu machen. Werden sie darüber nicht gütlich einig, so soll eine neue Erachtung von drei neuen Sachverständigen vorgenommen werden, die dann definitiv sein soll.

Diese Sachverständigen sind gemäß den Verfügungen des Gesetzbuches über die bürgerliche Prozeßordnung ablehnbar.

Die Kosten der zweiten Erachtung hat diejenige Partei zu tragen, deren Anträge von dem definitiven Ansätze am meisten abweichen.

Art. 46. — Derjenige, welcher die Buße und Entschädigung nicht bezahlen kann, soll von dem Municipalrathe zu einer Einsperrung von 1 bis 15 Tagen verurtheilt werden, unter Vorbehalt der Weiterziehung vor das Gericht über die Verwaltungsstreitigkeiten für die Verurtheilung zu mehr als einer eintägigen Einsperrung.

Die Einsperrungskosten liegen der Gemeinde ob, mit Vorbehalt des Rekurses gegen den Vergeher, falls er zu besserem Vermögen gelangen würde.

Art. 47. — Jedes von einem Forstangestellten begangene Vergehen wird mit dem Doppel der Buße, welche für einen gleichen Fall ein anderer Vergeher eingelaufen hätte, bestraft, und zwar ohne Nachtheil des Schadenersatzes.

Art. 48. — Die Verbale der Waldhüter sind, bis zum Beweise des Gegentheils, beglaubigt.

Sechstes Kapitel.

Allgemeine Bestimmungen.

Art. 49. — Der Staatsrath ist mit der Aufsehung eines Forstreglementes und der, zur Vollziehung gegenwärtigen Gesetzes nothwendigen, Beschlüsse beauftragt.

Art. 50. — Die früheren Gesetze über die Förste und das Holzwesen sind abgeschafft.

Gegeben im Großen Rathe, zu Sitten, den 1. Juni 1850.

Der Präsident des Großen Rathes,
B. Torrent.

Die Sekretäre: Allet. — Ribordy.

Forst-Reglement

vom 1. Juli 1853.

(G. G. IX. 67)

Der Staatsrath des Kantons Wallis,
In Vollziehung des 49. Artikels des Forstgesetzes;

Beschließt:

I. Kapitel.

Forstagenten und Forstbedienstete.

Art. 1. — Die einem der staatsräthlichen Departemente untergeordneten Agenten und Bediensteten der Forstverwaltung sind:

1. Ein Kantonsförster;
2. Drei Bezirksforstinspektoren;
3. Der Municipalrath und, ergebenden Falles, der Bürgerrath oder der Rath der waldbesitzenden Korporation;
4. Die Waldhüter.

Art. 2. — Der Kantonsförster, die Bezirksforstinspektoren und Waldhüter werden auf vier Jahre erwählt.

Sie können mittelst begründeten Bescheids abberufen werden.

Art. 3. — Der Kantonsförster und die Inspektoren bekommen einen Gehalt aus der Staatskasse.

Art. 4. — Die Waldhüter beziehen ein bestimmtes Salarium aus der Municipalkasse und ihre Tagelöhne von dem Waldbesitzer, im Verhältnis ihrer Arbeiten.

Art. 5. — Das mit dem Forstwesen beladene Departement kann, nöthigen Falls, die Anzahl der Waldhüter sowie den Betrag ihrer Saläre und Tagelöhne festsetzen.

Art. 6. — Die Forstangestellten dürfen ohne Ermächtigung der Behörde, welcher sie untergeordnet sind, keine weitere Amtsverrichtungen annehmen.

II. Kapitel.

Kantonsförster.

Art. 7. — Der Kantonsförster ist der ordentliche Mittelmann zwischen dem mit dem Forstwesen beladenen Departemente und den Forstinspektoren.

Art. 8. — Derselbe hat nachstehende Befugnisse:

1. Er überwacht unter Anleitung des Departements, die Forstverwaltung im ganzen Kantone, und besorgt die Vollziehung der dahingehörigen Gesetze und Reglemente;

2. Er gibt sein Gutachten ab über die Ausbeutung, Behandlung, Wiederbesamung, und die Kultur der Gehölze und Wälder, über den Holzanbau in den Bergschluchten und Abhängen, so wie über die dahерigen Zwischen- und Streitfachen;
3. Er beaufsichtigt die Gehölze und Wälder, wenn er es für nothwendig findet, oder auf Anordnung des Departements;
4. Er führt ein allgemeines Verzeichnis der Gemeinde- und Partikulargehölze und Wälder, sowie der Verkäufe und der sowohl ordentlichen als außerordentlichen Schläge in den Hochwaldungen; Ein Verzeichnis der Ausbeutung der Niederwaldungen; Ein Register der Flöße; Ein Register der Zuwiderhandlungen, Bußen und Confiskationen im Forstwesen;
5. Er macht einen jährlichen und umständlichen Bericht über die Forstverwaltung und insbesondere über den Schlag, die Kultur und die Fortpflanzung der Gehölze.

III. Kapitel.

Inspektor des Forstbezirks.

Art. 9. — Der Bezirksinspektor ist die ordentliche Mittelperson zwischen dem Kantonsförster und den Ortsrathen und den Orts-Forstbediensteten; er überwacht die Vollziehung der Gesetze, Reglemente und höherseitiger Vorschriften in seinem Forstkreise.

Art. 10. — Er ist für die Bestrafung der Forstübertretungen und Vergehen, zu deren Kenntniss er gelangt, verantwortlich.

Der Inspektor hat folgende Befugnisse:

1. Er beaufsichtigt jährlich die Wälder und die zum Holzanbau brauchbaren Bergschluchten und Abhänge;
2. Er bildet, leitet und überwacht die Waldhüter und beantragt, nöthigen Falls, deren zu Strafziehung und Abberufung;
3. Er entwirft den Plan der Waldungen, ihrer Behandlung und des Holzbestandes des Bodens;
4. Er überwacht die Holzschläge und dessen Abräumung und schreibt vor das nothwendige Anbauen oder Auslichten der Wälder;
5. Er wohnt den Holzverkäufen bei oder läßt sich bei denselben von einem Waldhüter je nach seiner Auswahl vertreten;
6. Er macht aus eigenem Antriebe oder auf höhern Befehl die Inspektionen und Berichte so das Wohl des Dienstes erfordert;
7. Er abfaßt einen monatlichen und umständlichen Bericht über die Forstverwaltung;
8. Er führt ein allgemeines und gemeindeweises Verzeichnis der Gemeinde- und Partikularwaldungen;

Ein Verzeichniß der ordentlichen und außerordentlichen Schläge in den Hochwaldungen;

Ein Verzeichniß der Ausbeutung von Niederwaldungen;

Ein Register der Holzverkäufe und Flöße;

Ein Register der Uebertretungen, Confiskationen und Bußen;

9. Im Falle von Feuersbrunst, Erdsturz, Lawine, Einreißen von Ziefern und Krankheit oder anderer dergleichen Umfälle in den Wäldern hat er unverweilt an Ort und Stelle sich zu begeben, um die Erhaltungs- und Ausbesserungsmaßregeln zu sichern und darüber Bericht abzugeben.

Art. 11. — Der Inspektor darf, ohne Ermächtigung des Kantonsförstlers, nicht über drei Tage abwesend sein.

IV. Kapitel.

Ortsrätthe, deren Pflichten und Befugnisse.

Art. 12. — Dem Municipalrathe obliegt die Ueberwachung der Vollziehung der Gesetze, Reglemente und höherseitiger Anordnungen behufs der Forstbehandlung in den Gehölzen und Waldungen seines Amtstreifes.

Im Falle von Feuersbrunst, Erdsturz oder anderweitiger Unfälle trifft er, nach vorerstlicher Anhörung des Waldverwaltungsrathes, die Erhaltungs- und Ausbesserungsmaßregeln.

Er verwaltet die der Municipalgemeinde angehörigen oder zu ihrem Gebrauch speciell angewiesenen Gehölze und Wälder.

Ihm steht das Recht zu, in der Verwaltung der Gehölze und Wälder, an deren Erhaltung es der Gemeinde gelegen ist, zu intervenieren.

Er ernennt die Waldhüter entweder von selbst oder auf den Vorschlag des Rechtshabenden und verabschiedet sie, ergebenden Falles, mittelst begründeten Bescheids.

Er läßt sie vom Richter beeidigen und gibt ihnen den Waldhammer ab so wie das Verzeichniß der Partikular-Hauszeichen und sonst der Gemeinde.

Er verfaßt ein Verzeichniß des alljährlich für den Dienstesbedarf zu fallenden Holzes und vorlegt selbes, eintretenden Falles, dem Rathe der Wälderverwaltung, in denen der Schlag vorgenommen werden soll.

Er spricht die Bußen und Verpönungen in Gemäßheit des Forstgesetzes aus.

Art. 13. — Der Bürgerrath oder derjenige, welcher den Wald verwaltet, überwacht die Vollziehung der Gesetze, Reglemente und höherseitiger Verordnungen über die ihrem Amtsgebiete unterstellten Gehölze und Wälder; so wie über die Aufrechthaltung des Eigenthums gegen jeden Eingriff, jede Dienstbarkeit oder Mißbrauch.

Er versichert den Holzanbau in den lichten Plätzen und in den unnützen Schleis- und andern Wegen.

Er setzt in Verbot (oder in Schlags- und Weidbann) die jungen, nicht jährigen Gehölze oder deren Erhaltung durch die Beschaffenheit der Ortschaften vernothwendigt würde.

Er regelt und inregistriert die Holzvertheilungen, Bewilligungen, Verkäufe und Schläge, sowie die anderweitigen Waldprodukten, innert den Schranken seiner Amtsbefugnisse und stellt den Rechtshabenden die daherigen Gutscheine zu, um selbe dem Waldhüter abzugeben.

Er bewirkt die Bestrafung und nöthigen Falls die Verabschiedung der Waldhüter, welche ihre Pflichten vernachlässigen würden.

V. Kapitel.

Waldhüter.

Art. 14. — Der Waldhüter verantwortet für die Vollziehung der Gesetze und Reglemente in den Wäldern seiner Hütung.

Er leistet den Eid in die Hände des Ortsrichters.

Deselben Berrichtungen beginnen mit der Inempfangnahme des Waldhammers und endigen mit dessen Ablegung.

Art. 15. — Der Waldhüter hat folgende Pflichten und Befugnisse:

1. Er nimmt eine umständliche Kenntniß der Gehölze und Wälder, indem er selbe gleich bei seinem Dienstesantritte in allen Richtungen zu durchgehen hat.
2. Er schreitet zum Anschalmen und zur Schätzung des Holzes, laut den Anweisungen des Forstinspektors, nachdem ihm die von Seite des Waldverwaltungs-raths-Präsidenten ausgestellten Gutscheine abgegeben wurden;
3. Er aufsieht unablässig den Schlag, die Abräumung und den Transport des Holzes und überwacht, daß Alles nach den vorgeschriebenen Bedingungen und Wegen vor sich gehe;
4. Er überwacht die Erhaltung der Grenzzeichen und bewirkt die Ersetzung der nicht mehr Vorfindlichen oder Beschädigten;
5. Er schreitet zum Holzverkauf, mit dem er vom Rathe oder vom Forstinspektor beladen wird;
6. Er erweicht und steuert jede unerlaubte Handlung in den Gehölzen und Waldungen, so z. B. nichtermächtigtes Fällen, Beschädigung, Fortnahme, Durchgang, Feueranzündung, nimmt darüber ein Verbal auf und überreicht denselben innert acht und vierzig Stunden dem Präsidenten der Waldesverwaltung;
7. Im Falle von Feuersbrunst, Lawine, Erdsturz, Einreißen von Krankheit oder Fießer und anderweitiger Mißgeschick in den Gehölzen und Waldungen begibt er sich unverzüglich an Ort und Stelle und nimmt von sich aus oder fordert vom Gemeinds-Präsidenten die gemessenen Erhaltungs- oder Ausbesserungs-Maßregeln und erstattet darüber Bericht dem Forstinspektor;
8. Er ist gehalten, die von der Behörde angeordneten Einstudierungen, Berichte und Arbeiten zu machen;
9. Er führt ein Register seiner sämtlichen Berrichtungen nach dem Muster, welches ihm die Behörde wird verabsolgen lassen;

10. Er kann, ohne den Gemeindepräsidenten in Kenntniß gesetzt, oder bevor er den Waldhammer seinem Substituten überreicht haben wird, sich nicht entfernen.

Art. 16. — In Ausübung seiner Dienstverrichtungen, ist der Waldhüter-Substitut an die nämlichen Pflichten und Befugnisse gehalten wie der Waldhüter selbst.

VI. Kapitel.

Abmarkung, Behandlung, verbotenes Gehölze.

Art. 17. — Die Gehölze und Wälder sollen innert der vom Staatsrath festzusetzenden Frist regelmäßig abgemarkt und behandelt werden.

Art. 18. — Der Behandlungsplan der Gemeindewaldungen soll bei seiner Abfassung die Erhaltung und das Wachstum der Forstprodukte zum Zwecke haben.

Es kann darin für die Gemeinden, wo solche mit ihrem Verwaltungsvermögen im Verhältnisse steht, auch die Forstcomptabilität mitbegriffen werden.

Art. 19. — Es sollen in den Bergschluchten und Abhängen, wo Lawinen und Erdstürze zu befürchten sind, Maßregeln zum Holzabbau getroffen werden.

Art. 20. — Außer staatsräthlicher Erlassung soll an den Rhoneufern ein Holzsaum von dreißig Klaftern (300 eidgenöf. Fuß) Breite, und an den Ufern der Ströme, Bäche oder Wasserföhren ein Saum von wenigstens drei Klaftern (30 eidgen. Fuß) belassen werden.

Art. 21. — In den Gehölzen und Wäldern der Ebene sowie überhaupt in allen denen, wo die Pflanzen noch nicht zu einer Höhe von zehn Fuß über den Boden gelangt sind, ist der Weidtrieb der Ziegen verboten.

Jeder Weidgang in den Gemeindegütern soll übrigens auf die Weise geregelt werden, daß, soweit es thunlich ist, die Fortpflanzung des Holzes mit den anderweitigen gebieterischen Bedürfnissen der Bevölkerung verpaart werde.

Art. 22. — Die Wälderverwaltung soll sich's angedungen sein lassen, die Sparsamkeit in den Brennstoffen bei dem Volke einzuföhren.

In diesem Behufe kann sie Regeln und Bau-Verhältnisse festsetzen.

Art. 23. — Die Fabrikation und das Anzapfen von Harz und Bech kann nur, auf vorläufiges Gutachten des Kantonsförsters, vom Departemente gestattet werden.

Art. 24. — Es soll, sobald möglichst, eine unentgeltliche Schule zur Bildung der Waldhüter errichtet werden.

Einzäunung der Gehölze, Anschalmen, Ausbeutung, Erhaltungs- maßregeln.

Art. 25. — Die Einzäunung der Gehölze beginnt mit dem 1sten Juni und endigt mit dem 31sten August; indessen darf, ohne spezielle Ermächtigung des Forstinspektors, kein Holz gefällt werden.

Es ist Ausnahme für die hohen Alpengebirge und für die abseiten des Municipalrathes erwehrten Dringlichkeitsfälle.

Art. 26. — Das Anschalmen des zu fällenden Holzes geschieht folgender Weise:

Jede Pflanze soll zwei Aufdrücke des Waldhammers tragen, den einen am Stamme vier Schuh über den Boden, den andern, soweit thunlich, auf einer hervorragenden Wurzel am Fuße des Stockes.

Art. 27. — Es soll kein Balken, kein Schlößling oder sonstiges Bauholz aus dem Walde gethan werden, ohne mit dem Hauszeichen des Eigenthümers gestempelt zu sehn.

Art. 28. — Die Ausbeutung hat auf die Weise zu geschehen, daß die Laßreiser und die Pflanzen nahe am Schlage verschont werden.

Zu diesem Behufe kann vor dem Fällen das Abästen verordnet werden.

Art. 29. — Das gefällte Holz soll abgerindet und sobald möglich, jedenfalls vor der Einzäunung der Gehölze, aus dem Walde gethan werden.

Art. 30. — Die Ausbeutung und die Fortschaffung der Stämme oder Stöcke in den besonders steilen Gegenden oder wo Lawinen oder Erdstürze zu befürchten, sind verboten.

Art. 31. — Es ist verboten vor Aufgang und nach Niedergang der Sonne Holz aus einem Walde zu thun, und Nester oder Pflanzen abzubrechen, abzuschneiden, abzurinden oder wegzureißen ohne eine spezielle Erlaubniß abseiten des Rechtshabenden.

Art. 32. — Die dürrn Hecken sollen, soweit es thunlich ist, abgeschafft und mit lebendigen Zäunen oder Mauer ersetzt werden.

In diesem Behufe soll nur reißiges Holz, gesägte oder geschnittene Bäume gebraucht werden.

Art. 33. — Das Abästen irgendwelcher Bäume, sey's zur Fütterung des Viehes, sey's zu Dünger oder zu Reisen, wird nur unter dem Bedinge gestattet, daß der Spiz jeder Pflanze verschont bleibe.

Art. 34. — Die Sägmeister haben von der Gattung, der Länge und Dike sämtlichen Holzes, das zu ihnen gebracht würde, ohne gezeichnet oder gehämmert worden zu seyn, so wie über den Namen und den Wohnort des Fuhrmannes ein Verzeichniß zu halten.

Art. 35. — Es ist verboten in den Gehölzen und Wäldern oder in ihrer Nähe Feuer anzuzünden, ohne Erlaubniß des hiezu vom Verwaltungsrathe ermächtigten Waldhüters.

Ein selbst mit gehöriger Erlaubniß angezündetes Feuer darf nie verlassen werden, bevor es ganz ausgelöscht ist.

Art. 36. — Es ist untersagt, anderweitig als durch gebahnte Wege und Fußsteige in die Gehölze zu gehen, und selbst in den zur Ausbeutung vorbehaltenen Wegen und Fußpfaden, schneidende Werkzeuge, z. B. eine Säge, Haxe oder Art, dahin mitzutragen.

Ein Durchpaß ist verboten, sobald er durch einen Graben oder eine Sperre abgeschnitten ist.

Art. 37. — Jeder Holzträger oder Führer in einem Walde ist gehalten, über des Holzes Herkunft sich auszuweisen.

Die nämliche Verpflichtung gilt auch dem Inhaber, falls bei frischem Vergehen eine Untersuchung stattfinden sollte.

In Ermangelung einer daherigen Ausweisung werden sie als Vergeher behandelt.

VIII. Kapitel.

Holzvertheilungen und Concessionen.

Art. 38. — Es darf nur alsdann erst den Bürgern oder den Rechtshabenden Holz ausgetheilt werden, nachdem den Bedürfnissen der Municipal- und Bürger-Verwaltung und der Schulen anständigerweise genug gethan worden ist.

Art. 39. — Die jährliche Ausbeutung darf in keinem Falle die Möglichkeit der Wälder, das heißt ihre regelmäßige Fortpflanzung, übersteigen.

Jedes Zuwiderhandeln gegen diese Vorschrift veranlaßt die Einstellung der Vertheilung, bis der Ueberschuß wieder fortgepflanzt seyn wird.

Art. 40. — Die ordentlichen Vertheilungen unter den Bürgern oder Rechtshabenden sollen nach dem Maaßstabe einer vollkommenen Gleichheit und mittelst Verlosungen stattfinden.

Art. 41. — Jeder kann um Holzbewilligungen nachsuchen, zu neuen Bauten oder zu wichtigeren Verbesserungen von einer abseiten des Municipalrathes beurkundeten Nützlichkeit.

Die daherigen Ansuchen sind zeitig genug einzugeben, um in das allgemeine Schlagverzeichnis für das Jahr eingetragen werden zu können, unter Strafe der Verschiebung auf das folgende Jahr.

Art. 42. — Das auf diese Weise bewilligte Holz soll innert den zwei Jahren seit seiner Auslieferung zu seiner Bestimmung gebraucht werden, widrigenfalls hat der Concessionär den vollständigen Werth desselben zu bezahlen und wird für das folgende Jahr von der ordentlichen Vertheilung ausgeschlossen.

Ist das Holz zu einer ganz anderweitigen Bestimmung gebraucht worden, so hat er den doppelten Werth desselben zu bezahlen.

Art. 43. — Die ordentlichen Vertheilungen können, mit Ausnahme der Lohnung der Bediensteten, unentgeltlich stattfinden.

Art. 44. — Die Bauholz-Concessionen werden nach einer der Localität angemessenen und vom Departemente gutgeheißenen Tage bezahlt.

Diese Tage kann alle fünf Jahre erneuert werden, selbe soll wenigstens der Hälfte des Verkaufspreises gleich kommen.

Art. 45. — Das Brennholz soll so viel möglich aus demjenigen gezogen werden, das weder zu Dienst- noch Bauholz brauchbar ist.

IX. Kapitel.

Holzverkauf.

Art. 46. — Der Holzverkauf hat gemäß dem Forstgesetze statt zu finden.

Der Waldhüter ist darüber wenigstens acht Tage vorher zu bekundigen, damit er demselben heimohnen könne.

Art. 47. — Der bei der Steigerung anwesende Forstbedienstete unterfertigt den Verbal unbeschadet anderer Unterschriften.

Art. 48. — Die Verkaufs-Schlüsse und Bedinge sollen nichts enthalten, was den daherigen Gesetzen und Reglementen zuwiderläuft.

Art. 49. — Jedes Vergehen gegen die hierob erwähnten Vorschriften bewirkt die Nichtigkeit des Verkaufs.

X. Kapitel.

Gebrauchsrechte.

Art. 50. — Das Gebrauchsrecht wird in Gemäßheit der Urkunden des Gebrauchsberechtigten ausgeübt; in Ermangelung von Urkunden, dienen nachstehende Grundsätze zur Regel:

Art. 51. — Der Genuß der Gebrauchsrechte (Sowohl an Holz als an Weidgang oder anderweitiger Boden-Producte), kann die eigenen Bedürfnisse des Gebrauchsberechtigten nicht übersteigen.

Art. 52. — Der Eigenthümer hat das Recht, den Erweis dieser Bedürfnisse zu erheischen und die Auslieferung des Holzes zu machen.

Art. 53. — Die Gebrauchsrechte sind den Holzausbeutungs-Vorschriften unterworfen.

Art. 54. — Der Gebrauchsberechtigte darf das ihm gelieferte Holz weder verkaufen noch vertauschen, sondern er muß es zu seiner Bestimmung verwenden und zwar innert den zwei Jahren seit der Lieferung, unter Strafe dem Eigenthümer den wahren Werth desselben bezahlen zu müssen.

Verwendet er solches zu einer ganz anderweitigen Bestimmung, so hat er den doppelten Werth desselben zu bezahlen.

Art. 55. — Unter dem Gebrauchsrechte des dürren Holzes versteht man das natürlich abgestandene Kleinholz, welches ohne Werkzeug genommen werden kann. Der Genuß dieses Rechtes kann auf bestimmte Tage beschränkt werden.

XI. Kapitel.

Flößen.

Art. 56. — Es darf kein Floß vorgenommen werden, bevor er wenigstens acht Tage vorher mittelst Verkündigung an dem gewöhnlichen Ausrufungsorte in den am Ufer des Wassers, durch welches gefloßt werden soll, gelegenen Gemeinden angezeigt worden ist.

Art. 57. — Mittelst dieser Verkündigung steht der Floß unter dem Schutze des Gesetzes gegen jedes Hinderniß und Wegnahme.

Art. 58. — Das von dem Wasser wider den Willen des Eigenthümers weggenommene Holz kann innert den fünfzehn Tagen seit dem Unfalle von ihm in Anspruch genommen werden.

Er hat vorläufig, wem Rechtsens, die Unkosten, Vergütungen und Schaden, wenn sich der Fall dazu ergeben sollte, zu bezahlen.

Art. 59. — Der Municipalrath hat das Recht, das vom Wasser auf sein Gebiet hergebrachte Holz herauszufangen.

Er läßt selbes, für den Anspruchsfall abseiten des Eigenthümers, in einen Ort hinbringen, wo es während fünfzehn Tagen vor jedem Unfall gesichert ist. Nach Ablauf dieser Frist verfügt er darüber zu Gunsten der Gemeinde.

Art. 60. — Das in den Lemanersee geschwemmte Holz, dessen Herkunft nach einem Monate nicht beurfundet würde, fällt dem Staate zu.

Das Departement wird das Ausziehen dieses Holzes anzuordnen haben.

XII. Kapitel.

Partikular-Wälder.

Art. 61. — Die Partikular-Gehölze und -Wälder werden in Gemäßheit des Forstgesetzes verwaltet.

Art. 62. — Selbe sind den Maßregeln allgemeiner Sicherheit und denjenigen gegen das Einreißen von Fießer und Krankheiten unterworfen.

XIII. Kapitel.

Schadenerlaß, Hemmen der Vergehen und Zuwiderhandlungen.

Art. 63. — In den Fällen scheinbaren Schadens an den Straßen, Wegen, Wuhren, Brücken, Wasserleitungen oder an irgendwelchen Eigenthümen, in Folge einer Ausbeutung, des Flößens oder jeder von der Forstverwaltung herrührenden Handlung, soll die Vergütung gütlich ausgemittelt werden; geschieht dies nicht, so soll nach den vom Forstgesetze vorgeschriebenen förmlichkeiten verfahren werden.

Art. 64. — Die Zuwiderhandlungen gegen das gegenwärtige Reglement werden in Gemäßheit des Forstgesetzes bestraft.

Das Minimum der Buße ist auf 2 Fr. und das Maximum auf 72 Fr. angesetzt.

Art. 65. — Es wird keiner Gemeinde gestattet, Reglemente, Beschlüsse oder Gebräuche aufzurichten oder beizubehalten, welche dem Forstgesetze und dem Forstreglement zuwiderlaufen.

Art. 66. — Die Einsprachen über die Anwendung des Forstgesetzes und des vorliegenden Reglements treten in die Zuständigkeit des Staatsrathes.

Gegeben im Staatsrathe zu Sitten, den 1. Juli 1853, um von seiner Verkündung an in Vollziehung zu gehen.

Der Präsident des Staatsrathes,
M. Barmann.

Der Staatschreiber adjunkt,
Dr. B. Bonvin.

91

Beschluß

vom 25. Hornung 1854

über die Einnahme der Ertragssteuer der Waldungen.

(G. S. IX. 157)

Der Staatsrath des Kantons Wallis,

In Vollziehung des 13. Artikels des Beschlusses vom 11. März 1851,

Beschließt:

Art. 1. — Jedes aus einem Gemeinde- oder Privatwalde ausgebeutete Holz, welches nicht zu Brenn- oder Bauholz für den öffentlichen Dienst oder denjenigen des Wald-Eigenthümers bestimmt ist, unterliegt einer Tage von 50. Cent. per Klafter als Ertragssteuer.

Dieser Steuerfuß ist in dem, im Art. 11 des Finanzgesetzes vom 6. Dezember 1850 vorgesehenen Falle herabzusetzen.

Art. 2. — Die Ausbeutung soll vor Handanlegung dem Waldhüter der Gemeinde, woher das Holz bezogen wird, angezeigt werden.

Art. 3. — Die Tage ist in die Kasse des Bezirkseintnehmers zu bezahlen.

Art. 4. — Es darf kein Holz, von welcher Beschaffenheit oder Herkunft es sein mag, außer dem Kanton zu Wasser oder zu Land geführt werden, wenn es nicht vorerst dem zunächst gelegenen Grenzzollamte, unter Vorweisung der Steuerquittung, angezeigt worden ist. Als solche Grenzzollämter werden bezeichnet diejenigen von Gondo, von der Brücke bei St. Moritz und von Bouveret.

Die Angabe bezeichnet die Gemeinde und den Wald, woher das Holz bezogen wurde und dessen Eigenthümer beim Zeitpunkt der Ausfuhr.

Art. 5. — Die Holzausfuhr durch eine andere als die oben bezeichneten Grenzstätten kann nur mittelst einer von der Forstverwaltung des Kantons ausgestellten Erlaubnis stattfinden.

Art. 6. — Jede Uebertretung gegenwärtigen Beschlusses wird mit der Beschlagnahme des Holzes und einer Buße bestraft, die dem fünffachen Werthe der Tage gleichkommt. Ein Drittel davon wird dem Angeber zugesprochen.

Gegeben im Staatsrathe, zu Sitten, den 25. Hornung 1854, um bekannt gemacht und öffentlich angeschlagen zu werden.

Der Präsident des Staatsrathes,
M. B a r m a n.

Der Staatschreiber adjunkt,
Dr. B. B o n n i n.

92

Beschluß

vom 1. Oktober 1857

betreffend die Einkommenssteuer und Schlaggebühr des Holzes.

(G. E. X. 42)

Der Staatsrath des Kantons Wallis,

In Vollziehung des Art. 24 des Tarijs der Verwaltungsakten, vom 6. Dezember 1849, und des Art. 16 des Beschlusses vom 5. Juli 1856 über die Erstellung und Führung des Abgabenregister,

In Ansicht des Bundesbeschlusses vom 4. August 1857,

b e s c h l i e ß t :

Art. 1. — Das aus hochstämmigen, Gemeinden oder Partikularen angehörenden Waldungen bezogene Holz wird unter dem Titel einer Einkommenssteuer und Holzschlaggebühr, mit einer folgendermaßen bestimmten Tage belegt:

Brennholz:	Fr.	Cts.
durch Klasten (moules) neuen Maasses	—	50
durch Klasten (moules) alten Maasses	—	55
durch altes Klasten	—	70
Kebpfähle, durch Hundert	—	10
Querschwellen (traverses) für Eisenbahnen, jedes Stück welches nicht mehr als 9 Fuß Länge, 5 Zoll Dicke und 10 Zoll Breite mißt	—	20
Für Stücke größern Maasses wird eine verhältnismäßige Gebühr bezogen.		
Bauholz aller Gattung, in Rundhölzern, Blöcken gesägt oder gespaltet, durch Pferdezuglast	1	—

Die im Bezirk Monthey übliche Schiffsladung ist 15 Klasten (moules) neuen Maasses gleich.

Die Pferdezuglast ist zu 15 Zentner berechnet.

Werden für eine Pferdezuglast berechnet:

Vier Duzend gewöhnliche Bretter,

Vier Duzend Quadratbretter,

120 Quadratfuß dicke Bretter,

40 Kubikfuß Pappelholz,

35 „ Tannen- und Birtenholz,

30 „ Lerchen-, Arve-, Fichten- (Dählen),

Buchen-, Ulmenholz,

25 „ Eichen-, Ahorn-, Eschenholz.

Die hieroben nicht bezeichneten Holzgattungen sind dem Tannenholz gleichgestellt.

Art. 2. — Die Holzschläge von weniger als 3 Klasten (moules) sind steuerfrei.

Art. 3. — Die jährlichen Holzbewilligungen und Vertheilungen in den Gemeinden sind nur insofern steuerfrei, als der jedem Gemeinder oder jeder Haushaltung zukommende Theil die im vorgehenden Artikel erwähnte Quantität nicht übersteigt.

Art. 4. — Für das Holz, dessen Schlag in Folge staatsrätlicher Bewilligung geschieht, wird die Gebühr unmittelbar an die Staatskasse entrichtet.

Für das andere Holz hat die Zahlung bei dem Einnehmer des Bezirkes, in welchem der Wald, aus welchem selbiges bezogen wird, gelegen ist, stattzufinden, wenn es zum Verbrauche im Innern des Kantons bestimmt ist; ist dasselbe zur Ausfuhr bestimmt, so wird die Steuergebühr bei dem, dem Ausfuhrorte zunächst gelegenen Gränzbureau bezahlt.

Art. 5. — Der Waldhüter führt ein Register:

- a) über die außerordentlichen Holzschläge, in Gemäßheit der Bestimmungen des Forstreglementes;
- b) über die Holzschläge, welche sonst, laut gegenwärtigem Beschlusse, einer Steuergebühr unterliegen.

Er liefert, monatlich, einen Auszug davon der Kantonalforstverwaltung.

Zu diesem Behufe soll die Ausbeutung, vor ihrem Beginnen, durch deren Unternehmer beim Waldhüter der Gemeinde, wo sie stattfindet, angezeigt werden, ohne Präjudiz der betreffenden Bestimmungen des Gesetzes und Forstreglementes.

Art. 6. — Nach vollendeter Ausbeutung hat der Eigenthümer das Holz bei dem mit der Einnahme der Gebühr, welcher selbiges unterliegt, beauftragten Bureau zu consigniren.

Art. 7. — Alles Holz, für welches nicht der Beweis vorliegt, daß es von einem Schlage von nicht mehr als 3 Klastern herkommt, unterliegt der Steuergebühr.

Art. 8. — Wenn nicht anders durch Vertrag bestimmt wird, liegt die Steuerentrichtung dem Waldeigenthümer zur Last.

Indessen bleibt das Holz, in wessen Besitz es immer kommen mag, zur Garantie der Gebühr verpfändet.

Art. 9. — Auf Begehren der mit der Controlle beauftragten Angestellten, ist der Eigenthümer verpflichtet, den Empfangsschein der Steuerentrichtung vorzuweisen.

Art. 10. — Jede Uebertretung des gegenwärtigen Beschlusses, und sonderheitlich der Artikel 5 und 6, wird mit der Beschlagnahme des Holzes und mit einer Buße vom fünffachen Werthe der schuldigen Steuergebühr bestraft. Ein Drittel davon fällt dem Angeber zu.

Art. 11. — Die Beschlüsse vom 25. Februar 1854 und 16. Februar 1855 sind zurückgenommen.

Gegeben im Staatsrathe, zu Sitten, den 1. October 1857, um in allen Gemeinden des Kantons publicirt und angeschlagen zu werden.

Der Präsident des Staatsrathes,

A. Allet.

Der Staatschreiber adjunkt,

Dr. B. Bonvin.

Obiger Beschluß wurde am 7. Juli 1860 ohne wesentliche Abänderungen erneuert.

23

Beschluß

vom 12. Mai 1858

(G. S. X. 158)

über die Benutzung der zur Gerberlohe geeigneten Rinden.

Der Staatsrath des Kantons Wallis,

Willens, die Benutzung der zur Gerberlohe geeigneten Rinden auf die Art zu erzwecken, daß den Bedürfnissen der Gerberei-Anstalten im Kanton entsprochen werden möge,

Beschließt:

Art. 1. — Die Benutzung der Rinden, behufs Ablieferung an die Gerberei-Anstalten, wird verbindlich gemacht, betreffend die Waldungen, die aus Eichen, Rothtannen und Lärchen bestehen.

Diese Bestimmung ist nicht anwendbar auf die Partikular- und Consorten-Waldungen, deren Eigenthümer die Anzahl von zehn nicht übersteigen.

Art. 2. — Alle, sowohl ordentlichen als außerordentlichen Schläge, so in den beim Artikel 1 erwähnten Waldungen geschehen, sollen zur Saftzeit vorgenommen werden.

Die Forstverwaltung wird, je nach Umständen, die anberaumte Frist für jede Ausbeutung näher bestimmen.

Art. 3. — Die Entrindung der Bäume soll innert zehn Tage nach deren Umfällen geschehen.

Art. 4. — Der Staatsrath kann von der beim Artikel 2 erwähnten Verpflichtung entheben und, in Dringlichkeits- oder Unmöglichkeitssfällen, die vorläufig erwiesen werden müssen, eine andere Zeit für die Ausbeutung bestimmen.

Art. 5. — Jede Zuwiderhandlung dem gegenwärtigen Beschluß ist mit einer Buße von 1 bis 10 Franken für jeden unrecht gefällten Baumstoß verpönt.

Gegeben im Staatsrathe, zu Sitten, den 12. Mai 1858, um am 30. desselben Monats in allen Gemeinden des Kantons veröffentlicht zu werden.

Der Präsident des Staatsrathes,
H. Allet.

Der Staatschreiber,
E. Barberini.

24

Beschluß

vom 7. Januar 1869,
(G. S. XI. 76)

in Betreff der Steuer auf den Ertrag und die Schlaggebühren der Wälder.

Der Staatsrath des Kantons Wallis,

In Vollziehung des Paragraph's 24 des Tarijs über die Verwaltungs-Akte vom 6. Dezember 1849 und des Artikel's 16 des Beschlusses vom 5. Juli 1856 über die Haltung der Abgaben-Register; eingesehen den Bundesrats-Beschluß vom 31. Dezember 1859, der die Revision der Verordnung vom 1. Oktober 1857, betreff der Abgaben auf den Ertrag und die Schlaggebühren der Wälder, verordnet,

Beschließt:

Art. 1. — Das von Hochwaldungen herkommende Holz, sowohl aus Gemeinden- als Partikularwäldern, ist, als Steuer auf den Ertrag und die Schlaggebühren der Wälder, einer Tage unterworfen, deren Verhältniß folgender Weise bestimmt ist:

Brennholz:	Fr. Cts.
„ neues Schweizer-Kloster	— 50
„ altes Schweizer-Kloster	— 55
„ französisches Kloster	— 70

Rußholz:	Fr. Cts.
Rebstecken, das Hundert	— 10
Eisenbahn-Schwellen von 9 Fuß Länge, 6 Zoll Dicke und 10 Zoll Breite	— 20
Solche die dieses Maß übersteigen, werden ver- hältnißmäßig besteuert.	
Das Dußen gewöhnliche Läden	— 15
Das Dußen Geviert-Bretter (carrelets)	— 15
Das Dußen Fleckling (plateaux)	— 20
Bauholz, Söckflöße, durch 100 Kubikfuß:	
100 Kubikfuß Lärchen, Arven, Eichenholz	1. 50
100 Kubikfuß Rothtannen, Weißtannen, Kie- jer (Dähle), Buchenholz	1. —
100 Kubikfuß Pappeln, Birken	— 50

Die hier nicht angegebenen Holzarten sind dem Rothtannenholz gleichgestellt.

Art. 2. — Die Schläge, die nicht drei Klafter übersteigen, sind steuerfrei.

Art. 3. — Für Schläge, welche in Folge staatsrätlicher Bewilligung gemacht werden, wird die Lage direkt der Staatskasse entrichtet.

Für die übrigen Schläge wird die Lage dem Einnehmer des Bezirks, in welchem der Wald gelegen ist, bezahlt.

Art. 4. — Der Waldhüter hat ein Register zu führen für alle, auf seiner Hut, gemachten außerordentlichen Schläge, laut Vorschriften des Forst-Reglement's.

Art. 5. — Jeder Schlag in Partikularwaldungen soll, laut gegenwärtiger Verordnung, vorerst dem Waldhüter angezeigt, und das Holz von diesem angezeichnet werden.

Art. 6. — Sobald die Ausbeutung beendigt ist, soll der Eigenthümer des Holzes den Waldhüter davon in Kenntnis setzen. Dieser hat sofort die Anerkennung vorzunehmen und ein Verbal dem Kantonsförster zuzusenden zu Händen des Finanz-Departements für den Einzug der Schlaggebühren.

Art. 7. — Alles Holz, für welches nicht amtlich erwiesen ist, daß der Schlag nicht drei Klafter übersteigt, ist der Lage unterworfen.

Art. 8. — Falls nicht ein bestimmter Vertrag vorhanden ist, lastet die Lage auf dem Eigenthümer des Holzes.

Bis zur Bezahlung der Lage bleibt das Holz als Unterpfand, in welcher Hand es sich auch befindet.

Art. 9. — Auf Verlangen der mit der Kontrolle beauftragten Beamten ist der Eigenthümer gehalten, den Empfangschein vorzuweisen.

Art. 10. — Jede Zuwiderhandlung gegen gegenwärtige Verordnung und insbesondere gegen die Artikel 5 und 6 wird nebst der Buße noch mit der Konfiskation des Holzes bestraft.

Art. 11. — Die Verordnung vom 7. Juli 1860 ist aufgehoben.
Gegeben im Staatsrathe zu Sitten, den 7. Januar 1869, um in allen Gemeinden des Kantons veröffentlicht und angeschlagen zu werden.

Der Präsident des Staatsraths,
v. Riedmatten.

Der Staatschreiber,
E. Barberini.

25

Forstgesetz

vom 27. Mai 1873
(Vollziehbar seit 1. Jänner 1874.)
(G. S. XI. 309)

Der Große Rat des Kantons Wallis,

Zum Zwecke, die Bewirtschaftung der Kantonalwaldungen, sowohl auf dem Gebiete der Gemeinden als auf jenem der Privaten, zu verbessern;

Willens, in der Forstgesetzgebung die durch die Praxis empfohlenen Abänderungen einzuführen;

Auf den Antrag des Staatsrates,

Beordnet:

I. Kapitel.

Forstwirtschaft.

Forstverwaltung.

Art. 1. — Die Forstwirtschaft ist sowohl auf die Gemeinde- als auf die Privatwaldungen anwendbar.

Art. 2. — Als Privat-Waldungen werden nur die Wälder angesehen, deren Eigentümer nicht mehr als zehn sind, und jene von Genossenschaften herkommenden, deren Eigentumstitel ein sicheres Datum vor dem 1. August 1826 trägt.

Art. 3. — Die Gehölze und Waldungen sind unter die Aufsicht des Staatsrates gestellt, welcher dieselbe mittelst eines seiner Departemente und dessen Angestellten ausübt.

Art. 4. — Das Departement ist mit allem beauftragt, was in die Forstverwaltung einschlägt.

Es überwacht die Ausbeutung und das Flößen und schreibt die Wiederbeholzungsmaßregeln vor.

Art. 5. — Es gibt einen Kantons-Forstinspektor und Kreis-Forstinspektoren, welche auf den Vorschlag des Departementes durch den Staatsrat gewählt werden.

Dieselben beziehen einen bestimmten Gehalt aus der Staatskasse. Sie erhalten ferner eine vom Staatsrat zu bestimmende Reiseentschädigung.

Art. 6. — Jede Gemeinde hat einen von ihr bezahlten Bannwart, dem, je nach Bedürfnis, ein oder mehrere Gehülfen können beigegeben werden.

Auf das Begehren einer Gemeinde oder einer Genossenschaft, die auf dem Gebiete einer andern Gemeinde Waldungen besitz, kann das Departement einen eigenen Bannwart ernennen, den die Eigentümer bezahlen.

Die Gemeinden haben den für die Bannwarte ausgesetzten Gehalt der Genehmigung des Departements zu unterbreiten, welches denselben, wenn es nötig befunden wird, erhöhen kann.

Art. 7. — Die Bannwarte werden auf den Vorschlag des Kantons-Forstinspektors, nach Einvernahme des Gemeinde- und des Burgrates oder der Genossenschaft, welcher die Waldung angehört, durch das Departement ernannt.

Art. 8. — Der Kantons-Forstinspektor und die Kreis-Forstinspektoren werden auf vier Jahre gewählt; die Bannwarte auf zwei Jahre. Sie können durch einen begründeten Entscheid abgesetzt werden. Der Refurs an den Staatsrat ist vorbehalten.

Art. 9. — Jede Gemeinde hat einen Waldhammer mit den Anfangsbuchstaben des Namens der Gemeinde.

II. Kapitel.

Gemeindewaldungen.

Verwaltung, Bewirtschaftung, Schläge, Holzverkauf.

Art. 10. — Die den Gemeinden oder Genossenschaften gehörigen unverteilten Wälder werden im Verhältnis ihrer Rechte von den respektiven Räten verwaltet.

Art. 11. — Der Rat, welcher Frevel oder Uebertretungen wesentlich duldet oder dieselben erlaubt, fällt in die gleichen Strafen, welche über diese Frevel oder Uebertretungen verhängt sind.

Art. 12. — Die Waldungen werden in Hoch- und Niederwaldungen eingeteilt.

Niederwaldungen sind solche, die vom Stoß ausschlagen, und deren Umtriebszeit nicht dreißig Jahre übersteigt.

Alle übrigen Waldungen sind Hochwaldungen.

Art. 13. — Die Schläge sind ordentliche oder außerordentliche.

Die ordentlichen Schläge sind jene, deren die Verwaltungen und Eigentümer für ihre Beholzung, Reparationen und Bauten bedürfen.

Der Rat bewilligt diese Schläge mit Genehmigung der Forstverwaltung in Gemäßheit des Reglementes.

Jeder andere Schlag oder jede andere Ausbeutung ist eine außerordentliche und darf nur mit Ermächtigung des Staatsrates unternommen werden.

Art. 14. — Der Rat bezeichnet, unter der Anweisung des Kreisforstinspektors, die Orte, wo die Schläge stattfinden sollen, und schreibt die Art vor, wie die Ausbeutung und die Wiederbeholzung zu geschehen hat.

Er setzt jährlich einen Bestand des zu schlagenden Holzes auf und läßt dasselbe durch den Bannwart anzeichnen.

Art. 15. — Die jährliche Benutzung soll im Verhältnis zum Ertrag der Waldungen sein.

Es werden Bewirtschaftungspläne aufgenommen, welche den dauernden Ertrag der Wälder bezeichnen und der Benutzung der Waldungen zur Grundlage dienen.

Diese Pläne werden innert Jahresfrist nach der Inkrafttretung dieses Gesetzes begonnen, und sollen in Zeit von zwanzig Jahren beendet sein.

Art. 16. — In allen Waldungen in der obersten Holzgegend soll ein Schutz- und Hägeschlag gelassen werden, dessen Ausdehnung in der allgemeinen Forstbewirtschaftung zu bestimmen ist.

Es ist durchaus verboten, in dieser Gegend eine grüne Pflanze zu fällen. Alle Ausbeutungen müssen auf eine Weise gemacht werden, um den natürlichen Nachwuchs zu befördern.

Art. 17. — Jedes Verkaufs- oder Schlagbegehren muß vor dem 1. April schriftlich an das mit der Forstverwaltung betraute Departement gestellt werden, und jedes Flößbegehren vor dem 1. August jeden Jahres, unter Strafe auf ein anderes Jahr verwiesen zu werden.

Das Begehren muß den Namen des Bewerbers, die Menge und die Gattung des zu schlagenden Holzes, den Namen und die Gerichtsbarkeit des Waldes, das Wasser, durch welches das Holz geflößt wird und die Form, in welcher es ausgebeutet oder geflößt wird, angeben.

Wenn der Bewerber kantonsfremd ist, so hat er durch eine seinem Schlag- oder Flößbegehren beigelegte, formelle Erklärung einen Wohnsitz im Kanton zu wählen.

Art. 18. — Jeder Verkauf von auszubeutendem oder schon ausgebeutetem Gemeindeholz, soll mittelst öffentlicher Versteigerung geschehen.

Art. 19. — Der Verkauf soll nach Einheitspreisen, durch Klafter, Kubikfuß oder Stoc stattfinden.

Art. 20. — Betrifft der Verkauf mehr als 20 Klafter an geslagenem Holz, oder so viel an noch stehenden Bäumen, so müssen Ort, Tag und Stunde der Versteigerung wenigstens 14 Tage vorher durch zweimalige Veröffentlichung mittelst gewöhnlichen Ausrufs am Orte, wo die Versteigerung stattfindet, angezeigt werden.

Bei diesen Veröffentlichungen wird ein zweiter Versteigerungstag angegeben, für den Fall, daß der Verkauf nicht stattfindet.

Bleibt auch die zweite Steigerung erfolglos, so kann der Verkauf, unter Genehmigung des Staatsrates, mit freier gegenseitiger Verständigung stattfinden.

Bei einem Verkauf von weniger als der oberwähnten Menge (20 Klafter) soll die Versteigerung wenigstens acht Tage vorher am Orte, wo sie stattfinden soll, auf gewöhnliche Weise verkündet werden.

Art. 21. — Jeder Umtrieb, jede Verbindung, um der Versteigerung zu schaden, selbe zu stören, oder das Holz wohlfeil zu bekommen, zieht von Rechtswegen die Richtigkeit der zu Gunsten der Verbindung oder der Umtriebsurheber gemachten Zuerkennung nach sich.

Art. 22. — Zu den Versteigerungen sind zugelassen alle Jene, so übrigens genügsame Zahlungsgewähr darbieten und vorläufig eine zahlungsfähige und im Kanton wohnhafte Solidarbürgschaft stellen, um für die Uebertretungen und Schadenersätze gutzusprechen.

Art. 23. — Jedes Zuerkennungsprotokoll muß von einem öffentlichen, besetzten Angestellten oder Beamten, sowie vom Käufer, oder dessen Bürgen, unterzeichnet sein. Dieses Protokoll gilt gegen den Käufer und seinen Bürgen als Vollziehungstitel, sowohl für die Haupt- als Nebensache.

Das auf dem Stock verkaufte Holz bleibt auf Gefahr dessen, dem es zuerkannt wurde, sobald ihm die Erlaubnis zur Ausbeutung rechtlich ist angezeigt worden.

Art. 24. — Der Zuerkennungsinhaber ist für die Uebertretungen, Beschädigungen und Vergehen verantwortlich, so die Leute, die er in den Waldungen verwendet, in denselben verüben.

III. Kapitel.

Privatwaldungen.

Art. 25. — Die Privatwaldungen genießen alle Rechte und Begünstigungen, welche vom gegenwärtigen Gesetze den Gemeindewaldungen zuerkannt sind.

Art. 26. — Die den Privaten gehörigen unverteilten Waldungen werden, welches immer die Zahl jener sei, durch einen Rat verwaltet, dessen Mitglieder von den Eigentümern im Verhältnis ihrer Rechte erwählt werden.

Art. 27. — Die Schläge von über 20 Klaftern dürfen nur mit einer Schlagbewilligung unternommen werden, die der Staatsrat, auf die von einem Forstangestellten gemachte Ortsschau, erteilt.

Art. 28. — Die Privatwaldungen können weder ausgerodet noch selbst ohne Anzeichnung ausgebeutet werden, wenn sie sich auf steilen Abhängen befinden und deren Ausbeutung den Boden des Waldes selbst, das umliegende Eigentum, die Wasserleitungen, Straßen oder Wohnungen gefährden würde.

IV. Kapitel.

Bestimmungen über das Flößen.

Art. 29. — Niemand darf durch die Rhone, Flüsse, Bäche oder Kanäle Holz, sei's in Flößen, sei's in Scheitern oder Blöcken, von was immer einer Gattung und Form, flößen, ohne eine vom Staatsrate, nach Einvernahme der Gemeinden, ausgefertigte Bewilligung dazu.

Im Einspruchsfalle gegen das Flößen abseiten von beteiligten Gemeinden oder Privaten, entscheidet der Staatsrat auf den Bericht einer von ihm abgeordneten Expertenkommission. Auf das Begehren der Gemeinden oder Privaten findet ein neuer Augenschein statt. Der übereinstimmende Bericht der beiden Kommissionen dient dem Staatsrate zur Richtschnur.

Art. 30. — Die Flößbewilligungen werden im Allgemeinen nach der Rangordnung des Datums der Schlagbewilligungen ausgefertigt.

Dieselben werden erst ausgestellt, nachdem der Flößer eine genügende Bürgschaft geleistet, um die in den Artikeln 33 und 34 vorgesehene Entschädigung zu sichern.

Art. 31. — Die Scheiter oder Blöcke dürfen nicht über 20 Centimeter (7 Zoll) im Durchmesser haben, noch über 1 Meter und 50 Centimeter (5 Fuß) lang sein.

Der Staatsrat kann jedoch durch Gewässer, wo keine Gefahr ist, das Flößen von Holz über erwähntes Maß gestatten.

Art. 32. — Die Rangordnung des Flößens wird alljährlich von dem betreffenden Departemente bestimmt unter Vorbehalt des Rekurses an den Staatsrat.

Art. 33. — Jeder Flößer hat dem Eigentümer des Ufers, längs dem sein Floß vorbeigeht, für die nicht sichtbaren Beschädigungen eine durch die Tarife festgesetzte Vergütung zu bezahlen.

Art. 34. — Bei sichtbaren Beschädigungen an Wuhren, Brücken, Wasserleitungen oder irgend welchem Eigentume, wird die Vergütung gütlich ausgemittelt. Geschieht dieses nicht, so wird nach den ordentlichen Formen verfahren.

V. Kapitel.

Verschiedene Verbote und Straffälle.

Art. 35. — In den Gemeinde-Gehölzen und -Waldungen darf keine Umbrechung, keine Ausrodung stattfinden, ohne eigene und vorgängige Ermächtigung durch den Staatsrat.

Art. 36. — Jeder Kahlschlag und jede Ausrodung an einem mit Bäumen oder Gesträuch bewachsenen Orte, der Gefahr für Erdrutsche und Ueberschwemmungen bietet, oder den Lawinen ausgesetzt ist, wird mit 2 Franken durch Quadratrate des umgebrochenen oder entholzten Bodens gebüßt.

Uebrigens wird das Holz mit Beschlag belegt.

Art. 37. — Die Ausrodungen in den Gemeind- und Genossenschaftswaldungen sind in der Regel, unter gleicher Buße wie im vorhergehenden Artikel, verboten. Nur ausnahmsweise werden sie auf ausdrückliche Erlaubnis des Staatsrates gestattet.

Art. 38. — Es ist unter den im Artikel 41 bestimmten Bußen verboten, in den Gehölzen und Waldungen die Bäume anzubohren, Streue und Moos aufzugraben oder wegzunehmen, dort zu feuern, Kalk- oder Gipsöfen oder Meiler zu errichten, ohne Erlaubnis des Gemeinderates oder des Eigentümers.

Die Bedingungen dieser Erlaubnis werden durch das Reglement bestimmt.

Art. 39. — Jeder außerordentliche Schlag in den Gemeindewaldungen, oder über 20 Klafter in den Privat-Hochwaldungen, und jedes Flößen, ohne rechtmäßige Erlaubnis, wird mit Konfiskation belegt.

Wird mehr Holz, als im Erlaubnisscheine enthalten ist, gefällt oder geflößt, so wird das Uebermehr konfisziert.

Art. 40. — Das Holz wird in dem Stand in Beschlag genommen, in welchem es sich eben befindet, ohne Entschädigung für die daran verwendete Arbeit und die Transportkosten.

Art. 41. — Jede sonstige Uebertretung wird mit einer Buße von wenigstens 3 bis höchstens 100 Fr. bestraft.

Art. 42. — Jede Uebertretung führt, nebst der Buße und dem Schadenersatz, immer die Zurückstattung nach sich, wenn dazu Veranlassung ist.

Art. 43. — Die Bußen, in welche die Verwaltungen wegen Uebertretung fallen, sowie auch jene, welche die Artikel 36, 37 und 38 verhängen, werden durch den Staatsrat ausgesprochen.

Die andern, durch das Forstgesetz und Reglement bestimmten Bußen werden, unter Aufsicht des Regierungsstatthalters, spätestens innerhalb Monatsfrist von der Gemeindeverwaltung ausgesprochen.

Die Uebertreter werden angehört oder einberufen.

Der Rekurs an das Forst-Departement ist vorbehalten.

Die Art und Weise der Ausführung dieses Artikels bestimmt das Forstreglement.

Die Kompetenz der Korrektionellgerichte ist für alle Uebertretungen, die den Charakter eines Vergehens tragen, vorbehalten.

Art. 44. — Die Zurückstattungen und Entschädigungen gehören dem Waldeigentümer; der Ertrag der Bußen für die gewöhnlichen Frevel fällt in die Gemeindekasse.

In den Fällen verbotenen Flößens, außerordentlicher Schläge, verbotener Ausrodung (wofür die Bußen durch den Staatsrat ausgesprochen werden) kommt der Ertrag der Bußen und Beschlagnahmen der Staatskasse zu.

Der Drittel der Buße gehört in allen Fällen dem Angeber.

In Ausübung ihrer Amtsverrichtungen werden die Forstinspektoren niemals als Angeber betrachtet.

Art. 45. — Die durch außerordentliche Schläge entstandenen Beschädigungen werden von drei durch den Staatsrat ernannten Sachverständigen geschätzt.

Im Einspruchsfalle gegen den Schadenanschlag ernennt der Staatsrat drei neue Sachkundige, deren Verrichtung endgültig ist.

Diese Sachverständige sind gemäß den Verfügungen des Gesetzbuches über die bürgerliche Prozeßordnung ablehnbar.

Der durch die ordentlichen Schläge veranlaßte Schaden wird wie ähnliche Fälle betrachtet, und nach den gewöhnlichen Rechtsformen geschätzt.

Art. 46. — Derjenige, welcher die Buße und die Entschädigung nicht bezahlen kann, wird von dem Gemeinderate zu einer Einsperrung von 1—15 Tagen verurteilt, unter Vorbehalt der Berufung an den Staatsrat für die Verurteilung zu einer mehr als 3-tägigen Einsperrung.

Die Einsperrungskosten liegen der Gemeinde ob, mit Vorbehalt des Refurses gegen den Uebertreter.

Art. 47. — Jeder von einem Forstangestellten begangene Frevel wird mit dem Doppel der Buße, welche für einen gleichen Fall ein anderer Freveler eingelaufen hätte, bestraft, und zwar ohne Nachteil des Schadenersatzes.

Art. 48. — Die Verbale der Bannwarte sind, bis zum Beweise des Gegenteiles, glaubbar.

Art. 49. — Um den Nachweis eines Frevels zu erstellen, können sich die Bannwarte, in Begleitung des Ortsrichters oder dessen Stellvertreters, in die Gebäude, Werkstätten oder geschlossenen Räume begeben.

VI. Kapitel.

Allgemeine Bestimmungen.

Art. 50. — Die Gemeinden sind gehalten, jedes Jahr die nötigen Pflanzungen im Verhältnis zur jährlichen Benutzung zu machen.

Vom Ertrag der Verkäufe wird ein auf die Wiederbeholzung zu verwendender Abzug gemacht.

Dieser Abzug beträgt 2—10 durch Hundert.

Die Aufforstung der Tobel und Abhänge, die Gefahr für Lawinen und Erdrutsche bieten, ist ebenfalls vorgeschrieben.

Art. 51. — Jeder Weidgang im Unterholz und im jungen Nachwuchs ist verboten. Dieses Verbot erstreckt sich auf alle Orte, an denen die Aufforstung vorgeschrieben ist.

Art. 52. — An den Ufern der Rhone, der Flüsse, Bäche und Wasserleitungen wird ein beholzter Rand oder eine Baumpflanzung gelassen oder erstellt, je nach den Ortsbedürfnissen und nach der vom Bau-Departement vorgeschriebenen Art und Weise, unbeschadet der dem Ufereigentümer schuldigen Entschädigung, die im Verhältnis zur Entwertung des Bodens sein soll.

Art. 53. — Es werden Unterrichtskurse für die Bannwarte gegeben.

Art. 54. — Es soll dem Großen Räte ein alljährlicher und umständlicher Bericht über die allgemeine Bewirtschaftung der Forste abgestattet werden.

Art. 55. — Der Staatsrat ist beauftragt, das Forstreglement zu revidieren, und ein allgemeines Reglement über die Wiederbeholzung, sowohl in der Ebene als auf den Bergen, und über den Weidgang der Ziegen und Schafe auszuarbeiten.

Derselbe wird ferner auch die zur Vollziehung dieses Gesetzes erforderlichen Beschlüsse veröffentlichen.

Art. 56. — Die Einsprachen gegen die Anwendung dieses Gesetzes und der Forstreglemente fallen unter die Kompetenz des Staatsrates.

Art. 57. — Das vorliegende Gesetz und die darauf bezüglichen Reglemente treten mit dem 1. Jänner 1874 in Kraft.

Von dem Tage an sind das Forstgesetz vom 1. Juni 1850, sowie alle den vorhergehenden Bestimmungen widersprechenden Verfügungen aufgehoben.

Die gegenwärtigen Bannwarte bleiben jedoch in ihrem Amte bis zur nächsten periodischen Wahl der Gemeindebehörden.

Gegeben im Großen Räte zu Sitten, den 27. Mai 1873.

Der Präsident des Großen Rates:

B. von Chastanay.

Die Schriftführer.

L. L. Ruten. — J. Thoveg.

Der Staatsrat des Kantons Wallis

Beschließt:

Das vorliegende Gesetz wird am 21. laufenden Dezember in allen Gemeinden des Kantons veröffentlicht und angeschlagen, und tritt mit dem 1. Jänner 1874 in Kraft.

Sitten, den 17. Dezember 1873.

Der Präsident des Staatsrates:

H. Biolen.

Der Staatschreiber:

Em. Barberini.

Forstordnung

vom 11. August 1874.

(G. S. XI. 387)

Der Staatsrath des Kantons Wallis,

In Vollziehung des Art. 55 des Forstgesetzes vom 27. Mai 1873,

Be s c h l i e ß t:

I. Kapitel.

Personal.

Art. 1. — Das einem der staatsräthlichen Departemente untergeordnete Forstverwaltungs-Personal besteht aus:

- 1) einem Kantons-Forstinspektor;
- 2) Kreis-Forstinspektoren;
- 3) Bannwarten und deren Gehilfen.

Art. 2. — Die Forstinspektoren und Bannwarte dürfen ohne Ermächtigung der Behörde, welcher sie untergeordnet sind, keine andern Amtsverrichtungen oder Anstellungen annehmen.

Art. 3. — Die Gemeinde- und die Genossenschaftsräthe stehen bezüglich ihrer Pflichten und Obliegenheiten in Sachen ebenfalls unter der Forstverwaltung.

II. Kapitel.

Kantons-Forstinspektor.

Art. 4. — Der Kantons-Forstinspektor ist der ordentliche Vermittlungsmann zwischen dem mit dem Forstwesen beladenen Departemente und den Kreis-Forstinspektoren.

Art. 5. — Derselbe hat folgende Amtsbezugnisse:

- 1) er überwacht, unter Anleitung des Departementes, die Forstverwaltung im ganzen Kanton, so wie auch die Vollziehung der Gesetze und Reglemente;
- 2) er gibt gemeinschaftlich mit dem Kreis-Inspektor sein Gutachten ab über die Ausbeutung, Bewirtschaftung, Wiederaufforstung, Pflanzung und die Schätzung, und erstattet Bericht über die Zwiste und Streitfragen in Sachen;
- 3) er besichtigt die Wälder, wann er es für nothwendig hält, oder es vom Departement verordnet wird;
- 4) er führt ein allgemeines Verzeichniß der Gemeinde- und Privatgehölze und Wälder;
ein Verzeichniß der Schlagbewilligungen;
ein Verzeichniß der ordentlichen und außerordentlichen Schläge;
ein Register der Holzanerkennungen;
ein Register der Flöße;
ein Register der Forstfrevler, Bußen und Beschlagnahmen;

5) er erstattet einen jährlichen und umständlichen Bericht über die Forstverwaltung des Kantons.

III. Kapitel.

Kreis-Forstinspektor.

Art. 6. — Die Kreis-Forstinspektoren sind die ordentlichen Vermittlungspersonen zwischen dem Kantons-Forstinspektor und den Ortsrathen und den Bannwarten; sie wachen für die Vollziehung der Gesetze, Reglemente und Vorschriften der Oberbehörde in ihren Forstkreisen.

Art. 7. — Sie sind für die Bestrafung der ihnen zur Kenntniß gelangenden Forstübertretungen und Frevel verantwortlich.

Sie haben folgende Befugnisse:

- 1) sie besichtigen jährlich die Wälder und die aufforstungsfähigen Abhänge und Schluchten;
- 2) sie unterrichten, leiten und überwachen die Bannwarte und beantragen nöthigen Falls deren Bestrafung und Absetzung;
- 3) sie nehmen die Bewirthschaftungs- und Aufforstungspläne auf nach den hierüber erhaltenen eigenen Anweisungen;
- 4) sie plätzen (mit dem Waldhammer anzeichnen) die außerordentlichen Schläge und anerkennen das Holz;
- 5) sie überwachen die Holzschläge und deren Abräumung; sie schreiben die Pflanzungen, das Aushauen und Auslichten der jungen Bestände vor;
- 6) sie wohnen den Holzverkäufen bei und lassen sich im Verhinderungsfall durch einen Förster nach ihrer Auswahl vertreten;
- 7) sie halten ein Verzeichniß der Gemeinde- und Privatwaldungen ihres Bezirkes;

ein Verzeichniß der ordentlichen Schläge;

ein Verzeichniß der außerordentlichen Schläge und der Anerkennung des gefälltten Holzes;

ein Verzeichniß der Forst-Frevel, Bußen und Beschlagnahmen.

Art. 8. — Bei Bränden, Erdstürzen, Lawinen, Einreißen von Fiefern oder andern ähnlichen Zufällen in den Wäldern haben sie sich sofort an Ort und Stelle zu begeben, um die Erhaltungs- und Wiederherstellungsmaßnahmen zu sichern, und darüber Bericht zu erstatten.

Art. 9. — Sie erstatten einen je dreimonatlichen und umständlichen Bericht über die Forstverwaltung in ihrem Kreise.

Art. 10. — Der Kantons-Forstinspektor und die Kreis-Forstinspektoren dürfen, ohne Ermächtigung durch das Departement, ihren Dienst nicht verlassen.

IV. Kapitel.

Bannwarte.

Art. 11. — Der Bannwart steht für die Vollziehung der Gesetze und Reglemente in den Gemeinde- und Privatwaldungen seiner Hut.

Er leistet den Eid in die Hände des Regierungsstatthalters des Bezirkes und tritt in sein Amt vom Tage seiner Ernennung an.

Sein Dienst beginnt mit der Inempfangnahme des Waldhammers.

Art. 12. — Der Bannwart hat folgende Verpflichtungen und Befugnisse:

- 1) er nimmt umständliche Kenntniß von den Gehölzen und Wäldern, indem er dieselben bei seinem Dienstantritt durchgeht;
- 2) er nimmt das Anschalmen (Anzeichnen) und die Schätzung des bewilligten und des Brennholzes vor nach den Anweisungen des Kreis-Forstinspektors;
- 3) das Anschalmen der zu fällenden Bäume geschieht auf folgende Weise: jeder Baum muß zwei Abdrücke des Waldhammers tragen, den einen auf dem Stamm, vier Schuh ob dem Boden, den andern dicht am Boden, soviel möglich auf einer vorstehenden Wurzel auf der Seite des Abhangs;

Die gekwidrig gefällten Bäume tragen zwei Abdrücke, einen Fuß Abstand einen über den andern.

Das zu den ordentlichen Schlägen bestimmte Holz wird mit dem Gemeindehammer gezeichnet. Für die zu den außerordentlichen Schlägen bestimmten wird der Kreishammer angewendet, unter Leitung des Kreis-Forstinspektors.

- 4) er überwacht fleißig die Schläge und das Abräumen des Holzes, damit alles nach den Bedingungen und auf den Wegen wie vorgeschrieben stattfindet;
- 5) er sorgt für die Erhaltung der Grenzmarken und macht, daß die verschwundenen oder beschädigten ersetzt werden;
- 6) er konstatirt und bestraft jeden Frevel und jede unerlaubte Handlung in den Gehölzen und Wäldern, als wie: Schläge ohne Anschalmen, Wegnahme von Holz und Streue, unerlaubten Durchgang, unbefugtes Feuern, u. s. w., faßt darüber Verbal ab und übermittelt es innert den 48 Stunden dem Präsidenten des Rathes;
- 7) bei Bränden, Lawinen, Erdrutschen, Baumkrankheiten und andern Zufällen in den Gehölzen und Wäldern, begiebt er sich sofort an Ort und Stelle, ergreift von sich aus oder begehrt vom Gemeindepräsidenten die entsprechenden Erhaltungsmaknahmen und setzt unverweilt den Kreis-Forstinspektor in Kenntniß;
- 8) er ist bei Bränden mit der Leitung der Arbeiten beauftragt. Diese Arbeiten bestehen im Allgemeinen darin, das Laub und das Moos zusammenzurechen, die Flammen mit Aesten peitschen zu lassen, die Kohlenglut mit Erde zu überschütten und die Brandstätte mit Graben zu umziehen, wobei auf der dem Wind entgegengesetzten Seite begonnen wird.

Wenn das Feuer die Bäume erareißt, so muß der Bannwart hinreichend breite Schläge anordnen, um die Dichtigkeit des Waldes zu unterbrechen und zwar auf einer genügenden Entfernung vom Feuer, damit man Zeit habe die Arbeit vor dem Herannahen der Flamme zu vollenden;

9) Der Bannwart nimmt über Alles, was sich während des Brandes zugetragen, und über die mutmaßliche Veranlassung desselben Verbal auf.

Er meldet ausdrücklich den vom Gemeindepräsidenten und den hiezu aufgeforderten Bürgern geleisteten oder verweigerten Beistand.

Dieses Verbal wird dem Kreis-Forstinspektor eingereicht.

Art. 13. — Der Bannwart macht durch die Gehölze und Wälder die ihm durch den Forstinspektor oder den Rath verordneten, und die durch einen guten Dienst gebotenen Rundgänge.

Art. 14. — Er erhält vom Staate ein Register nach dem durch die Forstverwaltung aufgesetzten Muster.

Dieses Register enthält drei getrennte Abtheilungen:

Die erste ist zur Einschreibung der Bertheilungen und Bewilligungen von Holz bestimmt (ordentliche Schläge).

Die zweite enthält jene der Verkäufe (außerordentliche Schläge).

Die dritte die Einschreibung der Verbale.

Der Bannwart führt ferner ein Notizbüchlein zur Verzeichnung seiner Rundgänge und anderen täglichen Beschäftigungen.

Art. 15. — Am Schluß jedes Jahres stattet der Bannwart dem Kreis-Forstinspektor einen Uebersichtsbericht über alle seine Arbeiten.

Art. 16. — Er kann sich nicht länger, als auf acht Tage von seiner Gemeinde entfernen, ohne den Gemeindepräsidenten und den Kreis-Forstinspektor davon in Kenntniß zu setzen und den Waldhammer seinem durch das Departement genehmigten Gehilfen eingehändig zu haben.

Art. 17. — Der Bannwart ist ferner gehalten, alle Uebertretungen bezüglich Strassenpolizei, Flurpolizei und gegen das Jagdgesetz anzugeben. Für diesen letzteren Fall kann er sich das Jagdpatent vorweisen lassen und, wenn nothwendig, den Uebertreter, den er nicht genügend kennen würde, verhaften. Alles nach den betreffenden Gesetzen.

Art. 18. — Der Gehilfe des Bannwarts hat in Ausübung seiner Amtsverrichtungen die gleichen Pflichten und Befugnisse wie dieser.

Art. 19. — Der Bannwart, der überführt ist, eine von ihm gekannte Uebertretung anzubahen vernachlässigt zu haben, wird mit einer Ordnungsbuße von 10 bis 50 Franken bestraft; er kann ferner in seinem Amte eingestellt und davon abgesetzt werden.

Art. 20. — Der abtretende Bannwart liefert seinem Nachfolger alle Angaben über die Wälder seiner Gut, und ist gehalten, demselben die Grenzmarken zu zeigen, ihm den Waldhammer zu übergeben, die Register, das Forstgesetz und die Forstordnung und alle andern den Amtsdienst betreffenden Gegenstände, die sich in seinem Besitze befinden.

V. Kapitel.

Ortsrätthe: Pflichten und Befugnisse.

Art. 21. — Der Gemeinderath ist verpflichtet, für die Vollziehung der die Forstverwaltung betreffenden Gesetze, Reglemente und Verordnungen der Oberbehörde in seinem Amtsgebiete zu wachen.

Er ist berechtigt, bei der Verwaltung der Gehölze und Wälder, an deren Erhaltung der Gemeinde gelegen ist, zu interveniren.

Bei Bränden, Erdbeben und anderen Umständen setzt er die Kantons-Forstverwaltung sofort davon in Kenntniss und trifft nach vorgegangenen Einvernahmen des Waldverwaltungsrathes, alle erspriesslichen Maßnahmen.

Er fasst jährlich ein Verzeichniss des für den öffentlichen Dienst zu fallenden Holzes ab und gibt dasselbe der Gemeinde-Forstverwaltung ein.

Art. 22. — Der Bürgerrath, oder der, welcher den Wald verwaltet, wacht für die Vollziehung der Gesetze, Reglemente und obrigkeitlichen Verordnungen über die Gehölze und Wälder ihres Amtsgebietes so wie über die Aufrechterhaltung des Eigenthums gegen jeden Eingriff, jede Dienstbarkeit oder jedem Mißbrauch.

Er ernennt einen Forstauschuß von 3 bis 5 Mitgliedern, welcher eigens das Forstwesen zu verwalten, die Dringlichkeit der Holzbegehren zu konstatiren und sich von der Verwendung des vor zwei Jahren bewilligten Holzes zu überzeugen hat.

Er überwacht die Ausführung der durch die Forstverwaltung vorgeschriebenen Arbeiten und Pflanzungen, so wie auch die ausdrückliche Erhaltung der vor dem Weidgang gebannten Wälder.

VI. Kapitel.

Verwaltung und Bewilligung von Holz.

Art. 23. — Den Rechtshabenden darf erst dann Holz ausgetheilt werden, nachdem für die Bedürfnisse des öffentlichen Dienstes der Gemeinde angemessen gesorgt worden.

Art. 24. — Die jährlichen Schläge dürfen jedoch auf keinen Fall die Ertragskraft der Wälder, d. h. deren regelmäßigen Nachwuchs übersteigen.

Jede Uebertretung dieser Vorschrift veranlaßt die Einstellung der Vertheilung bis der Vorrat nachgewachsen ist.

Art. 25. — Die ordentlichen Vertheilungen des Brennholzes müssen unter den dazu Berechtigten nach dem Maßstabe vollkommener Gleichheit und mittelst Loosziehens geschehen.

Diese Vertheilungen können, außer den durch das Unternehmen veranlaßten Ausbeutungskosten, unentgeltlich stattfinden.

Art. 26. — Die Begehren um Holzbewilligungen zu Neubauten oder größeren Ausbesserungen, deren Nothwendigkeit der Forstauschuß anerkannt, wird dem Forstverwaltungsrathe eingegeben.

Zu diesem Zwecke befolgt der Rath folgenden Gang:

- 1) Innert den ersten vierzehn Tagen Aprils nimmt der Rathsschreiber die Eingaben um Bauholz in Empfang und setzt das Verzeichnis der ordentlichen Schläge auf.
- 2) Der Forstauschuß muß sich an Ort und Stelle von der Dringlichkeit der Begehren überzeugen und muß auch nachsehen, ob das bewilligte Holz in der vorgeschriebenen Frist verwendet wurde.
- 3) Ein Uebersichtsverzeichnis der ordentlichen Schläge wird in den zweiten vierzehn Tagen Aprils an den Kreis-Forstinspektor geschickt, um die Schlagbewilligung gemäß Art. 24 der Forstordnung zu erlangen.
- 4) Alle zu Bauten und zum Brennen bestimmten Stämme werden durch den Bannwart, im Beisein eines Abgeordneten des Forstauschusses zur Schätzung des bewilligten Holzes, angezeichnet.
Diese Schätzung geschieht im Grundsatz nach Cubikfuß.
- 5) Das Brennholz soll soviel möglich zur Saftzeit gefällt werden, um die zur Lohe taugliche Rinde zu bewahren.
- 6) Es ist strenge verboten zu Brennholz grüne Stämme zu fällen, so lange sich im Walde dürres und liegendes Holz befindet.
- 7) Um die Beaussichtigung der Wälder zu erleichtern, muß der Gemeinderath eine Frist zum Hauen und Aufräumen des Holzes festsetzen.
- 8) Nach Ablauf der Einschreibungszeit darf im Verlauf des Jahres kein Stück Holz, das nicht auf dem Verzeichnis der ordentlichen Schläge steht, abgeliefert werden, außer in Fällen unwiderstehbarer Gewalt, wie nach einer Feuerbrunst, einer Ueberschwemmung.

Art. 27. — Das Bau- und das Dienstholz wird nach einer für den Ort eigenen und durch das Departement genehmigten Tage bezahlt.

Diese Tage kann alle vier Jahre erneuert werden, sie beträgt wenigstens die Hälfte des Kaufpreises.

Art. 28. — Das Verzeichnis der ordentlichen Schläge muß an-
geben:

- a) die Menge des Holzbedarfs für jeden Zweig des öffentlichen Dienstes in der Gemeinde;
- b) die Menge (in Klaftern) des an die Bürger zu vertheilenden Brennholzes, den Namen und das Hauszeichen jedes Einzelnen;
- c) die Zahl der zu Bauten oder Ausbesserungen bewilligten Stöcke, den Namen Dessen, dem sie bewilligt werden;
- d) den Ort, oder den Wald, wo der Schlag stattfinden soll.

Art. 29. — Der Forstauschuß oder dessen Bevollmächtigter wohnt dem Anschalmen bei, um mit dem Bannwart das bewilligte Holz zu schätzen.

Art. 30. — Der Bannwart schreibt auf den obern Abdruck die Ordnungsnummern der zu Brennholz bestimmten Stöcke.

Art. 31. — Er zeigt die Verloosung acht Tage zuvor durch öffentliche Ausrufung an.

Art. 32. — Er nimmt die Verloosung, unter dem Befehl des Präsidenten des Forstausschusses und in Gegenwart der Berechtigten vor, versehen mit dem Namensverzeichnis dieser Letztern.

Er gibt den Namen jedes Einzelnen gegenüber das demselben zugefallene Loos an und theilt die Nummern während der Sitzung aus.

Art. 33. — Die ordentlichen Schläge müssen vorzugsweise durch auf Abschlag gegebene Unternehmen gemacht werden, unter der Leitung des Bannwarts.

Art. 34. — Das bewilligte Holz muß innert spätestens zwei Jahren nach der Auslieferung zu seiner Bestimmung verwendet werden; wenn nicht, fällt Derjenige, dem es bewilligt worden, in eine Buße, die dreimal den Werth des Schätzungspreises beträgt, und ist von der ordentlichen Vertheilung des folgenden Jahres ausgeschlossen.

Diese Buße wird verdoppelt, wenn das Holz zu irgend einer andern Bestimmung verwendet, oder zum Zwecke einer Speculation verkauft wurde.

Art. 35. — Das Brennholz darf unter Strafe des doppelten Werths desselben weder verhandelt noch verkauft werden.

Art. 36. — Kein Stück Bau- oder Dienstholz darf aus dem Wald geschafft werden, ohne das Hauszeichen des Eigenthümers zu tragen.

Art. 37. — Jeder, der Holz aus der Gemeinde trägt oder führt, muß sich über dessen Herkunft ausweisen mittelst eines durch den Bannwart ausgestellten, und durch die Gemeindebehörde visirten Scheines.

Die gleiche Verpflichtung hat der Besitzer im Falle von Nachsuchungen über einen frisch geschehenen Frevel.

Bei Mangel von Ausweis werden sie als Uebertreter behandelt.

Art. 38. — Die Sägermeister müssen ein Register halten — nach dem Formular, das ihnen wird zugestellt werden — in welches sie die Ankunft alles, auf ihre Säge geführten Holzes einzutragen haben.

Dieses Register enthält den Namen des Fuhrmanns, den des Holzeigenthümers den der Erstere angiebt, die Herkunft des Holzes, die Anzahl der Stücke, die Holzart und die Maaße jedes derselben.

Die Uebertretung der vorstehenden Vorschriften kann mit einer Ordnungsbuße von 10 bis 100 Franken, mit der Wegnahme des Holzes und selbst mit der Entziehung des Sägerpatentes bestraft werden.

VII. Kapitel.

Schlag und Holzverkauf.

Art. 39. — Die Begehren um Schlagbewilligungen müssen, unter Strafe, auf ein anderes Jahr verschoben zu werden, innert der durch Art. 17 des Gesetzes bestimmten Frist gestellt werden.

Art. 40. — Die verschiedenen, den Schlag und den Verkauf von Holz betreffenden Bedingungen gelten für die Nieder- wie für die Hochwäldungen, ausgenommen das Anschalten, das nur für die Hochwäldungen vorgeschrieben ist.

Art. 41. — Der Holzverkauf darf nur nach dem Forstgesetze stattfinden.

Art. 42. — Der Kreis-Forstinspektor, oder dessen Ersatzmann unterzeichnen das Protokoll mit Vorbehalt anderer Unterschriften.

Art. 43. — Die Klauseln oder Bedingungen des Verkaufs dürfen nichts gegen die sachbezüglichen Gesetze und Reglemente enthalten.

Art. 44. — Für die Schlag- und Verkaufsbewilligungen von Genossenschaftswäldungen muß der Vorstand der Genossenschaft ausdrücklich im Namen derselben handeln. Er ist persönlich verantwortlich unter Vorbehalt des Rückgriffes gegen Wen Rechtens.

VIII. Kapitel.

Flößen.

Art. 45. — Die Flößbegehren müssen, unter Strafe der Verurtheilung, innert der, durch Art. 17 Gesetzes bestimmten Frist gestellt werden.

Art. 46. — Alle Vorschriften des IV. Kapitels des erwähnten Gesetzes sind genau zu beobachten.

Kein Floß darf vorgenommen werden, ohne wenigstens acht Tage vorher durch Verkündigung am gewöhnlichen Ausrufungsorte in den am Ufer des Wassers, durch welches gefloßt werden soll, gelegenen Gemeinden angezeigt worden zu sein.

Art. 47. — Durch diese Verkündigung steht der Floß unter dem Schutze des Gesetzes gegen jedes Hindernis und jede Wegnahme.

Art. 48. — Das vom Wasser fortgeschwemmte Holz kann durch den Eigenthümer innert den vierzehn Tagen nach dem Unfall zurückgefordert werden.

Derselbe hat vorläufig Wem Rechtens die allfälligen Kosten, Vergütungen und Entschädigungen zu bezahlen.

Art. 49. — Der Gemeinderath ist berechtigt, das vom Wasser auf sein Gebiet geschwemmte Holz herausziehen zu lassen.

Er läßt selbes, für den Anspruchsfall abseiten des Eigenthümers, an einen Ort hinbringen, wo es während vierzehn Tagen vor jedem Unfall gesichert bleibt; nach Ablauf dieser Frist verfügt er darüber zu Gunsten der Gemeinde.

Art. 50. — Das in den Genfersee geschwemmte Holz, dessen Herkunft nach einem Monat nicht erwiesen ist, fällt dem Staate zu.

Das Ausziehen dieses Holzes findet nach den Anordnungen des Forstdepartements statt.

IX. Kapitel.

Bewirthschaftung und Aufforstung.

Art. 51. — Die Wirthschaftspläne werden von den Kreisinspektoren nach eigenen Anweisungen aufgenommen.

Art. 52. — Diese Pläne bezwecken vorzüglich die Erhaltung und Erhöhung des Forstertrags.

Art. 53. — Die Wiederaufforstung ist eine Verpflichtung, der sich keine Verwaltung entziehen darf. Diese Verpflichtung begreift auch die Pflanzungen, welche der Staatsrath in den Gemeinden der Ebene verordnen wird. Nach jedem ordentlichen Schläge ist die Verwaltung gehalten, nach den Vorschriften der Schlagbewilligung und anderen, die Wiederaufforstung vorzunehmen, wenn sie verordnet wird.

Art. 54. — Der durch Schläge oder Brände entblößte Boden, die Lawinenzüge, die steilen Ufer der Waldbäche und der lockere Boden muß wiederbeholzt und demselben mittelst Flechtwerk, Mauern, Besamungen oder Pflanzungen Festigkeit gegeben werden.

Der Sumpfboden in den Wäldern muß durch offene Abzugsgraben oder durch Drainiren trocken gelegt werden.

Art. 55. — Die harzigen Bäume dürfen auf keinen Fall über den Drittel ihrer Höhe hinauf abgeästet werden.

Art. 56. — Die todten Häge sollen so viel möglich durch lebendige und durch Mauern ersetzt werden.

Es wird zu diesem Zwecke kein anderes Holz, als Aeste, oder gesägte oder der Länge nach geschnittene Latten verwendet.

Art. 57. — Die Gemeindebehörde oder der Eigenthümer, der die unter Art. 38 gemeldete Erlaubniß erteilen will, muß vorläufig die Bedingungen dazu der Forstverwaltung mittheilen.

X. Kapitel.

Weidgang.

Art. 58. — Der Weidgang darf auf keinen Fall anderswo stattfinden, als in den durch die Forstverwaltung in jeder Gemeinde oder Genossenschaft ausdrücklich dazu bezeichneten Waldungen.

Die Ziegen oder die Schafe stehen immer unter der Hut eines Hirten.

Art. 59. — Der Weidgang mit Ziegen und Schafen ist in allen Waldungen, wo junger Nachwuchs vorkommt, so lange verboten, bis die Spitzen desselben dem Zahn des Viehs entwachsen sind.

Art. 60. — Im Grundsatz, und ohne ausdrückliche Erlaubniß, ist weder vor dem 1. Juni noch nach dem 1. Oktober irgend ein Weidgang gestattet.

Art. 61. — Die Anzahl der zum Weidgang zuzulassenden Ziegen und Schafe kann durch Beschluß des Staatsrathes, oder durch von demselben genehmigte Ortsreglemente beschränkt werden.

XI. Kapitel.

Privatwaldungen.

Art. 62. — Die Privat-Gehölze und Wälder werden nach dem Forstgesetz verwaltet.

Art. 63. — Sie sind den allgemeinen Sicherheitsmaßregeln unterworfen.

Art. 64. — Alle Schläge über vier Klafter müssen vorläufig durch den Bannwart angezeichnet werden.

XII. Kapitel.

Uebertretungen, Bestrafungen der Frevel und Schadenersatz.

Art. 65. — Der Bannwart nimmt über jeden Frevel und jede Uebertretung, die er erwiesen, Verbal auf, und läßt dasselbe innert den 48 Stunden dem Gemeindspräsidenten zukommen.

Er ist gehalten, eine Abschrift davon, spätestens innert den acht Tagen, dem Regierungstatthalter des Bezirkes einzugeben.

Art. 66. — Das Verbal muß nach den von der Forstverwaltung angenommenen Mustern abgefaßt sein.

Dasselbe enthält:

- a) die Angabe von Tag und Ort, wo der Frevel erwiesen wurde, den Namen und den Wohnort des Uebertreters;
- b) wenn es ein Holzfrevel ist: die Anzahl Stücke, die Holzart, die Maasse, den Werth des Holzes und den Schaden, wenn solcher stattgefunden;
- c) wenn ein Weidgangfrevel: die Viehart, die Zahl der Thiere und soviel möglich die Dauer des unerlaubten Weidgangs;
- d) das Datum der Vorladung des Uebertreters.

Art. 67. — Sobald das gesekwidrig gefällte Holz aufgefunden ist, läßt es der Bannwart an einen sichern Ort bringen und setzt sofort den Gemeindspräsidenten davon in Kenntniß.

Art. 68. — Wenn der Bannwart in einem gebannten Walde weidendes Vieh getroffen, hat er es zu ergreifen, an einen sicheren Ort zu führen und Verbal abzufassen.

Art. 69. — Wenn ein Forstangestellter Holz konfisziert, muß er den Uebertreter durch das Doppel des Verbals innert den 48 Stunden davon in Kenntniß setzen.

Art. 70. — Wer sich der Wegnahme konfiszirten Holzes schuldig macht, wird vor das Korrektionellgericht gezogen.

Art. 71. — Wenn der Beamte, dem er das Verbal eingereicht, demselben keine Folge gibt, oder wenn die Gemeindebehörde nicht innert der durch Art. 43 des Gesetzes bestimmten Frist entscheidet, so begehrt der Bannwart eine Erklärung mit begründeter Weigerung, welche er dem Kreis-Forstinspektor oder dem Regierungstatthalter des Bezirkes übermittelt.

Art. 72. — Die Gemeindebehörde ist unter Buße gehalten, dem Regierungstatthalter monatlich ein Verzeichniß der von ihr ausgesprochenen Urtheile zu übersenden.

Art. 73. — Der Regierungstatthalter des Bezirks hält ein nach Gemeinden eingetheiltes Register der vom Bannwart erhaltenen Verbale und der durch die Gemeindebehörden getragenen Urtheile.

Er ist zu einer Sportelgebühr von 50 Rappen berechtigt für jede Hinterlegung und Eintragung eines Verbals, für welche Sportelgebühr ihm die Gemeindebehörde, welche dieselben den dem Uebertreter zufallenden Kosten beifügt, Rechnung trägt.

Art. 74. — Im Falle des Refurses an das Departement muß dieser Refurs, unter Strafe der Nichtigkeit, innert der Frist von zwanzig Tagen, von der amtlichen Anzeige des Urtheils der Gemeindebehörde an, ergriffen werden.

Art. 75. — Das Begehren muß schriftlich gestellt werden, vermittelt einer Denkschrift, welche die Thatfachen darlegt, auf die es sich stützt.

Art. 76. — Die Denkschrift wird in zwei Doppeln abgefaßt, und von den Belegstücken nebst Abschrift derselben begleitet.

Art. 77. — Die Abschrift des Begehrens und, nöthigen Falls, andere Schriftstücke werden dem Beklagten übermittelt, der darauf innert acht Tagen antwortet.

Art. 78. — In den Fällen sichtbaren Schadens an den Straßen, Wegen, Mühren, Brücken, Wasserleitungen und an irgend welchem Eigenthum durch die Ausbeutung, das Flößen, oder jede, von der Forstverwaltung ausgehende Handlung wird die Vergütung nach den durch das Forstgesetz vorgeschriebenen Formen geregelt.

Art. 79. — Die Uebertretungen dieser Forstordnung werden nach Art. 41 des Forstgesetzes gebüßt.

Art. 80. — Die Gemeindeverwaltungen, welche die genaue Erfüllung ihrer Pflichten vernachlässigen, wie dieselben durch die Forstordnung vorgeschrieben sind, können mit 20 bis 100 Franken gebüßt werden.

Art. 81. — Die durch den Staatsrath ausgesprochenen Bußen werden im Amtsblatt veröffentlicht; die durch die Gemeindebehörden ausgesprochenen durch Verkündigung am gewöhnlichen Ausrufungsorte.

XIII. Kapitel.

Allgemeine Bestimmungen.

Art. 82. — Die Nutzungsrechte sind den Regeln der Forstwirtschaft und der Holzausbeutung unterworfen.

Der Genuß dieser Rechte darf die Bedürfnisse des durch die Forstverwaltung gehörig erwiesenen Gebrauchs nicht überschreiten.

Das Nutzungsrecht des dünnen Holzes versteht sich vom kleinen, von selbst abgestandenen Holze, das ohne Werkzeug kann weggenommen werden; es kann auf bestimmte Tage beschränkt werden.

Art. 83. — Die Waldungen, deren Gerichtsbarkeit nicht entschieden bestimmt ist, sind provisorisch unter die Aufsicht eines eigens durch das Forstdepartement ernannten Bannwarts gestellt.

Art. 84. — Unter Strafe der Nichtigkeit darf keine Verwaltung, ohne Genehmigung des Departements, dem Forstgesetze oder der Forstordnung widersprechende Reglemente und Beschlüsse beibehalten oder aufstellen, noch Gewohnheiten dulden.

Art. 85. — Das Forstdepartement kann unter der Form von Dienstbefehlen, die geeigneten Maßnahmen ergreifen, um die Vollziehung der Forstordnung zu sichern.

Art. 86. — Die Streitfragen über die Anwendung des Forstgesetzes und dieser Forstordnung gehören in die Kompetenz des Staatsrathes.

Art. 87. — Das Forstreglement vom 1. Juli 1853 tritt außer Kraft.

Gegeben im Staatsrath zu Sitten, den 11. August 1874, um Sonntags, den 13. künftigen September in allen Gemeinden des Kantons veröffentlicht und angeschlagen zu werden.

Der Präsident des Staatsraths,

Alph. Walther.

Der Staatschreiber:

Em. Barberini.

27

Beschluß

vom 26. Hornung 1875,

regelmäßige Baumpflanzungen an den Ufern der Rhone verordnend.

(G. S. XII. 5)

Der Staatsrath des Kantons Wallis,

Eingesehen den Art. 12 des Beschlusses vom 29. November 1862, über die Rhonekorrektur;

Eingesehen den Art. 55 des Forstgesetzes vom 27. Mai 1873;

Auf den Vorschlag des Baudepartementes,

Beschließt:

Art. 1. — Die Gemeinden, welche die Verpflichtung der Dämmung haben, sind gehalten, ununterbrochene, regelmäßige Baumpflanzungen an den Ufern der Rhone und der Seitenbäche zu machen.

Art. 2. — Es ist für diese Arbeiten eine Frist von drei Jahren die mit dem Jahr 1877 zu Ende geht, festgesetzt. Die Ausführung dieser Arbeiten kann gleichmäßig auf drei Jahre vertheilt werden.

Nach Ablauf dieser Frist werden die Pflanzungen auf Kosten der Gemeinden vorgenommen.

Art. 3. — Das Baudepartement ist beauftragt, die Zeit, die Pflanzungsweise, die Wahl der Holzarten, überhaupt alle Ausführungsmaßregeln des gegenwärtigen Beschlusses zu bestimmen.

Gegeben im Staatsrathe zu Sitten, den 26. Hornung 1875, um in allen betreffenden Gemeinden veröffentlicht und angeschlagen zu werden.

Der Präsident des Staatsrathes:

Alph. Walther.

Der Staatschreiber:

Em. Barberini.

28

Auszug aus dem

Dekret

vom 22. Mai 1875

zur Bestimmung des Tarifs der Verwaltungsakte.

(G. S. XII. 38)

Der Große Rath des Kantons Wallis,

Auf Antrag des Staatsrathes,

Beschließt:

Die Fiskusgebühren und die Sporteln der Verwaltungs-Behörden und -Beamten für die Akte ihrer Verwaltung sind folgendermassen festgesetzt:

Rp.

Art. 11. — Für eine Holzschlag-Bewilligung, durch Kloster 80

Art. 12. — Für Flößbewilligung:

a) Gebühr an den Staat, durch Kloster 50

b) Gebühr an die Gemeinden, als Wuhrentschädigung, durch Kloster Holz und durch je zehntausend Fuß Wuhrenlänge, auf beiden Ufern zu berechnen und durch das Finanzdepartement unter die Ufergemeinden oder die Betheiligten, im Verhältnis zu den Wuhren, deren Unterhalt ihnen obliegt, zu vertheilen 10

Die Bewilligungen sind zur Hälfte bei ihrer Ausstellung und zur andern Hälfte bei der Anerkennung des Holzes, wenn es aus dem Wasser gezogen wird, zu bezahlen.

Instruktionen

**betreffend die Einführung des Metermaßes
zum Gebrauche der Verwaltungen, Forstbeamten, Partikularen
und des Handels.**

Das Metermaß ist in der ganzen schweizerischen Eidgenossenschaft eingeführt.

Eine seiner wichtigsten Abtheilungen betrifft das Holzmaß. Man weiß, daß bis jetzt im Wallis mehrere Maße, sei es für den Fuß, für das Klafter, wie auch für die Scheitlänge gebräuchlich waren.

Indem dieser Sachbestand aufhören soll, so halten wir es für nothwendig, bestimmte Verordnungen zu veröffentlichen: und zwar, vorerst, um dem Gesez folge zu leisten, ferner den Verwaltungen und Forstbeamten als Vorschrift zu dienen, und dann auch, um im Privatverkehr und im Handel Gleichförmigkeit auf unzweideutige, gesetzliche Weise einzuführen.

§ 1. — Alle Längen sollen in Metern ausgedrückt werden. Je nach der Art des Gegenstandes und dem Grade der verlangten Genauigkeit sind eine oder zwei Dezimalen anzuwenden.

§ 2. — Das Stammholz (Säg-, Bau- und Nutzholz) wird nach seiner Körpermasse aus dem mittlern Durchmesser und aus der Länge berechnet.

Der Durchmesser ist in geraden Centimetern und die Länge in Metern und Dezimetern auszumessen.

Bei Messung des Durchmessers ist, außer bei dem Lerchenholz, die Rinde der unentrindeten Löße mitzumessen.

§ 3. — Das für Stacheln oder Schwellen bestimmte Nutzholz kann wie das Brennholz in Beigen aufgetischt werden. Man kann diesen Hölzern eine Länge je nach ihrem Gebrauch geben; die Höhe der Beige muß aber 1 Meter 50 Centimeter haben.

§ 4. — Die Verkehrs-Einheit für das Aufstischen des Scheit- und Prügelholzes bildet eine Beige von 1 Meter Höhe, 1 Meter Breite und 1 Meter Scheitlänge, gleich 1 Kubikmeter, welches Ster oder Raummeter heißt. Zwar ist im Verkehr der Ster eine zu kleine Holzbeige, darum ist das Waldklafter anzunehmen, welches 1 Meter 50 Centimeter Höhe, 2 Meter Breite und 1 Meter Scheitlänge mißt. Dieses Waldklafter enthält 3 Ster und soll für alle Holzarten dienen.

Man kann mehrere Ster zusammensetzen, die Länge der Beige hängt von der Menge des ausgebeuteten Holzes ab.

Bruchteile von Ster sind zu vermeiden.

§ 5. — Das Normalmaß für die Wellen soll 1 Meter Länge und 1 Meter Umfang sein.

§ 6. — Als Abkürzungen werden folgende Zeichen vorgeschrieben:

Für Meter	m.
„ Dezimeter	dem.
„ Centimeter	cm.
„ Hektare	ha.
„ Are	a.
„ Quadratmeter	□ m.
„ Kubikmeter	cub. m.
„ Ster oder Raummeter	St. oder Km.
„ Festmeter	Fm.

§ 7. — Bei Umwandlung von bisherigem Maß in Metermaß sind folgende Verhältniszahlen anzuwenden:

- 1 Fuß = 0,3 m. = 3 dem. = 30 cm.
- 1 Quadratfuß = 0,09 □ m. = 9 □ dem. = 900 □ cm.
- 1 Cuadruthe = 9 □ m.
- 1 Tucharte = 0,36 ha. = 36 a.
- 1 Kubikfuß = 0,027 cub. m. = 27 cub. dem.
- 1 Normalklasten zu 100 Kubikfuß = 2,7 Fm.

Diese Verordnung tritt mit ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Sitten, den 31. Dezember 1876.

Der Regierungsrath
mit dem Forst-Departement beladen,
J. C h a p p e r.

30

Beschluss

vom 10. Heumonath 1876,

**betreffend den Einzug der Holzschlag- und Flößbewilligungs-
Gebühren.**

(G. S. XII. 240)

Der Staatsrath des Kantons Wallis,

Nach Einsicht des bundesrätlichen Beschlusses vom 12. Brachmonath 1876, welcher den Einzug der Holzschlag-Gebühren bei der Ausfuhr auf den Gränz-Zollämtern des Kantons untersagt;

In Vollziehung der Artikel 11 und 12 des Tariffs über die Verwaltungs-Akte vom 22. Mai 1875;

Nach Einsicht des Bundesgesetzes vom 3. Heumonath 1875 über Maß und Gewicht;

Auf den Antrag des Finanzdepartements;

B e s c h l i e ß t :

Art. 1. — Die Eigenthümer von Gemeinde- und Genossenschaftswaldungen, welche in denselben für den Handel Ausbeutungen vor-

zunehmen wünschen, haben zu diesem Zwecke um die Ermächtigung des Staatsrathes nachzusuchen.

Diese Ermächtigung wird mittelst zwei verschiedener nach einander ausgestellter Bewilligungsscheine ertheilt, wovon der erste Verkauf-Bewilligungsschein und der zweite Schlag-Bewilligungsschein geheissen wird.

Die Eigenthümer von Privatwaldungen sind nur der Schlagbewilligung und deren Gebühr unterworfen.

Art. 2. — Das aus Hoch- und Niederwaldung herkommende, Gemeinden oder Partikularen angehörige Holz wird, unter dem Titel einer Einkommensteuer und Schlaggebühr, mit einer Tage von 8 % des Verkaufspreises belegt.

Für das aus den Privatwäldern gezogene Holz, welches in den Handel gebracht wird und nicht auf öffentlicher Versteigerung verkauft würde, hat der Eigenthümer oder Verkäufer folgende Gebühr zu entrichten:

- a) Für Brennholz 20 Rappen durch Ster (= 1 Kubikmeter);
- b) Für Leichen-Bauholz 40 Rappen und für Lannen-Bauholz 30 Rappen durch Kubikmeter.

Art. 3. — Die betreffenden Gebühren werden unmittelbar an die Staatskasse entrichtet.

Die Schlagbewilligung wird vom Staatsrathe erst dann und nur insofern ertheilt, als der Ansucher durch Vorweisung eines Empfangsscheines vorläufig beweisen wird, daß er die bezüglichlichen Gebühren bereits an die Staatskasse bezahlt habe.

Art. 4. — Gegenüber dem Staat haftet der Verkäufer für die Bezahlung der Schlaggebühren.

Art. 5. — Auf Begehren der Angestellten und Agenten der Forstverwaltung ist der Eigenthümer verpflichtet, den Empfangsschein der Steuerentrichtung vorzuweisen.

Art. 6. — Für eine Flößbewilligung bezieht der Staat 16 Rappen durch Ster (= 1 Kubikmeter). Die den Gemeinden als Wuhrenschädigung zukommende Gebühr beträgt 4 Rappen durch Ster für je drei Kilometer Wuhrenlänge, auf beiden Ufern zu berechnen und durch das Finanzdepartement unter die Ufergemeinden oder die Be-theiligten, im Verhältniß zu den Wuhren, deren Unterhalt ihnen obliegt, zu vertheilen.

Die Flößbewilligungen werden durch den Staatsrath nur auf Vorweisung eines Empfangsscheines ausgestellt, woraus erhellt, daß die Hälfte der Gebühren an die Staatskasse abgetragen worden.

Die andere Hälfte der zu entrichtenden Gebühren ist bei der Anerkennung des Holzes, wann dasselbe aus dem Wasser gezogen wird, zahlbar. Bevor jedoch der Staatsrath die Flößbewilligung ertheilt, kann er zur Gewährleistung der Bezahlung dieser andern Hälfte die Hinterlegung einer Geldsumme verordnen.

Art. 7. — Jede Uebertretung des gegenwärtigen Beschlusses wird mit einer Buße von 10 bis 100 Franken bestraft und dieß unbeschadet

der Beschlagnahme des Holzes, welche nebstdem jedes Mal ausgesprochen wird, so ein Holzschlag oder Floß ohne vorläufige Bezahlung der Gebühren an die Staatskasse unternommen werden sollte.

Ein Drittel der Buße fällt dem Angeber zu.

Art. 8. — Der jahreszügliche Beschluß vom 7. Januar 1869 ist widerrufen.

Gegeben im Staatsrathe zu Sitten, den 10. Heumonath 1876, um am 30. dieses Monats in allen Gemeinden des Kantons veröffentlicht und angeschlagen zu werden und am 1. nächsten August in Kraft zu treten.

Der Präsident des Staatsrathes:

R. de Riva.

Der Staatschreiber:

Em. Barberini.

31

Dekret

vom 23. November 1878.

betreffend die Holzschlag- und Flößbewilligungs-Gebühren.

(G. S. XII. 424)

Der Große Rath des Kantons Wallis,

Eingesehen die Erhöhung des Steuerfußes für die in die Steuerregister eingetragenen Liegenschaften;

Erwägend, daß in denselben einzig der Boden der Wälder berücksichtigt ist, während die Billigkeit verlangt, daß auch der Werth des ausgebeuteten Holzes in Betracht gezogen werde;

Auf den Antrag des Staatsrathes,

Beschließt:

Art. 1. — Die Eigenthümer von Gemeinde- und Genossenschaftswaldungen, welche in denselben für den Handel Ausbeutungen vorzunehmen wünschen, haben zu diesem Endzwecke, in Gemäßheit des Forstgesetzes, um die Ermächtigung des Staatsrathes nachzusuchen.

Diese Ermächtigung wird mittelst zwei verschiedener nacheinander ausgestellter Bewilligungsscheine ertheilt, wovon der erste Verkaufs-Bewilligungsschein und der zweite Schlag-Bewilligungsschein heißen wird.

Die Eigenthümer von Privatwaldungen sind nur der Schlagbewilligung und deren Gebühr unterworfen.

Art. 2. — Die Schlaggebühr der Gemeinde- und Genossenschaftswaldungen ist festgesetzt auf 6% des Verkaufspreises des stehenden Holzes oder seines Reinwerthes, nach Abzug der Ausbeutungs- und Transportkosten, insofern die Ausbeutung durch den Verkäufer geschieht.

Wird die Kantonalsteuer auf zwei durch tausend erhöht, so wird diese Gebühr auf acht durch hundert festgesetzt.

Art. 3. — Für das Nuß- und Bauholz, herkommend aus den Privatwäldern, welches dem Handel überliefert ist und deren Fällung 80 Ster übersteigt, ist die Schlaggebühr für Lerch-, Arven- und Eichenholz auf 40 Rappen durch Kubikmeter festgesetzt, für die Tannen und andere Holzarten auf 30 Rappen und für das Brennholz auf 25 Rappen durch Ster.

Wird die Kantonalsteuer auf zwei durch tausend festgesetzt, so wird diese Gebühr um ein Viertel erhöht.

Art. 4. — Die Laubholz-Waldungen, welche in den Steuerregistern zu ihrem vollen Werthe eingetragen sind, werden von der Schlagbewilligungs-Gebühr befreit, wenn der Schlag 80 Ster nicht übersteigt, in welchem Falle sie einer einfachen Kanzleigegebühr von 40 Rappen durch Ster unterworfen sind.

Art. 5. — Die betreffenden Gebühren werden unmittelbar vor dem Holzschlag an die Staatskasse entrichtet.

Die Schlagbewilligung wird durch den Staatsrath nur auf Vorweisung eines Empfangscheines ausgestellt, bezeugend, daß die vorläufigen Gebühren an die Staatskasse abgetragen worden.

Art. 6. — Der Verkäufer haftet gegenüber dem Staat für die Bezahlung der Schlaggebühren.

Art. 7. — Auf Begehren der Angestellten und Agenten der Forstverwaltung ist der Eigenthümer verpflichtet, den Empfangschein betreffend Steuer-Entrichtung vorzuweisen.

Art. 8. — Für eine Flößbewilligung im Fluß, den gedämmten Strömen und Bächen bezieht der Staat 15 Rappen durch Ster (ein Kubikmeter).

Die den Gemeinden als Wuhrentschädigung zukommende Gebühr beträgt 1 Rappen durch je 1 Kubikmeter Wuhrenlänge, auf jedem Ufer zu berechnen und durch das Finanz-Departement unter die Ufergemeinden oder die Betheiligten im Verhältniß zu den Wuhren, deren Unterhalt ihnen obliegt, zu vertheilen.

Diese Bewilligungen werden durch den Staatsrath nur auf Vorweisung eines Empfangscheines ausgestellt, woraus erhellt, daß die Gebühren an die Staatskasse abgetragen worden.

Art. 9. — Jede Uebertretung des gegenwärtigen Dekrets wird mit einer Buße von 10 bis 500 Fr. bestraft, und dieses unbeschadet der Beschlagnahme des Holzes, welche nebst dem jedes Mal ausgesprochen wird, wenn ein Holzschlag oder Floß ohne vorläufige Bezahlung der Gebühren an die Staatskasse unternommen werden sollte.

Ein Drittel der Buße fällt dem Angeber zu.

Art. 10. — Die sachbezüglichen Beschlüsse des Staatsrathes vom 7. Januar 1869 und 10. Juli 1876, sowie die Artikel 11 und 12 des

Beschlusses vom 22. Mai 1875 über den Tarif der Verwaltungs-Akten sind widerrufen.

Gegeben im Großen Rathe zu Sitten, den 23. November 1878.

Der Präsident des Großen Rathes:

Fidel Joris.

Die Schreiber:

P. L. In-Albon. — L. Pottier.

32

Gesetz

vom 20. Mai 1880

in Abänderung der Artikel 5, 6 und 8 des Forstgesetzes

vom 27. Mai 1873.

Der Große Rat des Kantons Wallis,

Eingesehen das Bundesgesetz betreffend die Oberaufsicht der Eidgenossenschaft über die Forstpolizei in den Hochgebirgen;

In Anwendung des Artikels 8 des erwähnten Gesetzes;

Auf den Antrag des Staatsrates,

Verordnet:

Einziger Artikel. — Die Art. 5, 6 und 8 des Kantonsforstgesetzes vom 27. Mai 1873 sind folgendermaßen abgeändert:

(Art. 5.) Das Personal des Departementes des Forstwesens wird vom Staatsrate ernannt und besteht:

Aus einem Kantonal-Forstinspektor.

Aus Kreis-Forstinspektoren und aus Bannwarten.

Der Kantons-Forstinspektor und die Kreisinspektoren beziehen einen Gehalt aus der Staatskasse.

Sie erhalten ferner, eintretenden Falls, vom Staatsrate zu bestimmende Reiseentschädigungen.

Die Bannwarte werden von den das Revier bildenden Gemeinden bezahlt.

(Art. 6.) Die Wälder werden in Kreise, jeder von wenigstens 10 000 Hektaren Waldfläche, eingeteilt.

Der Kreis wird in Reviere, jedes von ungefähr 2000 Hektaren, unterabgeteilt. Eine oder mehrere Gemeinden können ein Revier bilden.

In jedem Revier ist ein patentierter Bannwart.

Nach Bedürfnis kann eine Gemeinde dem Bannwart einen oder mehrere Gehülfen begeben, um die Forstpolizei auszuüben.

Auf das Begehren einer Gemeinde oder einer Genossenschaft, die auf dem Gebiete einer andern Gemeinde Waldungen besitzt, kann das Departement einen eigenen Bannwart ernennen, den die Eigentümer bezahlen.

Die Gemeinden haben den für die Bannwarte ausgeetzten Gehalt der Genehmigung des Departementes zu unterbreiten, welches denselben, wenn es nötig befunden wird, erhöhen kann.

(Art. 8.) Das Forstpersonal wird auf vier Jahre gewählt. Es kann durch einen begründeten Entscheid abgesetzt werden.

Gegeben im Großen Räte zu Sitten, den 20. Mai 1880.

Der Präsident des Großen Rates:

Fidel Foris.

Die Schriftführer:

P. L. In-Albon. — L. Pottier.

Der Staatsrat des Kantons Wallis

Beschließt:

Vorstehendes Gesetz soll am Sonntag, den 27. laufenden Monats, in allen Gemeinden des Kantons öffentlich ausgerufen und angeschlagen werden, und wird am 1. nächstkünftigen Juli in Kraft treten.

Gegeben im Staatsrate zu Sitten, den 16. Juni 1880.

Der Präsident des Staatsrates:

Bioley.

Der Staatschreiber:

Em. Barberini.

33

Forst-Ordnung

vom 12. Februar 1881.

(G. S. XIII. 81)

Der Staatsrath des Kantons Wallis.

In Vollziehung des Artikels 55 des Forstgesetzes vom 27. Mai 1873 und des Nachtraggesetzes vom 20. Mai 1880;

Eingesehen das Eidgenössische Forstgesetz vom 24. Mai 1876;

Auf den Antrag des Departementes beladen mit der Forstverwaltung,

Beschließt:

I. Kapitel.

Einteilung.

Art. 1. — Die Wälder des Kantons sind in folgende 5 Kreise eingeteilt:

Der I. Kreis, zusammengesetzt aus den Bezirken Goms, Nöstlich Raron und Brig;

Der II. Kreis, zusammengesetzt aus den Bezirken Visp, Westlich Raron und Leuf;

Der III. Kreis, gebildet aus den Bezirken Siders, Sitten, Ering und Gundis;

Der IV. Kreis, gebildet aus den Bezirken Martinach und Entremont;

Der V. Kreis gebildet aus den Bezirken St. Moriz und Monthey.

Art. 2. — Der Kreis wird in Forstreviere von ungefähr 2000 Hektaren unterabgeteilt. (Abgeändert. Siehe am Ende).

Eine besondere Tabelle wird die Gemeinden angeben, welche jedes dieser Reviere bilden.

II. Kapitel.

Personal.

Art. 3. — Das einem Departemente des Staatsrates untergeordnete Forstverwaltungspersonal besteht:

Aus einem Kantonsforstinspektor;

Aus Kreisforstinspektoren;

Aus Revierförstern, welche patentiert sein müssen.

Art. 4. — Die Inspektoren und Revierförster können ohne die Erlaubnis der Behörde, von welcher sie abhängig sind, keine andern Amtsverrichtungen oder Anstellungen annehmen.

Die Inspektoren können ohne die Ermächtigung des Departementes ihren Dienst und ihren Kreis nicht verlassen.

Die Revierförster und ihre Gehülfen können sich, ohne den Kreisinspektor und den Präsidenten der Gemeinde benachrichtigt zu haben, nicht länger als 8 Tage von ihrem Revier entfernen.

Art. 5. — Die Gemeinde- und die Genossenschaftsräte stehen bezüglich ihrer Pflichten und Obliegenheiten in Forstfachen ebenfalls unter der Forstverwaltung.

Kantonsforstinspektor.

Art. 7. — Er hat folgende Amtsbefugnisse:

1. Er überwacht unter der Anleitung des Departementes die Forstverwaltung im ganzen Kanton, sowie die Vollziehung der Gesetze und Verordnungen;

2. Er gibt über die Ausbeutung, Aufforstung, Bewirtschaftung und andere Arbeiten sein Gutachten ab, und erstattet über die diesen Gegenstand betreffenden Streitfragen und Zwistigkeiten Bericht;

3. Er macht, wenn er es für notwendig findet oder auf Verordnung des Departementes, Inspektionen;

4. Er führt ein allgemeines Verzeichnis der Wälder und Gehölze der Gemeinden, Genossenschaften und Privaten;

Ein Verzeichnis der ordentlichen und außerordentlichen Schlagbewilligungen;

Ein Register der Holzanerkennungen;

Ein Register der Flöße;

Ein Register der Abzüge für die Aufforstungen;

Ein Register der Verbaue und der Aufforstungen;
Ein Register der Forstübertretungen, Bußen und Beschlagnahmen.
5. Er erstattet einen jährlichen und umständlichen Bericht über die Forstverwaltung des Kantons.

Kreisforstinspektoren.

Art. 8. — Die Kreisforstinspektoren sind die ordentlichen Mittelpersonen zwischen dem Kantonsforstinspektor, den Revierförstern und den Ortsräten.

Sie wachen in ihrem Kreise über die Vollziehung der Gesetze, Vorschriften und Verordnungen.

Sie kontrollieren die Bestrafung der Forstübertretungen, welche zu ihrer Kenntnis gelangen;

Art. 9. — Sie haben folgende Befugnisse:

1. Sie besichtigen alljährlich die Wälder und die Abhänge, welche noch einer Aufforstung bedürfen;

2. Sie unterrichten, leiten und überwachen das ihnen untergeordnete Personal und beantragen nötigen Falls deren Bestrafung und Absetzung;

3. Sie entwerfen die provisorischen und definitiven Wirtschaftspläne, nach den hierüber eigens erhaltenen Anweisungen;

4. Sie machen die Holzanzeichnungen der außerordentlichen Schläge, die Holzanerkennungen und die Schlagkontrolle;

5. Sie beantragen die Kulturen und die Durchforstungen der jungen Bestände;

6. Sie besichtigen jährlich die Register der Revierförster;

7. Sie wohnen den Holzverkäufen bei und lassen sich im Verhinderungsfall durch den Revierförster vertreten;

8. Sie halten ein Verzeichnis der Gemeindef-, Genossenschafts- und Privatwaldungen ihres Kreises;

Ein Verzeichnis der ordentlichen und außerordentlichen Schläge;

Ein Register der Holzanerkennungen;

Ein Register der Kulturen;

Ein Register der Holzübertretungen, Bußen und Beschlagnahmen.

9. Bei Waldbränden, Erdbeben, Lawinen, Einreißen von Insekten oder andern ähnlichen Zufällen, müssen sie sich sofort an Ort und Stelle begeben, um die Erhaltungs- und Schutzmaßregeln vorzunehmen, und darüber Bericht an den Kantonsforstinspektor erstatten;

10. Sie erstatten alle drei Monate einen umständlichen Bericht über die Forstverwaltung in ihren Kreisen.

Revierförster.

Art. 10. — Die Revierförster sind die Mittelpersonen zwischen den Kreisinspektoren und den Behörden und Forstgehilfen der Gemeinden.

Art. 11. — Ihr Dienst ist folgender:

1. Regelmäßige Rundgänge in allen Wäldern ihres Revieres.

Die Anzahl dieser Rundgänge wird nach den Bedürfnissen des Dienstes festgesetzt werden, aber jedenfalls nicht weniger als einen Rundgang durch Monat und durch Gemeinde.

Der Rundgang wird in einem eigens dazu bestimmten Büchlein durch die Unterschrift des Präsidenten oder eines Ratgliedes der Gemeinde bestätigt.

2. Eine direkte Ueberwachung über die Forstgehülfen der Gemeinde auszuüben und sie in allen ihren Arbeiten anzuleiten;

3. Alljährlich das Anzeichnen der ordentlichen Schläge in allen Gemeinden ihres Revieres vorzunehmen;

4. Insbesondere die Durchforstungen zu leiten.

5. Die Kulturen in den Gemeinde- und Genossenschaftswäldern vorzunehmen;

6. Eine Aufsicht über die eigens bezeichneten Weidgangsgebiete auszuüben;

7. Die Anzeichnung der außerordentlichen Schläge unter der Anleitung des Kreisinspektors vorzunehmen;

8. Den Kreisinspektoren in den Aufnahmen der Wirtschaftungspläne beizustehen;

9. Für ihr Revier die vorgeschriebenen und namentlich die im Art. 9 Nr. 8 der gegenwärtigen Forst-Ordnung vorgesehenen Register zu führen;

10. Am Ende jedes Jahres dem Kreisinspektor einen summarischen Bericht über alle Arbeiten zu erstatten.

Art. 12. — Die Revierförster werden von den Gemeinden des Forstreviers bezahlt.

Ihre Besoldung besteht vorläufig aus dem Gehalt der frühern Bannwarte der Gemeinden, welche das Revier bilden.

Diese Besoldung wird definitiv nach Verhältnis der Waldfläche, und nach andern allfälligen Berücksichtigungen festgesetzt werden.

Art. 13. — Außer der Besoldung erhalten die Revierförster von den Gemeinden Entschädigungen von drei Franken zum Tage für die Kulturen und Anzeichnungen der außerordentlichen Schläge, welche von der kantonalen Forstverwaltung eigens angeordnet werden. (Nr. 5 und 7 des Art. 11.)

Art. 14. — Die Revierförster werden vom Staatsrate für die Dauer von vier Jahren ernannt.

Forstgehülfen der Gemeinden.

Art. 15. — Die Forstgehülfen haben für den Fall, wo die Gemeinden solche ernennen, folgende Befugnisse:

1. Nach Anleitung der Revierförster und der Gemeindebehörde regelmässige Rundgänge in den Wäldern und Gehölzen zu machen;

2. Zu wachen, daß die Grenzsteine erhalten und die verschwundenen oder beschädigten wieder hergestellt werden;

3. Die ordentlichen Schläge und deren Räumung zu besorgen, damit Alles nach Vorschriften ausgeführt werde.

Art. 16. — Die Flurhüter können die im revidierten Art. 6 des Forstgesetzes vorgesehenen Forstgehülfen vertreten.

III. Kapitel.

Gemeinschaftliche Vorschriften für die Revierförster und die Gehülfen.

Art. 17. — Die Revierförster und Gehülfen legen in die Hände des Regierungsstatthalters den Eid ab und treten vom Tage ihrer Ernennung an in Dienst.

Art. 18. — Sie müssen jede Uebertretung und jede unerlaubte Handlung in Forstfachen bestätigen und angeben.

Art. 19. Die Revierförster und Gehülfen, welche eine ihnen bekannte Uebertretung anzugeben vernachlässigt haben, werden durch eine Ordnungsstrafe von 10 bis 50 Fr. bestraft; überdies können sie im Rückfalle eingestellt oder abgesetzt werden.

Art. 20. — Bei Bränden, Lawinen, Erdbeben, Krankheiten, Einreißen von schädlichen Insekten und andern Zufällen in den Wäldern und Gehölzen, begeben sich die Revierförster sogleich an Ort und Stelle, ergreifen von sich aus oder begehren vom Gemeindepräsidenten die entsprechenden Erhaltungsmaßregeln und erstatten dem Kreisforstinspektor unverzüglich Bericht.

Art. 21. — Der Revierförster, dessen Dienst aufgehört hat, erstattet seinem Nachfolger alle Auskünfte über die Wälder seines Revieres und er ist verpflichtet, ihm die Grenzen anzugeben, ihm den Waldhammer, die Gesetze und Verordnungen, die Register und alle andern seinen Dienst betreffenden Gegenstände einzuhändigen.

IV. Kapitel.

Ortsräte.

Pflichten und Befugnisse.

Art. 22. — Der Gemeinderat ist verpflichtet, über die Vollziehung der die Forstverwaltung betreffenden Gesetze, Verordnungen und Vorschriften der Ortsbehörde in seinem Amtsgebiete zu wachen.

Er ernennt zu diesem Zwecke eine eigene Kommission.

Er ist berechtigt, für die Erhaltung der Wälder und Gehölze einzuschreiten.

Er faßt jährlich ein Verzeichnis des für den öffentlichen Dienst zu fallenden Holzes ab, und gibt dasselbe in den ersten acht Tagen des Monats Mai der Forstkommision der Gemeinde ab.

Bei Waldbränden, Lawinen, Erdbeben und andern Zufällen nimmt er unverweilt die nötigen Maßregeln und setzt hierüber unmittelbar die Forstverwaltung in Kenntnis.

Art. 23. — Die Gemeinden, Burgerschaften und Genossenschaften, welche Wälder oder Gehölze besitzen, ernennen eine aus 3 oder

5 Mitgliedern bestehende Verwaltungskommission, welche eigens die Forstgeschäfte zu besorgen, die Dringlichkeit der Holzeingaben zu untersuchen und die Verwendung des vor zwei Jahren gestatteten Holzes zu bewähren hat.

V. Kapitel.

Bewilligungen und Holzverteilungen.

(Ordentliche Schläge)

Art. 24. — Den Rechtshabenden darf erst dann Holz ausgeteilt werden, nachdem für die Bedürfnisse des öffentlichen Dienstes der Gemeinde angemessen gesorgt worden.

Art. 25. — Die jährlichen Schläge dürfen jedoch auf keinen Fall die Ertragsfähigkeit der Wälder, d. h. deren nachhaltigen Ertrag übersteigen.

Jede Uebertretung dieser Vorschrift veranlaßt die Einstellung der Verteilung bis der Vorrat eingepart ist.

Art. 26. — Die ordentlichen Verteilungen des Brennholzes müssen unter den Rechtshabenden nach dem Maßstabe vollkommener Gleichheit und mittelst Losziehens geschehen.

Diese Verteilungen können, mit Ausnahme der Unternehmungskosten unentgeltlich stattfinden.

Art. 27. — Die ordentlichen Schläge müssen vorzugsweise durch in Versteigerung gegebene Unternehmung unter der Leitung des Revierförstlers gemacht werden.

Art. 28. — Die Begehren um Holzbewilligungen zu Neubauten oder Ausbesserungen, deren Notwendigkeit die Forstkommision anerkennt, werden der Verwaltungskommission eingegeben.

Zu diesem Zwecke befolgt der Rat folgenden Gang:

1. Innert den ersten vierzehn Tagen Mai nimmt der Ratschreiber oder ein anderer Beauftragter des Rates die Eingaben um Bauholz und um Holz für den öffentlichen Dienst in Empfang, und setzt das Verzeichnis der ordentlichen Schläge auf.

2. Die Forstkommision muß sich an Ort und Stelle von der Dringlichkeit der Begehren überzeugen und muß auch nachsehen, ob das bewilligte Holz in der vorgeschriebenen Frist verwendet wurde.

3. Ein Uebersichtsverzeichnis der ordentlichen Schläge wird in den zweiten vierzehn Tagen Mai an den Kreisforstinspektor geschickt, um die Schlagbewilligung gemäß Art. 25 der Forstordnung zu erlangen.

4. Alle zu Bauten oder Ausbesserungen, sowie für Brennholz bestimmten Stämme werden vorläufig durch den Revierförster im Beisein eines Abgeordneten der Forstkommision zur Schätzung des bewilligten Holzes angezeichnet.

Diese Schätzung geschieht im Grundsatz nach Kubikmetern.

Das Anzeichnen geht folgendermaßen vor sich:

Jede Pflanze muß zwei Hammerabdrücke, den einen auf dem Stamme 1 Meter 50 Ctm. über dem Boden, und den andern am

Boden auf einer hervorstehenden Wurzel, und beide auf Seite des Abhanges tragen.

6. Auf den obern Abdruck schreibt man die Ordnungsnummer der Pflanzen, welche zum Brennholz bestimmt sind.

7. Der Rat zeigt die Zeit der Verlosung acht Tage vorher durch öffentliche Ausrufung an.

8. Er nimmt die Verlosung in Gegenwart der Forstkommision und der Rechtshabenden vor, versehen mit dem Namensverzeichnis dieser letztern.

9. Er gibt, dem Namen jedes Einzelnen gegenüber, das demselben zugefallene Los an und teilt die Nummern während der Sitzung aus.

Art. 29. — Das Anzeichnen des zu ordentlichen Schlägen bestimmten Holzes geschieht mit dem Gemeindehammer.

Art. 30. — Das Fällen grüner Stämme zu Brennholz ist, so lange sich in den Gemeindewäldern dürres Holz befindet, unterlagt.

Art. 31. — Das Brennholz soll so viel wie möglich zur Saftzeit gefällt werden, um die zur Lohe taugliche Rinde zu benützen; hingegen muß das Fällen des Bau- und Nukholzes in der Sastruhezeit vor sich gehen.

Art. 32. — Um die Beaufsichtigung der Wälder zu erleichtern, muß eine Frist für den Schlag und das Abräumen des Holzes festgesetzt werden.

Nach Verlauf der Einschreibungszeit darf während des Jahres kein Stück Holz ohne die besondere Erlaubnis des Kreisinspektors abgeliefert werden.

Art. 33. — Das Bau- und das Nukholz wird gemäß einer durch die bezügliche Burgerverordnung festgesetzten Tare bezahlt. Die Zahlen dieser Tare werden im Grundsätze nach Kubikmeter festgestellt.

Art. 34. — Das bewilligte Holz muß in der Frist von zwei Jahren nach der Auslieferung, gemäß dem Begehren zu seiner Bestimmung verwendet werden; wenn nicht, fällt derjenige, dem es bewilligt worden, in eine Buße, welche zweimal den Wert des Schatzungspreises beträgt, und das Holz kann in Beschlag genommen werden.

Diese Buße wird verdoppelt, wenn das gestattete Holz zu irgend einer andern Bestimmung verwendet, oder zum Zwecke einer Spekulation verkauft wurde.

Art. 35. — Das Brennholz darf unter Strafe des doppelten Wertes desselben weder verhandelt noch verkauft werden.

Art. 36. — Kein Stück Bau- oder Nukholz darf aus dem Wald geschafft werden, ohne das Hauszeichen des Eigentümers zu tragen. Jeder, welcher Holz trägt oder führt, ist gehalten, sich über dessen Herkunft auszuweisen.

Die gleiche Verpflichtung lastet auf dem Holzbesitzer im Falle von Nachjuchungen bei Uebertretungen.

Bei mangelhaftem Ausweis werden sie als Uebertreter behandelt.

Art. 37. — Die Sägermeister müssen ein Register halten nach dem Formular, das ihnen zugestellt wird, in welches sie alles auf ihre Säge geführte Holz einzutragen haben.

Die Uebertretung der vorstehenden Vorschriften kann mit einer Ordnungsstrafe von 5 bis 100 Fr., mit der Beschlagnahme des Holzes und selbst mit der Entziehung des Sägerpatentes bestraft werden.

VI. Kapitel.

Holzschlag und Holzverkauf.

(Außerordentliche Schläge)

Art. 38. — Die Begehren um Schlagbewilligungen müssen, unter Strafe auf ein anderes Jahr verschoben zu werden, innert der durch den Art. 17 des Forstgesetzes bestimmten Frist gestellt werden.

Art. 39. — Die verschiedenen, den Schlag und den Verkauf von Holz betreffenden Bedingungen gelten für die Nieder- wie für die Hochwaldungen, ausgenommen die Anzeichnung, die nur für die Hochwaldungen vorgeschrieben ist.

Art. 40. — Die Klauseln und Bedingungen des Verkaufs dürfen nichts gegen die sachbezüglichen Gesetze und Verordnungen enthalten.

Art. 41. — Das Holz soll nach Einheitspreisen durch Stamm, Kubikmeter, oder durch Ster verkauft werden.

Art. 42. — Der Kreisforstinspektor, oder ein Ersatzmann, wohnen der Versteigerung bei und unterzeichnen, unbeschadet anderer Unterschriften, das Protokoll.

Art. 43. — Für die Schlag- und Verkaufsbewilligung von Holz der Gemeindefürsorge muß der Vorstand der Gemeindefürsorge ausdrücklich im Namen derselben handeln. Er ist unter Vorbehalt des Rückgriffes gegen Wen Rechtes persönlich verantwortlich.

VII. Kapitel.

Flöße.

Art. 44. — Die Floßbegehren müssen, unter Strafe der Verurteilung, innert der durch Art. 17 des Forstgesetzes bestimmten Frist gestellt werden.

Art. 45. — Alle Vorschriften des IV. Kapitels des erwähnten Gesetzes sind genau zu beobachten.

Kein Floß darf ausgeführt werden, ohne wenigstens acht Tage vorher durch Verkündigung am gewöhnlichen Ausruforte in den am Ufer des Wassers, durch welches gefloßt werden soll, gelegenen Gemeinden angezeigt worden zu sein.

Durch diese Verkündigung steht der Floß unter dem Schutze des Gesetzes gegen jedes Hindernis und jede Wegnahme.

Art. 46. — Der Eigentümer des vom Wasser fortgeschwemmten Holzes hat vorläufig, Wem Rechtes, die allfälligen Kosten, Vergütungen und Entschädigungen zu bezahlen.

Art. 47. — Der Gemeinderat ist berechtigt, das vom Wasser auf sein Gebiet geschwemmte Holz herausziehen zu lassen.

Er läßt selbes, für den Anspruchsfall abseiten des Eigentümers, an einen Ort bringen, wo es während vierzehn Tagen vor jedem Unfall gesichert bleibt; nach Verlauf dieser Frist setzt er dasselbe zum Verkauf aus und das Ergebnis dieses Verkaufes wird während sechs Monaten, vom Tage an zu zählen, an welchem das Holz herausgezogen wurde, zur Verfügung des Eigentümers aufbewahrt und behalten. Nach Ablauf dieser Frist kommt der Ertrag des Verkaufes der Munizipalkasse zu.

Art. 48. — Das in den Genfersee geschwemmte Holz wird nach dem im vorhergehenden Artikel gegebenen Grundsatz behandelt, und wird eintretendenfalls Eigentum des Staates.

Das Ausziehen des Holzes findet nach den Anordnungen des Departementes statt.

VIII. Kapitel.

Bewirtschaftung und Aufforstung.

Art. 49. — Unter Schutzwaldungen sind alle diejenigen Waldungen verstanden, welche vermöge ihrer bedeutenden Höhelage oder durch ihre Lage an steilen Gebirgshängen, auf Anhöhen, Graten, Rücken, Vorsprüngen, oder in Quellgebieten, Engpässen, Rufen, Bach- und Flußufern oder wegen zu geringer Waldfläche einer Gegend, zum Schutze gegen schädliche klimatische Einflüsse, Windschaden, Lawinen, Stein- und Eisschläge, Erdabrutschungen, Unterwaschungen, Verrutschungen oder Ueberschwemmungen dienen. (Bundesgesetz, Art. 4.)

Art. 50. — Das Forstareal kann nicht vermindert werden, und jede wirkliche Teilung von Eigentums- und Benutzungsrechten der Gemeindewälder sind ohne spezielle Ermächtigung des Staatsrates untersagt.

Die Teilung von Eigentum oder Benützung der Korporationswälder kann ohne vorläufigen Bericht an den Staatsrat nicht ausgeführt werden.

Die andern Verfügungen der Art. 11, 12 und 13 des Bundesgesetzes sind überdies pünktlich zu beobachten.

Art. 51. — Der im Art. 14 des Bundesgesetzes vorgesehene Rückkauf von Dienstbarkeiten wird gemäß dem Kantonalgesetz vom 21. November 1850 vor sich gehen.

Art. 52. — Bis zur Ausführung der definitiven Wirtschaftspläne, wird durch einen provisorischen Wirtschaftsplan der jährliche Abgabesatz, sowie die Art der Benützung, der Verjüngung, der Pflege der Waldungen, die Regulierung des Weidganges und der Wegnahme von Streu festgestellt werden.

Die Arbeit wird durch die Kreisinspektoren nach speziellen Anleitungen, ausgeführt werden.

Die Kreisinspektoren sind auch beauftragt, die beiläufigen Nutzungen in den Privatwäldungen, wenn es notwendig ist, zu regulieren.

Art. 53. — Die Wiederaufforstung ist eine Verpflichtung, welcher sich keine Verwaltung entziehen darf.

Diese Verpflichtung begreift die Pflanzungen, welche das Departement in Gemeinde- und Genossenschaftswäldungen verordnen wird.

Art. 54. — Nach jedem außerordentlichen Schläge ist die Verwaltung gehalten, nach den Bedingungen der Schlagbewilligung und anderen, die Wiederaufforstung vorzunehmen, wenn sie verordnet wird.

Gleichfalls werden nach jedem ordentlichen und außerordentlichen Schläge das Abholz geräumt oder verbrannt, um so das Einreißen schädlicher Insekten und jede Brandgefahr zu verhindern.

Art. 55. — Der durch Schläge oder Brände entblößte Boden, die Laminenzüge, der lockere Boden, die steilen Ufer der Wildbäche müssen wiederbeholzt und vermittelst Schutzarbeiten, Mauern, Pfahl- und Flechtwerk und Pflanzungen befestigt werden.

Der Sumpfboden in den Wäldern muß durch offene Abzugsgräben ausgetrocknet werden.

Art. 56. — Die Abästung der Nadelhölzer ist untersagt.

Art. 57. — Die toten Hecken sollen soviel wie möglich abgeschafft und durch lebendige Hecken, Mauern oder Gräben ersetzt werden.

Art. 58. — Das Herunterschaffen von Holz durch die Züge soll möglichst vermieden werden. Zu diesem Zwecke werden Wege oder Holzrisse hergestellt.

Art. 59. — Die Gemeindebehörde oder der Eigentümer, welcher nach dem Art. 38 des Kantonalgesetzes Erlaubnis zum Anbohren erteilen will, muß vorläufig die Ermächtigung hiezu von der Forstverwaltung begehren.

IX. Kapitel.

Weidgang.

Art. 60. — Der Weidgang darf auf keinen Fall anderswo stattfinden, als in den durch die Forstverwaltung in jeder Gemeinde oder Genossenschaft ausdrücklich dazu bezeichneten Bezirken.

Die Ziegen und die Schafe stehen immer unter der Obhut eines Hirten.

Art. 61. — Der Weidgang mit Ziegen und Schafen ist vorzüglich in allen Gehölzen und Wäldern verboten, wo sich junger Nachwuchs vorfindet.

Art. 62. — In den Gemeinden, wo es Weidgänge gibt, kann ohne spezielle Ermächtigung der Forstverwaltung, jede Haushaltung nicht mehr als zwei ihr angehörende Ziegen in die Gemeindeherde schicken. (Bundesgesetz, Art. 18 und 20; Kantonalgesetz, Art. 55.)

Art. 63. — Auf den Alpen von Groß-Vieh beweidet darf kein Ziegenweidgang ohne Hirt stattfinden.

X. Kapitel.

Privatwaldungen.

Art. 64. — Die Privat-Gehölze und Wälder, sowie die Niederwälder sind, insofern sie unter die allgemeinen Sicherheitsmaßregeln gestellt werden müssen, dem Forstgesetze unterworfen.

Art. 65. — Die Schläge, welche 80 Stere übersteigen, können nicht ohne eine Schlagbewilligung, vom Staatsrat nach Einsicht durch den Kreisinspektor unternommen werden.

Die Schläge, welche für den Handel bestimmt sind, müssen vorläufig durch den Kreisinspektor, wenn die Menge des Holzes 80 Stere, und durch den Revierförster, wenn dieselbe unter dieser Ziffer steht, angezeichnet werden.

Diese Schläge können in Gemäßheit des Art. 28 des Forstgesetzes abgewiesen werden, wenn dieselben irgendwelche Gefahr darbieten sollten.

XI. Kapitel.

Strafverfügungen.

Art. 66. — Die Revierförster und andere Forstangestellte nehmen über jede Uebertretung Verbal auf, und lassen dasselbe innert 48 Stunden nach der Erweisung dem Gemeindepäsidenten zukommen.

Sie sind gehalten, ein Doppel davon nach dem Art. 43 des Forstgesetzes innert den acht Tagen dem Regierungstatthalter des Bezirkes abzugeben.

Art. 67. — Das Verbal muß nach den von der Forstverwaltung angenommenen Mustern abgefaßt sein und genau die Uebertretung oder das Verbrechen spezifizieren.

Art. 68. — Es ist eine Forstübertretung vorhanden, wenn der Uebertreter ohne Ermächtigung in einem Walde, dessen Rechtshabender er ist, Holz gefällt oder Holz und Streue weggenommen oder einen Weidgang geübt hat (Abgeändert. Siehe am Ende).

Es ist ein Holzrevol vorhanden, wenn sich der Frevler des Holzschlages oder der Wegnahme von Holz in einem Walde, in dem er keine Rechte besitzt, schuldig gemacht hat; in diesem letztern Falle ist er den gewöhnlichen Gerichten unterworfen. (Art. 34, Alinea 6, des Forstgesetzes.)

Art. 69. — Der Uebertreter wird durch persönliche gerichtliche Anzeige oder rekommandierten Brief vor dem Polizeigericht einvernommen oder vor dasselbe berufen.

Art. 70. — Sobald das gesetzwidrig gefällte Holz aufgefunden ist, bringt der Förster auf dasselbe zwei Hammer-Abdrücke an, den einen in einer Entfernung von 30 Centimeter über dem andern.

Er läßt es an einen sicheren Ort bringen und setzt sofort den Gemeindepäsidenten davon in Kenntnis.

Art. 71. — Wenn der Forstgehülfe in einem gebannten Wald

weidendes Vieh angetroffen hat, so muß er es festnehmen und an einen sicheren Ort führen, und wenn er Holz in Beschlag genommen hat, den Uebertreter spätestens in drei Tagen durch die Auslieferung eines Doppels des Verbals in beiden Fällen in Kenntniß setzen.

Art. 72. — Wer sich der Wegnahme konfiszierten Holzes oder des festgenommenen Viehes schuldig macht, wird vor das Korrekptionsgericht gezogen.

Art. 73. — Wenn der Beamte, dem er das Verbal eingereicht, demselben keine Folge gibt, oder wenn die Gemeindebehörde nicht innert der durch Art. 43 des Gesetzes bestimmten Frist entscheidet, so setzt der Revierförster den Kreisinspektor hievon in Kenntniß.

Art. 74. — Die Gemeindebehörde ist unter Buße gehalten, dem Regierungsstatthalter alle drei Monate ein Verzeichnis der von ihm ausgesprochenen Urteile zu übersenden.

Art. 75. — Der Regierungsstatthalter des Bezirkes hält ein nach Gemeinden eingetheiltes Register der vom Revierförster erhaltenen Verbale und der durch die Gemeindebehörden getragenen Urteile.

Er versichert sich über die Anwendung des Art. 41 des Forstgesetzes und über die Einnahme der Bußen.

Er ist zu einer Sportelgebühr von 50 Rp. berechtigt, für jede Hinterlegung und Eintragung eines Verbals, für welche Sportelgebühr ihm die Gemeindebehörde, welche dieselbe den dem Urheber zufallenden Kosten beifügt, Rechnung trägt.

Art. 76. — Im Falle des Refurses an das Departement muß dieser Refurs, unter Strafe der Nichtigkeit, innert der Frist von zwanzig Tagen, von der amtlichen Anzeige des Urteils der Gemeindebehörde an, ergriffen werden.

Art. 77. — Das Begehren muß vermittelt einer Denkschrift in zwei Doppelten gestellt werden, welche die Thatfache darlegt, auf die es sich stützt, und von den Belegstücken nebst Abschrift derselben begleitet sein.

Art. 78. — Die Abschrift des Begehrens und nötigenfalls anderer Schriftstücke werden dem Beklagten übermittelt, der darauf innert vierzehn Tagen antwortet.

Art. 79. — In den Fällen sichtbaren Schadens an den Straßen, Wegen, Wuhren, Brücken, Wasserleitungen und an irgend welchem Eigentum durch die Ausbeutung, das Flößen, oder jede von der Forstverwaltung ausgehende Handlung wird die Vergütung nach den durch das Forstgesetz vorgeschriebenen Formen geregelt.

Art. 80. — Die Uebertretungen, deren Bestrafung nicht durch spezielle Verfügungen des Gesetzes oder der gegenwärtigen Verordnung bestimmt ist, werden gemäß den Art. 41 und 44 des Forstgesetzes bestraft.

Art. 81. — Der Ertrag der Bußen, welche von der Gemeindebehörde für die gewöhnlichen Uebertretungen ausgesprochen sind, wird nach Abzug des Teiles, welcher dem Ankläger zukommt, in die Munizipalkasse geworfen. Die Bußen und eingelaufenen Konfiskationen

in Sachen der Schlagbewilligung, der außerordentlichen Schläge, der Flöße, der Urbarmachung des verbotenen Weidganges, der Uebertretungen durch die Sägemeister werden durch den Staatsrat ausgesprochen, und der Ertrag kommt der Staatskasse zu.

Art. 82. — Die öffentliche und Zivil-Klage für Polizeivergehen sind nach dem vollendeten Jahre vom Tage an zu zählen, wo sie geschehen sind, verjährt, selbst wenn ein Verbal oder Beschlagnahme vorhanden ist, wenn in dieser Zwischenzeit kein Einleitungsakt oder Betreibung vorgenommen wurde.

Wenn in dieser Zwischenzeit Einleitungsakte oder eine Weiterziehung geschehen ist, auf welche kein Urteil folgte, werden die öffentliche und Zivilklage nach einem Jahre seit dem letzten Akte verjährt. (Gesetzbuch über die peinliche Prozeßordnung, Art. 449.)

Art. 83. — Jeder Formfehler oder jeder verfehlte Prozedurakt für die Vollziehung eines Verbals hat durch diesen Umstand nicht die Nichtigkeit desselben zur Folge, und wenn das Urteil unregelmäßig getragen wurde, so kann hierüber ein neues ausgesprochen werden.

Art. 84. — Die Gemeindeverwaltungen, welche die genaue Erfüllung ihrer Pflichten vernachlässigen, wie dieselben durch die Forstordnung vorgeschrieben sind, können mit 20 bis 100 Franken gebüßt werden.

Art. 85. — Die durch den Staatsrat ausgesprochenen Bußen werden im Amtsblatt veröffentlicht; die durch die Gemeindebehörden ausgesprochenen durch Verkündigung am gewöhnlichen Ausrufungsorte.

Art. 86. — Die Uebertreter der Verfügungen des Bundesgesetzes und der gegenwärtigen Forstordnung haben nebst allfälligem Schadenersatz die Bußen verwirkt, welche im Artikel 27 des Bundesgesetzes, wie folgt festgesetzt sind:

1. Unterlassung der Waldvermarkung innert gegebenem Termin oder Verzögerung derselben: 5 bis 10 Fr.
2. Verminderung des Waldareals ohne staatsrätliche Bewilligung: 100 bis 200 Fr. für jede Hektare.
3. Ohne staatsrätliche Bewilligung vorgenommene Waldteilungen oder Waldveräußerungen: 10 bis 100 Fr. für jede Hektare.
4. Erstellung neuer Dienstbarkeiten: 10 bis 100 Fr.
5. Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften eines provisorischen oder definitiven Wirtschaftsplanes: 20 bis 300 Fr.
6. Gesetzwidrige Abholzungen in sämtlichen der eidgen. Oberaufsicht unterstellten Waldungen: 1 bis 10 Fr. für jeden Kubikmeter fest-Masse (Festmeter).
7. Nichtbeachtung der übrigen in Art. 13 und 20 des Bundesgesetzes enthaltenen Vorschriften, namentlich jener, welche den Weidgang betreffen: 10 bis 100 Fr.
8. Unterlassung vorgeschriebener Aufforstungen in den Schutzwaldungen: 20 bis 100 Fr. (Bundesgesetz, Art. 11 und 21).
9. Vornahme von Nebenausbeutungen in Uebertretung eines Verbotes oder der Vorschriften des Bundesgesetzes, Art. 20: 5 bis 500 Fr.

Die Untersuchung wird durch die Forstverwaltung ausgeführt und das Urteil über diese Uebertretungen liegt in der Zuständigkeit des Staatsrates.

Art. 87. — Bei fortgesetzter Weigerung des Waldeigentümers, die vorgeschriebenen Arbeiten auszuführen, können dieselben auf Kosten desselben von der höhern Forstverwaltung unternommen werden (Art. 28 des Bundesgesetzes).

XII. Kapitel.

Allgemeine und Uebergangsbestimmungen.

Art. 88. — Alle Wälder müssen bis zum 31. Dezember 1881 vermarktet werden (Bundesgesetz, Art. 10).

Wenn ein Gehölz aus Teilen zusammengesetzt ist, welche verschiedenen Eigentümern angehören, so genügt es, dasselbst die äußere Grenze zu bezeichnen.

Art. 89. — Es gibt drei Arten Forsthammer:

1. Ein Kreishammer mit der Ziffer des Kreises für das Anzeichnen der außerordentlichen Schläge und zur Verifikation der Stöcke, hinterlegt beim Kreisinspektor.
2. Ein Gemeindehammer mit dem Anfangs- und Endbuchstaben jeder Gemeinde zum Anzeichnen der ordentlichen Schläge und des Holzes, welches von Uebertretungen und Windfällen herrührt, hinterlegt bei dem Revierförster.
3. Ein Gemeindehammer mit einem Kreuze + versehen, um die Beschlagnahme von Holz, welches bei Uebertretungen und bei Windfällen gehauen wurde, anzuzeichnen, hinterlegt bei den Forstgehilfen, oder, in Ermangelung solcher, bei den Flurhütern.

Art. 90. — Die Nutzungsrechte sind den Regeln der Forstwirtschaft und der Holzausbeutung unterworfen. Der Genuß dieser Rechte darf die Bedürfnisse des durch die Forstverwaltung gehörig anerkannten Verbrauchs nicht überschreiten.

Unter Nutzungsrecht des dünnen Holzes versteht man das kleine, von selbst oder zufällig abgestandene Holz, das ohne Werkzeug kann weggenommen werden; dieses Recht kann auf bestimmte Tage beschränkt werden.

Art. 91. — Die Waldungen, deren Gerichtsbarkeit nicht entschieden bestimmt ist, sind provisorisch unter die Aufsicht eines eigens durch das Departement ernannten Bannwartes gestellt.

Art. 92. — Es dürfen keine Orts-Verordnungen oder Beschlüsse ohne Gutheißung des Departementes beibehalten oder in Kraft gesetzt werden.

Art. 93. — Die Streitfragen über die Anwendung des Forstgesetzes und der gegenwärtigen Forstordnung gehören in die Kompetenz des Staatsrates.

Art. 94. — Die Forstverordnung vom 11. August 1874 ist aufgehoben.

Gegeben im Staatsrate zu Sitten, den 12. Februar 1881, um am Sonntag, den 3. nächsten Juli, in allen Gemeinden des Kantons veröffentlicht und angeschlagen zu werden.

Der Präsident des Staatsrates:
Biolén.

Der Staatschreiber:
Em. Barberini.

34

Gesetz

vom 29. Wintermonat 1883,
bestimmend die Uebertretungen des Forstgesetzes, welche
den Charakter eines Vergehens annehmen.

(G. S. XIII. 325)

Der Große Rat des Kantons Wallis.

In Anwendung des Art. 43 des Forstgesetzes vom 27. Mai 1873;
Auf Antrag des Staatsrates.

Verordnet:

Art. 1. — Können dem Korrektionsgericht überwiesen werden:

- a) Jede Entfremdung von Holz oder Streue, erreichend den Wert von 40 Fr., in einem Walde, in welchem der Delinquent ein Anrecht hat.
- b) Jede Entfremdung von Holz oder Streue, erreichend den Wert von 20 Fr., in einem Walde, in welchem der Delinquent kein Anrecht hat.

Art. 2. — Die im vorstehenden Artikel vorgesehenen Vergehen werden bestraft mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder einer Buße, die den zehnfachen Wert der entwendeten Gegenstände nicht übersteigen darf.

Art. 3. — Im Rückfalle kann die Strafe verdoppelt werden.

So angenommen im Großen Räte zu Sitten, den 29. Wintermonat 1883.

Der Präsident des Großen Rates:
Evéquoz.

Die Schriftführer:

P. L. In-Albon. — L. Pottier.

Der Staatsrat des Kantons Wallis

Beschließt:

Vorstehendes Gesetz soll am Sonntaa, den 27. laufenden Jänner in allen Gemeinden des Kantons veröffentlicht und angeschlagen werden.

Gegeben im Staatsrate zu Sitten, den 16. Jänner 1884.

Der Präsident des Staatsrates:

H. de Torrenté.

Der Staatschreiber:

Em. Barberini.

Beschluß

vom 19. Mai 1883.

Abänderung des Forstgesetzes vom 20. Mai 1880.

(G. S. XIII. 290)

(einziger Artikel [Art. 6]) und des Art. 2 der Forstverordnung vom 12. Februar 1881:

Der Forstkreis ist abgeteilt in Reviere, eine oder mehrere Gemeinden umfassend, nach Gutachten der Iektern mit Vorbehalt, daß die Waldfläche eines jeden Reviers 2000 Hektaren nicht übersteigen soll.

35

Dienstinstruktion

für die Revierförster des Kantons Wallis

vom Juli 1882.

Der Regierungsrat des Kantons Wallis,

Erläßt, gemäß Art. 10 und 11 des Forstreglementes vom 12. Februar 1881, auf den Antrag seines Forstdepartementes, nachstehende Dienstinstruktion für die Revierförster.

I. Allgemeine Dienstvorschriften.

Art. 1. — Die Revierförster sind die Mittelpersonen zwischen den Kreisforstinspektoren einerseits und Behörden und Forstangestellten der Gemeinden und Genossenschaften, sowie den Privatwaldbesitzern anderseits.

Sie haben alle Verpflichtungen, welche ihnen durch das eidgenössische und das kantonale Forstgesetz, durch das Forstreglement und die gegenwärtige Dienstinstruktion überbunden sind, sowie alle Weisungen und Aufträge des Kreisforstinspektors pünktlich zu erfüllen.

Art. 2. — Der Revierförster hat den Dienst der ihm unterstellten Bannwarte zu überwachen und zu leiten, und den Gemeinden, Genossenschaften und einzelnen Waldbesitzern mit Rat und That an die Hand zu gehen. Den Forstinspektor soll er auf dessen Verlangen bei den Waldbegehungen begleiten und ihm bei allen forstlichen Arbeiten, als Aufstellung von Wirthschaftsplänen, Vornahme von Tagationen, Entwurf von Aufforstungs- und Verbauungsprojekten usw., Aushilfe leisten.

Art. 3. — Der Revierförster hat die Pflicht, sich mit den in seinem Revier gelegenen Waldungen und den Verhältnissen, welche deren Besitz, Servitute, Berechtigungen, Benutzungsart, Pflege, Schutz usw. betreffen, aufs Genaueste bekannt zu machen. Zu dem Ende soll er, so oft seine Zeit nicht durch forstwirtschaftliche Arbeiten in Anspruch genommen ist, die Waldungen seines Reviers durchstreifen;

wenigstens ein Mal per Monat hat er sämtliche Gemeinden gründlich zu begehen, und ein Mal per Jahr die Eigenthums- und Servitutsgrenzen zu verifizieren.

Art. 4. — Bis spätestens zum 10. Januar jedes Jahres hat der Revierförster dem Kreisforstinspektor einen Bericht über seine Thätigkeit während des abgelaufenen Jahres einzugeben. Er legt diesem Bericht bei:

- 1) Eine summarische Zusammenstellung der sämtlichen in seinem Reviere vorgekommenen Forstfrevel und Vergehen, mit Angabe von Gesamtwert und gesprochenen Bußen;
- 2) Eine summarische Zusammenstellung über Quantum und Werth der aus den öffentlichen Waldungen bezogenen Haupt-, Zwischen- und Nebennutzungen;
- 3) Eine summarische Zusammenstellung sämtlicher Kulturen (nach Pflanzenzahl und Holzart), der Forstgärten (nach Fläche und verwendetem Kulturmateriale), der neuen Wegeanlagen, Entwässerungen, Verbauungen, Vermarkungen, Servitutsablösungen und, soweit möglich, der daraus erwachsenen Kosten.

Art. 5. — Der Revierförster hat die amtlichen Akten, sowie die Geräte und Instrumente, welche ihm von der Forstverwaltung übergeben werden, aufzubewahren und über dieselben ein Inventar zu führen. Ihm ist der Waldhammer der Gemeinden seines Reviers anvertraut, und er ist für richtige Aufbewahrung und Benutzung desselben verantwortlich. Er hat ein Tagebuch zu führen und in dasselbe einzutragen:

- 1) Seine forstlichen Verrichtungen;
- 2) Alle Uebertretungen forstpolizeilicher Vorschriften, sei der Thäter entdeckt oder unentdeckt;
- 3) Kennenswerthe Waldbeschädigungen durch Naturereignisse, Insekten und andere Thiere; außergewöhnliche Vorkommnisse, welche auf die Waldungen Bezug haben;
- 4) Den Vollzug forstwirtschaftlicher Arbeiten, als namentlich der angerechneten und ausgeführten Holzschläge, der Saaten, Pflanzungen, Verschulungen, Durchforstungen, Wegeanlagen, Entwässerungen u. s. w., und wenn möglich der bezüglichen Kosten;
- 5) Alle wichtigern, auf den Dienst bezüglichen Unterredungen.

Die Tagebücher sind jeweilen dem Kreisforstinspektor zur Einsichtnahme vorzuweisen; bei Dienstwechsel sind dieselben ihm abzugeben.

Uebrigens hat er für jede Gemeinde oder Genossenschaft eine in den Händen der betreffenden Behörde befindliche, dem Wirthschaftsplane beigegebene Kontrolle zu führen, in welcher alle aus den öffentlichen Waldungen bezogenen Haupt-, Zwischen- und Nebennutzungen, alle Kulturmakreale, Forstverbesserungsarbeiten, Operationen betreffend die Pestandespflege u. s. w. möglichst genau und mit allen erforderlichen Details einzutragen sind.

Aus den Wirthschaftsplänen seines Reviers hat der Revierförster zu seinem eigenen Gebrauch einen Auszug anzufertigen, welcher je-

weisen namentlich die Vorschriften betreffend die Wirtschaft während des nächsten Dezenniums umfassen soll.

Art. 6. — Der Revierförster soll innerhalb seines Reviers wohnen. Er darf dasselbe nicht für länger als zwei Tage ohne Bewilligung des Kreisforstinspektors verlassen. Bei längerer Abwesenheit oder in Krankheitsfällen hat er für die nöthige Stellvertretung zu sorgen.

Art. 7. — Der Revierförster darf keiner Beschäftigung obliegen, welche ihn anhaltend an der Ausübung seiner Dienstverrichtungen hindert. Die Uebernahme anderer Arbeiten oder Anstellungen ist ihm nur mit spezieller Bewilligung des Forstdepartementes gestattet; der Handel mit Holz oder die Betheiligung bei demselben, das Halten einer Wirtschaft, sowie die Betheiligung als Uebernehmer bei Arbeiten, deren Kontrollierung und Leitung ihm zusteht, sind dem Revierförster nicht gestattet.

II. Forstwirtschaftliche Vorschriften.

Art. 8. — Nutzungen von Haupt- und Nebenprodukten in öffentlichen Waldungen, Waldvermarkungen, Beganlagen, sowie größere Forstverbesserungsarbeiten, dürfen, wenn sie nicht durch einen genehmigten Wirtschaftsplan bestimmt voraufgeschrieben sind, vom Revierförster nur auf spezielle Anweisung des Kreisforstinspektors angeordnet werden.

Art. 9. — Die Vermarkung der öffentlichen und Privatdruckwaldungen hat der Revierförster nach der hiefür bestehenden Instruktion und den Weisungen des Kreisforstinspektors persönlich zu leiten. — Wo Markzeichen entfernt wurden hat er in geeigneter Weise für deren Ersatz unter Beiziehung beider Anstöcker zu sorgen.

Art. 10. — Der Revierförster hat alljährlich nach dem bestehenden Wirtschaftsplane und den speziellen Anleitungen des Kreisforstinspektors die ordentlichen Jahresschläge in den Gemeinde- und Genossenschaftswaldungen, sowie die außerordentlichen Holzschläge mit deren Anzeichnung er betraut wurde, zu taxieren und die Bäume mit dem Waldhammer anzuzichnen.

In schwierigen Verhältnissen, wo die sofortige Verjüngung nicht gesichert erscheint, ist auch bei zum Kaufe bestimmten Holzschlägen in Privatdruckwaldungen vorher die Weisung des Kreisforstinspektors einzuholen.

Art. 11. — Bei Fällung und Transport des Holzes sorgt der Revierförster für möglichste Schonung des Jungwuchses; ferner für genaue Einhaltung der Termine, und anderer von oberer Behörde oder im Wirtschaftsplan erteilten Vorschriften und Bedingungen.

Nach der Fällung des Holzes, aber noch vor Abfuhr desselben, hat er die Ausführung des Schlags auf Ort und Stelle zu verifizieren, das Holz, das aufgerichtet abgegeben wird, einzumessen, und das genutzte Quantum in seinem Tagebuch, sowie bei öffentlichen Waldungen in der Schlagkontrolle der betreffenden Gemeinde oder Genossenschaft unverzüglich einzutragen. Bevor diese Eintragung

stattgefunden hat, darf kein Holz aus öffentlichen Waldungen entfernt werden. Bei außerordentlichen Schlägen ist ihm überdies vorher auch ein Empfangschein der Staatskasse für bezahlte Schlaggebühren vorzuweisen.

Art. 12. — Die Durchforstungen in öffentlichen Waldungen hat der Revierförster, so viel immer möglich, selbst anzuzeichnen, oder andernfalls deren Vornahme nur ganz guten, zuverlässigen Arbeitern zu übertragen und persönlich zu leiten.

Er überwacht den Bezug der Nebennutzungen und sorgt namentlich dafür, daß der Weidgang, sowie die Streunutzung nur in den hiefür speziell bezeichneten Bezirken ausgeübt werden.

Art. 13. — Der Revierförster leitet den gesamten Kulturbetrieb seines Revieres: er sorgt für die Vornahme der Kulturen oder andern Forstverbesserungsarbeiten, ist dabei, so viel immer möglich persönlich anwesend, und wacht ganz besonders über deren richtige und gewissenhafte Ausführung. Er hat das Recht, untaugliche Arbeiter wegzuweisen, und die Anstellung anderer zu verlangen.

Dem Revierförster ist im Fernern die Aufsicht über die Forstgärten überbunden: er ordnet deren Anlage, Bestellung und Unterhalt an, und besorgt soviel immer möglich die Ausführung der Saat persönlich.

III. Handhabung der Forstpolizei.

Art. 14. — Der Revierförster ist verpflichtet, strenge Aufsicht über genaue Beachtung und Vollziehung der forstlichen Gesetze, Reglemente und Instruktionen, sowie der Wirtschaftspläne und mündlichen oder schriftlichen Weisungen der Forstbehörde zu führen und Zuwiderhandlungen möglichst vorzubeugen.

Gesetzesübertretungen durch Gemeinden, Genossenschaften oder Private, Nichtbeachtung erteilter Weisungen oder Zuwiderhandlungen gegen dieselben sind dem Kreisforstinspektor anzuzeigen.

Bei wahrgenommenem Waldstreich oder Diebstahl verfährt der Revierförster gemäß den Vorschriften von Art. 66 u. f. f. des Forstreglementes vom 12. Februar 1881.

Art. 15. — Allen Beschädigungen der Waldungen hat der Revierförster nach Kräften vorzubeugen, oder wo dies nicht mehr möglich, die geeigneten Gegenmaßregeln zu treffen.

Um die Gefahr des Feuerausbruches zu vermindern, hat er für Erstellung von Kahlplätzen, Arbeiterhütten usw. die geeigneten Plätze anzuweisen und darüber zu wachen, daß im Walde oder dessen Nähe nicht unbefugter Weise Feuer angezündet werde. Beim Ausbruch eines Waldbrandes begibt er sich sofort an Ort und Stelle, und leitet bis zur Ankunft des Kreisforstinspektors, dem in wichtigeren Fällen unverzüglich Bericht zu erstatten ist, die erforderlichen Löschmaßregeln.

Bei Windfall, Schneeeindruck, Drost- oder Eisanhang, oder bei Beschädigung der Waldungen durch Abrutschungen, Lawinen, Insekten usw. hat der Revierförster den Waldbesitzer sofort zu avisieren und

zu sofortiger Aufarbeitung und Entfernung des Holzes anzuhalten. In öffentlichen Waldungen sind die betreffenden Stämme möglichst bald anzuzeichnen, das Holzquantum abzuschätzen oder zu messen und in die Kontrollen einzutragen.

Bei Auftreten forstschädlicher Insekten, bei Abrutschungen, Beschädigungen durch Wildwasser usw. ist außer dem Waldbesitzer auch der Kreisforstinspektor unverzüglich von der noch drohenden Gefahr in Kenntnis zu setzen und unterdessen der weiteren Ausdehnung der Beschädigung bestmöglich vorzubeugen. Bei Insektenschaden sind dem bezüglichen Berichte, wo möglich auch Fraßstücke und einige Exemplare der betreffenden Insekten beizufügen.

Art. 16. — Der Revierförster ist verpflichtet ein Dienstbüchlein zu besitzen.

Die Gemeindeverwaltung kann dessen Vorweisung verlangen zur Eintragung von Vorkommnissen sowohl als auch allfälligen Klagen.

Sitten, Juli 1882.

Der Regierungsrat,
Vorstand der Forstverwaltung:
J. Chappex.

36

Verordnung

vom 15. und 19. Mai 1883,

betreffend die Vermarkungen der Waldungen des Kantons Wallis.

(G. S. XIII. 384)

Das mit der Forstverwaltung des Kantons Wallis betraute Departement,

In Vollziehung des Artikels 10 des Bundesgesetzes vom 24. März 1876, betreffend die eidgenössische Oberaufsicht über die Forstpolizei im Hochgebirge,

Veröffentlicht

folgende Verordnung für die Vermarkung der Schutzwaldungen der Gemeinden, Genossenschaften und Privaten:

Art. 1. — Die Vermarkung der Waldungen wird unter der Leitung eines Delegierten des Departementes durch den Eigenthümer oder durch seinen Delegierten, in Gegenwart des angrenzenden Eigenthümers, ausgeführt.

Art. 2. — Die Vermarkung muß vollständig und regelmäßig sein, indem man soviel wie möglich die Krümmungen des Umfanges (Perimeters) der Waldung auszuweichen sucht.

Die Grenzen sind natürliche oder künstliche.

Art. 3. — Als künstliche Grenzen werden zugelassen: gut ausgeprägte Berges-Grate oder Rücken, die Züge oder Rufe, die Felsen, die Bäche oder Flüsse, deren Bett keinen merklichen Veränderungen unterworfen ist.

Art. 4. — Längs der Lawinenzüge, der Holzzüge („Schleife“) oder der den Veränderungen unterworfenen Gewässer-Läufe, wird man auf beiden Seiten der natürlichen Grenze oder nur auf einer Seite Hinter-Grenzsteine errichten.

Art. 5. — Ueberall, wo die natürlichen Grenzen fehlen, wird man am Ende jeder soviel wie möglich verlängerten geraden Linie künstliche Grenzen herstellen, und zwar auf die Weise, daß durch Grenzsteine alle durch diese Linien gebildeten Winkel bezeichnet werden.

An den Orten, wo die Bodenbildung oder die zu bedeutende Entfernung es verhindert, von einem Ende oder geraden Linie bis zum andern zu sehen, wird man Zwischen-Grenzsteine errichten.

Die Entfernung zwischen zwei Grenzsteinen darf in der Regel 150 Meter nicht übersteigen; wenn der Boden von geringem Werthe ist, kann jedoch diese Entfernung bis auf 300 Meter verlängert werden.

Alle Bäume und Gesträuche, welche sich auf der Linie der Grenzsteine befinden, müssen umgehauen werden.

Art. 6. — Werden als natürliche Grenzen betrachtet: die Grenzsteine, auf welchen ein Kreuz eingehauen ist, die isolirten Felsblöcke, die Zeichen am Fuße von Felsen oder festen Mauern.

Art. 7. — Pfähle, Bäume und Hecken werden nicht als natürliche Grenzen zugelassen; die Gräben oder Bodenerhebungen können nur als Grenzen dienen, wenn die Waldung nicht beholzten, dem gleichen Eigenthümer gehörenden Boden begrenzt.

Art. 8. — Die Grenzsteine werden aus hartem Stein gebildet und man wird ihnen eine passende Form geben. Sie müssen eine Total-Länge von 75 Centimeter haben, von denen $\frac{2}{3}$ in die Erde versenkt wird. Auf die obere Fläche des Grenzsteines wird man soviel wie möglich die Linie des Winkels, welchen er angeben soll, einhauen.

Gleichfalls wird man auf den isolirten Felsblöcken oder Felsen und am Fuße der Mauern den Punkt des Winkels mit einem auf den Felsen oder auf den Stein eingehauenen Kreuz + bezeichnen.

Art. 9. — Die Grenzsteine müssen für jede Waldung getrennt numeriert werden. Die Reihe der Nummern muß an einem leicht zugänglichen Orte beginnen und in der Weise fortgesetzt werden, daß man, wenn man dieser Reihe folgt, immer das Eigenthum zur linken Hand hat.

Die Nummern werden in den Stein eingehauen oder mit rother Farbe bezeichnet werden.

Art. 10. — Die Grenzlinie zwischen zwei Waldungen muß auf einer Breite von einem Meter offen bleiben.

Art. 11. — Es wird ein Vermarkungs-Verbal jeder Gemeinde- oder Genossenschafts-Waldung verfaßt und dasselbe wird folgende Angaben enthalten:

a) Den Namen der Gemeinde, wo dieselbe liegt;

- b) Den Namen der Waldung und ihres Eigenthümers;
- c) Die Nummern der Grenzsteine und ihre Lage;
- d) Die Entfernung von einem Grenzsteine zum andern und ihre Richtung;
- e) Die Beschreibung der natürlichen Grenze;
- f) Die Stellung der Hinter-Grenzsteine und die Entfernung zwischen ihnen;
- g) Die Kultur-Gattung des benachbarten Eigenthums;
- h) Die Namen und die Wohnsitze der angrenzenden Eigenthümer auf der Linie von Grenzstein zu Grenzstein.

Dasselbe wird mit den Unterschriften des Eigenthümers der Waldung oder seiner Stellvertreter und des Delegierten des Departementes versehen.

Art. 12. — Das Verbal wird in zwei Doppelten ausgeliefert, von denen das eine für den Eigenthümer der Waldung und das andere für den Kreisforst-Inspektor bestimmt ist.

Sitten, den 15. Mai 1883.

Das mit der
Forstverwaltung betraute Departement:
J. Chappex.

Genehmigt vom Staatsrath in der Sitzung vom 19. Mai 1883, um in allen Gemeinden des Kantons veröffentlicht und angeschlagen zu werden.

Der Präsident des Staatsrathes:
J. Chappex.

Der Staatschreiber:
Em. Barberini.

37

Beschluss

vom 19. Mai 1883,
betreffend Abänderung des Artikels 2 des Forstreglementes
vom 12. Februar 1881.

Der Staatsrath des Kantons Wallis,

Eingesehen das Schreiben des eidgenössischen Handels- und Landwirthschafts-Departementes vom 6. April 1883, ändert den Art. 2 des Forstreglementes vom 12. Februar 1881 ab, wie folgt:

„Der Kreis wird in Bezirke abgetheilt, die nach Belieben der Gemeinden aus einer oder mehreren Gemeinden bestehen können, ohne jedoch, daß der Flächeninhalt der Wälder eines einzelnen Bezirkes zwei Tausend Hektare überschreiten darf.“

Das zweite Alinea des genannten Artikels beibehält seine frühere Fassung.

Sitten, den 19. Mai 1883.

Der Präsident des Staatsrathes:

J. Chappex.

Der Staatschreiber:

Em. Barberini.

38

Auszug

aus dem Gesetze vom 24. November 1891

**betreffend Errichtung und Revision der Register der Kapital-
und Einkommensteuer.**

(G. E. XV. 280)

Art. 11. — Die Schätzung der Grundstücke geschieht nach Ortszone mit verschiedenen Klassen und eintretenden Falls mit Unterabtheilungen der Klassen für jede Art von Kultur, z. B. Rebberge, Gärten, Baumgärten, Wiesen, Acker, Weiden, sumpfigen oder unbebauten Boden, Kastanienwälder und Niederwaldungen, Gemeinde und Privatpalpen.

Art. 13. — Die Hochwaldungen von Gemeinden und Privaten werden von der kantonalen Forstverwaltung unentgeltlich vermessen.

Dieselben werden für die Schätzung, je nach ihrer Lage, ihrer Ausbeutungsfähigkeit und ihres Ertrages in sechs Klassen eingetheilt.

39

Verordnung

**betreffend die Vermarkung der Waldungen des Kantons Wallis
vom 19. April 1892.**

Das mit der Forstverwaltung des Kantons Wallis betraute Departement,

In Vollziehung des Artikels 10 des Bundesgesetzes vom 24. März 1876, betreffend die eidgenössische Oberaufsicht über die Forstpolizei im Hochgebirge,

Veröffentlicht

folgende Verordnung für die Vermarkung der Schutzwaldungen der Gemeinden, Genossenschaften und Privaten.

Art. 1. — Die Vermarkung der Waldungen wird unter der Leitung eines Delegierten des Departementes durch den Eigenthümer

oder durch seinen Delegierten, in Gegenwart des angrenzenden Eigenthümers, ausgeführt.

Art. 2. — Die Vermarkung muß vollständig und regelmäßig sein, indem man soviel wie möglich die Krümmungen des Umfanges (Perimeters) der Waldung auszuweichen sucht.

Die Grenzen sind natürliche oder künstliche.

Art. 3. — Als natürliche Grenzen werden zugelassen: gut ausgeprägte Berges-Gräte oder Rücken, die Rüge oder Rücken, die Felsen, die Bäche oder Flüsse, deren Bett keinen merklichen Veränderungen unterworfen ist.

Art. 4. — Längs der Lawinenzüge, der Holzzüge („Schleife“) oder der den Veränderungen unterworfenen Gewässer wird man auf beiden Seiten der natürlichen Grenze oder nur auf einer Seite Hinter-Grenzsteine errichten.

Art. 5. — Ueberall, wo die natürlichen Grenzen fehlen, wird man am Ende jeder soviel wie möglich verlängerten geraden Linie künstliche Grenzen erstellen, und zwar auf die Weise, daß durch Grenzsteine alle durch diese Linien gebildeten Winkel bezeichnet werden.

An den Orten, wo die Bodenbildung oder die zu bedeutende Entfernung es verhindert, von einem Ende der geraden Linie bis zum andern zu sehen, wird man Zwischen-Grenzsteine setzen.

Die Entfernung zwischen zwei Grenzsteinen darf in der Regel 150 Meter nicht übersteigen; wenn der Boden von geringem Werthe ist, kann jedoch diese Entfernung bis auf 250 Meter verlängert werden; aber in allen Fällen muß von einem Grenzstein zum andern gesehen werden können.

Alle Bäume und Gesträuche, welche sich auf der Linie der Grenzsteine befinden, müssen umgehauen werden.

Art. 6. — Werden als künstliche Grenzen betrachtet: die Grenzsteine, auf welchen ein Kreuz eingehauen ist, die isolirten Felsblöcke, die Zeichen am Fuße von Felsen oder festen Mauern.

Art. 7. — Pfähle, Bäume und Hecken werden nicht als natürliche Grenzen zugelassen; die Gräben oder Bodenerhebungen können nur als Grenzen dienen, wenn die Waldung nicht beholzten, dem gleichen Eigenthümer gehörenden Boden begrenzt.

Art. 8. — Die Grenzsteine werden aus hartem Stein gebildet, und man wird ihnen eine passende Form geben. Sie müssen eine Total-Länge von 75 Centimeter haben, von denen $\frac{2}{3}$ in die Erde eingelassen werden. Auf die obere Fläche des Grenzsteines wird man soviel wie möglich die Linie des Winkels, welchen er angeben soll, einhauen.

Gleichfalls wird man auf den isolirten Felsblöcken oder Felsen und am Fuße der Mauern den Punkt des Winkels mit einem auf den Felsen oder auf den Stein eingehauenen + bezeichnen.

Art. 9. — Die Grenzsteine müssen für jede Waldung getrennt numeriert werden. Die Reihe der Nummern muß an einem leicht zu-

gänglichen Orte beginnen und in der Weise fortgesetzt werden, daß man, wenn man dieser Reihe folgt, immer das Eigenthum zur linken Hand hat.

Die Nummern werden in den Stein eingehauen oder mit rother Farbe bezeichnet werden.

Art. 10. — Die Grenzlinie zwischen zwei Waldungen muß auf einer Breite von zwei Metern offen bleiben.

Art. 11. — Es wird ein Vermerkungs-Verbal jeder Gemeinde- oder Genossenschafts-Waldung verfaßt, und dasselbe wird folgende Angaben enthalten:

- a) Den Namen der Gemeinde, wo dieselbe liegt;
- b) Den Namen der Waldung und ihres Eigenthümers;
- c) Die Nummern der Grenzsteine und ihre Lage;
- d) Die Entfernung von einem Grenzsteine zum andern und ihre Richtung;
- e) Die Beschreibung der natürlichen Grenzen;
- f) Die Stellung der Hinter-Grenzsteine und die Entfernung zwischen ihnen;
- g) Die Kultur-Gattung des benachbarten Eigenthums;
- h) Die Namen und die Wohnsitze der angrenzenden Eigenthümer auf der Linie von Grenzstein zu Grenzstein.

Dasselbe wird mit den Unterschriften des Eigenthümers der Waldung oder seiner Stellvertreter und des Delegierten des Departementes versehen.

Art. 12. — Das Verbal wird in zwei Doppel ausgefertigt, von denen das eine für den Eigenthümer der Waldung und das andere für den Kreisforstinspektor bestimmt ist.

Art. 13. — Die Verordnung vom 15. Mai 1883 ist aufgehoben.
Sitten, den 19. April 1892.

Das mit der
Forstverwaltung betraute Departement:
M. de la Pierre.

Genehmigt vom Staatsrathe in der Sitzung vom 19. April 1892, um in allen Gemeinden des Kantons veröffentlicht und angeschlagen zu werden.

Der Präsident des Staatsrathes:
R o t e n.

Der Staatschreiber:
R. D a l l è v e s.

Dekret

vom 24. November 1893

**über theilweise Abänderung desjenigen vom 23. November 1878
betreffend die Holzschlags- und Floßbewilligungs-Gebühren.**

(G. S. XVI. 156)

Der Große Rat des Kantons Wallis,

Erwägend, daß die Laubholz-Waldungen in den gegenwärtigen Steuerregistern für ihren reellen Werth eingetragen sind und demnach kein Grund mehr vorliegt, die in diesen Waldungen periodisch stattfindenden Ausbeutungen fernerhin einer besondern Kanzleigebühr zu unterwerfen;

Auf den Antrag des Staatsrathes,

Beschließt:

Einzigster Artikel. Der Art. 4 des Dekretes vom 23. November 1878 betreffend die Holzschlags- und Floßbewilligungs-Gebühren ist widerrufen.

So gegeben vom Großen Rathe zu Sitten, den 24. November 1893.

Der Präsident des Großen Rathes:

H. Biolen.

Die Schriftführer:

Jul. Gentinetta. — Cyr. Joris.

Der Staatsrath des Kantons Wallis beschließt:

Gegenwärtiges Dekret soll am Sonntag, den 24. laufenden Dezember, in allen Gemeinden des Kantons veröffentlicht und angeschlagen werden.

So gegeben im Staatsrathe zu Sitten, den 15. Dezember 1893.

Der Vize-Präsident des Staatsrathes:

L. L. Rotten.

Der Staatskanzler:

R. Dallèves.

Beschluß

vom 31. Oktober 1901

**betreffend die durch den Rückkauf der Forstdienstbarkeiten
verursachten Schatzungskosten.**

(G. S. XIX. 251)

Der Staatsrath des Kantons Wallis,

Nach Einsicht des Art. 14 des Bundesgesetzes vom 24. März 1874, betreffend die eidgenössische Oberaufsicht über die Forstpolizei im Hochgebirge;

Nach Einsicht des Art. 51 der kantonalen Forstordnung vom 12. Februar 1881, welcher bestimmt, daß der im vorerwähnten Artikel 14 vorgesehene Rückkauf von Dienstbarkeiten in Gemäßheit des kantonalen Gesetzes vom 21. November 1850, betreffend den Rückkauf der Weidgangsrechte zu erfolgen habe;

Erwägend, daß das Gesetz vom 21. November 1850 keine Bestimmung bezüglich der Bezahlung der Schätzungskosten enthält;

Auf den Antrag des Departementes des Innern;

Beschließt:

Art. 1. — Die Schätzungskosten sind in der Regel von den unmittelbar beteiligten Parteien zu gleichen Teilen zu tragen.

Wenn jedoch die eine oder die andere Partei vor der Schätzungskommission übertriebene Forderungen stellen oder vergebliche Kosten verursachen würde, soll diesem Umstande bei der Zumessung der Kosten Rechnung getragen werden.

Art. 2. — Gleichzeitig wie über die Hauptfrage erkennen die Experten auch über die Kosten.

Gegeben im Staatsrathe zu Sitten, den 31. Oktober 1901, um am Sonntag, den 10. November 1901, in allen Gemeinden des Kantons veröffentlicht und angeschlagen zu werden.

Der Präsident des Staatsrathes:

J. Z e n - R u s s j i n e n.

Der Staatskanzler:

A. K o t e n.

42

Beschluß

vom 26. Mai 1905

betreffend Abänderung des Art. 1 der Forst-Ordnung

vom 12. Februar 1881.

(G. S. XXI. 75)

Der Staatsrat des Kantons Wallis.

Nach Einsicht des Art. 7 des eidg. Gesetzes betreffend Oberaufsicht des Bundes über die Forstpolizei vom 11. Oktober 1902;

Nach Einsicht des Gesetzes vom 20. Mai 1880 betreffend Abänderung der Artikel 5, 6 und 7 des Forstgesetzes vom 27. Mai 1873;

In Anbetracht der Notwendigkeit der Vermehrung der gegenwärtig zu ausgedehnten Forstkreise;

Auf den Antrag des Departementes des Innern,

Beschließt:

Art. 1. — Der erste Artikel der Forst-Ordnung vom 12. Februar 1881 ist durch folgenden ersetzt:

„Art. 1. — Die Wälder des Kantons sind in folgende 6 Kreise eingeteilt:

„Der 1. Kreis, zusammengesetzt aus den Bezirken Goms, Nöstlich=Karon und Brig;

„Der 2. Kreis, gebildet aus den Bezirken Visp und Westlich-Karon;

„Der 3. Kreis, gebildet aus den Bezirken Leuf und Siders;

„Der 4. Kreis, gebildet aus den Bezirken Ering, Sitten und Gundis;

„Der 5. Kreis, gebildet aus den Bezirken Martinach und Entremont;

„Der 6. Kreis, gebildet aus den Bezirken St. Moriz und Monthen.“

Art. 2. — Gegenwärtiger Beschluß tritt mit dem ersten nächsten November in Kraft.

Gegeben im Staatsrate zu Sitten, den 25. Mai 1905, um in allen Gemeinden des Kantons veröffentlicht und angeschlagen zu werden.

Der Präsident des Staatsrates:

H. Bielen.

Der Staatskanzler:

R. Roten.

43

Geschluss

vom 26. Juli 1905

betreffend die Kataster-Schätzung der Hochwaldungen.

(G. S. XXI, 85)

Der Staatsrat des Kantons Wallis.

Nach Einsicht des Art. 13 des Gesetzes vom 24. November 1891 betreffend Errichtung und Revision der Register der Kapital- und Einkommensteuer:

Nach Kenntnisaufnahme von Bericht und Antrag des vom Staats-
rate bestellten vorbereitenden Ausschusses:

Auf den Antrag des Finanzdepartementes.

B e ſ c h l i e ß t :

Art. 1. — Die Schätzung der Hochwaldungen von Gemeinden und Privaten wird in jeder Gemeinde durch einen Ausschuß vorgenommen, der gebildet wird aus:

- a) einem vom Staatsrate ernannten kantonalen Kommissär;
- b) dem Forstinspektor des Kreises, dem die Gemeinde angehört;
- c) einem vom Munizipalrate ernannten Gemeindefunktionär.

Der kantonale Kommissär führt den Vorsitz und der Kreis-Forstinspektor amtiert als Sekretär.

Art. 2. — Es werden zwei kantonale Kommissäre bezeichnet, von denen der eine als Präsident des Ausschusses in den Bezirken Goms, Nöstlich-Raron, Brig, Visp, Westlich-Raron und Leuf amtet und der andere im Ausschusse für die Bezirke Siders, Ering, Sitten, Gundis, Martinach, Entremont, St. Moritz und Monthen den Vorsitz führt.

Art. 3. — Die Amtsverrichtungen dieser Ausschüsse sollen sofort beginnen und bis spätestens den nächsten 30. November zum Abschlusse gebracht sein.

Art. 4. — Die Hochwaldungen werden je nach ihrer Lage, ihrer Ausbeutungsfähigkeit und ihrem Ertrage in sechs Klassen eingeteilt, d. h. die Kommissionen haben ihrer Schätzung den ständigen Durchschnitts-Ertrag unter Berücksichtigung der Ausbeutungskosten und des in der betreffenden Gegend allgemein geltenden Holzwertes zu Grunde zu legen.

Die von den Gemeinden erstellten Wirtschaftspläne sollen zu Rate gezogen werden, ohne daß sich die Schätzer durchaus an dieselben zu halten haben.

Art. 5. — Die Waldungen sind gemäß nachfolgender Skala je nach ihrem Werte in einer der im vorhergehenden Artikel vorgesehenen sechs Klassen einzureihen:

1. Klasse:	von	Fr. 1201	bis	Fr. 1500
2.	"	"	"	901 " " 1200
3.	"	"	"	601 " " 900
4.	"	"	"	301 " " 600
5.	"	"	"	101 " " 300
6.	"	"	"	20 " " 100

Art. 6. — Die Munizipalräte haben sofort nach Inkrafttreten des gegenwärtigen Beschlusses zur Wahl ihres Vertreters im Schoße des Ausschusses zu schreiten.

Von dieser Wahl ist dem Finanzdepartemente und dem kantonalen Kommissär Kenntnis zu geben.

Art. 7. — Der kantonale Kommissär bestimmt die Reihenfolge, in welcher die Schätzungen in jedem Bezirk stattzufinden haben.

Zu diesem Behufe läßt er an den Kreisförster von dem Gemeindepalrat die nötigen Einberufungen ergehen und setzt den Munizipalrat wenigstens 8 Tage vorher davon in Kenntnis.

Dieser Letztere ist verpflichtet, den Tag bekannt zu geben, an welchem der Ausschuh zur Schätzung schreiten wird, und bringt den betreffenden Eigentümern zur Kenntnis, daß sie berechtigt sind, dem Ausschusse ihre Bemerkungen vorzutragen.

Diese Bekanntmachung geschieht am gewöhnlichen Ausrufungsorte.

Art. 8. — Für jede Gemeinde wird über die Schätzung ein vom kantonalen Kommissär und vom Kreisförster zu unterzeichnendes Protokoll aufgenommen. Diese Protokolle sind bezirksweise an das Finanzdepartement einzusenden und zwar für jeden Bezirk sofort nach Beendigung der Schätzungsarbeiten.

Art. 9. — Zum Zwecke einer einheitlichen und gleichmäßigen Anwendung der Taxen wird der kantonale Kommissär für Oberwallis den Arbeiten der Schätzungskommissionen im Bezirke St. Moritz und der kantonale Kommissär für Unterwallis den gleichen Verrichtungen im Bezirke Leuf beiwohnen. Mit diesen beiden Bezirken wird das Schätzungsgeschäft begonnen.

Art. 10. — Die Gemeinderäte, welche den im Art. 6 vorgesehenen Bestimmungen nicht nachleben, werden mit einer vom Staatsrate auszusprechenden Buße von 5 bis 50 Fr. belegt.

Gegeben im Staatsrate zu Sitten, den 26. Juli 1905, um Sonntag, den nächsten 6. August, in allen Gemeinden des Kantons veröffentlicht und angeschlagen zu werden.

Der Vize-Präsident des Staatsrates:
de Torrenté.

Der Staatskanzler:
A. Ruten.

44

Forstgesetz

vom 11. Mai 1910,

betreffend Vollziehung des Bundes-Gesetzes vom 11. Oktober 1902.
(G. S. XXIII. 257)

Der Große Rat des Kantons Wallis,

Zum Zwecke, die kantonale Forstwirtschaft in vollständigen Einklang zu bringen mit der diesbezüglichen Bundes-Gesetzgebung und die durch die Praxis als wünschenswert befundenen Verbesserungen einzuführen:

Auf den Antrag des Staatsrates,

Beordnet:

Titel I.

Präliminar-Bestimmungen.

Art. 1. — Dem Forstgesetze sind sämtliche Waldungen (Hoch- und Niederwaldungen sowie Wytweiden) des Kantons unterstellt.

Art. 2. — Sämtliche Waldungen und Wytweiden des Kantons werden im Sinne der Art. 3 und 4 des Bundesgesetzes betreffend die eidgenössische Oberaufsicht über die Forstpolizei vom 11. Oktober 1902 als Schutzwaldungen erklärt.

Art. 3. — Die Waldungen werden eingeteilt in öffentliche und Privatwaldungen.

Unter öffentlichen Waldungen sind zu verstehen: die dem Staate, den Gemeinden, Bürgerchaften, Korporationen, Genossenschaften angehörenden Waldungen, sowie solche, die von einer öffentlichen Behörde verwaltet werden (Bundesgesetz, Art. 2, litt. a).

Als Privatwaldungen sind zu betrachten jene Waldungen, welche Privat-Eigentümern oder Genossenschaften, welche durch Zusammenlegung verschiedener Parzellen entstanden sind, angehören (Art. 26 und 28 des eidgenöss. Forstgesetzes).

Die Klassifikation wird durch den Staatsrat nach dem Vorantrag der Forstverwaltung vorgenommen und bedarf der Genehmigung des Bundesrates.

Titel II.

Allgemeine Bestimmungen.

1. Erhaltung, Verbesserung und Vermehrung des Waldareals.

Art. 4. — Das Waldareal des Kantons darf nicht vermindert werden. (B. G. 31.)

Die Ausreitungen bedürfen der Bewilligung des Bundesrates.

Der Bundesrat wird entscheiden, ob und in wie weit für solche Verminderung des Waldareals Ersatz durch Neuaufforstung zu bieten sei.

Art. 5. — Der Eigentümer, welcher ohne Ermächtigung das Waldareal vermindert, ist verhalten, die entholzte Fläche oder ein entsprechendes Flächenmaß wieder aufzuforsten.

Im Weigerungsfalle wird die Forstverwaltung die Wiederaufforstung auf Kosten des Eigentümers ausführen lassen.

Art. 6. — Es ist verboten:

- a) ohne Bewilligung des Staatsrates Hochwaldungen in Niederwaldungen umzuwandeln;
- b) allzu starke, die Verjüngung der Waldung gefährdende Schläge auszuführen;
- c) durch Schläge die Bestände derart zu schwächen, daß diese selbst sowie die Nachbarwaldungen Gefahr laufen, durch Wind, Lawinen und Erdrutsche zerstört zu werden.

Art. 7. — Kahlschläge in Hoch- oder Niederwaldungen sind in der Regel unterlaßt. Bei Niederwaldungen kann eine Ausnahme gemacht werden, falls sie Lawinenbrüchen oder Erdrutschen usw. nicht förderlich sein sollten. (B. G. 18.)

Art. 8. — An der obersten Waldregion soll ein Schutzstreifen gelassen werden, dessen Breite durch das Vorhandensein des natürlichen Nachwuchses bedingt und von der Forstverwaltung bezeichnet ist.

In dieser Region dürfen Schläge von grünen Pflanzungen einzig zum Zwecke der Verjüngung der Waldung ausgeführt werden.

Art. 9. — Die Gemeinden sind gehalten, innert dem Rahmen der Mäglichkeit an den Ufern der Rhone, der Flüsse und Bäche und Wasserleitungen ein beholzer Rand oder eine Baumpflanzung zu lassen oder zu erstellen, je nach den Ortsbedürfnissen und nach der vom Baudepartement vorgeschriebenen Art und Weise, unbeschadet der den Ufereigentümern schuldigen Entschädigung, die im Verhältnis zur Entwertung des Bodens sein soll.

Wenn der zum Ufer gehörige Boden Eigentum der Gemeinde ist, hat diese letztere das Recht Pflanzungen vorzunehmen ohne Beobachtung der in Art. 515 des C. G. B. vorgesehenen Fristen.

Wenn der Boden Privat-Eigentümern angehört, kann die Gemeinde Zwangs-Enteignung desselben begehren.

Art. 10. — Die durch Schläge entholzten Waldflächen sollen innert der Frist von drei Jahren wieder aufgeforstet werden.

Die durch Feuer, Sturm, Lawinen in Waldungen entstandenen Blößen werden in der der natürlichen Verjüngung förderlichsten Weise besonders gepflegt. Kann diese innert einer angemessenen Frist nicht vollständig erzielt werden, so wird zur künstlichen Aufforstung geschritten.

Für Lawinenzüge gilt diese Vorschrift nur insoweit, als dieselben mit nicht allzu übermäßigen Kosten verbaut werden können. (B. G. 32.)

Art. 11. — Sämtliche Waldungen und Rntweiden sind in Gemäßheit der diesbezüglichen Weisungen des Staatsrates auf ihrem gesamteten Umfange innert der Frist von zehn Jahren zu vermachen.

Anstände bezüglich Vermachung sind durch die Eigentümer innert einer Frist, welche von der Forstverwaltung festgesetzt wird, der zuständigen Gerichtsbehörde zu überantworten. Im Unterlassungsfall wird die Forstverwaltung von sich aus auf Kosten der Eigentümer zur Vermachung schreiten.

Für die Erhaltung der Waldvermachung soll die nötige Fürsorge getragen werden.

Art. 12. — Die angrenzenden Eigentümer sind gehalten, auf ihrem Grund und Boden längs der Grenzlinie bis auf fünfzig Centimeter Entfernung von dieser das Holz und Gesträuch umzuhauen.

Im Weiserungsfall kann die Forstverwaltung diesen Schlag auf Kosten des säumigen Eigentümers durchführen lassen.

Art. 13. — Jeder, der einen Waldbrand bemerkt, hat sofort Alarm zu erregen und die Gemeindebehörde zu benachrichtigen; die in der Nähe befindlichen Personen sind zur Hülfeleistung verpflichtet. Die Gemeinde-Behörde trifft von sich aus und sofort die nötigen Maßnahmen und berichtet darüber unverzüglich an die kantonale Forstverwaltung.

Art. 14. — In Waldungen oder in der Nähe von solchen darf ohne Not und ohne daß die erforderlichen Maßnahmen zur Verhütung jealicher Feuergefahr getroffen worden wären, kein Feuer angezündet werden.

Derartia anaeachte Feuer dürfen vor deren vollständigem Erlöschen nicht verlassen werden.

Art. 15. — In den Waldungen dürfen Kohlenmeiler, Harz-, Kalk- und Gyps-Defen nur mit Ermächtigung des Kreisförsters errichtet werden. Dieselben müssen von den nächsten Bäumen wenigstens 10 Meter entfernt sein, ihr Standort mittelst einer mindestens 3 Meter breiten Sicherheitszone abgefordert und freigelegt und alle entzündlichen Gegenstände weggeräumt werden.

Art. 16. — Die Feuer auf dem benachbarten Felde zum Verbrennen von Gesträuchern, Reifig, Unkraut, Rasen usw. müssen wenigstens 30 Meter von den Waldungen entfernt sein.

Art. 17. — Bei Injektengefahr hat der Eigentümer des Waldes die von der Forstverwaltung angeordneten Maßnahmen zu treffen. Im Weigerungsfalle kann die Gemeinde oder Forstverwaltung diese Maßnahmen auf Kosten des Eigentümers ausführen lassen.

Art. 18. — Es ist verboten, ohne Bewilligung der Gemeindebehörde und der Forstverwaltung die Bäume aufzuwästen, den Wipfel abzuheben oder irgend welche Verletzung vorzunehmen, Baumstübe auszureißen, Streue, Laub und Gras wegzunehmen oder irgendwelche Aufgrabung zu machen.

Dieses Verbot kann durch die Forstverwaltung auch auf Privatwälder ausgedehnt werden, wenn durch eine mißbräuchliche Benützung der Nebenerzeugnisse das Bestehen oder das Gedeihen des Waldes gefährdet würde.

Art. 19. — Der Weidgang von Groß- und Kleinvieh ohne Bewilligung der Gemeindebehörde und Forstverwaltung ist untersagt.

Dieses Verbot erstreckt sich nicht auf Wntweiden.

Art. 20. — Zu Verjüngungsschlägen auf entholzten Waldflächen, in Niederwaldungen und in Aufforstungen mit einem noch nicht vier Meter hohen Bestande ist jeglicher Weidgang untersagt.

Art. 21. — Die in der Nähe von verbotenen Waldungen weidenden Groß- und Kleinviehherden müssen von ihren Hirten begleitet und überwacht sein.

Art. 22. — Jegliche Bestellung und Erweiterung von Walddienstbarkeiten bedarf der Bewilligung des Staatsrates.

Es ist verboten, ohne Bewilligung des Bundesrates und des Staatsrates Waldungen durch eine neue, einer guten Waldwirtschaft nachteilige Dienstbarkeit zu belasten.

Ebenso ist es verboten, bestehende Dienstbarkeiten zu erweitern oder zu erschweren; Rechtsgeschäfte, insoweit sie damit im Widerspruch stehen, sind nichtig. (B. G. 21, 22, 23.)

Art. 23. — Der Staatsrat kann versüßen, daß unbewaldete Grundstücke, durch deren Aufforstung Schutzwaldungen im Sinne von Art. 3 des schweizerischen Forstgesetzes gewonnen werden können, zur Bestockung gelangen. Derselbe kann ebenso die Verbauung von Lärwäldern und Steinschlägen anordnen, wenn durch diese Maßnahmen bestehende oder neu zu gründende Waldungen geschützt werden.

Ist der Boden, dessen Aufforstung oder Verbauung verlangt wird, in privatem Besitze, so kann der Eigentümer beanspruchen, daß ihm derselbe expropriert werde.

Art. 24. — Die Forstverwaltung fördert die Aufforstung von brach liegendem Boden, der geeignet ist in Wald umgewandelt zu werden. (B. G. 36.)

Art. 25. — Der Staat, die Gemeinden, Burgerschaften oder öffentlichen Korporationen sind befugt, die Zwangsenteignung des für Verbauungs- und Aufforstungs-Arbeiten benötigten Bodens zu verlangen.

Nutzungsrechte an diesem Boden können durch Rückkauf abgelöst werden. (B. G. 28.)

Art. 26. — Anlässlich der Errichtung oder Revision der Wirtschaftspläne der Gemeinde-Waldungen soll für jede Gemeinde des Kantons ein Verzeichnis der öffentlichen und Privatwaldungen aufgenommen werden.

2. Ausbeutung, Holztransport, Herunterschaffen von Holz in Zügen und Flößen.

Art. 27. — Alle Schläge und deren Abräumung werden unter der Aufsicht der Forstverwaltung durchgeführt in Gemäßheit des Verwaltungsreglementes.

Art. 28. — Bei jeder Ausbeutung wird für das Fällen und das Holzabräumen eine Frist festgesetzt.

Art. 29. — Das durch Erdrutschungen, Lawinenschläge, Windstöße u. s. w. auf fremden Boden geworfene Holz kann vom Eigentümer zurückgenommen werden. Derselbe hat zu diesem Zwecke innert sechs Monaten ein bezügliches Begehren zu stellen und das Holz innerhalb eines Jahres abzuräumen, widrigenfalls dasselbe dem Eigentümer des verschütteten Bodens verfällt. Diese Fristen können nach Umständen auf das Begehren hin des Eigentümers von der Forstverwaltung abgekürzt werden.

Wird das Holz innert der nützlichen Frist zurückgefordert und zurückgenommen, so hat der Eigentümer desselben alle Gegenstände, die von seinem Eigentum eingefallen sind, wegzuräumen und den verursachten Schaden zu vergüten.

Art. 30. — Die Forstverwaltung wird die Erstellung von Waldwegen fördern. Im Notfall kann der Staatsrat die Erstellung solcher anordnen. (B. G. 25.)

Art. 31. — Für die Anlage von Waldwegen kann die Zwangsenteignung zum Zwecke öffentlichen Nutzens angebeehrt werden.

Die Eigentümer, deren Grundstücke durch die Anlage von solchen Wegen einen Mehrwert erhalten, sind zur Leistung von Beiträgen an den Bau dieser Strasse verpflichtet und haben an deren Unterhalt sich zu beteiligen.

Findet eine Einigung zwischen den Interessenten nicht statt, so werden die Leistungen durch die Forstverwaltung bestimmt. Der Rekurs an den Staatsrat ist vorbehalten.

Art. 32. — Hat eine Waldung keinen genügenden Zugang, so ist der Eigentümer befugt, gegen Vergütung des verursachten Schadens sein Holz auf dem bequemsten und am wenigsten nachteiligen Wege durch die zwischenliegenden Grundstücke zur nächsten öffentlichen Strasse zu schaffen.

Diese Verfügung bezieht sich auch auf den Transport per Kabel oder Draht. (B. G. 25.)

Art. 33. — Das Herunterschaffen von Holz in Zügen ist untersagt, solange das Letztere in anderer Weise transportiert werden kann.

Art. 34. — Niemand darf ohne eine vom Staatsrate nach Einvernahme der Gemeinden erteilte Bewilligung in der Rhone, in den Nebenflüssen und Kanälen Holz flößen.

Art. 35. — Die bewilligten Flöße sind gegen jedes Hindernis und jede Wegnahme gesetzlich geschützt.

Der Eigentümer des vom Wasser fortgeschwemmten Floßholzes ist berechtigt, innert der Frist von einem Monat, dasselbe gegen Vergütung der Kosten herauszufordern.

Art. 36. — Der Munizipalrat ist berechtigt, das vom Hochwasser auf das Gemeindegebiet geschwemmte Holz behändigen zu lassen.

Er läßt dasselbe in Sicherheit bringen und hält es, gegen Bezahlung der Kosten, während einem Monat zur Verfügung des Eigentümers. Nach Ablauf dieser Frist setzt er dasselbe zum Verkaufe aus und der daherige Reinerlös wird während sechs Monaten, vom Tage an gerechnet, an welchem das Holz herausgezogen wurde, zur Verfügung des Eigentümers aufbewahrt und gehalten. Nach Ablauf dieser Frist fällt der Ertrag des Verkaufes der Gemeinde-Armenkasse zu.

Art. 37. — Für das in den Genfersee geschwemmte Holz gelten die gleichen Grundsätze. Dasselbe wird eintretenden Falles Eigentum der Ufergemeinde.

Art. 38. — Die Eigentümer des von Flößen berührten Ufergeländes der eingedämmten Wasserflüsse sind zur Erhebung einer durch das Reglement bestimmten Tage berechtigt.

Art. 39. — Die Inhaber von Floßbewilligungen sind für jeglichen Schaden verantwortlich und haben hinreichende Bürgschaft zu leisten.

3. Bundes- und Kantonsbeiträge.

Art. 40. — Die Bundesbeiträge sind durch das Bundesgesetz vom 11. Oktober 1902 (Art. 37, 40, 41 und 42) festgesetzt.

Art. 41. — Der Kanton leistet folgende Beiträge:

- a) 10—20 Prozent für den Ankauf von Boden behufs Verwandlung in öffentliche Waldungen;
- b) 10—20 Prozent an die Anlage-Kosten neuer Schutzwaldungen und damit in Verbindung stehender Entwässerungen, Verbaue von Lawinen, sowie notwendiger Einfriedigungen;
- c) 10—20 Prozent für Aufforstung der durch Lawinen, Feuer, Erdbeben u. s. w. zerstörten Wälder;
- d) 10—20 Prozent an die im Verlaufe von 3 Jahren nach Anerkennung der subventionierten Aufforstungsarbeiten notwendig befundenen ergänzenden Forstverbesserungen, sowie an die trotz sorgfältigen Unterhaltes ernstlich beschädigten Verbauungs-Arbeiten;
- e) 10—20 Prozent an die Anlage von angemessenen und zweckentsprechenden Waldwegen;

f) 10 Prozent für die Besoldung der vom Bund subventionierten Förster;

g) 10 Prozent für die Planaufnahme von Waldungen.

Art. 42. — Die Munizipalgemeinden, auf deren Territorium die Waldungen gelegen sind, treten mit 50 Prozent in die Kosten der Erstellung der im Art. 43, al. 1 vorgesehenen geometrischen Pläne ein, jedoch erst nach Abzug der kantonalen und eidgenössischen Subsidien.

Titel III.

Besondere Bestimmungen.

1. Öffentliche Waldungen.

Art. 43. — Ueber jede öffentliche Waldung von mehr denn zehn Hektaren Flächeninhalt soll ein den bundesrätlichen Weisungen entsprechender geometrischer Plan aufgenommen werden. (B. G. 14.)

Die öffentlichen Waldungen von weniger denn zehn Hektaren sind in die geometrische Plan-Aufnahme der Gemeinde-Kataster einzubeziehen.

Der Staatsrat wird die nötigen Massregeln ergreifen, daß die Planaufnahme in möglichst kürzester Frist ausgeführt werde.

Art. 44. — Die den Gemeinden, Burgerschaften oder Korporationen angehörenden Waldungen dürfen in keinem Falle ohne vorläufige Bewilligung des Staatsrates veräußert werden. (B. G. 35.)

Art. 45. — Eine Teilung von öffentlichen Waldungen zum Eigentum oder zur Ruhezniehung darf in Zukunft nur mit Bewilligung des Staatsrates und nur zu Gunsten des Staates, der Gemeinden, der Burgerschaften, der Korporationen und der Anstalten, deren Waldungen von einer öffentlichen Behörde verwaltet werden, erfolgen.

Gegen Entscheide des Staatsrates kann an den Bundesrat rekuriert werden. (B. G. 33.)

Art. 46. — Waldungen, welche im gemeinschaftlichen Besitze mehrerer Gemeinden, Burgerschaften oder Korporationen sind, können auf Verlangen eines der Eigentümer und mit Zustimmung des Staatsrates unter ihnen verteilt werden. (B. G. 34.)

Art. 47. — Für sämtliche öffentliche Waldungen werden Wirtschaftspläne aufgenommen. Diese Wirtschaftspläne sind für die Waldungen, für die geometrische Pläne vorliegen, definitiv und für diejenigen, deren geometrische Planaufnahme noch nicht stattgefunden hat, provisorisch.

Die in Frage stehenden Wirtschaftspläne haben den Zweck, die Mittel zur Erhaltung und Verbesserung der Waldungen zu bestimmen und den der Nachhaltigkeit entsprechenden jährlichen Abgabesatz zu sichern. Dieselben sind gemäß den vom Staatsrate erlassenen Instruktionen auszuführen und ihm zur Genehmigung zu unterbreiten. (B. G. 18.)

Art. 48. — Die Waldungen sind derart zu bewirtschaften, daß sie den Zweck von Schutzwaldungen möglichst erfüllen.

Art. 49. — Das mit der Forstverwaltung beauftragte Departement bezeichnet alljährlich die im Laufe des Jahres zu errichtenden und zu revidierenden Wirtschaftspläne.

Art. 50. — Jegliche Aenderung der Vorschriften der Wirtschaftspläne unterliegt der Genehmigung des Staatsrates.

Art. 51. — Die Holznutzung darf den im Wirtschaftsplan vorgesehenen alljährlichen Abgabesatz ohne Bevollmächtigung des Staatsrates nicht überschreiten. Dieser bestimmt die Frist innert welcher jegliche Ueberschreitung abgetragen werden muß. (B. G. 18.)

Art. 52. — Die Holznutzungen in den Bürgerwaldungen sind, soweit der alljährliche Abgabesatz reicht, zur Deckung der örtlichen Bedürfnisse bestimmt und zwar wird dabei in der Regel in folgender Rangordnung aufgefunden:

- a) für den öffentlichen Dienst;
- b) für die Beheizung, den Bau und Unterhalt der Wohnungen und Oekonomie-Gebäulichkeiten der Bürger;
- c) für die gleichen Bedürfnisse der Nichtbürger;
- d) für den Bau und Unterhalt von industriellen Anstalten.

Die industriellen Anstalten können jedoch dieser Begünstigung nur zu Theil werden, insofern sie ihren Sitz in der Gemeinde haben.

Schlüsse zur Verteilung.

Art. 53. — Die Schlüsse zur Verteilung umfassen sämtliches zur Deckung der im vorhergehenden Artikel genannten Bedürfnisse erforderliche Holz. Dieselben werden auf Verlangen der Gemeindebehörden und unter den im Artikel 51 vorgesehenen Verhältnissen und Bedingungen vom Kreis-Forstinspektoren bewilligt.

In der Regel wird das Anzeichnen durch den Kreisforstinspektor unter Mitwirkung der Gemeindeverwaltung vollzogen.

Im Verhinderungsfalle wird der Kreisforstinspektor durch den Revierförster ersetzt, welcher vom Erstern die hierzu nötigen Anweisungen erhält.

Art. 54. — Die Verteilung von Brennholz unter den Bürgern hat mittelst Verlosung, wobei die einzelnen Lose möglichst auszugleichen sind, zu erfolgen, gemäß dem Bürgerreglemente.

Den Nichtbürgern kann die zuständige Behörde gegen eine den Kaufpreis nicht übersteigende Taxe Holz anweisen.

Art. 55. — Die Verteilung von stehendem Holz ist in der Regel untersagt. Das Fällen, das Aufarbeiten und die Abgabe des Holzes erfolgt unter der Aufsicht und Leitung der Forstverwaltung, entweder durch einen Unternehmer, dem die Arbeit im Afford zugesprochen worden, oder durch die Berechtigten in gemeinschaftlicher oder gruppenweiser Arbeit. (B. G. 10.)

Art. 56. — Die Abgabe von Bauholz geschieht per Festmeter und zwar an Bürger gegen eine Mindesttaxe von zwei Fünftel des wirklichen Wertes.

Für Nichtburger kann diese Taxe den vollen Holzwert erreichen.
Für industrielle Anstalten kann die Taxe dem Handelswerte des Holzes gleichkommen unter Inbetrachtziehung der Ausbeutungsverhältnisse.

Bei Anständen entscheidet das Forstdepartement.

Dieses bewilligte Holz muß innert der Frist von zwei Jahren verwendet werden.

Art. 57. — Das zur Verteilung gelangte Brennholz darf ohne Erlaubnis der Forstverwaltung nicht über die Gemeindegrenzen transportiert werden.

Innerhalb der Gemeinde sind Verkaufs- und Tauschgeschäfte nur mit der Zustimmung der Gemeindebehörde statthaft.

Das für Bauten bewilligte Holz, gleichviel ob es seine Verwendung gefunden hat oder nicht, darf ohne Ermächtigung der Gemeindebehörden und des Forstdepartementes nicht aus dem Gemeindegebiete ausgeführt werden.

Art. 58. — Jeder Bürger oder Nichtbürger, welcher Bauholz oder ein ganz oder zum Teil aus bewilligtem Holze gebautes Gebäude verkauft, ist gehalten, den Preis-Unterschied der bezahlten Begünstigungstaxe und dem wirklichen Werte des Holzes zurückzuerbüßen.

Diese Verpflichtung verjährt innert 12 Jahren, von der Bewilligung des Holzes an gerechnet.

Schlüsse zum Verkauf.

Art. 59. — Holzverkäufe dürfen nur mit einer Bewilligung des Staatsrates erfolgen. Diese Bewilligung wird erteilt auf Grund eines Gutachtens des Kantons-Forstinpektors und zufolge eines schriftlichen Begehrens, welches die Quantität und die Gattung des zu verkaufenden Holzes, den Namen der auszubeutenden Waldung, sowie denjenigen des Gesuchstellers angibt.

Das Anzeichnen der Holzverkäufe geschieht durch die Kreis-Forstinpektoren.

Art. 60. — Diese Verkäufe haben in öffentlicher Versteigerung zu geschehen unter den vom Verwaltungsreglemente vorgesehenen Bestimmungen.

Art. 61. — Bleibt die erste Versteigerung resultatlos, so wird eine zweite Versteigerung angeordnet und in gleicher Weise angekündigt wie die Erste.

Kommt der Verkauf auch dieses Mal nicht zu stande, so kann er mit freier gegenseitiger Verständigung abgeschlossen werden.

Art. 62. — Das Holz soll zu Einheitspreisen d. h. durch Festmeter oder Ster versteigert werden.

Art. 63. — Die Verkaufs-Protokolle sind dem mit der Forstverwaltung beauftragten Departemente zur Genehmigung aufzustellen.

Der Verkauf ist erst nach dieser Genehmigung gültig.

Art. 64. — Für Verkäufe von weniger denn 10 Festmeter Nutzholz oder 15 Ster Brennholz kann die Bewilligung vom Kreis-Forst-

inspektor erteilt werden. In diesem Falle genügt die Bekanntmachung der Versteigerung am Ausrufsorte.

Art. 65. — Zu den Versteigerungen ist zugelassen jede handlungsfähige Person, die hinreichende Zahlungsgewähr bietet und einen im Kanton wohnsässigen Solidarbürgen stellt, der für Kaufpreis, Bußen und Schadenersatz zu stehen vermag.

Art. 66. — Die Ansteigerer haften für sämtliche von ihren Unternehmern oder Arbeitern begangenen Forst-Frevel und Uebertretungen, sowie für die behördlich ausgesprochenen Bußen und für den eventuellen Schadenersatz.

Art. 67. — Das Holz darf nicht aus der Waldung geschafft werden, bevor es vom Kreis-Forstinspektor gemessen und anerkannt worden.

Art. 68. — Vom Reinertrag des Holzverkaufes wird ein Abzug von 2 bis 15 Prozent gemacht und durch Vermittlung des Forstdepartementes bei dem Aufforstungs-Fonds hinterlegt.

Dieser Abzug wird vom Verkäufer innert drei Jahren zur Forstverbesserung verwendet, widrigenfalls die Forstverwaltung für dessen Verwendung zu sorgen hat.

Das Holz darf erst nach Bezahlung dieses Abzuges aus dem Walde entfernt werden.

2. Privatwaldungen.

Art. 69. — Die Privatwaldungen werden in die geometrische Planaufnahme der Gemeinde-Kataster einbezogen.

Art. 70. — Anlässlich der Errichtung des Gemeinde-Katasters haben die Gemeindebehörden der Forstverwaltung eine Kopie des Kataster-Planes der Waldungen nebst einem vollständigen Verzeichnisse zu übermitteln.

Art. 71. — Die Privatwaldungen sind in einem den an die Schutzwaldungen gestellten Anforderungen entsprechenden Stande zu erhalten.

Die Forstverwaltung wird zu diesem Behufe die nötigen Maßnahmen treffen und namentlich dafür sorgen, daß die Aufforstungen durchgeführt werden.

Art. 72. — Alle jährlichen Schläge von über fünf Festmetern in Hochwaldungen und von zwölf Festmetern in den Niederwaldungen müssen vorangehend gemäß den Alineas 2 und 3 des Artikels 53 angezeichnet oder angerissen werden.

Art. 73. — Die zum Verkaufe bestimmten Schläge von über 30 Festmeter Nutzholz oder 40 Ster Brennholz dürfen nur mit einer Bewilligung des Staatsrates ausgeführt werden.

In diesem Falle ist das Holz durch den Kreis-Forstinspektor anzuzeichnen.

Art. 74. — Waldungen, deren Eigentümer unbekannt sind oder deren Rechte im Zeitraum von fünf Jahren in den Abgabenregistern

nicht angegeben worden sind, werden als herrenloses Gut betrachtet und verfallen der Territorial-Gemeinde.

Dieser fünfjährige Termin beginnt mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes.

Art. 75. — Bei starker Zerstückelung der Privatwaldungen ist das Zusammenlegen derselben zu gemeinschaftlicher Bewirtschaftung von der Forstverwaltung zu fördern. Diese Waldungen sind gleich wie die öffentlichen Waldungen zu behandeln.

Eine Zusammenlegung darf ohne Genehmigung des Staatsrates nicht wieder aufgehoben werden. (eidg. G. 26.)

Art. 76. — Befinden sich die Waldungen in besonders gefährdeter Lage, namentlich im Einzugsgebiete von Waldbächen, und bilden sie zusammen einen Complex von bedeutendem Umfange, so kann der Staatsrat deren Zusammenlegung im Sinne des vorhergehenden Artikels verlangen. (B. G. 28.)

Titel IV.

Forstaufsicht und Forstverwaltung.

Art. 77. — Die öffentlichen wie die Privat-Waldungen sind der Aufsicht des Staatsrates unterstellt, der dieselbe durch das mit der Forstverwaltung beauftragte Departement ausübt.

Art. 78. — Innert den Grenzen des Gesetzes und des Reglementes steht die Verwaltung der Waldungen zu:

- a) Dem Gemeinde- oder Burgerrate, je nachdem die Waldung Gemeinde- oder Bürgerwaldung ist. Dieser Rat bestellt aus seiner Mitte eine Forstkommision von 3 bis 5 Mitgliedern.
- b) Den von den Interessenten gewählten Administratoren für die andern Waldungen.

Art. 79. — Die Obliegenheiten und Amtsbefugnisse des Personals der kantonalen Forstverwaltung, der Gemeinde-Forstkommisionen und der Verwaltungsräte, sowie die Einteilung der Forstkreise werden durch das Reglement bestimmt. Die Unterabteilung der Kreise in Forstreviere wird durch den Staatsrat festgesetzt.

Art. 80. — Das Personal der Forstverwaltung besteht:

- a) aus einem Kantons-Forstinspektor;
- b) aus den Kreis-Forstinspektoren;
- c) aus den Revierförstern;
- d) aus den Forstgehülfen.

Art. 81. — Der Kantons-Forstinspektor und die Kreis-Forstinspektoren werden auf den Vorschlag des Forstdepartementes auf eine Amtsdauer von vier Jahren ernannt und müssen mit dem eidgenössischen Wählbarkeitszeugnis versehen sein. (B. G. 7.)

Art. 82. — Sie beziehen eine fixe Besoldung und Reisevergütung. (B. G. 7.)

Art. 83. — Die Revierförster werden, nach Anhörung der betreffenden Gemeinden, vom Staatsrate gewählt.

Sie müssen einen vom Bund subventionierten Forstkurs mit Erfolg besucht haben. (B. G. 9, 10.)

Art. 84. — Die Besoldung der Revierförster wird unter Berücksichtigung des Umfanges der ihnen unterstellten Waldflächen und auf den Vorschlag des Forstdepartementes vom Staatsrate festgesetzt.

Dieselbe wird, nach Abzug der Beiträge, zu einer Hälfte von der Munizipalgemeinde, auf deren Gebiet sich die Waldungen befinden, und zur andern Hälfte von den Eigentümern der öffentlichen Waldungen im Verhältnisse des Umfanges der Lekttern bezahlt.

Art. 85. — Das Reglement bestimmt die Vergütungen, zu welchen die Revierförster außer ihrem Gehalte berechtigt sind.

Art. 86. — In der Regel sind die Forstreviere derart zu bilden, daß der Jahresgehalt des Revierförsters wenigstens 500 Fr. beträgt. Die Waldfläche eines Reviers darf 2000 ha nicht übersteigen. (B. G. 10.)

Art. 87. — Die Forstinspektoren und Revierförster dürfen nicht in einem Bürger- oder Gemeinderat sitzen, dessen Territorium ihrer Verwaltung untergeben ist.

Art. 88. — Wenn die Umstände es erheischen, kann die Forstverwaltung den Gemeinden die Ernennung von Forst-Gehülfen auferlegen, für deren Besoldung die Bestimmungen des Art. 84 maßgebend sind.

Art. 89. — Die Bürgerschaften sind ermächtigt, eigene Waldspäher zu ernennen, für deren Besoldung sie selbst aufzukommen haben.

Die übrigen Wald-Eigentümer können ebenfalls beim Gemeinderate die Ernennung von speziellen Waldhütern anbegehren, insofern sie deren Besoldung übernehmen.

Art. 90. — Ausnahmsweise und mit Zustimmung des Staatsrates kann von der Besoldung der Revierförster ein Betrag von höchstens 30 Prozent vorweggenommen und zur Löhnung der Gehülfen verwendet werden.

Art. 91. — Dem Forstpersonal ist untersagt, auf Holz zu spekulieren, und Holzhandel zu treiben, bei Holzverkäufen Bürgschaften zu übernehmen, sowie an Holzausbeutungen auf Rechnung dritter sich zu beteiligen.

Art. 92. — Die Munizipalbehörden sorgen dafür, daß das Forsteigentum geachtet werde: bei Waldbrand, Lawinenschlägen, Erdrutschungen und andern Ereignissen treffen sie die erforderlichen dringenden Maßnahmen und berichten darüber an die kantonale Forstverwaltung. Sie sind berechtigt, gegen jegliche Handlung, die den Waldungen, an deren Erhaltung die Gemeinde ein Interesse hat, Schaden zufügt, beim Forstdepartemente einzusprechen.

Titel V.

Strafbestimmungen.

Art. 93. — Jede Zuwiderhandlung gegen das Forstgesetz wird als Vergehen oder Uebertretung qualifiziert und zieht die Verpflichtung zum Schadenersatz nach sich.

Art. 94. — Die Vergehen werden von den gewöhnlichen Gerichten und die Uebertretungen durch das Forstdepartement oder das Polizeigericht bestraft.

Art. 95. — Das Polizeigericht ahndet und belegt mit folgenden Bußen:

1. Die Unterschlagung von Holz oder andern Waldprodukten, wenn der Wert 50 Fr. nicht übersteigt: Fr. 2 bis 100.
2. Die Beschädigung stehender oder schon gefällter Bäume für Pflanzen: 2 bis 10 Fr., wenn der Schaden Fr. 50 nicht übersteigt.
3. Die Nichtbeachtung der Vorschriften betreffend das Anzeichnen für jeden Kubikmeter: 2 bis 10 Fr., wenn der Wert des Holzes 100 Fr. nicht übersteigt.
4. Die Verheimlichung oder Zerstörung des Abdruckes des Forsthammers: Fr. 5 bis 50.
5. Die Nichtverwendung des bewilligten Holzes zu seiner Bestimmung innert der vorgeschriebenen Frist: Fr. 5 bis 100, wenn die Quantität 20 Kubikmeter nicht übersteigt; überdies kann das Holz mit Beschlagnahme belegt werden.
6. Die Nichtbeachtung der Spezialvorschriften betreffend die Privatwaldungen: Fr. 2 bis 50.
7. Der Weidgang ohne Hirt: Fr. 5 bis 100.
8. Der Weidgang, ohne Ermächtigung, wenn der Schaden nicht 50 Fr. beträgt: Fr. 10 bis 50.
9. Die Nichterstellung der Grenzlinie zwischen den Grundstücken: Fr. 2 bis 20.
10. Nichtbeachtung der Vorschriften betreffend Feuerung und Waldbrände durch Private: Fr. 2 bis 100.
11. Unberechtigte Ausbeutung von Streu und andern Nebenerzeugnissen, wenn der Schaden 50 Fr. nicht übersteigt: Fr. 10 bis 50.

Art. 96. — Vom Forstdepartement zu ahnden und mit folgenden Bußen zu belegen sind:

1. Die Beschädigung oder Zerstörung trigonometrischer Punkte: Fr. 5 bis 100 durch Punkt. (B. G. 46. 1.)
2. Die Verminderung des Waldareals ohne Bewilligung: Fr. 100 bis 500 für jede Hektare, unter Verpflichtung der Wiederaufforstung.
3. Die Umwandlung von Hochwaldungen in Niederwaldungen: Fr. 50 bis 200 für jede Hektare.
4. Verbotene Schläge: Fr. 2 bis 10 für jeden Festmeter; in den Schutzstreifen: Fr. 8 bis 10 für jeden Festmeter, (B. G. 46. 7.)

5. Die Unterlassung vorgeschriebener Aufforstungen entholzter Waldflächen oder Gründung von Neuwaldungen innert festgesetztem Termin: Fr. 20 bis 100 für jede Hektare. (B. G. 46, 6.)
6. Verweigerung des Unterhaltes oder Vernachlässigung desselben bei ausgeführten Arbeiten: Fr. 20 bis 100.
7. Die Unterlassung der Waldvermarchung innert gegebener Frist: Fr. 5 bis 50.
8. Nichtbeachtung der vorgeschriebenen Maßnahmen bei Insekten-Schaden: Fr. 10 bis 500.
9. Der Weidgang ohne Ermächtigung, wenn der Schaden 50 Fr. übersteigt: Fr. 10 bis 500.
10. Die Neubestellung und Erweiterung von Dienstbarkeiten und schädlichen Berechtigungen, sowie die Unterlassung von Dienstbarkeitsablösungen innert gegebener Frist: Fr. 100 bis 500 (B. G. 46, 3.)
11. Die Nichtbeachtung der Vorschriften betreffend das Anzeichnen, wenn der Wert des Holzes Fr. 100 übersteigt, sowie der Vorschriften betreffend das Fällen und Abräumen: Fr. 20 bis 200.
12. Das Herunterschaffen von Holz durch Rüge und Flößen, ohne Bewilligung: Fr. 1 bis 5 für jeden Festmeter.
13. Unterlassung der geometrischen Planaufnahmen innert der festgesetzten Frist: Fr. 20 bis 200.
14. Die Verteilung oder Veräukerung von öffentlichen Waldungen und Wytweiden ohne Bewilligung: Fr. 10 bis 100 für jede Hektare. (B. G. 46, 9.)
15. Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen der definitiven und provisorischen Wirtschaftspläne: Fr. 20 bis 300. (B. G. 46, 5.)
16. Nichtbeachtung der Vorschriften betreffend die Schläge zur Verteilung: Fr. 5 bis 500.
17. Die Nichtverwendung des bewilligten Holzes zu seiner Bestimmung innert der vorgeschriebenen Frist: Fr. 50 bis 500, wenn die Quantität 20 Festmeter übersteigt; überdies kann das Holz beschlagnahmt werden.
18. Die Nichtbeachtung der Vorschriften betreffend die Holzverkäufe: Fr. 10 bis 500.
19. Unberechtigte Ausbeutung von Nebenerzeugnissen, wenn der Schaden 50 Fr. übersteigt: Fr. 50 bis 500. (B. G. 46, 4.)
20. Im Allgemeinen jede in der vorhergehenden Aufzählung nicht vorgesehene Zuwiderhandlung gegen das Forstgesetz. In diesem Falle wird die Buße in analoger Anwendung der Strafbestimmungen festgesetzt.

Art. 97. — Als dem Korrektionellgericht zu überweisende Vergehen werden betrachtet:

1. Jede Unterschlagung von stehendem oder gefällttem Holze oder andern Waldprodukten, wenn der Wert 50 Fr. übersteigt.
2. Die Unterschlagung von mit Beschlagnahme belegtem oder konfisziertem Holze oder zubereitetem oder gesammeltem Holze.

3. Die Beschädigung stehender oder gefällter Bäume, wenn der Schaden Fr. 50 übersteigt.
4. Die mißbräuchliche Benutzung eines Forsthammers, unter Vorbehalt des Fälschungsvergehens.
5. Der wiederholte Rückfall bei den im Art. 96, Nr. 1 und 2 vorgesehenen Fällen.

Art. 98. — Die im vorhergehenden Artikel vorgesehenen Vergehen werden mit einer Buße von Fr. 50 bis 500 oder mit Gefängnis bis auf 6 Monate bestraft.

Art. 99. — Im Falle der Entfernung von Holz oder anderer Walderzeugnisse in einem Privatwalde im Werte von mehr als 10 Fr., hat der Eigentümer das Recht in den 30 Tagen nach Empfang des Verbales den Frevel dem zuständigen Korrektionell-Gerichte zu verzeihen.

Wenn er von diesem Rechte kein Gebrauch macht, so finden die Verfügungen des vorliegenden Gesetzes ihre Anwendung.

Art. 100. — Von erschwerenden Umständen begleitet sind diejenigen Forstfrevel, welche begangen wurden:

- a) an Sonn- und Feiertagen;
- b) zur Nachtzeit;
- c) von Angestellten der kantonalen oder Gemeinde-Verwaltung;
- d) von Personen, die Waffen mitführen, Widerstand leisten oder sich Tätlichkeiten zu Schulden kommen lassen;
- e) von Personen, die dem Forst-Aufsichtsbeamten falsche Angaben machen oder die Angabe ihres Namens und Wohnortes verweigern;
- f) von Personen, die sich im Rückfalle befinden;
- g) von Holzhauern, Köhlern oder andern im Walde angestellten Arbeitern.

Art. 101. — Die vorstehenden Strafbestimmungen finden Anwendung auf die Mitschuldigen, die Begünstiger und die Fehler, kurz auf sämtliche Teilnehmer an dem Frevel, sei es, daß sie bei dessen Verübung mitgewirkt oder daß sie dessen Ahndung verhindert oder zu verhindern gesucht haben.

Art. 102. — Gemeindevverwaltungen, welche es unterlassen, Forst-übertretungen und Frevel zu bestrafen, deren Ahndung in ihrer Zuständigkeit ist, werden, vorbehaltlich ihres Rückgriffsrechtes gegen die fehlbaren Beamten oder Agenten vom Staatsrate mit einer Buße von 20 bis 300 Fr. belegt.

Die gleiche Strafe kann auch gegen Verwaltungsbehörden ausgesprochen werden, welche es unterlassen der zuständigen Behörde die Delikte anzuzeigen, welche ihr durch die Forstpolizei zur Kenntnis gebracht werden.

Art. 103. — Das Forstdepartement ist berechtigt, jede Zuwiderhandlung gegen das gegenwärtige Gesetz vor das zuständige Korrektionell-Gericht zu bringen und als Kläger oder Zivilpartei aufzutreten.

Art. 104. — Haftbar für Wiedererstattung der entwendeten Gegenstände oder ihres Wertes, für Schaden, Bußen und Kosten sind:

- a) Chemann, Vater, Mutter, Vormund und Kurator wegen der von Frau, minderjährigen Kinder und Mündel, die bei ihnen wohnen, begangenen Forst-Übertretungen und Frevel.
- b) Dienstherrn oder Lehrmeister wegen der von ihren Diensthöten Arbeitern, Lehrlingen, Hirten, oder sonstigen Angestellten während der Dauer ihres Dienstes begangenen Übertretungen und Vergehen.
- c) Im Allgemeinen wer rechtlich verpflichtet ist, die häusliche Aufsicht über eine Person zu führen.

Die Bestimmungen der litt. b) und c) finden keine Anwendung, wenn nachgewiesen werden kann, daß das Mögliche getan wurde, um diese Übertretungen und Frevel zu verhüten.

Art. 105. — Gegen die Entscheide des Polizeigerichtes kann Refurs an das Forstdepartement ergriffen werden.

- a) wenn die ausgesprochene Buße 15 Fr. übersteigt;
- b) im Falle einer offenbaren Gesetzesverletzung.

Art. 106. — Gegen die vom Forstdepartement auf Grund des Art. 96 getragenen Entscheide kann beim Staatsrate Refurs eingelegt werden.

Art. 107. — Die in den beiden vorhergehenden Artikeln vorgesehenen Refurse müssen innert der Frist von 20 Tagen, von der Anzeige des Entscheides an, erhoben werden.

Art. 108. — Die Refursinstanz hat unter Verfall innert der Frist von 6 Monaten nach Eingang des Refurses zu entscheiden.

Titel VI.

Verschiedene Bestimmungen.

Art. 109. — Vor den Polizei-Gerichten und dem Verwaltungs-Forum sind die Verbale der Revierförster und ihrer Gehülfen bis zum Beweise des Gegenteils glaublich, sofern die im Verbal angeführten Tatsachen von dessen Verfasser selbst festgestellt wurden.

Art. 110. — Um den Nachweis eines Frevels zu erstellen, können die Revierförster und ihre Gehülfen, in Begleitung des Gemeindevorstandes oder dessen Stellvertreters, in nicht bewohnte Gebäude, Werkstätten, Bauplätze, geschlossene Räume u. s. w. eindringen.

Für die Durchsuchung eines bewohnten Gebäudes bedarf es der Dazwischenkunft des Einleitungsrichters.

Art. 111. — Von Forst-Freveln oder Übertretungen herrührende Gegenstände werden in dem Stand und an dem Orte, in welchem sie sich eben befinden, in Beschlagnahme genommen, ohne Entschädigung für die daran verwendete Arbeit und die Transportkosten. Namentlich dienen sie dazu, in erster Linie die Zurückerstattung und eventuelle Bezahlung von Schadenersatz, Bußen und Kosten sicherzustellen.

Art. 112. — Unerhäßliche Bußen werden in Gefängnis umgewandelt, wobei ein Tag Haft mit 5 Fr. berechnet wird.

Wird die Buße innert der durch den Zahlungsauftrag festgesetzten Frist nicht bezahlt, so ist darüber an das mit der Forstverwaltung beauftragte Departement zu berichten, das für die zu verfügenden Maßnahmen sorgen wird.

Diese Bestimmung findet auf die von den Korrektionell-Gerichten ausgesprochenen Bußen keine Anwendung.

Eine Umwandlung von Bußen in Gefängnis trifft auf die in Gemäßheit des Art. 104 haftpflichtigen Personen nicht zu.

Art. 113. — Die Zurißerstattungen und Entschädigungen gehören den Wald-Eigentümern; der Ertrag der vom Forst-Departement, vom Staatsrate oder von Gerichten ausgesprochenen Bußen fällt dem Aufforstungsfonds zu; derjenige der von den Polizeigerichten verhängten Bußen der Gemeindekasse. Der Drittel der Buße gehört dem Angeber.

Art. 114. — Die öffentliche und die Civilklage für Forst-Übertretungen und Frevel sind, selbst wenn ein Verbal vorliegt, nach Ablauf eines Jahres, vom Tage an zu rechnen, an welchem Uebertretung oder Frevel begangen worden, verjährt, sofern in dieser Zwischenzeit kein Untersuchungs- oder Betreibungs-Akt vorgenommen wurde.

Wurden in dieser Zwischenzeit Untersuchungs- oder Betreibungsakte vorgenommen, ohne daß ein Urteil erfolgt wäre, sind die öffentliche und die Civilklage nach Ablauf eines Jahres seit dem letzten Akte verjährt.

Für die Verjährung ist der Art. 448 der bürgerlichen Prozeß-Ordnung maßgebend.

Art. 115. — Jedes mit einem Formfehler behaftete Verbal kann bis zur Ausfällung des endgültigen Urteils berichtigt oder neu angefertigt werden.

Titel VII.

Uebergangs-Bestimmungen.

Ablösung der Dienstbarkeiten.

Art. 116. — Dienstbarkeiten und Rechte auf Nebenbenützen in öffentlichen Waldungen, welche sich mit einer guten Waldwirtschaft nicht vertragen, sind innert den vom Bundesrate festgesetzten Fristen entweder auf gültliche Wege, oder auf denjenigen der Zwangsenteignung abzulösen. (B. G. 21.)

Ueber die Ablösungspflicht entscheidet der Staatsrat unter Vorbehalt des Rekurses an den Bundesrat.

Dabei sollen örtliche wirtschaftliche Verhältnisse angemessen berücksichtigt werden.

Art. 117. — Die Bestimmungen des vorgehenden Artikels sind auch auf den Fall anwendbar, daß Grund und Boden und der darauf befindliche Holzbestand verschiedenen Eigentümern angehören.

In diesem Falle steht das Zwangsenteignungsrecht vorzugsweise dem Grundeigentümer zu.

Art. 118. — Sämtliche auf öffentlichen oder Privat-Waldungen lastenden Dienstbarkeiten müssen beim Kreis-Forstinspektor vorge-
merkt werden.

Art. 119. — Der Kreisforstinspektor ist gehalten, innert drei Mo-
naten nach Inkrafttreten des gegenwärtigen Gesetzes die betreffenden
Eigentümer aufzufordern, ihre Ansprüche vormerken zu lassen.

Diese Aufforderung geschieht durch eine doppelte Einrückung im
Amtsblatte und durch dreimalige von 14 zu 14 Tagen erfolgende Be-
kanntmachung am gewöhnlichen Ausrufsorte der Gemeinde, auf deren
Gebiet sich die Liegenschaft befindet.

Art. 120. — Wenn der Boden und der Holzbestand zwei ver-
schiedenem Eigentümern angehören, hat jeder derselben seine Rechte
vormerken zu lassen.

Art. 121. — Werden als Dienstbarkeiten betrachtet im Sinne
des Art. 118: die Weidgangsrechte, die Streue-, Blätter-, Laub-, Bau-
und Brennholzbezugsrechte und sonstige Nebenbenutzungen.

Art. 122. — Die nicht innerhalb dieser Frist von 6 Monaten seit
der letzten Bekanntmachung eingeschriebenen Dienstbarkeiten und
Rechte sind von Rechtswegen und ohne irgend welche Entschädigung
erloschen erklärt.

Art. 123. — Der Kreis-Forstinspektor hat ein Register der Ein-
tragungen zu führen und diese zu bescheinigen.

Art. 124. — Von den Eintragungen ist den betreffenden Eigen-
tümern innert 30 Tagen Mitteilung zu machen.

Wird keine Einsprache erhoben, so gilt das vorgemerkte Recht als
erworben. Im gegenteiligen Falle hat der Eintragende den Anstand
innert der Frist von sechs Monaten vor die ordentlichen Gerichte zu
bringen. Unterläßt er dies, so ist die Dienstbarkeit erloschen.

Das Reglement wird das zu befolgende Verfahren des Nähern be-
stimmen.

Art. 125. — Mangels einer Verständigung zwischen den Betei-
ligten erfolgt der Rückkauf der Dienstbarkeiten unter den nachstehend
bezeichneten Bedingungen auf dem Wege der Zwangsenteignung.

Art. 126. — Die Entschädigung hat bei allen Enteignungen
grundsätzlich durch Geld zu geschehen.

Wenn besondere Umstände es erheischen, kann die Ablösung durch
Geldentschädigung mit Bewilligung des Staatsrates mittelst Abtre-
tung eines Waldtheiles geschehen, welches dem Werte der Dienstbar-
keit entspricht.

Art. 127. — Die Entschädigung kommt dem zwanzigfachen durch-
schnittlichen Jahresertrag der Nutzung gleich.

Dieselbe ist, sofern deren Betrag 200 Franken nicht erreicht, innert
Jahresfrist und wenn derselbe diese Summe übersteigt, innerhalb drei
Jahren zahlbar und in beiden Fällen von der Aufhebung des Nutzungs-
rechtes an zum gleichlichen Zinsfuße zu verzinsen.

Art. 128. — Der Staatsrat wird eine oder mehrere dreigliedrige Kommissionen bestellen, um den Rückkauf der Walddienstbarkeiten vorzunehmen.

Bei der Festsetzung der Ablösungssumme hat der Ausschuß einmal Wesen und Umfang der Dienstbarkeit und den alljährlichen durchschnittlichen Nutzungsertrag in Berücksichtigung zu ziehen, sodann anderseits sich die zur Wahrnehmung der Interessen sowohl des Eigentümers als des Nutzungsberechtigten erforderlichen Aufschlüsse und Erkundigungen zu beschaffen und endlich das bei der Vertilgung der Nutzungsrechte eingeschlagene Berechnungsverfahren zu bezeichnen.

Der Ausschuß bestimmt den Wert dieser Nutzungsrechte und bezeichnet die Art der Ablösung. Im Falle der Abtretung eines Waldteiles bezeichnet er dessen Lage und Flächeninhalt.

Art. 129. — Der Entscheid des Ausschusses ist den Parteien durch eingeschriebenen Brief mitzuteilen. Der Rekurs an den Staatsrat ist vorbehalten, muß aber innerhalb 20 Tagen nach der Anzeige eingelegt werden.

Art. 130. — Im Rekursfalle wird der Staatsrat eine neue Kommission mit der Untersuchung betrauen und alsdann den endgültigen Entscheid tragen.

Art. 131. — Die Ausübung der Dienstbarkeits-Rechte ist mit der Anzeige des ersten Entscheides eingestellt.

Art. 132. — Waldungen, die von Dienstbarkeits-Rechten entlastet werden, bleiben bis zur völligen Tilgung der Ablösungssumme dem bisherigen Nutzungsberechtigten verpfändet.

Titel VIII.

Schluß-Bestimmungen.

Art. 133. — Sind widerrufen:

- a) Das Forstgesetz vom 27. Mai 1873;
- b) Das Nachtrags-Forstgesetz vom 20. Mai 1880;
- c) Das Zusatz-Forstgesetz vom 29. November 1883;
- d) Die Forst-Ordnung vom 12. Februar 1881;
- e) Die Instruktionen für die Reviersförster vom Juli 1882;
- f) Art. 10 der Verordnung der Vermessung der Waldungen vom 29. April 1892;
- g) Jede diesem Gesetze widersprechende Verfügung.

Art. 134. — Der Staatsrat erhält Auftrag zum Erlasse:

- a) eines Verwaltungsreglementes;
- b) von Instruktionen für die Wirtschaftspläne;
- c) von Instruktionen für die geometrische Plan-Aufnahme der Waldungen.

Art. 135. — Eingesehen die Bestimmungen des Art. 30, litt. b)

der kantonalen Verfassung, wird das gegenwärtige Gesetz der Volksabstimmung nicht unterbreitet.

So gegeben vom Großen Räte, zu Sitten, den 11. Mai 1910.

Der Präsident des Großen Rates:

J. Anzervin.

Die Schriftführer:

J. Mengis. — Cyr. Joris.

Der Staatsrat des Kantons Wallis.

In Anbetracht, daß der Bundesrat unterm 9. September 1910 das vorstehende Forstgesetz vom 11. Mai 1910 genehmigt hat unter der Bedingung, daß dem Artikel 76 folgendes beigelegt werde:

„Nicht nur der Staatsrat, sondern auch der Bundesrat kann, wenn sich die Waldungen in besonders gefährdeter Lage, namentlich im Einzugsgebiete von Wildbächen, befinden und zusammen einen Complex von bedeutendem Umfange bilden, deren Zusammenlegung verlangen.“

Beschließt:

Das gegenwärtige Gesetz wird in's Amtsblatt eingerückt und Sonntag, den 1. Januar 1911 in allen Gemeinden des Kantons veröffentlicht und angeschlagen, um sofort in Kraft zu treten.

Gegeben im Staatsrate, zu Sitten, den 2. Dezember 1910.

Der Präsident des Staatsrates:

H. Biolen.

Der Staatskanzler:

K. Koten.

45

Verwaltungs-Reglement

vom 23. März 1911.

(In Vollziehung des Forstgesetzes vom 11. Mai 1910.)

(G. S. XXIII. 336)

Der Staatsrat des Kantons Wallis.

In Vollziehung des Art. 134, lit. a) des Forstgesetzes vom 11. Mai 1910;

Nach Einsicht des Bundesgesetzes vom 11. Oktober 1902,

Auf den Antrag des Baudepartementes, Abteilung Forstwesen,

Beschließt:

Kapitel I.

Administrative Einteilung.

Art. 1. — Der Kanton wird in eine für die gute Verwaltung erforderliche Anzahl Kreise eingeteilt.

Art. 2. — Diese Kreise werden in Forstreviere unterabgeteilt, die durchschnittlich 1000 ha umfassen. Die Größe dieser Reviere wird durch den Staatsrat bestimmt.

Kapitel II.

Personal.

Art. 3. — Das dem Vorsteher des Baudepartementes unterstellte Personal der Forstverwaltung besteht aus:

1. einem Kantonsforstinspektor;
2. den Kreisforstinspektoren;
3. den Revierförstern;
4. den Forstgehülfen.

Art. 4. — Die Forstinspektoren und Revierförster dürfen, unbeschadet der Bestimmungen des Art. 87 des Forstgesetzes, ohne Ermächtigung des Vorstehers des mit der Forstverwaltung betrauten Departementes keine andern Aemter oder Anstellungen versehen.

Kantonsforstinspektor.

Art. 5. — Der Kantonsforstinspektor untersteht dem mit der Forstverwaltung betrauten Departemente. Er überwacht den Vollzug der die Forstwirtschaft betreffenden eidgenössischen und kantonalen Gesetze und Vorschriften und leitet und kontrolliert die Arbeiten der Kreisforstinspektoren. Er macht, wenn er es für notwendig erachtet, oder auf Verordnung des Departementes hin Inspektionen. Er prüft die Wirtschaftspläne, die Aufforstungs-, Verbauungs-, Waldwegprojekte, ujm.

Im Falle eines Rekurses an den Staatsrat hat er die Untersuchung vorzunehmen. Er begutachtet die Holzverkaufsgesuche und Floßbegehren, die Genehmigung der Wirtschaftspläne, die Gesuche zur Erlangung der kantonalen Beiträge, die Rekurse und die gegenüber dem untern Forstpersonal zu ergreifenden Ordnungsmaßregeln.

Art. 6. — Der Kantonsforstinspektor hält:

- a) ein Verzeichnis der öffentlichen und der Privatwaldungen;
- b) ein Verzeichnis der Schläge zur Verteilung;
- c) ein Verzeichnis der Forstgärten und Kulturen.

Er führt Register über:

- a) die Holzverkaufsbewilligungen und Anerkennungen;
- b) die Floßbewilligungen;
- c) die Aufforstungen, Lawinenverbaue und Waldwege;
- d) die vom Departemente verhängten Bußen;
- e) die für Forstverbesserungen gemachten Abzüge (Aufforstungsfonds).

Art. 7. — Er erstattet alljährlich dem Departemente einen umfassenden Bericht über die Forstverwaltung im Kantone.

Kreisforstinspektoren.

Art. 8. — Die Kreisforstinspektoren sind dem Vorsteher des Forstdepartementes und dem Kantonsforstinspektor unterstellt.

Art. 9. — Die Amtsbefugnisse der Forstinpektoren sind namentlich folgende:

- a) Sie überwachen in ihrem Kreise den Vollzug der die Wälder betreffenden eidgenössischen und kantonalen Vorschriften.
- b) Sie unterrichten, leiten und überwachen die Revierförster und Gehülfen und beantragen nötigenfalls deren Bestrafung und Absetzung.
- c) Sie besichtigen die Waldungen, Aufforstungen, Lawinenverbaue und Waldwegbauten und machen die vom Kantonsforstinpektor vorgeschriebenen Inspektionen.
- d) Sie erstellen die Wirtschaftspläne für alle öffentlichen Wälder und deren Revision nach den hierüber erlassenen Instruktionen.
- e) Sie entwerfen die Projekte für Aufforstungen, Verbaue, Waldweganlagen und anderweitige Waldverbesserungen und stellen die dazugehörigen Kostenvoranschläge auf.
- f) Im Falle eines Rekurses an das Departement führen sie die Untersuchung und erstatten darüber dem Kantonsforstinpektor Bericht.
- g) Sie bewilligen die Schläge zur Verteilung, bestimmen die Bedingungen und die Art der Ausbeute, setzen die Räumungsfristen fest und leiten die Anzeichnungen.
- h) Sie zeichnen die Schläge zum Verkaufe an, wohnen den Holzverkäufen bei oder lassen sich durch den Revierförster dabei vertreten, unterzeichnen die Kaufverträge und übermitteln dieselben dem Kantonsforstinpektor.
- i) Sie ordnen die auszuführenden Kulturen, Säuberungen und Durchforstungen der jungen Bestände an.
- j) Sie verordnen die zu ergreifenden notwendig befundenen Vorsichtsmaßregeln, um der Gefahr der Ueberhandnahme von Feuer-, Insekten-, Windschaden usw. vorzubeugen. Bei Waldbränden, Erdbeben, Lawinenschlägen, Schädigungen durch Wind, Schnee und Insekten haben sie sich sofort an Ort und Stelle zu begeben, um die erforderlichen Schutzmaßnahmen zu treffen und, wenn nötig, die Gemeindeverwaltungen zu deren Ausführung zu verpflichten. Sie haben unverzüglich dem Kantonsforstinpektor darüber Bericht zu erstatten.
- k) Sie leiten die Waldvermarkungen und kontrollieren die Führung der Vermarkungsprotokolle.
- l) Sie führen in ihrem Kreise Rechnung über die Abzüge für Waldverbesserungen.
- m) Sie besichtigen und kontrollieren die Register der Revierförster, nehmen deren dreimonatliche Berichte entgegen und verifizieren ihre Dienstbüchlein.

Die Kreisforstinpektoren führen:

- a) Ein Verzeichnis aller öffentlichen und Privatwaldungen ihres Kreises;
- b) ein Register der Schläge zur Verteilung;

- c) ein Register der Schläge zum Verkauf samt den Ergebnissen der Holzanerkennungen;
- d) eine Schlagkontrolle für alle bewirtschafteten Waldungen;
- e) ein Register der Schläge in den Privatwaldungen;
- f) ein Register der Saat- und Pflanzgärten, sowie der Forstkulturen;
- g) ein Register der für den Weidgang eigens bezeichneten Wälder;
- h) ein Register der Aufforstungen, Lawinenverbaue und Waldweganlagen, für deren Ausführung ein Bundes- oder Kantonsbeitrag entrichtet wird;
- i) ein Register der Forstübertretungen und Vergehen.

Sie erstatten alle drei Monate einen Bericht über ihre Tätigkeit und einen umständlichen Jahresbericht über die Forstverwaltung in ihrem Kreise.

Art. 10. — Die Kreisforstinspektoren haben ihren Wohnort innerhalb ihres Kreises zu wählen; die Wahl ist durch das Forstdepartement zu genehmigen.

Für Abwesenheiten von mehr als drei Tagen haben sie den Kantonsforstinspektor in Kenntnis zu setzen.

Revierförster.

Art. 11. — Die Revierförster sind den Kreisforstinspektoren unterstellt. Sie haben, innert den Schranken der Gesetze und Reglemente, im Einverständnis mit den Forstkommmissionen der Gemeinden oder Genossenschaften ihres Revieres den Dienst zu versehen.

Sie legen den Eid ab in die Hände des Regierungstatthalters.

Art. 12. — Die Amtsbefugnisse und Obliegenheiten der Revierförster sind namentlich folgende:

- a) Sie wachen in ihrem Reviere über die Beobachtung der eidgenössischen und kantonalen Gesetze und Reglemente und nehmen über alle gehörig festgestellten Vergehen und Uebertretungen Strafverbal auf.
- b) Sie haben die unmittelbare Aufsicht über ihre Gehülfen, denen sie die zur Ausübung der Forstpolizei und Durchführung forstlicher Arbeiten nötigen Anleitungen und Weisungen erteilen.
- c) Sie machen in allen Wäldern ihres Reviers häufige Rundgänge. Die Anzahl dieser Rundgänge wird durch die Bedürfnisse des Dienstes bedingt. Es sollen aber im Durchschnitt nicht weniger als zwei Rundgänge im Monat gemacht werden.
- d) Sie sorgen dafür, daß die Marken der Waldungen sich stets in einem dem Gesetze entsprechenden Zustande befinden. Alle drei Jahre haben sie sämtliche Vermarkungen einer vollständigen Revision zu unterziehen.
- e) Sie haben die Aufsicht über den Weidgang und den Bezug der Nebennutzungen und erstatten im Falle von Unregelmäßigkeiten oder Mißbräuchen dem Kreisforstinspektor Bericht.
- f) Sie wachen über die Beobachtung der in den Wirtschaftsplänen, Schlag- und Floßbewilligungen festgesetzten Bedingungen. Sie

leiten gemäß den Weisungen des Kreisforstinspektors den Kulturbetrieb, die Säuberungen und Durchforstungen.

- g) Sie überwachen sorgfältig den Schlag und die Räumung, um Schädigungen, Vergehen und Uebertretungen vorzubeugen.
- h) Sie nehmen unter der Aufsicht des Kreisforstinspektors die Anzeichnungen der Schläge zur Verteilung vor und ermitteln den Kubikinhalt des abgegebenen Holzes.
- i) Bei Waldbränden, Lawinenschlägen, Erdbeben, Ueberhandnahme schädlicher Insekten und anderer Waldschädigungen begeben sie sich unverzüglich an Ort und Stelle, treffen im Einverständnis mit der Ortsverwaltung die dringendsten Schutzmaßregeln und benachrichtigen sofort den Kreisforstinspektor.

Art. 13. — Alle drei Monate haben die Revierförster dem Kreisforstinspektor einen Bericht und jeder Verwaltung ihres Revieres ein Doppel hiervon zu übermitteln. Dieser Bericht soll enthalten: Die Daten der gemachten Rundgänge, die ausgeführten Anzeichnungen, Schläge und Kulturen, Waldwege, Waldschädigungen, Vergehen, Uebertretungen usw., usw. Ueberdies haben sie ein Dienstbüchlein zu führen, in dem die erwähnten Feststellungen einzutragen sind.

Am Ende jeden Jahres haben sie auf hiezu bestimmten Formularen einen summarischen Bericht über die Schläge zur Verteilung, Forstgärten, Kulturen, Waldweganlagen und aufgenommenen Strafverbalen anzufertigen.

Art. 14. — Die Revierförster erhalten eine fixe Besoldung, für welche die das Revier bildenden Gemeinden aufzukommen haben. Die Höhe dieses Gehaltes wird durch das Flächenmaß der Wälder des Revieres bedingt. Die einzelnen Gemeinden beteiligen sich daran im Verhältnis zur Größe der je auf ihrem Gebiete sich befindlichen Waldflächen.

Außer der Besoldung erhalten die Revierförster von den Gemeinden eine Tagesvergütung von 4 Franken für die Kulturen, Anzeichnungen der Verkaufsschläge und Vermessungen, für die Arbeiten an Aufnahme und Ausführung von Aufforstungs- und Verbauungsprojekten, an Waldweganlagen und Wirtschaftsplänen und für die außer der hiezu bestimmten Zeit vorgenommenen Anzeichnungen.

Art. 15. — Die Revierförster und Gehülfen, welche die zu ihrer Kenntnis gelangten Uebertretungen und Vergehen anzugeben unterlassen, werden mit einer Ordnungsbuße von 10 bis 15 Franken belegt und können im Rückfalle in ihrem Dienste eingestellt oder abgesetzt werden.

Art. 16. — Die Revierförster haben zu führen:

- a) Ein Register der Schläge zur Verteilung und zum Verkaufe für die Gemeinden und Genossenschaften;
- b) ein Register der Kulturen in den Pflanzgärten und im Walde;
- c) ein Register der Strafverbaie und der verhängten Bußen;
- d) ein Register der Schläge in den Privatwaldungen.

Art. 17. — Zu Ende seiner Dienstzeit hat der Revierförster seinem Nachfolger alle dienlichen Aufschlüsse über die Wälder seines Revieres zu erteilen. Er ist verpflichtet, ihm die Grenzen anzugeben und ihm die Gesetze, Reglemente, Register, Waldhammer und alle andern den Dienst betreffenden Gegenstände einzuhändigen.

Forstgehülfen.

Art. 18. — Die Forstgehülfen werden mit Zustimmung des Forstdepartementes von den Gemeinde- und Bürgerbehörden (Artikel 88 und 89 des Forstgesetzes) auf die Dauer von vier Jahren gewählt.

Sie legen den Eid ab in die Hände des Regierungstatthalters.

Die Bestimmungen des Art. 15 des gegenwärtigen Reglementes sind auf sie anwendbar. Sie sind dem Revierförster unterstellt. Ausnahmsweise können sie mit Bewilligung des Kreisforstinpektors den Revierförster in der Ausführung der technischen Arbeiten vertreten.

Art. 19. — Sie haben folgende Dienstobliegenheiten:

- a) Gemäß den Weisungen des Revierförsters und der Organe, die sie ernannt haben, häufig Rundgänge in den Wäldern zu machen;
- b) den Fortbestand der Grenzsteine zu überwachen;
- c) die Holzschläge zu beaufsichtigen und dafür zu sorgen, daß dieselben gemäß den in der Schlagbewilligung aufgestellten Bedingungen und gesetzlichen Vorschriften ausgeführt werden;
- d) über alle gehörig festgestellten Vergehen und Uebertretungen Strafverbal aufzunehmen;
- e) die im Walde bemerkten Schädigungen ohne Verzug zur Anzeige zu bringen.

Kapitel III.

Forstkommissionen.

Art. 20. — Die Behörden der Gemeinden und Bürgerschaften sowie die Verwaltungen der Genossenschaften, die im Besitze von Wäldungen sind, ernennen je eine Kommission von 3 bis 5 Mitgliedern, die mit der Verwaltung der Wälder betraut ist (Art. 78 des Gesetzes). Diese Kommission hat folgende Amtsbefugnisse:

- a) Sie nimmt die Eingaben um Holz für die Bedürfnisse des öffentlichen Dienstes, den Bau und die Ausbesserung der auf Gemeindegebiet gelegenen Gebäude entgegen.
- b) Sie überzeugt sich von der Dringlichkeit dieser Begehren, wacht über die Verwendung des im Vorjahre und während der zwei vorangegangenen Jahre bewilligten Holzes und läßt eintretenden Falls Strafverbal aufnehmen und das bewilligte Holz beschlagnahmen.
- c) Sie läßt sich bei der Holzanzahlung vertreten.
- d) Sie hat die Ziehung der Brennholzlose zu leiten.
- e) In Fällen von speziell angeordneten Waldverbesserungen hat sie bei der Beschaffung der nötigen Arbeitskräfte mitzuwirken.

Die Kommission bestimmt die Zeit der Arbeiten und prüft im Einverständnis mit dem Revierförster deren richtige Ausführung.

Schläge zur Verteilung.

Art. 21. — Die Eingaben um Holz zu Bauten und Ausbesserungen sind an die Forstkommision zu richten. Diese Eingaben sind an dem von der Gemeinde- oder Bürgerbehörde je nach den örtlichen Verhältnissen bestimmten Zeitpunkte innert Monatsfrist einzureichen.

Die Forstkommision hat sich in Begleitung des Revierförstlers an Ort und Stelle von der Dringlichkeit der Begehren zu überzeugen und nachzusehen, ob das im Vorjahre und während der zwei vorangegangenen Jahre bewilligte Holz seine Verwendung gefunden hat. Sie begutachtet zu handen des Gemeinde- oder Burgerrates die nachgesuchten Bewilligungen.

Art. 22. — Zur Erlangung der Schlagbewilligung ist dem Kreisforstinspektor ein summarisches Verzeichnis des begehrten Holzes einzureichen.

Art. 23. — Die Verteilung von Brennholz unter die Berechtigten erfolgt unter der Aufsicht der Forstkommision und des Revierförstlers durch Losziehung.

Art. 24. — Nach Empfang der Schlagbewilligung nimmt der Revierförster unter der Aufsicht des Kreisforstinspektors die Anzeichnung vor, indem er auf jeder Pflanze mit dem Gemeindehammer zwei Abdrücke anbringt, und zwar den einen auf dem Stamme in der Höhe von 1,50 m über dem Boden und den andern am Fuße des Stammes oder auf einer vorstehenden Wurzel.

Er schreibt auf dem obern Abdruck die Ordnungszahl des Brennholzloses und bezeichnet eigens die Stämme, die als Brennholz abgehen werden sollen.

Art. 25. — Das Datum der Verlosung des Brennholzes wird durch öffentliche Bekanntmachung angezeigt.

Art. 26. — Nach Ablauf des für die Eingaben festgesetzten Termines werden keine Holzbegehren mehr berücksichtigt, ausgenommen in Dringlichkeitsfällen und mit der Ermächtigung des Kreisforstinspektors.

Art. 27. — In der Regel sollen die Schläge während des Zeitraumes vom 1. September bis 1. Juni ausgeführt werden. Außer dieser Zeit sind die Wälder geschlossen.

Art. 28. — Kein Stück Bau- oder Nutzholz darf aus dem Walde geschafft werden, ohne das Hauszeichen des Eigentümers zu tragen. Jeder, der Holz trägt, führt oder in Gewahrsam hält, hat sich über dessen Herkunft auszuweisen, widrigenfalls er als Uebertreter behandelt wird.

Art. 29. — Das bewilligte Holz muß innert der Frist von zwei Jahren nach Auslieferung gemäß dem Begehren zu seiner Bestimmung verwendet werden, wenn nicht, fällt derjenige, dem es bewilligt worden ist, in eine Buße. (Art. 95, al. 5 des Forstgesetzes.)

Kapitel V.

Schläge zum Verkauf.

Art. 30. — In der Regel sind die Holzverkäufe und Floßbegehren vor dem 1. August schriftlich an das mit der Forstverwaltung betraute Departement zu richten, widrigenfalls dieselben auf später zurückgelegt werden. Das Begehren muß den Namen des Bewerbers, die Menge und Gattung des Holzes, den Namen der Waldung und die Bezeichnung ihres Gemeindegebietes und den Wasserlauf, durch den das Holz gefloßt wird, enthalten.

Ist der Gesuchsteller kantonsfremd, so hat er durch eine seinem Schlag- oder Floßbegehren beigezügte formelle Erklärung einen Wohnsitz im Kantone zu wählen.

Art. 31. — Betrifft der Verkauf des aus öffentlichen Waldungen stammenden Holzes mehr als 30 m³ Nuß- und 40 Ster Brennholz, so ist die Versteigerung durch zweimaliges Einrücken ins Amtsblatt und durch zweimalige Veröffentlichung am gewöhnlichen Ausrufsorte der Gemeinde, in der der Verkauf stattfindet, anzuzeigen. Handelt es sich um eine kleinere Holzmenge, so genügt eine Veröffentlichung am gewöhnlichen Ausrufsorte acht Tage vor der Versteigerung.

Art. 32. — Diese Veröffentlichungen sollen den Namen des Verkäufers und des Waldes, wo sich das Holz befindet, die Holzart und annähernd die Menge des Holzes, sowie den Ort, den Tag und die Stunde der Versteigerung enthalten.

Art. 33. — Bleibt die erste Versteigerung erfolglos, so wird in gleicher Weise eine zweite Steigerung angesetzt.

Art. 34. — Der Kreisforstinspektor, der die Versteigerung leitet, oder sein Stellvertreter unterzeichnet den Kaufvertrag, der zur Genehmigung durch das Departement dem Kantonsforstinspektor zu übermitteln ist.

Art. 35. — Für die Verkaufsbewilligungen an Genossenschaften handelt der Vorstand der Geteilen namens derselben, wobei er unter Vorbehalt des Rückgriffes gegen wen Rechtens persönlich haftet.

Art. 36. — Für die Privatwälder ist die Art und Weise der Verkäufe freigegeben unter der Bedingung, daß die Anzeichnungen in Gemäßheit der gesetzlichen Vorschriften ausgeführt werden.

Kapitel VI.

Privatwaldungen.

Art. 37. — Die Privatwaldungen sind in einem den an die Schutzwälder gestellten Anforderungen entsprechenden Stande zu halten. Die Forstverwaltung wird die zu diesem Zwecke nötigen Schutzmaßnahmen treffen.

Art. 38. — Alle jährlichen Schläge von über 5 Festmeter in Hochwäldern und von über 12 Raummeter in Niederwäldern müssen

vorangehend angezeichnet oder angerissen werden. Bei Schlägen von geringerer Menge hat der Waldeigentümer den Forstinspektor hievon einfach in Kenntnis zu setzen.

Art. 39. — Die zum Verkaufe bestimmten Schläge von über 30 Festmeter Nutz- oder 40 Ster Brennholz dürfen nur mit einer Bewilligung des Staatsrates ausgeführt werden. In diesem Falle ist das Holz durch den Kreisforstinspektor anzuzeichnen. Ist die zu schlagende Menge geringer, jedoch von über 5 Festmeter, so ist eine Bewilligung des Departementes erforderlich, und das Holz ist durch den Revierförster anzuzeichnen.

Art. 40. — Für die, kraft einer staatsrätlichen Bewilligung ausgeführten zum Verkaufe bestimmten Schläge muß die Anerkennung durch den Kreisforstinspektor oder seinen Stellvertreter gemacht werden. Das Holz darf erst nach Einzahlung der Abzüge für Forstverbesserungen aus dem Walde entfernt werden.

Kapitel VII.

Vergehen und Uebertretungen.

Art. 41. — Die Revierförster und ihre Gehülfen nehmen über alle gehörig festgestellten Vergehen und Uebertretungen Strafverbal auf und übermitteln dasselbe innert 48 Stunden nach Feststellung der Tatsache dem Kreisforstinspektor, der dasselbe der zuständigen Behörde zur Aburteilung zustellt. Ein Doppel des Verbales soll zugleich dem Regierungstatthalter des Bezirkes übermacht werden.

Art. 42. — Das Strafverbal muß nach dem von der Forstverwaltung angenommenen Muster abgefaßt sein und genau die Uebertretung oder das Vergehen angeben.

Art. 43. — Der Uebertreter wird durch persönliche Anzeige oder eingeschriebenen Brief, und zwar je nach der Art des Vergehens oder der Uebertretung, vor die zuständigen Gerichte oder den Stellvertreter des Forstdepartementes berufen. Für die dem Korrektionellgericht zu überweisenden Vergehen gelten die Bestimmungen des Gesetzbuches über die peinliche Prozeßordnung.

Art. 44. — Gesehwidrig gefälltes Holz ist zu beschlagnehmen. Der Forstbeamte bringt auf demselben zwischen zwei 30 cm von einander entfernten Abdrücken des Gemeindehammers mit der Art ein Kreuz an. Er läßt es an einen sichern Ort bringen und setzt unverzüglich den Gemeindepräsidenten und den Uebertreter davon in Kenntnis.

Art. 45. — Wird in einem Walde, in dem der Weidgang nicht gestattet ist, weidendes Vieh angetroffen, so ist dasselbe festzunehmen und auf Kosten des Eigentümers an einen sichern Ort zu führen. Der Eigentümer soll hievon ohne Verzug in Kenntnis gesetzt werden.

Art. 46. — Die Polizeigerichte sind gehalten, dem Regierungstatthalter alle drei Monate ein Verzeichnis der von ihnen gefällten Urteile zuzustellen.

Art. 47. — Der Regierungsstatthalter hält ein Register der von den Revierförstern ihm übermittelten Strafverbale und der von den Gemeindebehörden gefällten Urteile. Er setzt den Kreisforstinspektor von den Urteilen in Kenntnis. Er ist für jede Hinterlegung und Eintragung eines Strafverbales zu einer Sportelgebühr von Fr. 0.50 berechtigt, für welche Sportelgebühr ihm die Gemeindebehörde Rechnung trägt. Dieselbe wird den dem Uebertreter zufallenden Kosten beigefügt.

Art. 48. — Die Rekurse sind als Denkschrift in zwei Doppelten auf Stempelpapier anzufertigen und müssen die die Beschwerde begründenden Tatsachen enthalten und von den Belegstücken nebst Abschrift derselben begleitet sein. Ein Doppel samt den Belegstücken wird dem Beklagten übermittelt, der darauf innert 14 Tagen zu antworten hat.

Kapitel VIII.

Ablösung von Dienstbarkeiten.

Art. 49. — Nach den in Gemäßheit des Art. 119 des Gesetzes erfolgten gesetzlichen Bekanntmachungen im Amtsblatt und an den gewöhnlichen Ausrufsorten der Gemeinden, haben alle diejenigen, die Rechte auf Dienstbarkeiten in öffentlichen und Privatwäldern besitzen, ihre Ansprüche beim Forstinspektor des Kreises, in dem sich die belasteten Waldungen befinden, innert sechs Monaten vormerken zu lassen.

Art. 50. — Als solche Rechte sind zu betrachten: Alle Rechte auf Bezug von Bau- und Brennholz, sowie auf die Nebennutzungen als Weidgangsrechte, Streue-, Laub-, Samennutzungsrechte usw.

Art. 51. — Ebenfalls müssen die Eigentumsrechte eingeschrieben werden, wenn der Boden und der darauf stehende Bestand verschiedenen Eigentümern angehören. In diesem Falle haben beide Eigentümer ihre Rechte vormerken zu lassen.

Art. 52. — Die Eintragungen haben zu enthalten:

- a) den Namen des belasteten Waldes;
- b) den Namen und Wohnort des Eigentümers;
- c) die Angabe der Art und des Umfanges der Dienstbarkeit oder des Rechtes;
- d) die Unterschrift des Eintragenden.

Die Ansprüche sind auf Formulare einzutragen, welche von den Forstinspektoren den Eintragenden zur Verfügung gestellt werden.

Art. 53. — Die Forstinspektoren bescheinigen in der Frist von acht Tagen den Empfang der gemachten Eingaben und setzen hievon den betreffenden Waldeigentümer durch eingeschriebenen Brief innert vierzehn Tagen in Kenntnis.

Art. 54. — Wird keine Einsprache erhoben, so hat der Eigentümer des Waldes das vorgemerkte Recht innert drei Monaten schriftlich anzuerkennen und den Kreisforstinspektor hievon zu benachrichtigen. Im gegenteiligen Falle wird der Eintragende von der Wei-

gerung des Eigentümers in Kenntnis gesetzt und es hat derselbe den Anstand innert der gesetzlichen Frist vor die ordentlichen Gerichte zu bringen. Unterläßt er dies, so verfällt er in die vom Gesetze hiefür vorgesehene Strafe.

Art. 55. — Die Kreisforstinspektoren übermitteln die endgültig erledigten Eingaben dem Departement zu handen des Staatsrates. Der letztere entscheidet, ob diese Dienstbarkeiten abzulösen sind oder nicht. Beschließt er die Ablösung, so wird der Aktenstoß und der Entscheid des Staatsrates dem im Artikel 128 des Gesetzes vorgesehenen Ausschusse zugestellt.

Art. 56. — Im Rekursfalle wird das Aktenmaterial einer zweiten Kommission überwiesen, die eine neue Wertung vorzunehmen hat. Der Staatsrat entscheidet endgültig über den Bericht dieses Ausschusses.

So beschlossen vom Staatsrate in Sitten, den 23. März 1911, um in allen Gemeinden des Kantons veröffentlicht und angeschlagen zu werden und sofort in Kraft zu treten.

Der Präsident des Staatsrates:

H. B i o l e n.

Der Staatskanzler:

R. R o t e n.

Unter dem Datum vom 21. Oktober 1911 hat der Bundesrat vorstehendes Verwaltungsreglement vom 23. März 1911 genehmigt unter der Bedingung, daß der Art. 55 des Forstgesetzes als Art. 26 bis beigefügt werde, welcher lautet:

„Die Verteilung von stehendem Holz ist in der Regel untersagt. Das Fällen, das Aufarbeiten und die Abgabe des Holzes erfolgt unter der Aufsicht und Leitung der Forstverwaltung, entweder durch einen Unternehmer, dem die Arbeit im Auftrage zugesprochen worden, oder durch die Berechtigten in gemeinschaftlicher oder gruppenweiser Arbeit.“ (Art. 10 der eidg. Vollziehungsverordnung.)

46

Beschluß

vom 9. März 1917

betreffend Verbot des Schlagens der Kastanienbäume.

(G. G. XXVI. 23)

Der Staatsrat des Kantons Wallis,

In Vollziehung des Bundesratsbeschlusses vom 23. Februar 1917;
Auf Antrag des Baudepartementes.

Beschließt:

Art. 1. — Ohne Bewilligung des Baudepartementes ist das Schlagen von Kastanienbäumen untersagt.

Art. 2. — Die Bewilligung wird nur erteilt, wenn es sich um nicht gepropfte Kastanienbäume, um dürre oder beschädigte Bäume handelt, die nicht mehr gedeihen und keine Frucht tragen, oder um solche Bäume, deren Entfernung für die Erstellung von Bauten, von Straßen, für die Ausföhrung von Arbeiten zu Bodenverbesserungen oder für die Umwandlung in Gemüsepflanzungen usw. notwendig ist.

Art. 3. — Kaufverträge betreffend Kastanienholz, das ohne Bewilligung gefällt wurde, sind nichtig. Ebenso sind nichtig solche Verträge, die vor Inkrafttreten des vorliegenden Beschlusses abgeschlossen worden sind, sofern das Holz beim Inkrafttreten des Beschlusses nicht bereits geschlagen ist.

Art. 4. — Wer Kastanienbäume, deren Schlag nicht bewilligt worden ist, fällt oder fällen läßt:

wer Holz von Kastanienbäumen, deren Schlag nicht bewilligt worden ist, kauft oder verkauft:

wer Kastanienbäume beschädigt, um sie zum Kränkeln oder Eingehen zu bringen,

wird mit Fr. 50 bis 100 für jeden Kubikmeter sowie mit Einziehen des Holzes bestraft.

Art. 5. — Unter Vorbehalt des Rekurses an den Staatsrat werden die Bußen vom Baudepartement ausgesprochen und diese dem kantonalen Aufforstungsfonds zugewiesen.

Art. 6. — Vorliegender Beschluß soll dem Bundesrate zur Genehmigung unterbreitet werden.

So beschloffen im Staatsrate zu Sitten, den 9. März 1917, um ins Amtsblatt eingerückt und Sonntag den 1. April 1917 in allen Gemeinden veröffentlicht zu werden.

Der Präsident des Staatsrates:

J. B u r g e n e r.

Der Staatskanzler:

O s w. A l l e t.

47

Beschluß

vom 19. Oktober 1917

betreffend die Versorgung mit Brennholz.

(G. S. XXVI. 121)

Der Staatsrat des Kantons Wallis,

Eingesehen den Bundesratsbeschluß vom 14. Juli 1917 und die Verfügung des eidgenössischen Departementes des Innern vom 30. Juli 1917 betreffend die Versorgung des Landes mit Brennholz;

Eingesehen die Verfügung des eidgenössischen Departementes des Innern vom 26. September;

Eingesehen den Bundesratsbeschluß vom 16. Oktober 1917 betreffend das Sammeln von Leseholz;

Auf Antrag des Forstdepartementes.

Be s c h l i e ß t :

Art. 1. — Unter der Benennung „Kantonale Zentralstelle für Brennholz“ wird ein besonderer, dem Forstdepartement angegliederter Dienstzweig geschaffen, der mit der Versorgung des Kantons mit Brennholz beladen ist.

Diese Zentralstelle ist dem kantonalen Forstamte übertragen, das zugleich den Verkehr zwischen dem Departemente und der eidgenössischen Zentralstelle vermittelt, insofern der interkantonale Handel in Betracht kommt.

Art. 2. — Der interkantonale Handel mit Brennholz untersteht der Aufsicht des Forstdepartementes, das die hiefür notwendigen Maßnahmen trifft.

Art. 3. — Insoweit der Stand der Wälder es gestattet, sind die Burgerschaften verpflichtet, den Holzbedarf für den öffentlichen Dienst (Verwaltungsgebäude, Schulen, Gasfabriken usw.) sowie für die Haushaltungen der Bürger zu decken.

Sie haben den Munizipalitäten auch das für die Haushaltungen von wohnsässigen Nichtburgern nötige Holz zur Verfügung zu stellen.

Art. 4. — Burgerschaften, deren Wälder größere Ausbeute liefern als zu ihrem Gebrauche notwendig ist, können verhalten werden, anderen Gemeinden, die Mangel an Brennholz haben, auszuhelpen.

Ebenso sind sie verpflichtet, der kantonalen Zentralstelle das von der eidgenössischen Zentralstelle verlangte Quantum Holz zur Verteilung an andere Kantone zu liefern.

Das Departement bestimmt den Beitrag, der im Verhältnis zur Ausdehnung und zum Ertrag der Wälder gefordert wird.

Art. 5. — Zu diesem Behufe und in Abänderung der Bestimmungen des Art. 54 des Forstgesetzes betreffend die Nachhaltigkeit der Wälder kann der Staatsrat in den öffentlichen Wäldern außerordentliche Schläge sowie eine weitere Austeilung von Losholz für die Bedürfnisse der Haushaltungen anordnen.

Jedoch soll die Mehrausbeute durch Verminderung von späteren Schlägen ausgeglichen werden.

Art. 6. — Die Gemeinden und Privaten sind gehalten, den Ertrag des in den Wäldern verfügbaren Brennholzes (beschädigtes Rundholz, Lichtungs- und Säuberungsschläge) zu vermehren und nach Möglichkeit alle Abfälle von Schlägen nutzbar zu machen.

Art. 7. — Zu diesem Zwecke soll die Erstellung von weiteren Waldwegen wirksam gefördert und durch Zuwendung der im Gesetze vorgesehenen Beisteuern erleichtert werden.

Art. 8. — Im Notfalle und wenn die Arbeitskräfte wirklich fehlen sollten, kann der Staatsrat in jeder Gemeinde, die für die

Holzarbeiten geeignete Mannschaft in genügender Anzahl aufbieten und die für den Transport notwendigen Zugkräfte requirieren.

Art. 9. — In Abweichung von Art. 60 des Forstgesetzes, der die öffentliche Versteigerung vorschreibt, kann das Departement den Verkauf aus freier Hand von Brennholz aus öffentlichen Wäldern gestatten und, eintretenden Falles, anordnen.

Art. 10. — Ohne vorherige Bewilligung des Forstdepartementes darf kein Verkauf von Brennholz aus Privatwäldungen abgeschlossen werden.

Art. 11. — Für die Lieferung und den Transport von Brennholz von einer Gemeinde in eine andere im Innern des Kantons bedarf es einer von der kantonalen Zentralstelle schriftlichen Bewilligung.

Für den Transport außer Kanton ist die Ermächtigung der eidgenössischen Zentralstelle erforderlich.

Diese Bestimmung ist auch auf Holzkohle anwendbar.

Art. 12. — Für jede Bewilligung von in den Handel gebrachtem Brennholz wird vom Verkäufer eine Gebühr von Fr. 0.20 per Ster verlangt, die der Staatskasse zur Deckung der Kosten der Zentralstelle einzuzahlen ist.

Art. 13. — Verträge über Lieferungen von Brennholz unterliegen der Genehmigung des Forstdepartementes; das nämliche gilt für Verträge, die vor Inkrafttreten dieses Beschlusses abgeschlossen wurden, aber nicht vollzogen sind. Sie können aufgehoben werden, wenn sie einer richtigen Verteilung von Brennholz zuwiderlaufen.

Art. 14. — Zum Zwecke, die richtige Verwendung zu ordnen und die Bestimmungen festzusetzen, kann der Staatsrat die Beschlagnahme des gefällten Brennholzes verfügen.

Art. 15. — Für das in den Handel gebrachte Brennholz sind nachfolgende Höchstpreise zu beobachten.

a) Buchen- und anderes Hartholz	per Ster Fr. 25—30
b) Nadelholz	" " " 21—28
c) Alles andere Holz	" " " 16—23
d) Nadelholzscharten	" " " 16—23

Die Knüppel müssen mindestens 7 Ctm. Durchmesser haben.

Normalwellen von 1 Meter Länge und 1 Meter Umfang:

a) Buchen und anderes Hartholz	das 100 Fr. 90
b) Nadelholz	" " " 70
c) Schartenwellen	" " " 60
d) Alles andere Holz	" " " 60

Die Preise verstehen sich für gesundes Holz erster Qualität, regelrecht aufgeschichtet.

Für minderwertige Ware sind die Preise entsprechend herabzusetzen. Wenn das Holz im Walde verkauft wird, tritt eine Preisermäßigung im Verhältnis der Transport- und Verladekosten ein.

Art. 16. — Sowohl den Bauern als den Nichtbauern ist das Leeseholzsammeln für den Eigenbedarf in allen Wäldern des Kantons unentgeltlich gestattet.

Als Leeseholz im Sinne dieses Beschlusses gilt nur das am Boden liegende, natürlich abgestorbene oder nach vollendeter Räumung der Schläge zurückgebliebene Holz.

Art. 17. — Das Sammeln von Leeseholz auf den Schlagflächen und auf den durch Wind- und Schneebruch beschädigten Stellen ist erst nach vollzogener Räumung derselben gestattet.

Art. 18. — Wer diesem Beschlusse oder den einschlägigen eidgenössischen Verfügungen zuwiderhandelt, wird mit Geldbuße bis auf Fr. 20 000 oder mit Strafe bis zu 3 Monaten Gefängnis geahndet.

Die beiden Strafen können verbunden werden. In besonderen Fällen kann die Konfiskation des Brennholzes verfügt werden.

Der Staatsrat spricht die Strafen aus; eintretenden Falles kann er die Ueberweisung an die Strafgerichte verordnen.

Der erste Abschnitt des Bundesgesetzes vom 4. Februar 1853 über das Bundesstrafrecht der schweizerischen Eidgenossenschaft findet Anwendung.

Der Ertrag der Bußen wird dem kantonalen Aufforstungsfonds zugewiesen.

Art. 19. — Dieser Beschluß tritt nach dessen Genehmigung durch die eidgenössische Zentralstelle in Kraft.

So beschlossen im Staatsrate zu Sitten den 19. Oktober 1917, um ins Amtsblatt eingerückt und in allen Gemeinden des Kantons veröffentlicht und angeschlagen zu werden.

Der Präsident des Staatsrates:

J. Kuntzsch n.

Der Staatskanzler:

Dsm. Allet.

48

Beschluß

vom 12. November 1918.

betreffend den land- und forstwirtschaftlichen Viegenverkehrsverkehr.

(G. S. XXVI. 273)

Der Staatsrat des Kantons Wallis.

In Vollziehung des Bundesratsbeschlusses von 23. September 1918;

Nach Einnahme der landwirtschaftlichen Genossenschaften;

Eingesehen insbesondere den Art. 11 des genannten Beschlusses;

Erwägend, daß die in diesem Beschlusse vorgesehenen Einschränkungen für Wallis nicht notwendig sind;

Auf Antrag des Departementes des Innern,

Be s c h l i e ß t:

Einziger Artikel. — Die Anordnungen des Bundesratsbeschlusses vom 23. September 1918 sind für das Gebiet des Kantons Wallis nicht anwendbar.

So gegeben im Staatsrate zu Sitten, den 12. November 1918, um in's Amtsblatt eingerückt und Sonntag, den 17. November 1918, in allen Gemeinden des Kantons veröffentlicht zu werden.

Der Präsident des Staatsrates:

Dr. H. Seiler.

Der Staatskanzler:

D s w. Allet.

49

Forstgesetz

vom 22. Februar 1919

betreffend die Verproviantierung mit Brennholz.

(G. G. XXVI. 289)

Der Staatsrat des Kantons Wallis.

Eingesehen den kantonalen Beschluß vom 19. Oktober 1917;

Eingesehen die Verfügung des eidgenössischen Departementes des Innern vom 14. Dezember 1918 betreffend Festsetzung neuer Höchstpreise für den Handel mit Brennholz;

Auf Antrag des Forstdepartementes:

Be s c h l i e ß t:

Art. 1. — Der Art. 15 des kantonalen Beschlusses vom 19. Oktober 1917 ist widerrufen.

Art. 2. — Für den Handel mit Brennholz im Innern des Kantons sind nachstehende Höchstpreise zu beobachten:

A. Für Brennholz von 7 und mehr Ctm. Durchmesser.

a) Buchen- und anderes Hartholz Fr. 25.— bis 34.— per Ster;

b) Nadelholz Fr. 21.— bis 30.— per Ster;

c) für alles andere Holz Fr. 16.— bis 25.— per Ster.

Nur Holz von 14 Zentimetern am dünnern Ende darf aufgespalten werden.

Die Prügel müssen mindestens 7 Zentimeter Durchmesser haben. Ungespaltenes Holz von 14 und mehr Zentimeter Durchmesser ist gleich wie Spalten zu werten.

Für Prügelholz unter 7 Zentimeter Durchmesser tritt eine Preisreduktion nach dem bisher üblichen Preisunterschied ein.

B. Für 100 Normalwellen (1 M. Länge, 1 M. Umfang).

Bis das Dreifache der obigen Sterpreise.

Für kleinere Wellen ist der Ansaß entsprechend niedriger zu wählen.

C. Abfallholz aus Industrie und Gewerbe.

1. Schwarten: a) Hartholz Fr. 23.— bis 28.— per Ster;
b) Nadelholz Fr. 16.— bis 25.— per Ster.
2. Schwartenwellen (1 m lang, 1 m Umfang Fr. 50.— bis 70.— per Hundert.
3. Sägemehl Fr. 8.— per Kubikmeter oder Fr. 32.— per Tonne.
4. Anderes Abfallholz: a) Hartholz Fr. 18.— bis 22.— per Ster.
b) Nadelholz Fr. 13.— bis 17.— per Ster.

Art. 3. — Die Preise verstehen sich für gesundes, in gesetzlichen Maßen aufgerüstetes Holz, franko verladen auf der nächsten Bahnstation.

Für geringere Ware sind die Preise entsprechend herabzusetzen.
Beim Verkauf im Walde ermäßigt sich der Preis um die üblichen Fuhr- und Verladefkosten.

Art. 4. — Die anderen Bestimmungen des Beschlusses vom 19. Oktober 1917 bleiben in Kraft.

Art. 5. — Der vorliegende Beschluß tritt sofort in Kraft.

So beschloffen im Staatsrate zu Sitten, den 22. Februar 1919, um ins Amtsblatt eingerückt und Sonntag den 2. März 1919 in allen Gemeinden des Kantons veröffentlicht zu werden.

Der Präsident des Staatsrates:

Dr. H. Seiler.

Der Staatskanzler:

D s w. Allet.

50

Beschluß

vom 21. Juni 1919

denjenigen vom 9. März 1917 betreffend Verbot des Schlagens von Kastanienbäumen widerrufend.

(G. G. XXVI.318)

Der Staatsrat des Kantons Wallis,
Eingesehen den Bundesratsbeschluß vom 23. Mai 1919;
Auf Antrag des Forstdepartementes,

Beschließt:

Einziger Artikel. — Der kantonale Beschluß vom 9. März 1917 betreffend Verbot des Schlagens von Kastanienbäumen ist widerrufen.

So beschloffen im Staatsrate zu Sitten, den 21 Juni 1919, um in allen Gemeinden des Kantons veröffentlicht zu werden.

Der Präsident des Staatsrates:

E. Delacoste.

Der Staatskanzler:

D s w. Allet.

Gehaltserhöhung der Revierförster

Am 3. Oktober 1919 beschloß der Staatsrat die Erhöhung der Gehälter der Revierförster um 30% rückwirkend auf den 1. Januar 1919.

Staatsratsbeschluß

betreffend die Bildung neuer Forstkreise
vom 10. Oktober 1919.

Der Staatsrat genehmigt einen Botschaftsentwurf zur Erlangung der notwendigen Kredite für die Bildung neuer Forstkreise, d. h. zur Erhöhung der Zahl der Kreis-Forstinspektoren von 6 auf 10 vom Jahre 1920 an.

Beschluß des Großen Rates
vom 18. November 1919

Entsprechend der Vorschläge der Kommission, vom Jahre 1920, die Zahl der Kreis-Forstinspektoren von 6 auf 10 zu erhöhen, wird Eintreten auf das nachgesuchte Begehren beschlossen und der dafür verlangte Kredit bewilligt.

Das Schlagen von Kastanienbäumen

Am 3. Juli 1920 beschloß der Staatsrat, in Anwendung des Art. 1 des Forstgesetzes und des Art. 702 des Schweiz. Zivilgesetzbuches und 186 des Ausführungsgesetzes des S. J. G. B., die Kastanienwälder der Forstverwaltung zu unterstellen. Es ist folglich jeder Schlag von Kastanienbäumen, ohne vorherige Bewilligung der Forstverwaltung und Anzeichnung, verboten. Diese Bewilligung ist von den Stempelgebühren entbunden.

Beschluß

vom 30. November 1920,
in Aufhebung der Art. 16 und 17 des Beschlusses vom 19. Okt. 1917
betreffend das Sammeln von Feschoolz.
(G. S. XXVII. 132)

Der Staatsrat des Kantons Wallis.

Eingesehen den Bundesratsbeschluß vom 15. Oktober 1920 bezüglich Aufhebung der Bestimmungen betreffend die Versorgung des

Landes mit Brennholz und Erteilung von Befugnissen an Kantone, welche unter Mangel an Brennholz leiden, neue Vorschriften zu erlassen;

Eingesehen den Bundesratsbeschuß vom 26. Oktober 1920 in Aufhebung der Bestimmungen betreffend Sammeln von Leeseholz;

Erwägend, daß im Kanton kein Holz-mangel herrscht;

Auf Antrag des Forstdepartementes,

Beschließt:

Art. 1. — Die Artikel 16 und 17 des kantonalen Beschlusses vom 19. Oktober 1917 betreffend Sammeln von Leeseholz sind am 1. Januar 1920 aufgehoben.

Art. 2. — Die übrigen Bestimmungen des kantonalen Beschlusses betreffend Versorgung des Landes mit Brennholz sind am 1. Januar 1921 aufgehoben.

So beschloffen im Staatsrate zu Sitten den 30. November 1920, um ins Amtsblatt eingerückt und in allen Gemeinden des Kantons veröffentlicht zu werden.

Der Vize-Präsident des Staatsrates:

J. B u r g e n e r.

Der Staatskanzler:

O s w. A l l e t.

55

Verordnung

vom 10. Oktober 1922

betreffend Verbot des Weidganges für Kleinvieh im Aletschwald.

(G. S. XXVII. 368)

Der Staatsrat des Kantons Wallis,

Eingesehen das allgemeine Interesse, das der Aletschwald vom Standpunkt des Forstwesens als auch in ästhetischer Hinsicht bietet, wie auch Art. 19 des Forstgesetzes und Art. 186 des Zivilgesetzbuches (Einführungsgesetz) betreffend den Schutz der Landschaft;

Eingesehen den Bericht des Forstamtes, wonach Maßnahmen zu treffen sind, um dieses Naturdenkmal, das auf schweizerischem Gebiete einzigartig ist, zu schützen;

Eingesehen die Opfer, welche von den Gemeinden Nid-Mörel und Bitsch, den Miteigentümern des genannten Waldes, gebracht wurden;

Eingesehen anderseits die Weigerung der Gesellschaft für Naturschutz, wonach diese trotz dringendem Ersuchen eine finanzielle Hilfe ablehnt,

Verordnet:

Der Weidgang für Kleinvieh ist in dem Aletschwald, von der Niederfurka aufwärts, strengstens verboten.

Für die Gemeinden Ried-Mörel und Bitsch wird, entsprechend dem Art. 21 des Forstgesetzes, eine Ziegenherde gebildet, die unter Aufsicht eines verantwortlichen Hirten gestellt wird.

Die Lasten dieser Aufsicht (jährlicher Gehalt des Hirten) werden vom Staate getragen und zwar bis zum Höchstbetrug von Fr. 300.—.

Das Forstdepartement ist mit der Vollziehung dieser Verordnung betraut.

Gegeben im Staatsrate zu Sitten, den 10. Oktober 1922, um beim Beginn des Weidganges im Frühjahr 1923 in Kraft zu treten.

Der Präsident des Staatsrates:

J. Kuntzen.

Der Staatskanzler:

Dsw. Allet.

56

Instruktionen

für die Betriebseinrichtung öffentlicher Waldungen
vom 24. August 1923.

Einleitung.

Bei der Aufstellung von Wirtschaftsplänen muß der dreifachen Aufgabe Rechnung getragen werden, die der Wald in bezug auf Schutz, Holzproduktion und Aesthetik zu erfüllen hat.

Der Wirtschaftsplan soll Methode in die forsttechnische Behandlung der Wälder bringen, damit jene den den örtlichen Verhältnissen entsprechenden, höchstmöglichen Ertrag liefern.

Der Wirtschaftsplan bestimmt:

- a) die Art der Behandlung eines Waldes (Betriebsart, Art der Nutzung;
- b) für eine gewisse Anzahl von Jahren (Periode) den Ort und den Umfang der zu führenden Schläge.

Mittels eingehender Prüfung der lokalen Bedürfnisse und des Holzhandels im allgemeinen, des Klimas, des Bodens, sowie der bestandesbildenden Holzarten und jener, die in Zukunft zur Bestandesbildung herbeigezogen werden sollen. Durch die Bestandesaufnahmen und anderer zur Verfügung stehender Mittel muß sich der mit der Aufstellung des Wirtschaftsplanes betraute Forstbeamte Rechenschaft geben können über die zu produzierenden Sortimente, und das wirtschaftliche Alter der Bestände. Dieses gibt Anhaltspunkte zur Festlegung der Umtriebszeit, d. h. desjenigen Zeitraumes, der nach menschlichem Ermessen zur vollständigen Erneuerung der im Wirtschaftsplan einbezogenen Wälder notwendig ist.

Der Betriebseinrichter darf nicht unterlassen, sich Rechenschaft zu geben, inwieweit sich die Bestandesmasse als ein an Zins und Zinseszins liegendes Kapital entwickelt. Demnach wird er das günstigste

Verhältnis zwischen den verschiedenen Holzarten und Stärkeklassen bestimmen. Durch richtige Ausnützung der Bodenkkräfte, der atmosphärischen Einflüsse und des Lichts, muß der größtmögliche Zuwachs zu erreichen getrachtet werden.

Für den Hochwald soll von allen Betriebsarten Umgang genommen werden, die das Waldkapital schwächen (Kahlschläge). Es sollen im Gegenteil diejenigen Methoden Anwendung finden, die auf die natürliche Bestandesgründung hinielen (Femelschlagbetrieb, Plenterbetrieb).

Es ist nicht notwendig, daß das Quantum der jährlichen Schläge immer gleich groß sei, vielmehr ist vorzuziehen, den Etat neu für eine ganze Periode festzusetzen, und dem Forstbeamten die Möglichkeit zu lassen, den Umfang der jährlichen Schläge nach Maßgabe der Holzbegehren, des Holzmarktes usw. zu bestimmen.

Der Wirtschaftsplan wird nur dann seine volle Wirkung ausüben, wenn eine genaue Kontrolle über die ausgeführten forstlichen Operationen und besonders über die Nutzungen stattfindet. Diese Kontrolle wird an Hand der dem Wirtschaftsplan beigegebenen Tarife und Formulare ausgeübt.

I. Einleitende Bestimmungen.

Art. 1. — Die Aufstellung der Wirtschaftspläne sowie der Revisionen soll in der Regel Sache der Kreisforstinspektoren sein. Ausnahmsweise können diese Arbeiten auch Taxatoren, die im Besitze des eidg. Wählbarkeitszeugnisses sind oder Forstkandidaten übertragen werden. Diese erhalten die notwendigen Instruktionen vom Kreisforstinspektor, in dessen Kreis die Wirtschaftsplanarbeiten ausgeführt werden. Der Gang der Arbeiten wird ebenfalls von diesem überwacht.

Art. 2. — Das Forstdepartement setzt auf Antrag des Kreisforstinspektors die Reihenfolge fest, nach welcher die Wirtschaftspläne über die Gemeindewaldungen aufgestellt werden müssen.

Art. 3. — Nach Prüfung der Verhältnisse der einzurichtenden Wälder unterbreitet der Taxator dem Kantonsforstinspektor einen Entwurf, der Aufschluß gibt:

- a) ob ein definitiver oder ein nur summarischer Wirtschaftsplan in Frage kommt;
- b) über die Einteilung;
- c) über die Art der Einrichtung und die zukünftige Bewirtschaftung des Waldes;
- d) über die auszuführenden Bestandesaufnahmen;
- e) über die Wahl der Umtriebszeit.

Dieser Entwurf wird an Ort und Stelle in Gegenwart des Kantons- und Kreisforstinspektors, des Taxators und des Waldbesitzers oder seines Vertreters besprochen.

II. Vermärkung.

Art. 4. — Bevor die Wirtschaftsplanarbeiten fortgesetzt werden, ist die Vermärkung zu prüfen. Sie soll den kantonalen Vorschriften entsprechend ausgeführt sein.

Auf den Plänen werden die Nummern der Grenzsteine durch kleine, aufrechte arabische Zahlen in roter Farbe eingetragen.

III. Pläne.

Art. 5. — In den Gemeinden mit Katastervermessung dient eine Kopie des Katasterplanes als Grundlage der Betriebseinrichtung. Sie ist, wenn nötig, zu ergänzen und wird zur Herstellung des Uebersichtplanes verwendet, der alle im Wirtschaftsplan behandelten Wälder enthält. Dieser Plan ist im Maßstab 1:2000 bis 1:10 000 herzustellen. Er darf weder gefaltet noch in Teilstücke zerschnitten werden, seine Fläche soll jedoch 1 m² nicht überschreiten. Er enthält die Vermessung und die dazu gehörige Numerierung, Terrainrücken, Felsbänder und -partien, Schutthalden, Rutschgebiete, Tobel; Quellen, Bäche, Sümpfe; Steinbrüche, Ruinen; Zäune, Straßen, Wege, Fußpfade; Seil- und andere Riesen; die Lokalnamen.

Die Hochwaldungen sind auf dem Plan grün gekennzeichnet, die Niederwaldungen grau, die Wytweiden gelb, die summarisch bewirtschafteten Waldungen hellrot. Die Farbentönung besteht in einem Streifen, der innerhalb der Grenzlinie des Eigentums oder der Serie und dieser entlanglaufend angebracht wird.

Die Eigentumsgrenzen (Gesamtgebiet der im Wirtschaftsplan behandelten Wälder) werden durch einen ausgezogenen, schwarzen Strich gekennzeichnet; die Betriebsklasse durch einen roten, breiten und punktierten Strich; die Abteilung durch einen roten, ausgezogenen Strich. Die Betriebsklasse wird mit roten, großen römischen Buchstaben, die Abteilung mit roten arabischen Zahlen bezeichnet.

Art. 6. — Jedem Wirtschaftsplan wird eine Kopie des Uebersichtplanes beigelegt. Sie ist im Format des Wirtschaftsplanes zu falten, und enthält in Tabellenform den Flächeninhalt jeder Abteilung.

Weitere Kopien des Planes werden aufgezogen und in Taschenformat gefaltet dem Forstpersonal und weiteren Interessenten zur Verfügung gestellt.

Art. 7. — Bei Gemeindewaldungen, für welche ein Katasterplan noch nicht existiert, wird eine Vergrößerung der topographischen Karte angefertigt. Sie wird nötigenfalls korrigiert und durch den Tagator gemäß Art. 5 vervollständigt.

IV. Einleitung.

Art. 8. — Alle Waldungen eines Eigentümers sind in ein und denselben Wirtschaftsplan einzuschließen.

Art. 9. — Die zu bewirtschaftenden Wälder können in mehrere Betriebsklassen eingeteilt werden.

Die Betriebsklasse (Serie) umfaßt alle Wälder mit gleicher Bewirtschaftung, Umtriebszeit und ähnlicher Lage.

Art. 10. — Die Betriebsklasse zerfällt in Abteilungen. Die Abteilung wird als Einheit behandelt und bildet die feste unteilbare Grundlage der Betriebseinrichtung. Alle auszuführenden Operationen beziehen sich auf die ganze Abteilung.

Jede Abteilung erhält eine Nummer und einen Lokalnamen.

Man bestimmt für jede Abteilung getrennt den Holzvorrat, den Zuwachs und den Etat. Ebenso wird die Schlagkontrolle für jede Abteilung getrennt geführt. In der Regel soll der Flächeninhalt der Abteilung 30 ha nicht überschreiten. Ausnahmsweise, und für besonders begründete Fälle (Fehlen von natürlichen Grenzen, Wälder von geringem Wert) kann von dieser Bestimmung abgewichen werden.

Art. 11. — Bestandesverschiedenheiten innerhalb einer Abteilung werden auf dem Terrain nicht begrenzt; sie finden nur Erwähnung in der speziellen Beschreibung.

Art. 12. — Betriebsklassen und Abteilungen sollen, wenn immer möglich, natürliche Grenzen besitzen (Bäche, Wege, Geländerippen, Riesen). Die künstlichen Grenzlinien sind ständig offen zu halten.

Den künstlichen und den nicht scharf markierten natürlichen Grenzen entlang bringt man die die Bezeichnung der Betriebsklassen und Abteilungen darstellenden Buchstaben und Zahlen an sorgfältig zu wählenden Randbäumen in Zwischenräumen von 50—200 Meter und in den Eckpunkten an.

Art. 13. — Man berechnet oder schätzt die Fläche des produktiven und des unproduktiven Bodens. Beim ersteren unterscheidet man zwischen Waldboden und landwirtschaftlich benutztem Boden.

Die Auscheidung von unproduktivem Boden erfolgt nur dann, wenn seine Fläche mindestens 2% der Gesamtfläche der Abteilung beträgt.

Wege, Wildbäche, Riesen mit weniger als 5 Meter Breite werden nicht als unproduktiv ausgeschieden.

Art. 14. — Die einmal getroffene Einteilung kann nur anlässlich der Revisionen und nur in dringenden Fällen geändert werden.

V. Ermittlung des Holzvorrates.

Art. 15. — Der Holzvorrat wird ermittelt:

- a) in Hochwäldern durch Kluppieren aller Stämme von 16 cm und mehr Brusthöhendurchmesser, nach Holzarten getrennt;
- b) in Mittelwäldern durch Kluppieren der Ueberständler von 16 cm und mehr Brusthöhendurchmesser.

Art. 16. — Die Durchmesser werden über der Rinde und nur in einer, d. h. der bergseitigen Stellung gemessen. Sie werden auf 2 cm genau abgelesen, und entsprechen derjenigen geraden Zahl, die sich zunächst dem beweglichen Arm der Kluppe befindet und durch diesen nicht verdeckt wird.

Die Meßstelle wird am Baum mit einem Reißer durch einen wagrechten Strich bezeichnet.

Art. 17. — Die Masse des stehenden Holzes berechnet sich für jede Abteilung mittelst Tarifen, die vorliegenden Instruktionen beigegeben sind.

Wenn in einer Abteilung eine Holzart nur schwach vertreten ist (3—5%), wird sie bei der Massenberechnung mit jener Holzart vereinigt, deren Formzahl sie sich am meisten nähert.

Der angenommene Tarif muß auch bei der Revision benützt werden.

Art. 18. — Der Holzvorrat wird in drei Stärkeklassen eingeteilt:

Schwaches Holz 16—26 cm

Mittelstarkes Holz 28—38 cm

Starkes Holz 40 cm und mehr.

Die Masse des nicht kluppierten Holzes wird bei der Vorratsermittlung nicht berücksichtigt.

VI. Allgemeine Beschreibung.

Art. 19. — Jeder Wirtschaftsplan enthält nur eine allgemeine Beschreibung, die so kurz als möglich zu fassen ist.

In der allgemeinen Beschreibung sollen folgende Punkte behandelt werden (eventuell für jede Betriebsklasse gesondert):

- a) Lage, Meereshöhe, Himmelsrichtung, Neigung;
- b) Fläche, Verkäufe, Ankäufe und Tausch von Waldungen. Grenzberreinigungen, Vermessung und Waldpläne. Ursprung des Besitzums, Dienstbarkeiten;
- c) Klima, Charakter der Jahreszeiten, Regen, Winde;
- d) Holzarten und ihre Vertretung;
- e) Frühere Behandlung, Umwaldungen, Kulturmaßnahmen, Holzausbeutung, Zusammenfassung der früheren Nutzungen, Nebennutzungen;
- f) Gegenwärtiger Zustand, Holzvorrat, Zuwachsverhältnisse, Stärkeklassenverhältnis, Mischung der Holzarten, Bestockung, Zustand der Kulturen, Wirkung der ausgeführten Operationen.

VII. Zukünftige Bewirtschaftung.

Art. 20. — Dieses Kapitel enthält allgemeine Bestimmungen und behandelt die nachfolgenden Punkte, indem die getroffenen Maßnahmen begründet und, wenn nötig, Vorschläge für Verbesserungen und Änderungen gemacht werden:

- a) Betriebsart (Hochwald, Niederwald, Mischweiden);
- b) Bewirtschaftung (Plenterwald, Niederwald, geplenterter Niederwald, Mittelwald);
- c) Einteilung (Betriebsklassen, Abteilungen);
- d) Holzarten;
- e) Umtriebszeit;
- f) Nutzung, Aufrüstung, Verkauf;
- g) Räumung der Schläge, Wege;
- h) Verjüngung;
- i) Kulturmaßnahmen (Forstgärten, Pflanzungen, Reinigungshiebe, Läuterungshiebe, Durchforstungen), Gräben, Verbauungsarbeiten;
- k) Regelung des Weidganges und der Streunutzung.

VIII. Flächenverzeichnis.

Art. 21. — Es wird nach Formular A ein Flächenverzeichnis der Betriebsklassen und Abteilungen hergestellt, das sich auf die bestehenden Pläne stützt.

IX. Spezielle Beschreibung.

Art. 22. — Die spezielle Beschreibung jeder Abteilung ist nach Formular B abzufassen.

X. Berechnung des Etat.

Art. 23. — a) In Hochwäldungen (Form. C) stützt sich der Etat lediglich auf den durch Auszählung ermittelten Vorrat.

Für die erstmalige Aufstellung des Wirtschaftsplanes wird er nach der Formel von Mantel:

$$E = \frac{V}{0,6 U} \quad (V = \text{Vorrat}) \\ (U = \text{Umtriebszeit})$$

bestimmt. Der so ermittelte Etat ist zu kontrollieren, indem berechnet wird, wieviel % (Nutzungsprozent) des Vorrates er darstellt. Die Höhe dieses Nutzungsprozentes richtet sich nach dem Gesamtzustand der Abteilung und hauptsächlich nach der Verteilung des Vorrates auf die Stärkeklassen.

Folgendes Verhältnis (in % der Gesamtmasse) wird allgemein als günstig angenommen:

20 (schwaches Holz), 30 mittelstarkes Holz, 50 (Starkholz).

In der Regel soll der Abgabesatz 2 % des Vorrates nicht übersteigen.

Der Tagator unterwirft die erhaltenen Resultate einer eingehenden Prüfung. Er kann sie gegebenenfalls modifizieren.

Er setzt von vornherein einen Normalvorrat in Rechnung, d. h. denjenigen Vorrat, den er in jeder Abteilung zu erreichen sucht. Dieser Normalvorrat schwankt den Verhältnissen entsprechend zwischen 100—300 Kubikmeter pro Hektar.

Der Etat der Hochwälder berechnet sich getrennt für jede Abteilung.

- b) Der Etat der Niederwälder berechnet sich, indem man jeder Periode Flächen gleichen Ertrages zuweist.
- c) Im Mittelwald ermittelt man den Etat des Oberstandes nach Auszählung der Oberständer wie im Hochwald.

XI. Bewirtschaftung der Wntweiden.

Art. 24. — Für die Bewirtschaftung der Wntweiden werden Abteilungen gebildet, deren Grenzen mit denjenigen der Weiden zusammenfallen.

Alles darauf befindliche Holz (Gruppen und Einzelbäume) wird ausgezählt und das Bestockungsprozent berechnet, das die Betriebseinrichtung aufrechterhalten soll.

Diese Wälder werden übrigens nach den gleichen Grundsätzen bewirtschaftet wie die Hochwälder. Die Nutzungskontrolle hat in gleicher Weise zu geschehen wie bei den eigentlichen Wäldern. Mit Rücksicht auf die Schwierigkeit, mit der sich die dem Weidgang ausgelegten

Parzellen verjüngen, muß der berechnete Etat um 10—20 % reduziert werden.

Art. 25. — Bei der Bewirtschaftung der Wntweiden sollen die Interessen der Land- und Forstwirtschaft dadurch in Einklang gebracht werden, daß der letzteren hauptsächlich die weniger fruchtbaren, steilen und exponierten Partien zugewiesen werden. Dagegen wird man bestrebt sein, den Weidgang — gemäß den Bestimmungen des Art. 19 des kantonalen Forstgesetzes — in den eigentlichen Wäldern vollständig aufzuheben.

XII. Summarischer Wirtschaftsplan.

Art. 26. — Handelt es sich um Wälder von geringem Wert oder um solche, die eine regelmäßige Bewirtschaftung nicht gestatten oder rechtfertigen (ungenügende Abfuhrmöglichkeit, abgelegene Wälder), so werden die Einrichtungsarbeiten vereinfacht und abgekürzt, soweit dies angängig ist. Man wird sich im allgemeinen darauf beschränken, einen Nutzungsplan für das nächste Dezennium aufzustellen, der sich auf eine tunlichst genaue Taxation stützt. Man fügt dem summarischen Wirtschaftsplan einen Plan des Waldes bei.

XIII. Holznutzungskontrolle.

Art. 27. — Die Nutzungskontrolle ist für jede Abteilung getrennt und genau zu führen.

Die Nutzungen werden in spezielle Formulare (Formular D) eingetragen, die dem Wirtschaftsplan in genügender Zahl beizugehen sind.

Sämtliches Holz bis zum Mindestdurchmesser von 16 cm in Brusthöhe muß bei seiner Anzeichnung in genau gleicher Weise fluppiert werden wie bei der Auszählung (Kapitel V—16). Seine Masse ist in der Nutzungskontrolle als Hauptnutzung zu buchen.

Die in die Nutzungskontrolle einzutragende Masse berechnet sich in genau gleicher Weise und unter Anwendung der gleichen Tarife wie bei der Ermittlung des Holzvorrates.

Die von nicht fluppiertem Holz (unter 16 cm Durchmesser) herührende Masse wird als Zwischennutzung betrachtet und ist im Etat nicht inbegriffen.

Für die summarisch eingerichteten Abteilungen wird die Kontrolle mittelst Einmessung am liegenden Holz geführt.

XIV. Revisionen.

Art. 28. — Der Wirtschaftsplan ist alle 10 Jahre einer Revision zu unterziehen.

Art. 29. — Die Revisionen vollziehen sich nach den Vorschriften für die Aufstellung von Wirtschaftsplanen und unter Verwendung der gleichen Formulare. Sämtliche Operationen und Berechnungen

müssen genau nach dem gleichen Verfahren, und unter Verwendung der gleichen Grundlagen ausgeführt werden. Es werden bei den Revisionen für jede Abteilung dieselben Tarife angewendet wie bei der Aufstellung des Wirtschaftsplanes.

Die Revision umfaßt:

- a) die Kontrolle der Grenzen und der Vermessung;
- b) die Bereinigung der Flächeninhalte;
- c) die Bereinigung und ausnahmsweise Aenderung der Einteilung;
- d) die notwendig gewordenen Korrekturen, Aenderungen und Ergänzungen in der allgemeinen wie speziellen Beschreibung;
- e) die Kluppierung der Abteilungen;
- f) einen Vergleich des gegenwärtigen Zustandes des Waldes mit demjenigen zur Zeit der Erstellung des Wirtschaftsplanes oder der letzten Revision;
- g) eine Erörterung der Angaben und Annahmen des Wirtschaftsplanes, verglichen mit den während der verflossenen Periode tatsächlich erreichten Resultaten;
- h) die Zuwachsberechnung, gestützt auf die Vergleichung des Anfangsvorrates mit dem gegenwärtigen Vorrat, unter Anwendung der Formel:

$Zw = Ve + N - Va$, wobei

Zw = Zuwachs,

Ve = Endvorrat,

Va = Anfangsvorrat,

N = Hauptnutzung (Form. F) bedeutet;

- i) eine Revision des Etat, wobei der Zuwachsberechnung, dem Zuwachsprozent, der prozentualen Zusammensetzung der Abteilung bezüglich Holzarten, sowie dem anzustrebenden Normalvorrat Rechnung getragen werden muß.

Gestützt auf diese Erwägungen wird der Betriebseinrichter entscheiden können, ob der Vorrat zu erhöhen oder zu vermindern ist und welche Veränderungen am gegenwärtigen Zustande vorzunehmen sind;

Der Normalvorrat und das Zuwachsprozent müssen weiterhin Gegenstand der Untersuchung sein, da ihr Wert nicht im vornherein mit absoluter Sicherheit festgestellt werden kann;

- k) Vorschläge betreffend Nutzungen, Kulturen und weiterer Verbesserungen, die während der nächsten Periode auszuführen sind.

XV. Prüfung und Genehmigung der Wirtschafts-pläne.

Art. 30. — Der Taxator unterbreitet die beendigte Wirtschaftsplanarbeit dem Kreisforstinspektor zur Prüfung und Begutachtung.

Dieser übermittelt die Arbeit mit Vorschlägen dem Kantonsforstinspektor. Beizulegen sind:

- a) Auszählungsprotokoll;
- b) ein Gesamtplan der im Wirtschaftsplan enthaltenen Wälder.

Nach der Prüfung und eventuellen Korrektur werden die als verwendbar anerkannten Arbeiten dem Kreisforstinspektor zurückgesandt, und durch diesen der interessierten Gemeinde oder Korporation unterbreitet.

Die von den Gemeindebehörden oder Korporationen angenommenen Wirtschaftspläne werden, nachdem sie an den Kreisforstinspektor zurückgesandt sind, von diesem dem Forstdepartement übermittelt, welches die Wirtschaftspläne genehmigt und durch den Regierungsrat in Kraft setzen läßt.

XVI. Aufstellung und Inkrafttreten der Wirtschaftspläne.

Art. 31. — Der Taxator muß seine Arbeit in zwei Exemplaren abliefern, wovon eines dem Besitzer des Waldes zuzustellen, das andere im Archiv des Kreisforstamtes zu deponieren ist.

Art. 32. — Auszählungsprotokoll und andere Schriftstücke, die zur Aufstellung des Wirtschaftsplanes dienen, sind im Archiv des Kreisforstamtes zu hinterlegen.

Jede Wirtschaftsplanarbeit umfaßt:

1. Einen Gesamtplan der bewirtschafteten Waldungen gemäß den Ziffern 5, 6 und 7. Dieser Plan ist im Archiv der Gemeinde zu hinterlegen.
2. Den Text und die Tabellen, die gemäß den Vorschriften der Kapitel VI—XI aufzustellen sind. Sie sind in zwei Exemplaren anzufertigen, im Format der Tabellen, und sollen mit Pappdeckel gebunden und mit Luchrücken versehen sein. Text und Tabellen müssen in der, durch die Instruction festgesetzten Reihenfolge zusammengestellt werden.

Auf dem ersten Blatt wird der Auschnitt aus der topographischen Karte aufgeklebt, auf welchem sich die bewirtschafteten Wälder finden, und welche gemäß den Vorschriften der Ziffer 5 zu kolorieren sind, mit dem Unterschied, daß die Farbe auf der ganzen Fläche aufzutragen ist.

3. Einen Auszug aus dem Auszählungsprotokoll auf Formular E.

Art. 33. — Die Wirtschaftspläne treten jeweilen auf den 1. Januar in Kraft. Die Nutzungen, die zwischen der Taxation und dem Inkrafttreten gemacht werden, sind in Rechnung zu ziehen.

Art. 34. — Die mit der Aufstellung von Wirtschaftsplänen beauftragten Forstinspektoren haben für ihre Arbeit auf dem Terrain Anrecht auf die gesetzlichen Taggelder, welche vom Staat entrichtet werden.

Die Kosten für Vermessung, Planaufnahmen, Kopien, Einbinden der Pläne und des Textes, sowie die Auslagen für die Gehilfen fallen zu Lasten des Eigentümers.

XVII. S c h l u ß b e s t i m m u n g e n.

Art. 35. — Diese Instruktionen treten sofort in Kraft.

Der Staatsrat des Kantons Wallis genehmigt die vorliegende Instruktion in der Sitzung des heutigen Tages.

Sitten, den 24. August 1923.

Der Präsident des Staatsrates:

d e C h a s t o n a y.

Der Staatskanzler:

D s w. A l l e t.

Das eidg. Departement des Innern genehmigt die Instruktion für die Betriebseinrichtung der öffentlichen Wälder des Kantons Wallis vom 24. August 1923.

Bern, den 17. Oktober 1923.

Der Vorsteher

des eidg. Departements des Innern:

C h u a r d.

Maßentafel

Tarife für die Massenberechnung bei der Erstellung von Wirtschaftsplänen und zur Führung der Nutzungskontrolle.

Durchmesser in Brusthöhe (1 m 30)	Tarif I (Mittleres Längenwachstum)			Tarif II (Geringes Längenwachstum)		
	Maße in m ³			Maße in m ³		
	Fichte	Lärche	Föhre	Fichte	Lärche	Föhre
16	0.10	0.10	0.05	0.05	0.10	0.05
18	0.15	0.15	0.10	0.10	0.15	0.08
20	0.20	0.20	0.15	0.15	0.20	0.12
22	0.30	0.25	0.20	0.20	0.25	0.15
24	0.40	0.35	0.25	0.25	0.30	0.20
26	0.50	0.45	0.30	0.30	0.35	0.25
28	0.60	0.55	0.35	0.35	0.40	0.30
30	0.70	0.65	0.45	0.40	0.45	0.35
32	0.80	0.75	0.55	0.50	0.50	0.40
34	0.90	0.85	0.65	0.60	0.55	0.45
36	1.05	0.95	0.75	0.70	0.60	0.50
38	1.20	1.05	0.85	0.80	0.70	0.60
40	1.35	1.15	0.95	0.90	0.80	0.70
42	1.50	1.25	1.05	1.—	0.90	0.80
44	1.65	1.35	1.15	1.10	1.—	0.90
46	1.80	1.45	1.30	1.20	1.10	1.—
48	1.95	1.55	1.45	1.30	1.20	1.10
50	2.10	1.65	1.60	1.45	1.25	1.20
52	2.25	1.75	1.75	1.60	1.35	1.35
54	2.40	1.85	1.90	1.75	1.45	1.50
56	2.60	2.—	2.05	1.90	1.55	1.65
58	2.80	2.15	2.20	2.05	1.65	1.80

Durchmesser in Brusthöhe (1 m 30)	Tarif I (Mittleres Längenwachstum)			Tarif II (Geringes Längenwachstum)		
	Maße in m ³			Maße in m ³		
	Fichte	Lärche	Föhre	Fichte	Lärche	Föhre
60	3.—	2.30	2.40	2.20	1.75	1.95
62	3.20	2.45	2.60	2.35	1.85	2.10
64	3.40	2.60	2.80	2.50	1.95	2.25
66	3.60	2.75	3.—	2.70	2.05	2.40
68	3.80	2.90	3.20	2.90	2.20	2.55
70	4.—	3.05	3.40	3.10	2.35	2.70
72	4.20	3.20	3.60	3.30	2.50	2.90
74	4.45	3.40	3.80	3.50	2.65	3.10
76	4.70	3.60	4.05	3.70	2.80	3.30
78	5.—	3.80	4.30	3.90	2.95	3.50
80	5.30	4.—	4.55	4.10	3.10	3.70
82	5.60	4.25	4.80	4.35	3.30	3.90
84	5.90	4.50	5.10	4.60	3.50	4.10
86	6.20	4.75	5.40	4.85	3.70	4.30
88	6.50	5.—	5.70	5.10	3.90	4.50
90	6.80	5.25	6.—	5.35	4.10	4.70
92	7.10	5.50	6.30	5.60	4.30	4.90
94	7.45	5.75	6.60	5.85	4.50	5.10
96	7.80	6.—	6.90	6.10	4.70	5.30
98	8.15	6.25	7.10	6.40	4.90	5.60
100	8.50	6.50	7.40	6.70	5.10	5.90

Bemerkungen:

1. Der Tarif I bezieht sich auf die Bestände mit gutem und mittlerem Wachstum; der Tarif II auf solche mit geringem Wachstum.
2. Die Massentafeln geben nur den Kubikinhalte des Derbhölzes an.
3. Für die Weisstanne wird der Tarif Fichte angewendet.
4. Für Arve und Laubhölzer wird der Tarif Föhre angewendet.
5. In der Regel benutzt man für eine Betriebsklasse nur einen Tarif; auf alle Fälle aber nur einen Tarif innerhalb einer und derselben Abteilung.

Höhentabelle

Durchmesser in Brusthöhe (1 m 30)	Tarif I (Mittleres Längenwachstum)			Tarif II (Geringes Längenwachstum)		
	Höhe in m			Höhe in m		
	Fichte	Lärche	Föhre	Fichte	Lärche	Föhre
16	12	12	10	7	10	8
18	14	13	11	9	11	9
20	15	14	12	10	12	10
22	16	16	13	11	13	10
24	17	17	13	12	14	11
26	18	18	14	13	14	11
28	19	19	14	13	15	11
30	20	20	15	14	15	12
32	21	21	15	14	16	12
34	22	21	16	15	16	12
36	22	22	16	15	16	13
38	23	22	17	16	17	13
40	23	23	17	16	17	13
42	24	23	17	16	17	13
44	24	23	18	17	18	14
46	24	24	18	17	18	14
48	25	24	18	17	18	14
50	25	24	19	18	19	14
52	25	25	19	18	19	15
54	25	25	19	18	19	15
56	26	25	19	18	19	15
58	26	25	20	19	19	15

Durchmesser in Brusthöhe (1 m 30)	Tarif I (Mittleres Längenwachstum)			Tarif II (Geringes Längenwachstum)		
	Höhe in m			Höhe in m		
	Fichte	Lärche	Föhre	Fichte	Lärche	Föhre
60	26	26	20	19	20	15
62	26	26	20	19	20	15
64	27	26	20	19	20	16
66	27	26	20	20	20	16
68	27	27	21	20	20	16
70	27	27	21	20	20	16
72	28	27	21	20	21	16
74	28	27	21	21	21	16
76	28	27	21	21	21	16
78	28	27	22	21	21	16
80	29	28	22	21	21	16
82	29	28	22	22	21	17
84	29	28	22	22	22	17
86	29	28	22	22	22	17
88	30	28	22	22	22	17
90	30	28	23	23	22	17
92	30	28	23	23	22	17
94	30	28	23	23	22	17
96	31	28	23	23	22	17
98	31	28	23	24	22	17
100	31	28	23	24	22	17

Anstellung von Forsteinrichtern

Am 11. Mai 1928 beschließt der Staatsrat, das Forstdepartement zu ermächtigen, vorübergehend Forsteinrichter anzustellen, um die Erstellung der Wirtschaftspläne zu beschleunigen.

Anstellung für die Dauer von 6 Monaten. Gehalt Fr. 400.—, alles inbegriffen.

Dienstreglement für die Revierförster

(G. G. XXX. 160)

Der Staatsrat des Kantons Wallis

B e s c h l i e ß t :

1. Bildung der Forstreviere.

Art. 1. — Die Einteilung der Forstkreise in Forstreviere, sowie deren Größe wird durch den Staatsrat festgesetzt. (Art. 79 des Forstgesetzes und Art. 2 des Forstreglementes.)

2. Ernennung der Revierförster.

Art. 2. — Die Revierförster werden nach Anhörung der Gemeinden vom Staatsrate auf die Dauer von 4 Jahren ernannt. Infolge schweren Verschuldens oder unzulänglicher Dienstverrichtung können sie jederzeit entlassen werden.

Die Kandidaten müssen mit Erfolg einen Forstkurs besucht haben und im Besitze eines Fähigkeitsausweises sein. (Art. 83 des Forstgesetzes.)

Bei ihrem Amtsantritt werden die Revierförster durch die Regierungstatthalter vereidigt.

3. Pflichten und Obliegenheiten der Revierförster.

a) I m a l l g e m e i n e n .

Art. 3. — Die Revierförster müssen alle Pflichten, die ihnen durch die eidgenössische und kantonale Gesetzgebung betreffend die Wälder und die Jagd, sowie durch das gegenwärtige Reglement überbunden sind, genau erfüllen und haben im besonderen die Erhaltung der Wälder zu wahren, über die sie die Aufsicht haben.

Sie müssen jederzeit zur Verfügung des Kreisforstinspektors stehen und sich dessen Befehlen und Anweisungen pünktlich fügen. Auf sein Verlangen müssen sie ihn auf seinen Waldbegehungen begleiten und in allen Forstarbeiten unterstützen, als da sind: Anzeichnen, Taxa-

tionen, Vermessungen und Aufstellung von Wirtschaftsplänen, Aufzuchtungsprojekte, Verbauungs- und Begarben. Sie haben ihn ein-
tretenden Falls in dieser Tätigkeit, sowie bei Holzversteigerungen zu
vertreten.

Jeder Revierförster muß die in den verschiedenen Kreisen organi-
sierten Wiederholungskurse, zu deren Teilnahme er aufgefordert wird,
besuchen.

Art. 4. — Der Revierförster darf weder einen Beruf noch öffent-
liche Ämter ausüben, durch die er in seinem Dienste auch nur teil-
weise gehindert würde.

Die Uebnahme anderer Arbeiten oder Anstellungen ist ihm nur
mit Bewilligung des Forstdepartementes gestattet. Der Handel mit
Holz oder die Beteiligung bei demselben, die Beteiligung an Holzaus-
beutungen sowie an Arbeiten, deren Kontrolle ihm obliegt, sind dem
Revierförster untersagt. Er kann in Holzverkaufsfakten weder als
Käufer noch als Bürge figurieren.

Art. 5. — Der Revierförster muß innerhalb seines Reviers
wohnen. Er darf dasselbe ohne Bewilligung des Kreisforstinspektors
nicht für länger als 3 Tage verlassen. Bei einer Abwesenheit von
mehr als 10 Tagen schlägt er die zu seiner Stellvertretung nötigen
Maßnahmen vor.

Art. 6. — Beim Dienstantritt erhält der Revierförster von sei-
nem Vorgänger oder vom Forstinspektor die Waldhammer der Ge-
meinden, die Gesetze und Reglemente betreffend das Forstwesen, die
Register, die Dienstbücher, die Waldkarten und Auszüge der Wirt-
schaftspläne sowie die zum Revier gehörenden Geräte und Instru-
mente. Er muß über diese Gegenstände ein Inventar führen, sie sorg-
sam aufbewahren und sie in gutem Zustande seinem Nachfolger weiter-
geben. Er ist ganz besonders verantwortlich für die Benutzung der
Waldhammer der Gemeinden, die er in Verwahrung hat.

Art. 7. — Der Revierförster hat die Pflicht, sich mit allen in
seinem Revier gelegenen Waldungen und den Verhältnissen, welche
deren Besitz, Servitude, Behandlung, Pflege, Holzabfuhr usw. betreffen,
aufs genaueste bekannt zu machen.

Um Waldfrevel vorzubeugen und dieselben zu kontrollieren, muß
er in allen Wäldern seines Reviers häufige Rundgänge machen. Die
Zahl und der Zweck dieser Rundgänge kann je nach Bedürfnis ver-
schieden sein. Es muß aber wöchentlich mindestens ein
Rundgang gemacht werden.

Der Revierförster unterzieht ferner die Eigentumsgrenzen der
öffentlichen Wälder alle drei Jahre einer Revision.

Art. 8. — Dem Revierförster obliegt die Aufsicht und die Ver-
antwortung über die ihm unterstellten Gehilfen. Im Falle offen-
kundiger Nachlässigkeit und Verfehlungen setzt er den Forstinspektor
in Kenntnis. Am Ende eines jeden Verwaltungsjahres erstattet er
dem Forstinspektor Bericht über die Tätigkeit der Gehilfen während
des Jahres.

Art. 9. — Innert 8 Tagen nach Ablauf eines jeden Trimesters erstatten die Revierförster einen Bericht an den Kreisforstinspektor und ein Doppel desselben an jede Gemeindeverwaltung ihres Reviers. Dieser Bericht erwähnt: den Zeitpunkt der gemachten Rundgänge, den Namen des Waldes, die Anzeichnungen, in Ausführung begriffene Holzschläge, Kulturen, Wege und andere Arbeiten, die aufgenommenen Strafverbale, Schäden, Unfälle oder andere Ereignisse, welche die Wälder oder die Jagd betreffen, sowie den Zustand, in dem sich die ausgeführten Arbeiten befinden. Sie führen zu diesem Zwecke ein Dienstbuch oder Tagebuch, das die vorerwähnten Feststellungen enthält und das auf Verlangen oder im Falle des Dienstwechsels dem Forstinspektor auszuhändigen ist.

Bis spätestens zum 10. Januar eines jeden Jahres fertigen sie auf hiezu bestimmten Formularen einen zusammenfassenden Bericht aus betreffend die Verteilungsschläge, den finanziellen Ertrag, die Pflanzschulen und Kulturen, die Verbauungs- und Wegarbeiten, die aufgenommenen Strafverbale und die ausgesprochenen Bußen.

b) In bezug auf die öffentlichen Wälder.

Art. 10. — Der Revierförster leitet die Vermarchungsarbeiten gemäß der Verordnung vom 18. April 1892 und den Weisungen des Kreisforstinspektors.

Er kontrolliert den Zustand der Vermarchung und ersetzt die fehlenden Marksteine unter Beiziehung beider Anstößer wieder.

Er wacht über die Erhaltung der Abteilungslinien sowie über die in den Waldungen sich befindenden Triangulationspunkte.

Art. 11. — Der Revierförster führt einen ihm vom Kreisforstinspektor zugestellten Auszug der Wirtschaftspläne der öffentlichen Wälder seines Reviers auf den Tag nach.

Art. 12. — Für jede Gemeinde, die einen endgültigen Wirtschaftsplan besitzt, führt der Revierförster ein Heft, in das er die in 1,3 m Höhe gemessenen Durchmesser der von ihm kontrollierten Hölzer nach Abteilungen und Holzart getrennt, einträgt. (Angezeichnetes und Frevel-Holz.)

Am Ende eines jeden Trimesters wird dieses Heft dem Forstinspektor zugestellt.

Die in Gegenwart des Inspektors gemachten Anzeichnungen werden durch diesen letztern kontrolliert.

Art. 13. — Der Revierförster erstellt jährlich die Liste der Nutzholz-Bezüger mit der Menge und der Bestimmung des für jeden einzelnen bewilligten Holzes.

Er kontrolliert alljährlich mit Hilfe dieser Liste die Verwendung des Holzes gemäß Art. 21 des Forstreglementes.

Am Ende des Jahres unterbreitet er diese Liste mit den Registern dem Forstinspektor zur Ueberprüfung.

Art. 14. — Bei Fällung und Transport des Holzes sorgt der Revierförster für möglichste Schonung des Jungwuchses und des bleibenden Bestandes; er sorgt ferner für die genaue Einhaltung der Schlag-

und Räumungstermine und anderer in der Schlagbewilligung festgelegter Bedingungen.

Nach der Fällung, aber noch vor dem Abtransport des Holzes, hat er die Ausführung des Schlages an Ort und Stelle zu prüfen, das Holz zu messen und das Quantum in sein Heft einzutragen. Bevor diese Eintragung stattgefunden hat, darf kein Holz aus dem Walde abgeführt werden.

Art. 15. — Der Revierförster führt unter der Aufsicht des Kreisförsters die Reinigungs- und Lichtungshiebe.

Er leitet die Kulturarbeiten (Pflanzschulen und Pflanzungen), Begarben und andere forstliche Arbeiten. Er ist für die gute Ausführung dieser Arbeiten verantwortlich und sorgt für deren guten Unterhalt.

Art. 16. — Die Revierförster üben eine sorgfältige Kontrolle über das Sammeln von Dürholz aus, bewachen genau die Ausübung des Weidanges. Sie verhindern jede nicht bewilligte Entfernung von Gras, Streue, Erde, Kies, Harz und anderer Nebenprodukte des Waldes und sie erstatten über die Zuwiderhandelnden Bericht.

In Wäldern, auf denen Nutznießungsrechte lasten, sorgen sie dafür, daß die Nutznießer sich keines Mißbrauches zuschulden kommen lassen und daß sie sich auf die Ausübung ihrer Rechte beschränken.

c) In bezug auf die Privatwälder.

Art. 17. — Die Revierförster haben folgende Verpflichtungen:

- a) die Anzeichnung gemäß den Instruktionen des Forstinspektors und Berichterstattung an denselben am Ende eines jeden Jahres;
- b) die Sorge für die genaue Befolgung der Bedingungen der Schlagbewilligungen;
- c) die Leitung allfälliger Aufforstungen;
- d) die Ausübung der Polizei und im Falle von Freveln oder Zuwiderhandlungen die Einleitung der notwendigen Untersuchungen.

4. Ausübung der Forstpolizei.

Art. 18. — Die Revierförster sind verpflichtet, über die Beachtung und genaue Vollziehung der Gesetze und Forstreglemente, Instruktionen und Verordnungen streng zu wachen.

Sie sind ebenfalls verpflichtet, alle von ihnen selbst, außerhalb ihres Reviers festgestellten Waldsrevel zur Anzeige zu bringen.

Art. 19. — Jede Zuwiderhandlung gegen die in Kraft bestehenden Gesetze und Reglemente von Seite der Gemeinden, Gemeinschaften oder Einzelner muß der Forstbehörde angezeigt werden.

Art. 20. — Im Falle einer Zuwiderhandlung oder eines Vergehens handelt der Revierförster gemäß den Vorschriften des Art. 41 ff. des Forstreglementes vom 23. März 1911. Er nimmt genau Kenntnis von der Zahl, dem Umfang und dem Werte des entzogenen Holzes und verfolgt, so gut es ihm möglich ist, die Spuren. Entdeckt er im Walde selbst oder in der Umgebung Holz oder andere Produkte des

Waldes von Wert, die sträflicher Weise entfernt wurden, so beschlagnahmt er diese Gegenstände.

Wenn eine Hausdurchsuchung notwendig wird, muß der Revierförster gemäß Art. 110 des Forstgesetzes die Mitwirkung des Gemeindevorstehers in Anspruch nehmen und bei bewohnten Häusern jene des Instruktionsrichters.

Art. 21. — Das Waffentragen kann vom Forstdepartement denjenigen Revierförstern gestattet werden, die diesbezüglich ein begründetes Gesuch stellen.

Art. 22. — Der Revierförster kann die Unterstützung der benachbarten Förster in Anspruch nehmen. Jeder vereidigte Revierförster ist verpflichtet, Mithilfe zu leisten.

Art. 23. — Die Revierförster, die es unterlassen haben, Zuwiderhandlungen oder Vergehen, die ihnen bekannt sind, anzuzeigen, werden mit einer Ordnungsbüße von Fr. 10 bis Fr. 100 bestraft.

Bei Rückfall oder schweren Vergehen und andauernder Nachlässigkeit können sie überdies während einer bestimmten Zeit in ihrer Tätigkeit eingestellt werden oder es kann ihre Entlassung erfolgen.

Art. 24. — Der Revierförster hat Waldbeschädigungen nach Kräften vorzubeugen und, wo dies erfolglos bleibt, die geeigneten Maßregeln zu treffen.

Um die Gefahr des Feuerausbruches zu verhindern, ist er für die genaue Beachtung der Vorschriften der Art. 15 und 16 des Forstgesetzes besorgt und wacht darüber, daß in den Wäldern oder in ihrer Nähe nicht in unbedächtiger Weise oder ohne Notwendigkeit Feuer angezündet werde.

Beim Ausbruch eines Waldbrandes begibt er sich mit allen Arbeitern, die er zusammenbringen kann, sofort an Ort und Stelle und leitet im Einverständnis mit der Gemeindeverwaltung bis zur Ankunft des Kreisforstinspektors, dem unverzüglich Bericht zu erstatten ist, die notwendigen Löschmaßnahmen.

Es ist den Revierförstern untersagt, den Ort zu verlassen, bevor das Feuer vollständig ausgelöscht ist, und Maßnahmen zur Verhinderung eines neuen Feuerausbruches getroffen wurden.

Bei Verheerungen, die durch Wind, Schnee, Erdrutsche, Lawinen, Insekten usw. angerichtet wurden, hat der Revierförster den Eigentümer des Waldes und den Kreisforstinspektor zu benachrichtigen.

Trifft der Revierförster in den dem Vieheintrieb geschlossenen Waldungen weidendes Vieh, so belegt er es mit Beschlagnahme und nimmt über den durch den unerlaubten Weidegang entstandenen Schaden sofort ein Strafverbal auf.

5. Aufsicht über die Jagd.

Art. 25. — Die Revierförster sind verpflichtet, über die Beachtung und genaue Ausführung der Gesetze, Reglemente, Instruktionen und Verordnungen betreffend die Jagd eine strenge Aufsicht auszuüben.

Sie müssen alle von ihnen, selbst außerhalb ihres Reviers gehörig festgestellten Jagdrevier zur Anzeige bringen.

Sie müssen ebenfalls dafür sorgen, daß ihre Untergebenen, die Forstgehilfen, die gleiche wirksame Aufsicht ausüben. Sie erteilen ihnen zu diesem Zwecke die notwendigen Befehle zur Ausübung der Jagdpolizei.

6. Entschädigung.

Art. 26. — Die Revierförster haben neben dem Gehalt das Anrecht auf eine Entschädigung von Fr. 7 pro Tag für die im Art. 14, Alinea 2, des Forstreglementes vorgesehenen Forstarbeiten, nämlich: für die Verkaufsschläge, die Aufforstungsprojekte, Verbauungsarbeiten und Wegebau, Vermessungen, Wirtschaftspläne und für die außer der hiezu bestimmten Zeit vorgenommenen Anzeichnungen von Verteilungsschlägen, sowie für alle Arbeiten in Privatwäldern.

7. Schlußbestimmungen.

Art. 27. — Das gegenwärtige Reglement widerruft die „Dienstinstruktion“ vom Juli 1882 und tritt sofort in Kraft.

So beschloffen im Staatsrat zu Sitten, den 25. Juni 1928.

Der Präsident des Staatsrates:

P. de Cocatrix.

Der Staatskanzler:

R. de Preug.

59

Beschluß

vom 19. Juli 1928

betreffend Verbot, in den Wäldern zu rauchen und zu feuern.

(G. G. XXX. 182)

Der Staatsrat des Kantons Wallis,

Eingesehen die Gefahr, welche die andauernde Trockenheit für die Wälder bildet;

Auf Antrag des Forstdepartementes,

beschließt:

Art. 1. — Es ist verboten, sowohl in privaten als öffentlichen Wäldern zu rauchen und Feuer anzuzünden.

Art. 2. — Jede Uebertretung dieses Verbotes zieht eine Strafe von Fr. 20.— bis 200 nach sich, die durch den Regierungstatthalter auszusprechen ist. Der Rekurs an den Staatsrat bleibt vorbehalten.

Art. 3. — Das Forstpersonal, die Wildhüter und die Beamten der Kantons- und Gemeindepolizei sind beauftragt, über die Befolgung dieses Beschlusses zu wachen.

So beschlossen im Staatsrate zu Sitten, den 19. Juli 1928, um ins Amtsblatt eingerückt und in allen Gemeinden des Kantons am Sonntag, den 22. Juli, veröffentlicht zu werden.

Der Präsident des Staatsrates:

B. de Cocatrix.

Der Staatskanzler:

R. de Preug.

60

Beschluß

vom 7. September 1928

**betreffend die Organisation von Wiederholungskursen
für im Dienst stehende Revierförster.**

(G. S. XXX. 195)

Der Staatsrat des Kantons Wallis,

Eingesehen den praktischen Wert, die Tätigkeit des Subalternen, seit mehreren Jahren in den verschiedenen Zweigen im Dienste stehenden Forstpersonals anzuregen und dasselbe besonders mit den neuen Vorschriften und Verpflichtungen betreffend die Ausarbeitung und Ausführung der Wirtschaftspläne, sowie die Aufsicht über die Jagd vertraut zu machen;

Eingesehen die Art. 9 und 41 des eidgenössischen Forstgesetzes und 24 der Vollziehungsverordnung,

Auf Antrag des Forstdepartementes,

Beschließt:

Art. 1. — Mit der finanziellen Unterstützung der Eidgenossenschaft werden nach bestimmten Zeitabschnitten Wiederholungskurse für die im Dienste stehenden Revierförster organisiert.

Art. 2. — Der Besuch ist für alle mindestens seit 2 Jahren im Dienste stehenden Revierförster obligatorisch. Eine Ausnahme bilden immerhin diejenigen, deren Rücktritt oder Nichtwiederwahl unmittelbar bevorsteht.

Art. 3. — Diese Kurse dauern 10 Tage, und mit ihrer Leitung sind vom Departemente bezeichnete Kreisforstinspektoren betraut.

Art. 4. — Die Anzahl der Schüler darf in der Regel 20 pro Kurs nicht übersteigen.

Art. 5. — Die den Lehrern gewährten Entschädigungen und die Anschaffungen von Instruktionsmaterial fallen zu Lasten der Eidgenossenschaft.

Art. 6. — Die Unterkunft für die Schüler wird vom Kanton unentgeltlich gewährt, dagegen werden die Ausgaben für die Verköstigung zwischen dem Staate und den beteiligten Gemeinden verteilt.

Art. 7. — Das Forstdepartement wird mit der Vollziehung des gegenwärtigen Beschlusses betraut.

So beschlossen im Staatsrate zu Sitten, den 7. September 1928, um ins Amtsblatt des Kantons eingerückt zu werden.

Der Präsident des Staatsrates:

P. de Cocatrix.

Der Staatskanzler:

R. de Preurg.

61

Beschluß

vom 29. März 1929.

betreffend die Schaffung von Forstgärten.

(G. S. XXXI. 68)

Der Staatsrat des Kantons Wallis,

Willens die Aufforstung kahler Gebiete zu fördern und ihr Gelingen dadurch zu sichern, daß dem Forstpersonal das notwendige Kulturmateriel einheimischer Herkunft zur Verfügung gestellt werden kann;

Eingesehen die Vorschriften der Artikel 9 und 10 des Forstgesetzes vom 11. Mai 1910;

Auf Antrag des Forstdepartementes,

Beschließt:

Art. 1. — In jeder Gemeinde oder Gruppierung von Gemeinden werden, gestützt auf den Vorschlag des Kreisforstinspektors, ein oder mehrere Forstgärten geschaffen, die zur Heranziehung junger Waldbäume bestimmt sind.

Art. 2. — Die Gemeinden oder Burgerschaften sind gehalten, den für die auf ihrem Gebiete zu erstellenden Forstgärten notwendigen Boden sowie das zu deren Einzäunung benötigte Rundholz unentgeltlich zur Verfügung zu stellen.

Art. 3. — Der Betrieb der Forstgärten wird den Revierförstern anvertraut, die der Kanton durch die jährliche Gewährung von Prämien oder Beisteuern ermuntert.

Art. 4. — Das Forstdepartement veranstaltet jährlich einen Wettbewerb für die gute Instandhaltung der Pflanzschulen und die

ausgezeichneten Förster werden durch Prämien in Geld oder in Natura (Werkzeuge, Instrumente usw.) belohnt.

Art. 5. — Für die Saaten werden in der Regel nur Samen einheimischer Herkunft verwendet.

Art. 6. — Die Wahl der Holzarten und der Bäume, die zur Lieferung des Samens bestimmt sind, ist der Kontrolle der Kreisforstinspektoren unterworfen.

Art. 7. — Die Menge des alljährlich von den Revierförstern gesammelten Samens muß vor dem 1. April, der der Ernte folgt, den Kreisforstinspektoren angezeigt werden, welche das kantonale Forstinspektorat davon in Kenntnis setzen.

Art. 8. — Für jedes Kilogramm in gehöriger Weise kontrollierten Samens, das die Revierförster selbst gesammelt, beziehen diese die in dem Entscheid des eidgenössischen Departementes des Innern vom 16. April 1928 festgesetzten Entschädigungen. Wenn es sich um Samen handelt, der in einer Höhe von über 1200 Meter gesammelt wurde, gewährt der Kanton seinerseits überdies noch eine besondere Vergütung, die bis 50% der eidgenössischen Entschädigung betragen kann.

Art. 9. — Der Staat garantiert den Revierförstern die Abnahme der Sämlinge und verschulten Setzlinge zu einem lohnenden Preise, der in einem amtlichen Tarif festgesetzt wird.

Art. 10. — Im Frühling und Herbst, je vor der Pflanzzeit, nehmen die Forstinspektoren über die in den Forstgärten verfügbaren Sämlinge und verschulten Pflanzen ein Verzeichnis auf, das sie dem kantonalen Forstinspektorat zur Kenntnis bringen, um dann von diesem den verschiedenen Forstkreisen bekannt gegeben zu werden.

Art. 11. — Der gegenwärtige Beschluß tritt sofort in Kraft.

So beschlossen im Staatsrate zu Sitten, den 29. März 1929, um ins Amtsblatt eingerückt zu werden.

Der Präsident des Staatsrates:

P. de Cogatrig.

Der Staatskanzler:

R. de Preug.

62

Beschluß

vom 13. Mai 1929

betreffend das Sammeln von Streue.

(G. S. XXXI. 83)

Der Staatsrat des Kantons Wallis,

Eingesehen die Bestimmungen des Art. 18 des Forstgesetzes vom 11. Mai 1910 betreffend Wegnahme von Streue;

Erwägend, daß die Anwendung dieses Artikels Anlaß zu Kompetenzstreitigkeiten, die vermieden werden sollten, geben kann;

Zum Zwecke, Ordnung in die den Wäldern schädliche Ausbeutung dieses Nebenproduktes zu bringen, und dessen Gebrauch soweit als möglich zu beschränken, den Bedürfnissen der Landwirtschaft jedoch Rechnung tragend;

Auf Antrag des Forstdepartementes,

Beschließt:

Art. 1. — Die gesetzliche Regelung des Sammelns von Streue ist obligatorisch und wird in allen Gemeinden des Kantons durchgeführt werden.

Art. 2. — Zu diesem Zwecke werden die Forstinspektoren im Einverständnisse mit den Gemeindebehörden für jede Gemeinde oder Gruppe von Gemeinden ein Reglement für die Ausbeutung der Streue ausarbeiten, Reglement, das dem Staatsrate zur Genehmigung zu unterbreiten ist.

Art. 3. — Ueber das formelle Verbot hinaus, Streuevorräte anzuhäufen und die Haufen im Walde liegen zu lassen, wird dieses Reglement Anweisungen über die unter Streuebann gesetzten Wälder und die in jedem Kreise erlaubten Gebiete, sowie Vorschriften betreffend die auf dieses Produkt Berechtigten, das durch Haushaltung auszubeutende Quantum, die eventuell auferlegte Tage, das zum Sammeln unter Aufsicht des Forstpersonals festgesetzte Datum, die geduldeten Werkzeuge und Instrumente usw. enthalten.

Art. 4. — Die ausgearbeiteten Reglemente werden zugleich mit dem Wirtschaftsplan zur Genehmigung unterbreitet und der Revision unterzogen.

Art. 5. — Spätestens innert der Frist von zwei Jahren, vom Inkrafttreten dieses Beschlusses an gerechnet, muß die Regelung des Streuesammelns für alle Gemeinden, die noch nicht mit einem definitiven Wirtschaftsplane versehen sind, durchgeführt und sanktioniert sein.

Der vorliegende Beschluß tritt sofort in Kraft.

Gegeben im Staatsrate zu Sitten, den 13. Mai 1929, um im kantonalen Amtsblatt eingerückt und in allen Gemeinden des Kantons am Sonntag, den 19. Mai 1929 veröffentlicht zu werden.

Der Präsident des Staatsrates:

M. Troillet.

Der Staatskanzler:

R. de Preug.

Beschluß

vom 25. Juli 1929,

**durch welchen das Rauchen und Feuern in den Wäldern
untersagt wird.**

(G. S. XXXI, 118)

Der Staatsrat des Kantons Wallis,
Eingesehen die Gefahr, welche die Trockenheit der Sommermonate
für die Wälder bedeutet;

Auf Antrag des Forstdepartementes,

Beschließt:

Art. 1. — Während den Sommermonaten, d. h. vom 21. Juni
bis 21. September, ist es untersagt, sowohl in den Privatwäldern als
in den öffentlichen Wäldern zu rauchen oder Feuer zu machen.

Art. 2. — Jede Uebertretung dieses Verbotes zieht eine Strafe
von 10 bis 1000 Franken nach sich, die vom Regierungsstatthalter des
Bezirktes auszusprechen ist.

Der Refurs an den Staatsrat bleibt vorbehalten.

Art. 3. — Das Forstpersonal, die Wildhüter und die Beamten
der Kantons- und Gemeindepolizei sind beauftragt, über die Be-
obachtung des gegenwärtigen Beschlusses zu wachen.

Art. 4. — Der sachbezügliche Beschluß vom 19. Juli 1928 ist
widerrufen.

So beschlossen im Staatsrate zu Sitten, den 25. Juli 1929, um
im kantonalen Amtsblatte eingerückt und am Sonntag, den 28. Juli
1929, in allen Gemeinden des Kantons veröffentlicht zu werden.

Der Präsident des Staatsrates:

M. Troillet.

Der Staatskanzler:

R. de Preug.

Obligatorische Versicherung der Walдарbeiter der öffentlichen Verwaltungen und zivilrechtliche Haftbarkeit der Gemeinde.

Sitten, den 23. September 1931.

An die Gemeinde- und Bürgerverwaltungen!

Das Rundschreiben des Forstdepartementes vom 27. Juni 1930
hat nicht all den Erfolg gehabt, den man von ihm erwartete, und
es sind im Verlaufe des Herbstes 1930 neuerdings Schwierigkeiten
aufgetaucht, weil sich die Verwaltungen nicht an die erhaltenen Wei-

jungen gehalten haben. Die Schweizerische Unfallversicherungsanstalt hat die Entschädigung für Unfälle abweisen müssen, welche sich beim Aufräumen von Losholz ereignet haben, und zwar deswegen, weil die Verunfallten Eingearbeit verrichteten und nicht im Dienste der Verwaltung standen.

Um diese Frage ein für alle Mal abzuklären, halten wir es für zweckmäßig, Ihnen die Lage in bezug auf Entschädigung der Forstarbeiten durch die Schweizerische Unfallversicherungsanstalt einläßlicher auseinanderzusetzen.

I.

Die obligatorische Versicherung der Walдарbeiter der öffentlichen Verwaltungen.

Alinea 1 des Art. 19, VO. Ibis zur obligatorischen Unfallversicherung lautet wie folgt: „Läßt eine öffentliche Verwaltung forstwirtschaftliche Arbeiten ausführen, so sind die hierbei beschäftigten Angestellten und Arbeiter versichert.“

Diese Bestimmung hat nur Bezug auf öffentliche Verwaltungen und findet daher keine Anwendung auf Privatpersonen oder Unternehmungen. Die durch diese letzteren ausgeführten Arbeiten sind der obligatorischen Versicherung nur unterstellt, wenn sie bestimmte, besondere Bedingungen erfüllen, die jedoch hier nicht untersucht werden sollen, da das vorliegende im wesentlichen sich nur auf Walдарbeiten öffentlicher Verwaltungen bezieht.

Nach dem soeben angeführten Artikel sind sämtliche Forstarbeiten öffentlicher Verwaltungen der obligatorischen Versicherung unterstellt und das bei diesen Arbeiten beschäftigte Personal ist bei der Schweizerischen Unfallversicherungsanstalt in Luzern versichert, soferne die zwei nachfolgenden Bedingungen erfüllt sind:

1. Die Arbeiten müssen tatsächlich durch die öffentliche Verwaltung selbst ausgeführt werden;
2. Das dabei beschäftigte Personal muß in einem Arbeitsverhältnis zu der öffentlichen Verwaltung stehen.

Es scheint überflüssig, diese unbedingt erforderlichen Voraussetzungen noch besonders hervorzuheben, so klar ist der Inhalt des Art. 19 VO. Ibis. Und doch hat die Erfahrung gezeigt, daß sich viele Verwaltungen eine falsche Vorstellung von der Sache gemacht haben.

Eine Verwaltung führt die Arbeiten dann selbst aus, wenn sie die Arbeitsplätze bezeichnet und die notwendigen Anordnungen trifft, wenn sie den Arbeitern die Arbeit zuweist, sie einstellt und entläßt, bezahlt usw., mit einem Wort, wenn sie sich wie ein Arbeitgeber verhält und wie ein solcher befiehlt.

Das beschäftigte Personal steht im Dienste der Verwaltung, wenn es in Abhängigkeit von ihr und auf deren Rechnung arbeitet, im

Rahmen der Bestimmungen der Art. 319 bis 362 des Obligationenrechtes.

Daraus geht hervor, daß die Verwaltung niemals Arbeitgeber ist, wenn sie das Holz den Nutzberechtigten auf dem Stock zugeteilt hat und diese es dann nach eigenem Gutdünken fällen, schleifen und transportieren. Auch stehen Nutzungsberechtigte, welche unter diesen Bedingungen arbeiten, nicht in einem Arbeitsverhältnis zu der Verwaltung: sie arbeiten auf ihre eigene, persönliche Rechnung und sind daher bei der Schweizerischen Unfallversicherungsanstalt nicht versichert.

Gleich verhält es sich erst recht, wenn das Holz durch die Verwaltung an die Nutzungsberechtigten verkauft wird, selbst wenn dies zu einem niedrigeren als dem üblichen Kaufpreis geschieht.

Einzelne Verwaltungen waren der Meinung, es genüge, die Waldarbeiten bei der Anstalt anzumelden und eine Vorausprämie zu bezahlen, damit das Personal versichert sei. So haben z. B. gewisse Verwaltungen gemeldet, daß die Zubereitung des Losholzes durch im Dienste der Gemeinde stehendes Personal erfolge und sie haben auch eine Vorausprämie auf Basis der gemachten Angaben bezahlt.

In der Folge hat es sich dann aber gezeigt, daß die betreffenden Verwaltungen statt die Arbeiten durch ihre Angestellten und Arbeiter verrichten zu lassen, das Holz einfach auf dem Stock an die Nutzungsberechtigten überlassen hatten, gleich wie in der Vergangenheit, und daß sonach jeder nur auf seine eigene persönliche Rechnung arbeitete.

Die Folge davon war, daß die Unfälle, welche man versichert glaubte, es gar nicht waren, was viel Ärger, Verdruß und Streitigkeiten nach sich zog.

Die obligat. Versicherung beruht eben nicht auf einem Vertrag, sie tritt vielmehr ganz automatisch in Wirksamkeit, sobald die gesetzlichen Voraussetzungen hiezu gegeben sind. Entweder besteht sie, oder sie besteht nicht; es ist nicht dem Willen der Anstalt überlassen, gewisse Arbeiten zu versichern oder sie nicht zu versichern. Das Gesetz vom 13. Juni 1911 und die dazugehörigen Verordnungen regeln die Versicherung und die Anstalt kann sich nicht darüber hinweglegen, selbst nicht mit der Zustimmung des Arbeitgebers.

Endlich sei noch erwähnt, daß die Anstalt nicht das Recht hat, zu verlangen, daß die öffentlichen Verwaltungen ihre Forstarbeiten unter solchen Bedingungen ausführen, daß sie versichert sind. Die Anstalt hat in dieser Richtung keine Rechte, was übrigens den öffentlichen Verwaltungen des Kantons bekannt ist, die in ihrer großen Mehrheit das Holz den Nutzungsberechtigten immer auf dem Stock zugewiesen haben, das Fällen, Schleifen und Transportieren ihnen überlassend. Die Schweizerische Unfallversicherungsanstalt hat für solche Arbeiten nie Prämien erhoben und die Verwaltungen haben von sich aus sehr wohl begriffen, daß diese Personen nicht versichert waren. Der Anstalt steht es nicht zu, über die Beobachtungen der Bestimmungen des Forstgesetzes zu wachen.

Zivilrechtliche Haftung der Gemeinden bei Ausführung von Forstarbeiten.

Warum nun auf einmal diese Verwirrung, da doch die Sache bisher allseitig so gut verstanden worden ist?

Deshalb, weil eine Gemeinde unseres Kantons durch die Zivilgerichte verurteilt worden ist, den Ueberlebenden eines Bürgers, der das Opfer eines tödlichen Unfalles beim privaten Aufräumen von auf dem Stock zugewiesenem Losholz geworden ist, eine jährliche Rente zu entrichten.

Die Ueberlebenden hatten zuerst eine Klage auf Gewährung der Versicherungsleistungen gegen die Anstalt eingereicht, aber sie waren durch alle versicherungsgerichtlichen Instanzen abgewiesen worden, weil der Arbeiter, der bei der freien Ausbeutung des auf dem Stock zugewiesenen Holzes beschäftigt ist, eine private Arbeit ausführt und nicht im Dienste der Verwaltung steht, welche das Holz zugewiesen hat, sonach bei der Anstalt nicht versichert ist.

Die so mit ihren Versicherungsansprüchen abgewiesenen Hinterlassenen haben sich dann gegen die Gemeinde gewandt und haben gegen sie eine Verantwortlichkeitsklage, gestützt auf Art. 41 OR. und auf Art. 10 der Vollziehungsverordnung vom 13. März 1903, abgeändert durch Bundesratsbeschluss vom 30. November 1904 zum Bundesgesetz betreffend die eidgenössische Oberaufsicht über die Forstpolizei vom 11. Oktober 1902, erhoben.

Diese beiden Artikel haben folgenden Wortlaut:

Art. 41: „Wer einem andern widerrechtlich Schaden zufügt, sei es mit Absicht, sei es aus Fahrlässigkeit, wird ihm zum Ersatz verpflichtet. Ebenso ist zum Ersatz verpflichtet, wer einem andern in einer gegen die guten Sitten verstößenden Weise absichtlich Schaden zufügt.“

Art. 10 der Vollziehungsverordnung: „Die Abgabe sogenannter Loshölzer (Holzteile) auf dem Stock ist untersagt. Die Einzeichnung des Holzes hat durch das betreffende Forstamt, die Fällung, Aufarbeitung und Förderung des Holzes bis an die Abfuhrwege unter forstamtlicher Leitung und Aufsicht in Regie, im Afford oder durch die Losberechtigten gemeinschaftlich oder in Abteilungen zu geschehen.

Vom geschlagenen Holz hat eine Aufnahme nach seinem kubischen Inhalt stattzufinden.

Der Bundesrat kann auf Gesuche von Kantonen hin, in Berücksichtigung außerordentlicher Verhältnisse, Ausnahmen von obigen Bestimmungen gestatten.“

Der Kanton Wallis hat in seinem Forstgesetz vom 11. Mai 1910 beinahe wörtlich die Bestimmungen des Art. 10 der Eidgen. Verordnung aufgenommen, unter Beifügung der Worte „in der Regel“, so daß der Art. 55 dieses Gesetzes folgende Fassung hat: „Die Verteilung von stehendem Holz ist in der Regel untersagt. Das Fällen, das Auf-

arbeiten und die Abgabe des Holzes erfolgt unter der Aufsicht und Leitung der Forstverwaltung entweder durch einen Unternehmer, dem die Arbeit im Afford zugesprochen worden ist, oder durch die Berechtigten in gemeinschaftlicher oder gruppenweiser Arbeit.“

Diese beiden Artikel sind sonach insoweit gleichlautend, als nur durch eine besondere Ermächtigung ein Abweichen von der Regel gestattet ist.

Die Zivilgerichte, in letzter Instanz das Bundesgericht, erklärten nun die beklagte Gemeinde zivilrechtlich für den Schaden haftbar, weil sie durch die Abgabe des Losholzes auf dem Stock ohne besondere Ermächtigung gegen die oben angeführten gesetzlichen Bestimmungen verstößen und dadurch die Kläger um die gesetzlichen Versicherungsansprüche gebracht hatte.

Aus dieser Rechtsprechung ergibt sich sonach, daß die öffentlichen Verwaltungen, welche die Bestimmungen des Forstgesetzes übertreten, für Unfälle zivilrechtlich verantwortlich sind, wenn diese Uebertretungen zur Folge haben, daß der Verunfallte oder seine Angehörigen dadurch um die gesetzlichen Versicherungsleistungen gebracht werden.

Diese weitgehende Haftung der Gemeinden ist sonach vollständig unabhängig von der Versicherung: sie ist eine Warnung für die öffentlichen Verwaltungen, welche die Bestimmungen des Forstgesetzes mißachten und sich dadurch den Verpflichtungen des RUVG. entziehen wollen.

Die Arbeiten, welche die Gemeinden nach dem Rundschreiben vom 27. Juni 1930 selbst ausführen müssen, sind das Fällen, das Zubereiten und der Transport des Losholzes bis zum Abfuhrplatz.

III.

Was ist zu tun?

Die Bestimmungen des Art. 55 des kant. Forstgesetzes haben einen gemeinamen Charakter für dieses Gesetz und das RUVG. Nach Artikel 55 des kant. Forstgesetzes ist es in der Regel untersagt, das Losholz auf dem Stock zu vergeben. Fällen, Zubereiten und Abgabe müssen unter Ueberwachung und Leitung der Forstverwaltung vorgenommen werden, sei es durch einen Unternehmer, sei es durch die Nukungsberechtigten gemeinsam oder in Gruppen.

Die Beobachtung dieser Regel löst automatisch die obligatorische Versicherung aus, die ihre Wirkung entfaltet, soweit es sich um von der Verwaltung angestelltes Personal handelt, und zwar gleichgültig, ob es Nukungsberechtigte sind oder nicht. Die Lage kann anders sein, wenn es sich um Unternehmer handelt. In diesem Fall ist es gut, wenn man sich vor Inangriffnahme der Arbeit an die Anstalt um Auskunft wendet.

Die Ausführung der Forstarbeiten durch die Nukungsberechtigten oder durch Dritte, wenn sie gemeinsam oder in Gruppen geschieht und unter der Ueberwachung und Leitung der Verwaltung, schließt

das Abhängigkeitsverhältnis zwischen Arbeiter und Verwaltung in sich und läßt die obligatorische Versicherung entstehen. Man muß also nicht außer Auge lassen, daß keine dieser Bedingungen erfüllt ist, wenn das Holz auf dem Stock zugeteilt oder verkauft wird, welches auch immer der Preis sei. Denn in diesem Fall hat das Holz vor Ausführung der Arbeit den Eigentümer gewechselt und es ist nun der Eigentümer, der auf eigene Rechnung arbeitet und nicht mehr der Bürger auf Rechnung der Gemeinschaft.

Wir bemerken, daß in Bezug auf die Versicherung die rechtliche Lage die gleiche ist, ob das Holz, gestützt auf eine besondere Erlaubnis der Forstorgane oder in Uebertretung des Forstgesetzes, auf dem Stock verteilt worden ist: im einen wie im andern Fall sind die Arbeiter nicht versichert.

Nicht gleich verhält es sich aber bezüglich der zivilrechtlichen Haftbarkeit. Man wird annehmen dürfen, daß, wenn eine besondere Erlaubnis erteilt worden ist gemäß Art. 10, 3. Mlinea der Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz vom 11. Oktober 1902 betreffend die eidgenössische Oberaufsicht über die Forstpolizei, die Haftbarkeit der Gemeinde, welche im Besitze einer solchen besondern Bewilligung ist, bei Eintritt eines Unfalles nicht gegeben ist. Wenn aber die Zuteilung des Holzes auf dem Stock unter Uebertretung des Gesetzes erfolgt, so wird die Gemeinde wohl immer zur Wiedergutmachung des aus einem Unfalle entstehenden Schadens verurteilt werden.

Das Forstdepartement möchte aber jetzt schon darauf aufmerksam machen, daß besondere Bewilligungen für die Holzzuteilung auf dem Stock für das Losholz grundsätzlich nicht gegeben werden. Nur ganz besondere Fälle können ausnahmsweise geprüft und der Bundesbehörde unterbreitet werden.

Damit der Arbeiter als Angestellter oder Arbeiter der Gemeinde betrachtet werde, muß er nicht unbedingt einen *Barlohn* erhalten. Wie schon oben gesagt, finden die Art. 319 bis 362 OR Anwendung bei Prüfung der Frage, wer als Angestellter oder Arbeiter zu betrachten ist. Notwendig ist dabei vor allem, daß für die Arbeit irgend ein Entgelt gewährt werde, dessen Natur aber verschieden sein kann. So wird z. B. in einigen Gemeinden das Holz nur denjenigen zugeteilt, welche bei seiner Ausbeutung mitarbeiten: das Holz tritt hier an die Stelle des Lohnes. In andern Gemeinden können diejenigen, welche nicht bei der Ausbeutung mitarbeiten, ihr Los durch Bezahlung eines bestimmten Preises erhalten, der im allgemeinen den Herstellungskosten für ein Los entspricht. Der Preis, welcher der Losbezügler bezahlen muß, stellt in diesem Fall die Entschädigung des Arbeiters dar, der sein Los erhält, ohne etwas zu bezahlen, usw.

Endlich sei darauf hingewiesen, daß auch die freiwillige oder obligatorische Fronarbeit das Abhängigkeitsverhältnis zwischen dem Fronpflichtigen und der Verwaltung schafft. Deshalb hat die Anstalt schon in einem Rundschreiben vom 15. Mai 1922 an die öffentlichen Verwaltungen erklärt, ... daß obligatorisch versichert sind alle Personen, welche Fronarbeit leisten, gleichgültig, ob dieselbe bezahlt sei oder

nicht, unter Einschluß der Familienangehörigen und der Knechte der Fuhrleute, die bei solchen Fuhren mithelfen oder den Besitzer der Zugtiere und Wagen ersetzen. Dies alles natürlich nur, wenn die Arbeiten an sich überhaupt der obligatorischen Versicherung unterstellt sind.

Da die Geldleistungen der Anstalt in Franken ausbezahlt werden und da die Prämien ebenfalls in Franken entrichtet werden und zwar in ‰ auf den ausbezahlten Löhnen, muß in allen den Fällen, wo kein Barlohn entrichtet wird, in den Lohnlisten ein ortsüblicher Lohn eingetragen werden. In den Fällen, wo ein Barlohn bezahlt wird, muß dieser in die Lohnlisten eingetragen werden.

In allen zweifelhaften Fällen wolle man sich an die Anstalt wenden.

Im Einverständnis mit der Direktion der
Schweizerischen Unfallversicherungsanstalt:

Agentur Sitten: Deleglise.

Walliser Kant. Forstdepartement:

M. Troillet.

65

Gesetz

vom 6. Juli 1932

über die Wasserläufe.

Flößen

Art. 14. — Das Flößen von Einzelstämmen ist auf jedem Wasserlaufe, wo Schubarbeiten mit Bundes-, Staats- oder Gemeindesubsidien ausgeführt worden sind, untersagt.

In den andern Fällen kann das Baudepartement das Flößen gestatten und zu diesem Zwecke eine Gebühr erheben, die für den Unterhalt der Bäche verwendet wird.

66

Reglement

betreffend die Ausbeutung und den Verkauf des Holzes
in den öffentlichen Waldungen.

(G. S. XXXIII. 124)

Der Staatsrat des Kantons Wallis,

Eingesehen das eidg. Forstgesetz vom 11. Oktober 1902;

Eingesehen das kantonale Forstgesetz vom 11. Mai 1910 und das
Verwaltungsreglement vom 23. März 1911;

Auf Vorschlag des Forstdepartementes,

Be schließt:

Anzeichnung und Schlagkontrolle.

Art. 1. — Alle zur Fällung bestimmten Bäume müssen vorangehend angezeichnet werden. Für Pflanzen mit einem Brusthöhen-durchmesser unter 16 cm kann statt des Forsthammers der Reizer verwendet werden.

Sobald die Fällung eines Schlages beendet ist, nimmt der Revierförster die Schlagkontrolle vor. Er untersucht, ob die gefällten Pflanzen angezeichnet waren und bringt auf dem Querschnitt der kontrollierten Stöcke den Abdruck des Forsthammers an.

Ausbeutung.

Art. 2. — Alle Schläge werden nach den Vorschriften des Forstinspektors und unter Aufsicht des Revierförsters ausgeführt.

In der Regel werden die Verkaufsschläge durch den Waldbesitzer ausgeführt; der Kreisforstinspektor kann hingegen, sofern die Waldverhältnisse es gestatten, den Verkauf des Holzes auf dem Stöcke bewilligen.

Art. 3. — Der Forstinspektor setzt die Bedingungen für die Holz ausbeutung fest, unter Berücksichtigung folgender Richtlinien:

- a) Alle angezeichneten oder angerissenen Pflanzen müssen gefällt werden.
- b) Die zu fällenden Pflanzen sind sorgfältig mit der Art anzuschrotten; die Wurzelanläufe sind derart abzuheben, daß eine zylindrische Stammbasis entsteht. Die Pflanzen sind mit der Säge zu fällen. Der Schnitt ist so tief als möglich und horizontal zu führen, ohne jedoch den Abdruck des Forsthammers zu zerstören.
- c) Die Bäume sind mit allen Vorsichtsmaßregeln zu fällen, so daß sie weder bei ihrem Falle, noch beim Rücken die sie umgebenden Pflanzen, die natürliche Verjüngung oder ausgeführte Pflanzungen, beschädigen.
- d) Die Äste der gefällten Bäume sollen möglichst hart und glatt vom Schaft abgehauen werden.

Wenn der Zustand des Bestandes es erfordert, muß das Astmaterial außerhalb der Verjüngungsgruppen oder Anpflanzungen zu Haufen geschichtet werden.

- e) Das Entrinden des gefällten Holzes erfolgt den örtlichen Verhältnissen entsprechend nach den Vorschriften des Forstinspektors.

Daselbe gilt für die Schlagräumung.

- f) Pflanzen, die bei ihrem Falle den verbleibenden Bestand gefährden, müssen stehend aufgeastet werden.
- g) Die gefällten Stämme sind sofort in die verschiedenen Sortimente zu zerlegen. Die Dimensionierung der Nußholzlöße wird unter Berücksichtigung des Verwendungszweckes und der Abfuhrmöglichkeit des Holzes festgesetzt.
- h) Die Holzabfuhr ist mit aller Vorsicht auszuführen, so daß weder Boden noch Bestand beschädigt werden. Beim Holztransport sind

die vom Forstpersonal bezeichneten Wege, Erd- oder Seilriesen, oder andere hiezu bestimmte Transporteinrichtungen zu benützen.

- i) Es ist den Holzhauern verboten, ohne Bewilligung irgendwelches Holz aus den Schlägen wegzutragen.

Verteilungsschläge.

Art. 4. — Die Ausbeutung des Verteilungsholzes hat unter Aufsicht und Leitung des Forstpersonals zu geschehen; entweder durch einen Unternehmer im Afford oder durch die Nutzungsberechtigten in gemeinschaftlicher Arbeit.

Der Forstinspektor regelt die Art und Weise der Holzabgabe an die Nutzungsberechtigten.

Holzverkäufe.

Art. 5. — Die Holzverkäufe haben nach den gesetzlichen Vorschriften zu geschehen. An Stelle der Versteigerung kann der Verkauf auf dem Submissionswege treten. Die Submissionsausreibung erfolgt durch zweimaliges Einrücken im Amtsblatte.

Das Holz darf nur mit Zustimmung des Forstinspektors, dem die Eingaben zu unterbreiten sind, zugeschlagen werden.

Bleibt die Versteigerung oder Submission erfolglos, so ist der Verkauf aus freier Hand gestattet.

Das Forstdepartement ist befugt, ohne weiteres den Verkauf aus freier Hand zu gestatten, wenn diese Verkaufsart für den Waldbesitzer Vorteile bietet.

Art. 6. — Der Kreisforstinspektor schreibt die Bedingungen vor. Er bewilligt:

- a) den Verkauf von aufgerüstetem Holz;
- b) den Verkauf von stehendem Holze, mit nachheriger Einmessung; Ausbeutung durch den Verkäufer und auf Kosten desselben;
- c) den Verkauf auf dem Stocke, mit Einmessung nach der Fällung; Ausbeutung durch den Käufer und auf Kosten desselben.

Holzeinmessung:

a) Nußholz

Art. 7. — Die Holzeinmessung geschieht unter Leitung des Forstinspektors oder dessen Stellvertreters.

Der Stammdurchmesser wird unter der Rinde und übers Kreuz mit Hilfe einer Meßkluppe gemessen, auf gerade und ungerade Zentimeter genau.

Die Längenmessung erfolgt auf Dezimeter genau; ein Uebermaß von Zentimetern ist jedoch gestattet, sofern der Stamm keine vollkommene Schnittfläche aufweist.

Der Inhalt wird mit Hilfe der amtlichen Kubierungstabelle ermittelt.

b) Brennholz

Beim aufgeklästerten Holz soll ein Höhenübermaß von 5% zugegeben werden.

So beschlossen im Staatsrate, den 21. März 1933, um unverzüglich in Kraft zu treten.

Der Präsident des Staatsrates:

P. de Cocatrix.

Der Staatskanzler:

R. de Preuz.

67

Beschluß

vom 12. April 1933,

**betreffend das Verbot, trockenes Gras und Gestrüpp
in Brand zu stecken.**

(G. S. XXXIII. 131)

Der Staatsrat des Kantons Wallis,

Eingesehen die Brandgefahr und den Schaden, den das Anzünden von trockenem Gras und Gestrüpp den Pflanzen verursachen kann;

Auf Antrag des Departementes des Innern,

Beschließt:

Art. 1. — Es ist verboten, auf dem Felde, d. h. im Grunde, auf Abhängen, Felsen usw. trockenes Gras und Gestrüpp in Brand zu stecken.

Art. 2. — Jede Uebertretung dieses Verbotes zieht eine Strafe von Fr. 5.— bis 500.— nach sich, die durch das Departement des Innern ausgesprochen wird, unbeschadet der Entschädigung, die der Straffällige für den daraus entstandenen Schaden zu bezahlen hat.

Der Rekurs an den Staatsrat bleibt vorbehalten.

Art. 3. — Die Wildhüter und Förster, sowie die Kantons- und Gemeindepolizeiagenten sind beauftragt, die Befolgung dieses Beschlusses zu überwachen.

So beschlossen im Staatsrate zu Sitten, am 12. April 1933, um ins Amtsblatt eingerückt und am Sonntag, den 16. April 1933 in allen Gemeinden des Kantons veröffentlicht zu werden.

Der Präsident des Staatsrates:

P. de Cocatrix.

Der Staatskanzler:

R. de Preuz.

Beschluß

vom 5. Mai 1933,

**durch den der Aletschwald in Gemäßheit des Art. 186
des Walliser Einführungsgesetzes zum Schweiz. Zivilgesetzbuch
als absolute „Reservation“ und „Naturdenkmal“ erklärt
und unter Schutz gestellt wird.**

(G. S. XXXIII. 141)

Der Staatsrat des Kantons Wallis,

Eingesehen das Begehren des Schweiz. Bundes für Naturschutz, mit Sitz in Basel, dahingehend, daß der Kanton alle für den Schutz und die Erhaltung des Aletschwaldes notwendigen Maßnahmen treffe;

Eingesehen den Vertrag vom 21./22. April 1933, abgeschlossen zwischen dem genannten Bunde einerseits und der Bürgergemeinde Ried-Mörel und der Alpgenossenschaft Riederalp anderseits, betreffend den Schutz des genannten Waldes, Vertrag, der am 25. April 1933 vom Staatsrate genehmigt worden ist;

Eingesehen die Bestimmungen des Art. 186 des Walliser Einführungsgesetzes zum Z. G. B.;

Auf Antrag des Forstdepartementes,

Beschließt:

Art. 1. — Der Aletschwald wird in Gemäßheit des Art. 186 des Walliser Einführungsgesetzes zum Z. G. B. als absolute „Reservation“ und „Naturdenkmal“ erklärt und unter Schutz gestellt.

Art. 2. — Es ist demzufolge untersagt:

- a) darin Holz auszubeuten und Streue zu sammeln;
- b) darin Pflanzen und Blumen zu sammeln;
- c) darin jegliches Vieh laufen zu lassen.

Art. 3. — Die Ausübung der Jagd ist darin untersagt.

Art. 4. — Die im Vertrage vom 21./22. April 1933 umschriebenen Rechte der Bürgerchaft Ried-Mörel und der Alpgenossenschaft Riederalp bleiben vorbehalten.

Art. 5. — Die Kosten der Hut für das Kleinvieh gehen zu Lasten des Kantons.

Art. 6. — Zuwiderhandlungen gegen die Art. 2 und 3 dieses Beschlusses ziehen eine Geldbuße bis 500 Fr. nach sich, Buße, die vom

Forstdepartemente auszusprechen ist; der Refurs innert 10 Tagen an den Staatsrat bleibt vorbehalten.

So beschlossen im Staatsrate zu Sitten, den 5. Mai 1933, um ins Amtsblatt eingerückt zu werden.

Der Präsident des Staatsrates:
M. Troillet.
Der Staatskanzler:
R. de Preug.

69

Beschluß

vom 3. April 1936,
über den Schutz der wildwachsenden Pflanzen.
(G. S. XXXV. 39)

Der Staatsrat des Kantons Wallis,
Eingesehen den Art. 186 des Einführungsgesetzes zum Z. G. B.;
Auf Antrag des Forstdepartementes,
b e s c h l i e ß t :

Art. 1. — Das Anbieten, Kaufen, Erwerben, massenhafte Pflücken, Ausgraben wildwachsender Pflanzen im Allgemeinen und insbesondere folgender Arten ist verboten:

Eryngium alpinum	Chardon bleu	Alpen-Mannstreu
Cypripedium calceolus	Sabot de Venus	Frauenschuh
Nynphea alba	Nénuphar	Weisse Seerose
Ophrys	Ophrys (toutes esp.)	Alle Ophrysarten
Aquilegia alpina	Ancolie des alpes	Alpenakalei
Lilium croceum	Lis bulbifère	Feuerlilie
Opuntia vulgaris	Figue d'Inde	Gemeiner Feigenkaktus
Ruscus aculeatus	Fragon piquant	Stechender Mäusedorn
Ficus	Figuier	Feigenbaum
Amygdalus	Amandier	Mandelbaum
Adonis vernalis	Adonis du printemps	Frühlingsteufelsauge
Cyclamen europaeum	Cyclamen d'Europe	Zykamen
Leontopodium alpinum	Edelweiss	Edelweiss
ArtemisiaGenipi & laxa	Genepi	Walliser Edeltraute
Lychnis Flos Jovis	Lychnis, fleur Jupiter	Jupiters Lichtnelke
Primula Auricula	Primevère auricule	Felsaurikel, Fluhblüml
Lilium Martagon	Lis Martagon	Türkenbund
Saxifraga Cotyledon	Saxifrage Cotyledon	Keimblatt Steinbrech
Nigritella angustifolia	Orchis vanillé	Männertreu
Ephedra helvetica	Ephedra	Meerträubchen
Rhus cotinus	Perruquier	Perrückenbaum

In diesem Verbot eingeschlossen sind ebenfalls die Weidenkähnen und die Ardenzapfen.

Dieses Verbot erstreckt sich nicht auf die allgemein vorkommenden Pflanzenarten.

Unter „massenhaft“ versteht man in der Regel eine Menge von über 10 Pflanzen.

Art 2. — Die im Art. 1 aufgestellten Verbote gelten auch für aus andern Kantonen eingeführte wildwachsende Pflanzen der genannten Arten.

Art. 3. — Das Forstdepartement kann Ausnahmen bewilligen:

- a) zum Sammeln geschützter Pflanzen zu wissenschaftlichen Zwecken;
- b) zum Sammeln von Pflanzen, besonders von Enzianen und andern Medizinalpflanzen, zu Gewerbe- oder Handelszwecken.
Diese Bewilligungen sind nach Vortlichkeit und Menge zu begrenzen, sodaß der Fortbestand der Art gesichert bleibt;
- c) zum Einführen und Werthen von im Kanton Wallis oder in andern Kantonen geschützten Pflanzen.

Das Forstdepartement kann die Bewilligung zurückziehen, wenn die gestellten Bedingungen nicht eingehalten werden.

In Kulturen gezogene Pflanzen können frei verkauft werden. Für die aus andern Kantonen eingeführten wildwachsenden Pflanzen ist den Kontrollorganen ein Urprungszeugnis vorzulegen.

Art. 4. — Der Staatsrat kann bestimmt umgrenzte Gegenden als Pflanzenschutzgebiete erklären und darin das Pflücken aller oder bestimmter Pflanzen verbieten.

Der Staat unterstützt die Schaffung und den Unterhalt von Reservaten zum Schutze wissenschaftlich wertvoller Vegetationsgebiete.

Besonders schöne oder bemerkenswerte Bäume, seltene Pflanzen und charakteristische Wachstumsformen, deren Fortbestand gefährdet ist, sind als Naturdenkmäler gemäß Art. 702 des Z.G.B. und Art. 154 und 155 des W.E.G. zu schützen.

Art. 5. — Land- und forstwirtschaftliche Bodenverbesserungen und Nutzungen werden durch diesen Beschluß nicht betroffen.

Immerhin haben die Behörden (Baudepartement und Departement des Innern), die Arbeiten zu subventionieren haben, dem Forstdepartement von allen in Aussicht genommenen Projekten von etwelcher Bedeutung schon bei deren Vorbereitung Kenntnis zu geben.

Art. 6. — Die Polizeiorgane des Staates und der Gemeinden, das Forstpersonal, die Wild- und Flurhüter, sowie die Bergführer sind von Amtes wegen verpflichtet, Uebertretungen dieses Beschlusses dem Forstdepartement zur Anzeige zu bringen.

Das Forstdepartement wird außerdem besonders geeigneten Personen (Mitgliedern von Natur- und Heimatschutzverbänden, alpinen Vereinen usw.) für die Durchführung dieses Beschlusses die Rechte der kantonalen Polizeiorgane übertragen und ihnen Ausweiskarten verabsolgen.

Das Forstdepartement hat in Verbindung mit den andern Departementen alle zur Förderung des Naturschutzes geeigneten Maßnahmen zu ergreifen. (Berücksichtigung des Naturschutzes in den Schulen, in den Bergführer- und Polizeiausbildungskursen; Beaufsichtigung der Märkte, Publikationen; Errichtung von Verbottafeln an besonders benützten Bergstraßen, Aufstellung von Tabellen der geschützten Pflanzen; Gründung eines Naturschutzfonds usw.)

Art. 7. — Zuwiderhandlungen gegen diesen Beschluß werden nebst Schadenvergütung mit Bußen bis 200 Fr. belegt. Unerhältliche Bußen werden in Gefängnis umgewandelt. Die Strafen werden durch das Forstdepartement ausgesprochen.

Gegen die Entschiede des Forstdepartementes kann innert 20 Tagen beim Staatsrate Rekurs eingelegt werden.

Die widerrechtlich erworbenen oder feilgebotenen Pflanzen sind zu beschlagnahmen.

Ist der Fehlbare minderjährig, so haften die Personen, die verpflichtet waren, die Aufsicht zu führen, wenn sie es an der nötigen Sorgfalt in der Beaufsichtigung fehlen ließen.

Art. 8. — Der vorliegende Beschluß tritt sofort in Kraft und ist im Amtsblatte zu veröffentlichen, in allen Gemeinden des Kantons zu verlesen und daselbst, sowie in den Bahnhöfen, Postbureaux, Gasthöfen, Alpenklubbhütten und öffentlichen Betrieben der Gebirgsstationen anzuschlagen.

Der Beschluß vom 2. März 1920 ist widerrufen.

Gegeben im Staatsrate zu Sitten, den 3. April 1936.

Der Präsident des Staatsrates:

Dr. R. Loretan.

Der Staatskanzler:

R. de Preug.

70

Beschluß

vom 2. April 1938,

womit das Rauchen und Feueranfachen in den Wäldern und das Anzünden von dürrerem Gras und Gebüsch auf den Feldern verboten wird.

(G. S. XXXVI. 50)

Der Staatsrat des Kantons Wallis,

In Anbetracht der Feuergefährdung, welche die Gehölze zu vernichten droht und die Vegetation schädigt;

Auf Vorschlag des Forstdepartementes,

beschließt:

Art. 1. — Sowohl in den öffentlichen als in den privaten Wäldern ist das Anzünden von Feuern verboten. Nur das Forstpersonal und die Waldarbeiter sind berechtigt, an von der Forstverwaltung oder Ortspolizei bezeichneten Plätzen Feuer zu machen.

Art. 2. — Sowohl in den öffentlichen als in den privaten Wäldern ist das Rauchen vom 1. April bis zum 30. September verboten.

Art. 3. — Ohne die Bewilligung der Ortspolizei ist es verboten, auf den Feldern, sei es in der Ebene, an den Hängen oder Felsen usw. dürres Gras oder Gebüsch anzuzünden.

Art. 4. — Jedes Vergehen gegen die gegenwärtigen Bestimmungen wird mit einer vom zuständigen Forstdepartemente auszusprechenden Buße von Fr. 5.— bis 500.— bestraft.

Der Rekurs an den Staatsrat bleibt vorbehalten.

Art. 5. — Das Forstpersonal, die Jagdaufseher, die Flurhüter sowie die Kantons- und Ortspolizisten sind beauftragt, die Beachtung dieser Beschlüsse zu überwachen.

Die Beschlüsse vom 25. Juli 1929 und vom 12. April 1923 sind widerrufen.

Also beschlossen vom Staatsrat in der Sitzung vom 2. April 1938, um im Amtsblatt veröffentlicht und in allen Gemeinden des Kantons am Sonntag, den 10. April 1938, bekannt gegeben zu werden.

Der Vize-Präsident des Staatsrates:

A. J a m a.

Der Staatskanzler:

R. d e P r e u g.

71

Rodungsgebühren

Der Staatsrat,

Eingesehen den Art. 31 des Bundesgesetzes betreffend die eidgenössische Obergerichtsbarkeit über die Forstpolizei;

In Anbetracht des Umstandes, daß es oft vorkommt, daß der Eigentümer, welcher die Bewilligung zur Rodung einer bestockten Parzelle verlangt, nicht in der Lage ist, die von der Bundesbehörde verlangte Ersatzaufforstung auszuführen;

In der Absicht, der Landwirtschaft entgegenzukommen,

Beschließt:

Auf Ansuchen des interessierten Eigentümers und vermittelt Entscheidung einer Gebühr desselben zugunsten der kantonalen Aufforstungskasse, kann der Staatsrat den Gesuchsteller von der Verpflichtung

einer Wiederaufforstung entheben, indem er für den Gesuchsteller die Garantie übernimmt, daß im Kanton Aufforstungen ausgeführt oder beibehalten werden, die als Ersatz dienen können. Die zu entrichtende Gebühr schwankt von Fr. 0.50 bis Fr. 3.— pro Ar bestodter Fläche, welche gerodet wird, darf aber nicht weniger als Fr. 2.— betragen.

Jeder Fall wird hinsichtlich des Natur- und Landschaftsschutzes ebenfalls einer besondern Prüfung unterzogen.

Der Forstdienst ist mit der Kontrolle der geordneten Flächen und der Erstellung eines Planes für die Ersatzaufforstungen und dessen Ausführung beladen.

Sitten, den 22. März 1938.

Für getreue Abschrift

Der Staatskanzler:

R. de Preuz.

72

Auszug

aus dem Reglement über die Feuerpolizei vom 10. Mai 1938

(Feuer auf dem Felde und in den Wäldern).

(G. S. XXXVI. 82)

Art. 70. — Es ist verboten, auf dem Felde, in der Ebene, an den Hängen oder Felsen usw. dürres Gras oder Gebüsch anzuzünden.

Dieses Verbot betrifft nicht das Verbrennen von trockenen Pflanzungen und schlechtem Heu, das auf den Feldern zu Haufen geschichtet ist.

Es ist verboten, im Walde oder in unmittelbarer Nähe eines Waldes ohne Erlaubnis der Ortspolizei Feuer zu machen. Nur das Forstpersonal und die Waldarbeiter sind berechtigt, an den von der Forstverwaltung oder Ortspolizei bezeichneten Plätzen Feuer zu machen.

Das Forstpersonal, die Jagd- und Fischerei-Aufseher und die Flurhüter sind beauftragt, die Beachtung dieses Artikels zu überwachen gleich wie die Orts- und Kantonspolizisten.

Art. 71. — Freudenfeuer dürfen nur mit Erlaubnis der Ortspolizei gemacht werden. Die Ortspolizei bestimmt die Plätze, ordnet alle Vorsichtsmaßnahmen an und überwacht deren Durchführung.

Diese Erlaubnis ist nicht nötig für Freudenfeuer im Gebirge.

Art. 336. — Die Vergehen gegen obige Artikel sind Sache des Polizeigerichtes und können mit Fr. 2.— bis Fr. 50.— gebüßt werden.

Der Rekurs an den Staatsrat innert 10 Tagen bleibt vorbehalten.

Art. 344. — Sämtliche Ausführungsbestimmungen des Gesetzes über die Feuerpolizei, die diesem Reglement nicht entsprechen oder widersprechen, sind aufgehoben, namentlich:

b) Beschluß vom 25. Juli 1929, Rauchverbot und Feuerverbot in Wäldern;

- c) Kantons-Beschluß vom 12. April 1933, betreffend Feuerverbot von dürrern Gras usw. auf den Feldern;
- d) Kantons-Beschluß vom 2. April 1938 betreffend Verbot des Rauchens, der Feuerlegung in den Wäldern und an dürrern Gras und Gebüsch auf dem Felde.

73

Beschluß

vom 5. Juni 1940

betreffend den Holzhandel.

(G. S. XXXVII. 33)

Der Staatsrat des Kantons Wallis,

Eingesehen die Verordnung 1 des eidg. Volkswirtschaftsdepartements betreffend die Lebenskosten und die zum Schutze des Marktes bestimmten Maßnahmen (vom 2. September 1939);

Eingesehen das allgemeine Interesse des Landes;

Eingesehen das Dekret vom 14. November 1939 betreffend die Genehmigung der vom Staatsrate getroffenen Maßnahmen und wodurch diesem für die Zukunft besondere Vollmachten erteilt werden,

B e s c h l i e ß t :

Art. 1. — Jeder Holzhändler muß im Besitze eines Patentes sein. Die Tage dieses Patenten wird einheitlich auf Fr. 10. — festgesetzt.

Die Patente werden vom kantonalen Forstdepartement ausgestellt.

Der eingezogene Betrag wird in den kantonalen Aufforstungsfonds einbezahlt.

Art. 2. — Jede Holzausbeutung außerhalb des Kantons ist einer vorausgehenden Ermächtigung der kantonalen Forstabteilung unterworfen. Für jede Ausfuhrbewilligung betreffend das für den Handel bestimmte Holz wird eine Gebühr von 20 Rappen pro Kubikmeter oder pro Ster erhoben, welcher Betrag an das kantonale Forstdepartement einzuzahlen ist; abgesehen von den kantonalen Kontingenten für besondere Kriegslieferungen, werden die Ausfuhrbewilligungen nur erteilt, sofern im Kanton kein Holzangel besteht.

Art. 3. — Wer dem gegenwärtigen Beschlusse zuwiderhandelt, wird mit einer durch das Forstdepartement auszusprechenden Geldbuße von Fr. 10. — bis 1000. — bestraft. Gegen die durch dieses Departement getroffenen Entscheide kann innert der Frist von 10 Tagen seit der Anzeige des Beschlusses beim Staatsrate Rekurs erhoben werden.

Art. 4. — Das Forstpersonal ist unter Mitwirkung der Landjägerei und der Kantonspolizei mit der Anwendung des gegenwärtigen Beschlusses betraut.

So beschlossen im Staatsrate zu Sitten, am 5. Juni 1940, um in das kantonale Amtsblatt eingerückt zu werden.

Der Präsident des Staatsrates:

R. Anthamatten.

Der Staatskanzler.

R. de Preuz.

Der Beschluß vom 5. Juni 1940 über den Holzhandel wurde am 27. November 1940 durch die vom Forstdepartement erlassenen Verfügungen ersetzt und am 29. November 1940 durch den Staatsrat aufgehoben.

74

Beschluß

vom 29. August 1940

über die Ausbeutung und den Verkauf von Kastanienholz.

(G. S. XXXVII. 65)

Der Staatsrat des Kantons Wallis,

Eingesehen den Art. 2 der Verfügung Nr. 1 des eidg. Volkswirtschaftsdepartementes betreffend die Holzversorgung vom 27. April 1940,

beschließt:

Art. 1. — Schläge von Kastanienholz dürfen nur mit Bewilligung der zuständigen Amtsstelle ausgeführt werden. Die Schlagbewilligungen werden vom Kantonsforstinspektorat erteilt.

Art. 2. — Das Kastanienholz darf nur zum Zwecke der Gerbstoffgewinnung verwendet werden.

Art. 3. — In Abweichung von Art. 2 hievon wird die Verwendung des Kastanienholzes jedoch gestattet:

- a) zur Deckung der persönlichen Bedürfnisse der Eigentümer;
- b) als Brennholz, jedoch nur Äste unter 10 cm Durchmesser;
- c) als Saghholz, wenn die Klöße sich hierzu eignen.

Art. 4. — Der Preis für gesundes unentrindees Kastanienholz, das den Gerbereien geliefert wird, beträgt für die Schlagperiode 1940/41 Fr. 30.— die Tonne, verladen nächste Bahnstation-Normalspur.

So gegeben im Staatsrate zu Sitten, den 29. August 1940, um ins Amtsblatt des Kantons Wallis eingerückt zu werden.

Der Präsident des Staatsrates:

R. Anthamatten.

Der Staatskanzler:

R. de Preuz.

Beschluß

vom 12. November 1940.

betreffend die Versorgung des Landes mit Holz.

(G. S. XXXVII. 89)

Der Staatsrat des Kantons Wallis,

Eingesehen den Bundesratsbeschluß über die Holzversorgung vom 5. März 1940;

Eingesehen die Verfügung des eidg. Volkswirtschaftsdepartementes über die Brennholzversorgung vom 14. Oktober 1940;

Eingesehen das Dekret vom 14. November 1939 betreffend die Genehmigung der vom Staatsrate ergriffenen Maßnahmen und die ihm übertragenen besondern Vollmachten für die Zukunft,

b e s c h l i e ß t :

Art. 1. — Das Forstdepartement wird ermächtigt, die zur Sicherung der Holzversorgung des Landes notwendigen Maßnahmen zu ergreifen und zu diesem Zwecke Verfügungen zu erlassen betreffend:
die Ausbeutung und Lieferung des für die Landesversorgung und die dem Kanton durch die Bundesbehörden auferlegten Kontingente notwendigen Holzes;

die Verteilung und rationelle Verwendung des Holzes im Kanton;
die Ueberwachung und Kontrolle der Preise.

Das Forstdepartement kann einen Teil der ihm zukommenden Aufgaben dem kantonalen Kriegswirtschaftsamt übertragen.

Art. 2. — Soweit die Notwendigkeit zur Sicherung der Versorgung des Landes mit Holz es erfordert, ist das Forstdepartement ermächtigt, in den öffentlichen Wäldern Schläge anzuordnen, welche über die Hiebsmöglichkeiten hinausgehen. Die Uebernutzungen sind später gemäß einem vom Forstdienste aufgestellten Plane einzuspüren.

Art. 3. — Ohne vorherige Bewilligung darfin den Privatwäldern nicht das geringste Quantum Holz geschlagen werden.

Die Bewilligungen werden erteilt:

- a) für die Verkaufsschläge, welche über 5 m³ hinausgehen, durch die vom Forstgesetz vorgesehenen Instanzen;
- b) für alle andern Schläge vom Kreisforstinspektor.

Art. 4. — Das Forstdepartement bestimmt die von den einzelnen Waldeigentümern für die Versorgung des Landes und die eidgenössischen Kontingente zu liefernden Holzmenge unter angemessener Berücksichtigung der Umstände und des Abgabekurses.

Es kann über in Ausführung begriffen Holzschläge verfügen, soweit der Eigenbedarf gedeckt und der Nachschuß für die Landesversorgung und die eidg. Kontingente notwendig ist. Es ist berechtigt, die Zeiten, Orte und weitem Lieferungsbedingungen wie auch die

Qualität und die Dimensionen der verschiedenen Sortimente zu bestimmen.

Art. 5. — Ohne vorherige Bewilligung des Forstdepartementes können die Waldbesitzer ihr Holz nicht verkaufen.

Wird jedoch das Holz nicht aus der Gemeinde ausgeführt, genügt die Bewilligung des Kreisforstinspektors.

Art. 6. — Das Forstdepartement kann dem Handel die für die Versorgung des Landes mit Holz notwendigen Maßnahmen auferlegen.

Unter anderm darf es Holzvorräte mit Beschlagnahme belegen, insofern dieses Holz für die Landesversorgung unerlässlich notwendig ist.

Art. 7. — Zur Deckung der Bedürfnisse kann das Forstdepartement die Ausfuhr von Holz aus dem Kanton verbieten.

Ebenso kann es die Holztransporte über die Gemeindegrenze von einer besondern Bewilligung abhängig machen.

Art. 8. — Das höhere und das untere Forstpersonal, die Kantonspolizei, die Ortspolizisten, die Regemeister, die Kriegswirtschaftsämter des Kantons und der Gemeinden sorgen für die Beobachtung des gegenwärtigen Beschlusses und der kantonalen und eidgenössischen Vorschriften betreffend die Holzversorgung des Landes. Sie zeigen die Uebertreter dem Forstdepartement an.

Art. 9. — Wer gegen eine Bestimmung, die von der kantonalen Behörde in Ausführung der Verordnung des eidg. Volkswirtschaftsdepartementes über die Brennholzversorgung des Landes vom 14. Oktober 1940 erlassen worden ist, verstößt, wird gemäß Artikel 8 der erwähnten Verordnung bestraft.

Die Waldbesitzer, welche sich hinsichtlich der jährlich zu schlagenden Holzmenge den getroffenen Anordnungen nicht fügen, werden gemäß Art. 2 des Bundesratsbeschlusses über die Holzversorgung vom 5. März 1940 durch Vermittlung des eidg. Volkswirtschaftsdepartementes den Strafkommmissionen überwiesen.

Jeder, welcher sich gegen eine andere Bestimmung des gegenwärtigen Beschlusses oder eine sich aus der Ausführung des gegenwärtigen Beschlusses ergebende Vorschrift vergeht, kann mit einer Buße von Fr. 3.— bis Fr. 40.— per Kubikmeter oder Ster bestraft werden.

Gegen die vom Forstdepartement getroffenen Entscheide kann innert der Frist von 20 Tagen beim Staatsrate Rekurs eingelegt werden.

Der gegenwärtige Beschluss tritt unverzüglich in Kraft. Das Forstdepartement wird beladen, die Ausführung sicherzustellen.

Also beschlossen vom Staatsrate in der Sitzung vom 12. November 1940, um im Amtsblatt veröffentlicht und am Sonntag, den 17. November 1940, in allen Gemeinden bekannt gegeben zu werden.

Der Präsident des Staatsrates:

A. N t h a m a t t e n.

Der Staatskanzler

R. d e P r e u g.

Verfügung Nr. 1

über die Rund- und Brennholz-Produzentenhöchstpreise.

(N. B. 1414)

Das Forstdepartement des Kantons Wallis,
Eingesehen den Beschluß des Staatsrates vom 12. November 1940;
Eingesehen die Verfügung Nr. 426 der eidg. Preiskontrollstelle vom
17. September 1940 betreffend Rund- und Brennholz-Produzenten-
höchstpreise für die Nutzungsperiode 1940/41,

verfügt:

Höchstpreise.

1. Nutzholz — Tanne, Fichte, Lärche.

1. Tanne und Fichte, Durchschnittsqualität: per m³

Trämel von 30 und mehr Zentimeter Durchmesser	Fr. 38.— bis 42.50
Trämel von 25 bis 29 Zentimeter	Fr. 34.— bis 37.—

2. Tanne und Fichte, Sagholz:

Trämel von 30 und mehr Zentimeter Durchmesser	Fr. 40.50 bis 47.50
Trämel von 25 bis 29 Zentimeter	Fr. 36.— bis 39.—

Für Tanne wird ein Abzug von 5 % gemacht.

3. Fichte, Schreinerholz:

Trämel von 30 und mehr Zentimeter Durchmesser	Fr. 52.— bis 62.—
---	-------------------

4. Lärche:

Da	Fr. 90.— und mehr per Kubikmeter
On	Fr. 73.— per Kubikmeter
Of	Fr. 54.— per Kubikmeter
U	Fr. 43.— per Kubikmeter.

Diese Preise verstehen sich für gesundes Holz, tadellos aufgerüstet und zugeschnitten, unter der Rinde gemessen, verladen auf Normalspurwagen, nächste Bahnstation. Wenn der Ort der Entgegennahme des Holzes sich andernorts befindet (im Walde, an fahrbarer Straße, usw.), erniedrigt sich der Höchst-Preis um die wirklichen Transportspesen, um dieses Holz auf Wagen, Normalspurbahn, nächste Bahnstation, zu verladen. Für gewisse Holzmangelgebiete, die von der eidg. Preiskontrollstelle auf Vorschlag des Forstdepartementes zu bezeichnen sind, wird dieser Abzug jedoch nicht gemacht.

2. Andere Holzarten und Sortimente.

Die Preise für die andern Holzarten und Sortimente werden später im Einverständnis mit der eidg. Preiskontrollstelle festgesetzt.

3. Brennholz.

A. Für das ganze Kantonsgebiet, mit Ausnahme des Bezirkes Monthey und der Gemeinden St. Maurice, Massongex, Veroffaz, Mex, Evionnaz, Collonges und Dorenaz.

Buche, Spälten

Prügel mit einem Durchmesser von 7 cm und mehr

Birke, Eiche, Esche, Ahorn, Ulme, Spälten und Prügel mit einem Durchmesser von 7 cm und mehr

Lärche, Spälten und Prügel mit einem Durchmesser von 7 cm und mehr

Anderer Nadelhölzer, Spälten und Prügel mit einem Durchmesser von 7 cm und mehr

Neste und Nadelholzprügel mit einem Durchmesser von weniger als 7 cm und Erle

Anderer Weichhölzer

per Ster

Fr. 28.—

Fr. 26.—

Fr. 24.—

Fr. 23.—

Fr. 21.—

Fr. 18.—

Fr. 16.—

B. Bezirk Monthey und die Gemeinden St. Maurice, Massongex, Veroffaz, Mex, Evionnaz, Collonges, Dorenaz.

Buche, Spälten

Prügel mit einem Durchmesser von 7 cm und mehr

Eiche, Birke, Ahorn, Ulme, Spälten und Prügel mit einem Durchmesser von 7 cm und mehr

Nadelhölzer, Spälten und Prügel mit einem Durchmesser von 7 und mehr Zentimeter

Weichhölzer und Astfaschinen

per Ster

Fr. 30.—

Fr. 28.—

Fr. 25.—

Fr. 22.—

Fr. 20.—

Diese Preise verstehen sich per Ster von 1 m \times 1 m \times 1 m gesundes Holz, ausgerüstet entsprechend der vom Forstdepartement erlassenen Verfügung über das Aufrüsten des Brennholzes, verladen auf Eisenbahnwagen, Normalspur, nächste Bahnstation. Wenn sich der Ort für die Entgegennahme des Holzes andernorts befindet (im Walde, an fahrbarer Straße, usw.), erniedrigt sich der Höchstpreis um die wirklichen Transportkosten für verladenes Holz auf Eisenbahnwagen, Normalspur, nächste Bahnstation. Für gewisse Holzmanagebiete, welche von der eidg. Preiskontrollstelle auf Vorschlag des Forstdepartementes zu bezeichnen sind, wird dieser Abzug jedoch nicht gemacht.

Die obigen Preise erhöhen sich um 10 %, wenn das Holz seit länger als 5 Monaten geschlagen, in zweckmäßigen Schuppen untergebracht und nach dem 1. Juli geliefert worden ist.

4. Papierholz.

Für die Papierholzpreise ist die diesbezügliche eidgenössische Verfügung anwendbar.

Ueberwachung und Kontrolle der Preise.

Die Ueberwachung der dem Produzenten zu bezahlenden Preise ist dem Forstdienst übertragen. Die Waldbesitzer (inbegriffen die Privat), welche beabsichtigen, einen Verkauf, gleichgültig von welchem

Umfange, zu tätigen, müssen dafür zuerst von der zuständigen Instanz eine Bewilligung verlangen und erhalten. Zu diesem Zwecke machen sie dem Kreisforstinspektor alle notwendigen Angaben. Der Kreisforstinspektor unterbreitet die Preise, 10 Tage vor jedem Verkauf oder jeder Submission, der kantonalen Forstinspektion zur Genehmigung.

Trämel (Nukholz) können nur solche Personen wiederverkaufen, welche im Besitze einer vom eidg. Kriegs-Industrie- und -Arbeits-Amt, Sektion für Holz, ausgestellten Bewilligung sind. Brennholz können nur solche Personen wiederverkaufen, welche im Besitze einer vom kantonalen Forstdepartemente ausgestellten Bewilligung sind.

Die kantonale Amtsstelle wird der eidg. Preiskontrollstelle alle Aktenstücke über Verkäufe, Steigerungen oder Submissionen unterbreiten, wenn eine Ueberschreitung der Preise festgestellt worden ist.

Strafbestimmungen.

Jeder, welcher gegen die gegenwärtigen Vorschriften verstößt, fällt unter die in den Artikeln 3 und 6 des Bundesratsbeschlusses vom 1. September 1939 betreffend die Lebenshaltungskosten und die zum Schutze des Marktes ergriffenen Maßnahmen vorgesehenen Sanktionen.

Vorbehalten bleiben die Bestimmungen der Verfügungen 2 und 3 des eidg. Volkswirtschaftsdepartementes betreffend die Lebenshaltungskosten und die zum Schutze des Marktes ergriffenen Maßnahmen vom 11. September 1939 (Schließung der Verkaufsställe und der Werkstätten aus Vorsichtsmaßregeln) und vom 18. Januar 1940 (Beschlagnahme und Zwangsverkauf) wie auch der Verfügung des eidg. Volkswirtschaftsdepartementes über die Holzversorgung des Landes vom 27. April 1940.

Die Verfügungen betreffend die Höchstpreise des Nuk- und Brennholzes vom 12. und 28. Februar und vom 13. März 1940, welche in den Amtsblättern Nr. 8 vom 23. Februar 1940, Nr. 9 vom 1. März 1940 und Nr. 11 vom 15. März 1940 veröffentlicht worden sind, sind widerufen.

Sitten, den 13. November 1940.

Der Vorsteher des Forstdepartementes:
M. F a m a.

77

Verfügung Nr. 2

betreffend die Aufrüstung des Brennholzes.

(M. B. 1416)

Das Forstdepartement des Kantons Wallis,
Eingesehen den Beschluß des Staatsrates vom 12. November 1940
über die Holzversorgung des Landes,

v e r f ü g t :

Das Brennholz wird ausgeschieden, aufgerüstet und aufgeschichtet
wie folgt:

- a) Die Spalten und Prügel, welche einen Durchmesser von mehr als 7 cm haben, werden zersägt und zwar auf eine Länge von 1 m.
Alle Prügel, welche einen Durchmesser von mehr als 20 cm haben, sind zu spalten.

Die Spalten und Prügel der Buchen sind zu flecken.

- b) Die Prügel und Äste mit einem Durchmesser von 4—7 cm sind auf einen Meter zuzuschneiden.

Sie werden als Sterholz aufgeschichtet oder kommen in die Kategorie der Faschinen.

- c) Die Faschinen oder kleinen Wellen dürfen nur Prügel und Äste von 2—7 cm Durchmesser enthalten und müssen von Reisig, Blättern und Nadeln vollständig befreit sein.

Die Faschinen sind 1 m lang und haben, über das Band gemessen, einen Umfang von 1 m.

Die kleinen Wellen sind dem Ortsgebrauch entsprechend anzufertigen.

Die Faschinen und die kleinen Wellen sind mit zwei Eisendrahten sorgfältig zu binden.

- d) Verschiedene Bestimmungen.

Das gesunde und das schadhafte Holz ist auseinander zu halten und mit Sorgfalt wagrecht und nach Holzartengruppen getrennt aufzuschichten. Die leeren Räume sind auf ein Mindestmaß herabzudrücken. Die Beigen sind beidseitig mit in den Boden gerammten oder mit Bändern verbundenen Pfählen zu stützen. Als Unterlage für die Beigen sind Spalten und Prügel zu verwenden und wagrecht auf den Boden zu legen.

Beim Aufschichten ist den Beigen ein Uebermaß von 5 cm auf 1 Meter Höhe zu geben.

Also beschlossen in Sitten, den 13. November 1940, um im Amtsblatt veröffentlicht zu werden.

Der Vorsteher des Forstdepartementes:
A. J a m a.

78

Verfügung Nr. 3

über die Ausbeutung und den Verkauf von Kastanienholz.

(N. B. 1417)

Das Forstdepartement des Kantons Wallis,

Eingesehen den Beschluß des Staatsrates vom 12. November 1940
über die Holzversorgung des Landes,

v e r f ü g t :

Art. 1. — Schläge von Kastanienholz dürfen nur mit einer Bewilligung ausgeführt werden. Diese Bewilligung wird durch das eidg. Kriegs-Industrie- und Arbeitsamt oder durch die kantonale Forstinspektion erteilt.

Art. 2. — Das Kastanienholz darf nur zum Zwecke der Gerbstoffgewinnung verwendet werden.

Art. 3. — In Abweichung von Art. 2 hievor wird die Verwendung des Kastanienholzes jedoch gestattet:

- a) zur Deckung der persönlichen Bedürfnisse der Eigentümer;
- b) als Brennholz, jedoch nur Aeste unter 10 cm Durchmesser;
- c) als Sagholz, wenn die Klöße sich hiezu eignen.

Art. 4. — Der Preis für gesundes unentrindetes Kastanienholz, das den Gerbereien geliefert wird, beträgt für die Schlagperiode 1940 bis 1941 Fr. 35.— die Tonne, verladen nächste Bahnstation-Normalspur.

Also beschlossen in Sitten, den 13. November 1940, um im Amtsblatt veröffentlicht zu werden.

Der Vorsteher des Forstdepartementes:

A. G a m a.

79

Verfügung Nr. 4

(A. B. 1565)

Das Forstdepartement,

Eingesehen den Beschluß des Staatsrates vom 12. November 1940,

v e r f ü g t :

1. Bezugsscheinpflcht und Brennholz-Zuteilung.

1. Auf Grund von Artikel 1, Absatz 1 und 4 der Verfügung vom 14. Oktober 1940 des E. V. D. über die Brennholzversorgung werden bis auf weiteres für die folgenden Gemeinden für den Bezug und die Abgabe von Brennholz Bezugsscheine eingeführt:

Naters, Brig, Glis, Bißp, Saas-Grund, Saas-Fee, Saas-Almagell, Zermatt, Sierre, Chippis, Montana-Bermala, Vepraz, Mollens, Miège, Benthone, Randogne, Sitten, Savièse, Fulln, Bagnes, Martigny-Ville, St. Maurice, Vernayaz, Salvan, Finhaut, Monthey.

2. Die Zuteilung von Brennholz an die Verbraucher erfolgt bis auf weiteres gemäß den nachstehenden Regeln, unter Anrechnung von vorhandenen Vorräten und freien Bezugsmöglichkeiten (Lozholz, Selbstversorgung):

- a) Verbraucher, die schon vor dem 1. September 1939 regelmäßig Brennholz verwendet haben, erhalten für den Winter 1940/41 den bisherigen vollen Bedarf; sie sind in erster Linie zu berücksichtigen.

Denjenigen neuen Verbrauchern, die seit dem 1. September 1939 Brennholzfeuerstätten ständigen Charakters eingerichtet haben, oder einrichten, ist nach Möglichkeit der volle Bedarf zuzuteilen.

- b) Neuen Verbrauchern, die die bisher verwendeten, heute fehlenden Brennmaterialien (wie Kohle) durch Brennholz ersetzen wollen, dürfen für den Winter 1940/41 höchstens 25% des voraussichtlichen Ausfalles an andern Brennmaterialien zugeteilt werden. (Vorbehalten ist lit. c).

Bei der Umrechnung bisher verwendeter anderer Brennmaterialien in Brennholz gelten folgende Gleichungen:

100 Kg. Steinkohle	= 100 Kg. Brech-, Gas- oder Torfkoks
	= 100 Kg. Anthrazit
	= 100 Kg. Holzkohle
	= 150 Braunkohle-Briketts
	= 0,50 Ster Hartholz
	= 0,75 Ster Weichholz
	= 10 Reifen Hartholz
	= 15 Reifen Nadelholz
	= 70 Bündel zu 3—4 Kg.
	= 10 schwere Laubholzwellen
	= 15 schwere Nadelholzwellen
	= 5 Säcke Weichholz zu 50 Kg.
	= 4 Säcke Hartholz zu 50 Kg.

Für Feuerungseinrichtungen, die offensichtlich keine rationelle Brennholzverwertung gestatten, soll kein Brennholz zugeteilt werden.

- c) An Gaswerke sowie für industrielle Zwecke darf Brennholz als Kohlenersatz ohne Bewilligung der Sektion für Holz nicht zugeteilt werden.
- d) Bestehende vertragliche Verpflichtungen zur Lieferung von Brennholz sind nichtig, soweit sie den vorstehenden Zuteilungsregeln zuwiderlaufen.

3. Nicht unter die Bezugsscheinplicht fallen:

Leeseholz und Sägemehl sowie Losholz und die Selbstversorgung mit Brennholz. Unter Selbstversorgung ist nur der Bezug von Brennholz aus dem eigenen Walde für den Eigenbedarf zu verstehen. Nicht unter diesen Begriff fallen Schulen, öffentliche Gebäude usw., auch wenn ihnen bis jetzt Brennholz aus öffentlichen Waldungen unentgeltlich zur Verfügung gestellt wurde.

4. Die Kriegswirtschaftsämter der Gemeinden in Verbindung mit dem Forstdienst überwachen allgemein die Abgabe des Brennholzes und erteilen die nötigen Weisungen unter Wahrung der in Art. 2 der vorliegenden Verfügung festgesetzten Grundsätze und der einschlägigen Bestimmungen des Eidg. Kriegs-Industrie- und -Arbeits-Amtes.

5. Das Forstdepartement — wenn nötig, unter Mitwirkung der Kreisforstinspektoren — ordnet auf Grund der Verfügungen und Weisungen des Eidg. Kriegs-Industrie- und -Arbeits-Amtes die notwendigen Erhebungen über Vorräte, Bedarf, gekaufte und verkaufte Brennmengmen an.

2. Ausgabe und Verwendung der Bezugsscheine.

6. Gesuche zum Bezuge von Brennholz sind von Verbrauchern und Händlern auf dem bereits für den Kohlenbezug üblichen Formular beim Kriegswirtschaftsamt der Gemeinde einzureichen. Für jeden Lieferanten (Händler oder Waldbesitzer) ist ein besonderes Formular auszufüllen, und es werden besondere Bezugsscheine ausgestellt.

Die Gültigkeit eines vom Kriegswirtschaftsamt ausgestellten Bezugsscheines für Brennholz beträgt drei Monate.

7. Die Gesuchsteller für den Brennholzbezug haben gleichzeitig das ebenfalls bereits für die Kohlenzuteilung gebräuchliche weiße „Meldeformular über Vorrat und Bedarf“ auszufüllen, sofern sie das nicht bereits getan haben, und dem Kriegswirtschaftsamt abzugeben, bzw. das ausgefüllte Formular zu ergänzen.

8. Die Bezugsscheine sind dem Brennholzlieferanten vor der Lieferung auszuhändigen. Die Lieferung darf nur gegen Aushändigung der Scheine erfolgen. Der Lieferant vermerkt die Lieferung und sendet die Bezugsscheine nach Erfüllung der Lieferung oder nach Ablauf der Gültigkeitsdauer an das zuständige Brennstoffamt zurück.

3. Transportbewilligung.

9. a) Jeder über die Gemeindegrenze hinausgehende Holztransport bedarf einer Bewilligung. Diese wird vom zuständigen Kreisforstinspektor ausgemacht, sofern der Transport nicht über die betreffenden Kreisgrenzen geht.

b) Geht der Transport von einem Kreis in den andern oder außerhalb des Kantons, so wird die Ausfuhrbewilligung durch die Kantonsforstinspektion erteilt.

c) Die Bewilligung für den Transport von Holz ist den Besitzern zu erteilen, deren Wälder auf dem Gebiete anderer Gemeinden liegen, und die das zu transportierende Holz für den Eigenbedarf verwenden.

d) Alle Gesuche zur Erlangung von Transportbewilligungen sind an die zuständigen Kreisforstämter zu richten, die dieselben selber erledigen oder gemäß lit. b) dem Kantonsforstinspektorat übermitteln.

10. Jeder auf der Straße oder auf dem Wasser ausgeführte Holztransport muß von einer Transportbewilligung begleitet sein. Wird der Transport per Eisenbahn ausgeführt, muß die Transportbewilligung den Organen der Versandstation bei der Bestellung des Waggons vorgewiesen werden.

Beim Versand vergewissern sich die Stationsangestellten, daß der Frachtbrief mit der vom kantonalen Forstdienst ausgestellten Bewilligung (Nr., Ladung, Holzart, usw.) übereinstimmt, und versehen die Transportbewilligung mit dem Datumstempel der Versandstation.

11. Die Transportbewilligungen werden den Weisungen entsprechend numeriert und enthalten die nötigen Angaben über das Holz-

quantum, die Holzart, die Sortimente, die Herkunft, die Adresse des Empfängers und die Gültigkeitsdauer der Bewilligung. Bei Ablauf der Gültigkeitsdauer der Bewilligung haben die Inhaber dieselbe zur Kontrolle an die Forststelle, welche diese Bewilligung ausgefertigt hat, zurückzusenden.

12. Das Forstpersonal, die Landjäger, die Gemeindepolizisten, die Wegmeister und die Stationsangestellten haben die Verpflichtung, jeglichen Holztransport zu überwachen. Die Personen, welche Holz transportieren, sind gehalten, auf einfaches Verlangen und bei Ausweisung über die Zuständigkeit, jedem mit der Ueberwachung der Holztransporte betrauten Agenten die Bewilligung vorzuweisen.

4. Allgemeines.

13. Reifigholz und Wellenmaterial ist vorzüglich zur Deckung der örtlichen Bedürfnisse zu verwenden, während für die Ausfuhr aus den Gemeinden hauptsächlich Sterholz zu liefern ist.

14. Die Kreisforstämter führen ein Verzeichnis der aus ihrem Kreise an Bund und Gemeinden zu liefernden Kontingente und melden am Ende jedes zweiten Monats, vom 1. Januar 1941 an gerechnet, dem Kantonsforstinspektorat über den Stand der Lieferungen.

Sitten, den 6. Dezember 1940.

Der Vorsteher des Forstdepartementes:

A. J a m a.

80

Verfügung Nr. 5

(N. B. 1567)

Das Forstdepartement,

Eingesehen den Beschluß des Staatsrates vom 12. November 1940,

b e s c h l i e ß t :

Art. 1. — Jegliche Person, welche Rund- oder Brennholz wiederverkaufen will, muß im Besitze eines entsprechenden Patentes oder einer Wiederverkäuferkarte sein.

Die Patente für den Zwischenhandel mit Rundholz bis zu 100 m³ pro Jahr und die Patente für den Zwischenhandel mit Brennholz werden durch das Kantons-Forstdepartement ausgestellt. Für diese Patente wird eine einheitliche Gebühr von Fr. 10.— erhoben.

Die Patente für den Handel mit Rundholz in Mengen von mehr als 100 m³ im Jahr werden durch die Vermittlung der kantonalen Forstinspektion vom eidg. Kriegs-Industrie- und -Arbeits-Amte ausgestellt. Die dafür erhobene Gebühr beträgt Fr. 10.— bis 20.—.

Die für diese Patente entrichteten Gebühren fließen dem kantonalen Aufforstungsfonds zu.

Art. 2. — Der Walliser Industrie, welche Holz verarbeitet, ist es untersagt, ihr zugeteiltes Rundholz weiter zu verkaufen, ohne vorher vom kantonalen Forstdepartement dafür eine Bewilligung eingeholt zu haben.

Art. 3. — Jede Holzausfuhr außerhalb der Kantonsgränze ist einer vorgängig beim kantonalen Forstdienst einzuholenden Bewilligung unterworfen.

Für jede handelsmäßige Holzausfuhr wird dem Händler eine Gebühr von 30 Rappen pro Ster und pro Kubikmeter erhoben. Dieser Betrag wird in den kantonalen Aufforstungsfonds einbezahlt.

Abgesehen von kantonalen Kontingenten für besondere Kriegslieferungen, werden Ausfuhrbewilligungen nur dann erteilt, wenn im Kanton selbst kein Holzmangel herrscht.

Art. 4. — Das Forstpersonal wacht, in Zusammenarbeit mit der Kantons- und Ortspolizei und den Eisenbahnorganen der Versandstationen, über die Ausführung der vorliegenden Verfügung.

Sitten, den 6. Dezember 1940.

Der Vorsteher des Forstdepartementes:

A. F a m a.

81

Forstdepartement des Kantons Wallis.

(N. B. 24/1941)

Am 22. August 1940 hat der Staatsrat beschlossen, den Kanton Wallis einstweilig in 9 Forstkreise einzuteilen.

Die neue Einteilung tritt mit dem 1. Januar 1941 in Kraft.

Die Kreise sind folgendermaßen zusammengesetzt:

Kreise

Gemeinden:

- I Oberwald, Obergesteln, Ulrichen, Gschinen, Münster, Riedingen, Glurigen, Rixingen, Biel, Selkingen, Niederwald, Steinhaus, Mühlebach, Bellwald, Blikingen, Fiesch, Fieschertal, Lar, Ernen, Außerbin, Binn, Grengiols, Martisberg, Betten, Goppisberg, Mörel, Bister, Filet, Greich, Ried-Mörel, Bitäsch, Naters, Birgisch;
- II Mund, Eggerberg, Brigerbad, Brig, Glis, Ried-Brig, Termen, Simplon, Zwischbergen, Blatten, Wiler, Kippel, Ferden, Steg, Außerberg, Raron, Niedergesteln, Hohstenn;
- III Visperterminen, Enholz, Valden, Baltischieder, Bürchen, Eijcholl, Eisten, Embd, Grächen, Randa, Saas-Almagell, Saas-Balen, Saas-Fee, Saas-Grund, Stalden, Staldenried, St. Niklaus, Täsch, Törbel, Unterbach, Visp, Zeneggen, Zermatt;
- IV Gampel, Bratsch, Turmann, Ergisch, Oberems, Unterems, Salgesch, Baren, Albinnen, Leuf, Guttet, Feschel, Erschmatt, Inden, Ugarn, Leukerbad, Chandolin, St. Luc, Bissoie, Ager;
- V St-Jean, Grimentz, Miège, Venras, Benthône, Mollens, Randogne, Montana, Chermignon, Lens, Icoigne, St-Léonard,

- Granges, Grône, Chalais, Chippis, Siders, Evolène, Mase, Nax, St-Martin, Bernamiège;
- VI Arbaz, Brämis, Salins, Sitten, Benjonna, Agettes, Agent, Héremence, Beg, Nenda, Savièse, Conthey, Vétroz, Ardon, Chamoson, Saxon, Riddes, Jërables;
- VII Charraz, Bagnes, Volleges, Sembrancher, Orsières, Liddes, Bourg St-Pierre, Bovernier;
- VIII Martigny-Bille, Batiaz, Martigny-Bourg, Martigny-Combe, Trient, Finhaut, Salvan, Bernayaz, Dorénaz, Collonges, Evionnaz, Mex, St-Maurice, Vérossaz, Massongex, Lextron, Saillon, Fully;
- IX Monthen, Champéry, Val d'Iliez, Troistorrents, Collomdén, Bionnaz, Bouvern, Port-Balais, St-Gingolph.
- Sitten, den 31. Dezember 1940.

Der Vorsteher des Forstdepartementes:
A. J a m a.

82

Verfügung Nr. 6

über die Rund- und Brennholz-Produzentenhöchstpreise
für die Nutzungsperiode 1941/42.

(A. B. 1660)

Das Forstdepartement des Kantons Wallis,
Eingesehen die Verfügungen Nr. 544 und 545 des Eidg. Volkswirtschaftsdepartementes, Preiskontrolle;

Eingesehen den Staatsratsbeschluss vom 12. November 1940,

v e r f ü g t :

Art. 1. — Die Einmessung des Holzes hat gemäß Staatsratsbeschluss vom 21. März 1933 und den eidg. Vorschriften zu geschehen.

Art. 2. — Es sind nachfolgende Produzentenhöchstpreise festgelegt:

A. R u h h o l z.

1. Sortierung (Trämel, Klöße, Blöcher).

Das Trämelholz (Kurzholz) wird folgendermaßen sortiert:

1. Obermesser: (D) 30 cm und mehr Mittendurchmesser.

Nach Qualität sind nachfolgende Klassen zu bilden:

a Qualität (Da): Fehlerfreies oder nur mit geringfügigen, den Gebrauchswert nicht beeinträchtigenden Fehlern behaftetes Holz, gesund, vollholzig, gerade, astrein oder fast astrein (Gebirgsholz einseitig astrein), ohne Buchs.

Bei Föhren und Lärchen geringe Splintbildung und gut gefärbter Kern.

n Qualität (On): Holz normaler Beschaffenheit ohne wesentliche Fehler und Mängel, d. h. gerade, nicht stark astig, wenig Buchs, nicht ringschälig, nicht abholzig, nicht ausgesprochen drehwüchsig, wenig Harzgallen. Stellenweise hartrot (fledig) ist toleriert. Bei Föhren und Lärchen mit sonst gleichen Eigenschaften wie a wird einseitig leichte Krümmung gestattet.

f Qualität (Of): Holz mit wesentlichen Fehlern behaftet wie durchgehend rot, krumm, abholzig, grobastig, viele Harzgallen, stark buchsig, drehwüchsig und ringschälig.

aa Qualität (Oaa): Als Spezialsortiment gilt bei sonst gleichen Eigenschaften wie bei a nur besonders hochwertiges, für technische Spezialzwecke geeignetes Holz, wie feijnähriges Gebirgsholz, Schindelholz, Fournierholz.

Als feijnährig gilt Holz, bei welchem auf den Zentimeter mindestens 5 Jahrringe entfallen und auch der ganze Jahrringbau gleichmäßig auf den gesamten Querschnitt verteilt ist.

2. Untermesser (U): bis zu 29 cm Mittendurchmesser.

2. Produzenten-Höchstpreise.

Qualität:	Fichte Fr.	Tanne Fr.	Lärche Fr.	Föhre Fr. per m ³
Oaa	70.—			
Oa	64.—	56.—	95.— u. mehr	80.—
On	52.—	49.—	80.—	65.—
Of	42.—	42.—	60.—	50.—
U	38.—	38.—	50.—	40.—

Für besonders ausfortierte Fichten- und Tannen-Untermesser von a und a/n Qualität darf ein Zuschlag auf den Untermesserpreisen bis zu Fr. 5.— berechnet werden.

Für die übrigen Holzarten und Sortimente werden die Höchstpreise durch den Forstinspektor auf Grund der vorerwähnten eidgenössischen Vorschriften festgesetzt.

Diese Preise verstehen sich für gesundes, tadellos aufgerüstetes und zugeschnittenes Holz, unter der Rinde gemessen, franko nächste Bahnstation (Normal- oder Schmalspurbahn) verladen.

Bei Verlad auf Schmalspurbahn ist der Preis für Fichte und Tanne um Fr. 2.— per Kubikmeter zu reduzieren.

Für unentrindetes Holz ist ein Abzug von Fr. 1.50 per Kubikmeter zu machen. Für Sortimente, die zu Spezialgebrauch bestimmt sind, kann dieser Abzug unterbleiben.

B. Brennholz.

1. Sortierung.

- Spalten (aufgespaltene Prügel von mindestens 14 cm Durchmesser am dünnern Ende).
- Prügel (Prügel von 7—14 cm Durchmesser am dünnern Ende).
- Astholz (Aeste und Prügel von 3—7 cm Durchmesser).
- Wellenmaterial.
- Sägereiabfälle.

2. Preise.

Zone A. Das ganze Kantonsgebiet, mit Ausnahme des Bezirkes Monthey und der Gemeinden St. Maurice, Massongex, Veroffaz, Mex, Evionnaz, Collonges und Dorenaz.

Holzarten	Spalten	Prügel	Aeste	Wellen	Schwarten	andere Sägerei- Abfälle
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.
1. Buche, Hagebuche	31.—	28.—	26.—	17.—	26.—	23.—
2. Esche, Ahorn, Birke, Obstbaum	28.—	25.—	23.—	14.—	23.—	20.—
3. Lärche, Föhre	26.—	23.—	23.—	19.—	21.—	18.—
4. Arve, Fichte, Tanne, Linde, Erle	24.—	21.—	L 19.— N 21.—	L 10.— N 17.—	19.—	16.—
5. Pappel, Weide, Haselnuß	22.—	19.—	17.—	8.—	17.—	14.—

Zone B. Bezirk Monthey und die Gemeinden St. Maurice, Massongex, Veroffaz, Mex, Evionnaz, Collonges und Dorenaz.

Holzarten	Spalten	Prügel	Aeste	Wellen	Schwarten	andere Sägerei- Abfälle
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.
1. Buche, Hagebuche	32.—	29.—	27.—	18.—	27.—	24.—
2. Esche, Ahorn, Birke, Obstbaum	29.—	26.—	24.—	15.—	24.—	21.—
3. Lärche, Föhre	27.—	24.—	24.—	20.—	22.—	19.—
4. Arve, Fichte, Tanne, Linde, Erle	25.—	22.—	L 20.— N 22.—	L 11.— N 18.—	20.—	17.—
5. Pappel, Weide, Haselnuß	23.—	20.—	18.—	9.—	18.—	15.—

L = Laubholz N = Nadelholz.

Für geschältes Eichenbrennholz kann in beiden Zonen ein Zuschlag von 5% gemacht werden.

Diese Preise verstehen sich per Ster gesundes Brennholz, aufgerüstet nach vorerwähnten Vorschriften, verladen auf Eisenbahnwagen, Normal- oder Schmalspur, nächste Bahnstation.

C. Papierholz.

Für Papierholz gelten die diesbezüglichen Verfügungen des Eidg. Kriegs-Industrie- und -Arbeits-Amtes.

D. Gasholz.

Für Sortimente, welche zur Herstellung von Gasholz dienen, gelten die entsprechenden Brennholzhöchstpreise.

Vorbehalten bleiben die Sonderbestimmungen für den Ausgleich des Rohgasholzpreises zwischen den verschiedenen Brennholzpreiszonen.

Allgemeine Bestimmungen.

Art. 3. — Die Produzentenhöchstpreise sind Nettopreise. Verkaufs- und Speisekosten sind daher in den Produzentenhöchstpreisen inbegriffen. Für Militärlieferungen gelten ebenfalls die Höchstpreise.

Art. 4. — Für Holz, welches nicht franko nächste Station verladen verkauft wird, gelten folgende Bestimmungen:

- a) **Auf dem Stock verkauft:** Abzug der Rüst-, Transport- und Verladekosten.
- b) **Ab Wald oder Straße verkauft:** Abzug der Transport- und Verladekosten.
- c) Die voraussichtlichen Rüst-, Transport- und Verladekosten sind vor Abschluß des Verkaufes den Interessenten bekannt zu geben.

Art. 5. — Für Brennholz, welches nicht nächste Bahnstation verladen, sondern unverladen geliefert wird, sind die Höchstpreise um Fr. 1.— zu reduzieren.

Art. 6. —

- a) Wird Brennholz guter Qualität in Schuppen oder an trockenen, luftigen Orten gelagert und das Lager sachgerecht unterhalten, so darf vom Beginn der Lagerung, frühestens aber vom 1. April und während höchstens 5 Monaten, eine Lagergebühr von 30 Rp. pro Ster verrechnet werden (Höchstbetrag demnach Fr. 1.50 pro Ster).
- b) Erfolgt die sachgemäße Lagerung und Abschirmung in einem Sammelager (frei oder in Schuppen), so darf für dadurch verursachte allfällige Mehrtransporte, für Auf- und Abladen, sowie für das Aufsichten eine weitere Entschädigung von höchstens Fr. 1.50 pro Ster verrechnet werden (Total nach a und b somit höchstens Fr. 3.— pro Ster).

Art. 7. — Holz, herkommend aus der Nutzungsperiode 1940/41 wird gemäß den Vorschriften vom 13. November 1940 verrechnet.

Aufsicht und Preiskontrolle.

Art. 8. — Die Ueberwachung der dem Produzenten zu bezahlenden Preise ist dem Forstdienst übertragen. Die Waldbesitzer (inbegriffen die Privaten), welche beabsichtigen, einen Verkauf, gleich in welchem Umfange, zu tätigen, müssen dafür zuerst von der zuständigen Instanz eine Bewilligung verlangen und erhalten. Zu diesem Zwecke machen sie dem Kreisforstinspektor alle notwendigen Angaben. Der Kreisforstinspektor unterbreitet die Preise, 10 Tage vor jedem

Verkauf oder jeder Submission, der kantonalen Forstinspektion zur Genehmigung.

Spätestens 5 Tage nach erfolgtem Verkauf ist der Originalvertrag mit Angabe der erzielten Erlöse dem Kreisforstamte zu übermitteln.

Art. 9. — Nutzholz und Brennholz können nur solche Personen kaufen und wiederverkaufen, welche im Besitze einer diesbezüglichen Bewilligung sind, die von den zuständigen Organen des Kriegswirtschaftsamtes ausgestellt wird.

Die Gültigkeit der in der Periode 1940/41 ausgestellten Patente ist mit dem 1. November 1941 abgelaufen.

Strafbestimmungen.

Art. 10. — Widerhandlungen gegen die Vorschriften dieser Verfügung und die gestützt darauf erlassenen eidgenössischen und kantonalen Ausführungsvorschriften werden nach den Strafbestimmungen der Art. 3—6 des Bundesratsbeschlusses vom 1. September 1939 betreffend die Kosten der Lebenshaltung und den Schutz der regulären Marktversorgung und den Vorschriften der daselbst zitierten Erlasse bestraft.

Vorbehalten bleiben die Bestimmungen der Verfügung 3 des eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartementes betreffend die Kosten der Lebenshaltung und den Schutz der regulären Marktversorgung vom 18. Januar 1940 (Beschlagnahme und Verkaufszwang), der Verfügung 1 des eidg. Volkswirtschaftsdepartementes betreffend Holzversorgung vom 27. April 1940 und des Bundesratsbeschlusses vom 12. November 1941 betreffend vorsorgliche Schließung von Geschäften, Fabrikationsunternehmungen und anderer Betriebe.

Rechtsgeschäfte sind, soweit sie der vorliegenden Verfügung und den dazu erlassenen Ausführungsvorschriften widersprechen, nichtig.

Art. 11. — Die Verfügung Nr. 1 des Forstdepartementes vom 13. November 1941 wird kraftlos erklärt.

Sitten, den 18. November 1941.

Der Vorsteher des Forstdepartementes:

A. G a m a.

83

Beschluß

vom 14. Januar 1942,

betreffend die Schaffung der kantonalen Zentralstelle für Holz.
(N. B. 74)

Der Staatsrat des Kantons Wallis,

Eingesehen den Bundesratsbeschluß betreffend die Kosten der Lebenshaltung und den Schutz der regulären Marktversorgung vom 1. September 1939;

Eingesehen den Bundesratsbeschluß über die Holzversorgung vom 5. März 1940;

Eingesehen die Verfügung des Eidg. Volkswirtschaftsdepartementes über die Brennholzversorgung vom 14. Oktober 1940;

Eingesehen das Dekret vom 14. November 1939 betreffend die Genehmigung der vom Staate ergriffenen Massnahmen und die ihm übertragenen besonders Vollmachten für die Zukunft;

Eingesehen den Beschluß des Staatsrates betreffend die Versorgung des Landes mit Holz vom 12. November 1940;

Auf Vorschlag des Forstdepartementes,

beschließt:

Art. 1. — Es wird eine kantonale Zentralstelle für Holz geschaffen, die beauftragt wird:

- a) Massnahmen zu ergreifen für die Versorgung des Landes mit Holz;
- b) die Holzpreise, den Holzhandel und die Holztransporte im Kanton selber und über die Kantonsgrenze hinaus zu überwachen;
- c) die Ruß- und Brennholzkontingente, die vom Bunde auferlegt werden oder für die Versorgung des Landes notwendig sind, zu verteilen;
- d) die Holzausfuhr zu kontrollieren;
- e) Vorbringen zu treffen, damit die Waldarbeiter, soweit als es möglich ist, die notwendigen Produkte, die sie für die Holzausbeute benötigen, erhalten (zusätzliche Lebensmittelfarten, Treibstoffe, Hafer usw.).

Art. 2. — Die kantonale Zentralstelle für Holz ist dem kantonalen Forstdepartement unterstellt und arbeitet mit dem Kantonsforstinspektorat und Kreisforstinspektoren zusammen.

Art. 3. — Die Betriebskosten der kantonalen Zentralstelle für Holz werden gedeckt durch die Erhebung einer Verwaltungsgebühr von 10 bis 50 Rappen pro Ster oder pro Kubikmeter auf den Verteilungsschlägen, dem Verkaufsholz, der Holzkohle und den Transportbewilligungen.

Art. 4. — Das Pflichtenheft und der Tarif für die Verwaltungsgebühren der kantonalen Zentralstelle für Holz sind vom Staatsrate zu genehmigen.

Art. 5. — Dieser Beschluß tritt sofort in Kraft. Das Forstdepartement ist mit dem Vollzug beauftragt.

Art. 6. — Article 2 Art. 3 der Verfügung Nr. 5 des Forstdepartementes vom 6. Dezember 1940 ist aufgehoben.

Also beschlossen vom Staatsrate in der Sitzung vom 14. Januar 1942, um im Amtsblatt veröffentlicht und am Sonntag, den 18. Januar 1942 in allen Gemeinden des Kantons bekannt gegeben zu werden.

Der Präsident des Staatsrates:

Cyr. Pitteloud.

Der Staatskanzler:

R. de Preuz.

Beschluß

vom 23. Januar 1942,
über den Gebührentarif der kantonalen Zentralstelle für Holz.

(N. B. 140)

Der Staatsrat des Kantons Wallis,

Eingesehen den Staatsratsbeschluß vom 14. Januar 1942 betreffend die Schaffung der kantonalen Zentralstelle für Holz;

Eingesehen Art. 11 des Dekretes vom 22. Mai 1875 zur Bestimmung des Tarifs für Verwaltungsakte;

Eingesehen das Dekret vom 14. November 1939 betreffend der vom Staatsrate ergriffenen Maßnahmen und die ihm übertragenen besondern Vollmachten für die Zukunft;

Eingesehen den Staatsratsbeschluß vom 12. November 1940 betreffend die Versorgung des Landes mit Holz;

Auf Antrag des Forstdepartementes,

beschließt:

Art. 1. — Die kantonale Zentralstelle für Holz ist ermächtigt folgende Bewilligungs- und Verwaltungsgebühren zu erheben:

I. Verkaufsholz.

a) Verkäufe im Kanton

- | | |
|--|--------|
| 1. Nußholz per Kubikmeter | 30 Rp. |
| 2. Brennholz per Ster oder per 30 Wellen | 20 Rp. |

Die Tagen werden auf Grund der Schlagbewilligung erhoben. Die endgültige Abrechnung erfolgt auf Grund des Holzanerkennungsberichtes. Die Hälfte der Gebühr geht zu Lasten des Käufers. Hiervon ausgenommen sind Sägereiabfälle.

b) Verkäufe außerhalb des Kantons

- | | |
|---|--------|
| 1. Nußholz per Kubikmeter | 50 Rp. |
| 2. Brennholz, inbegriffen Sägereiabfälle, per Ster oder per 30 Wellen | 25 Rp. |

Die Tagen gehen zu Lasten des Käufers und werden mit der Erteilung der Transportbewilligung erhoben.

c) Vom Bunde auferlegte Pflichtkontingente

- | | |
|--|--------|
| Brennholz, Papierholz, Holzwohleholz, Gasholz usw. per Ster oder 30 Wellen | 25 Rp. |
|--|--------|

Die Tagen fallen zu Lasten des Käufers und werden von der kantonalen Zentralstelle direkt erhoben.

Die unter a—c genannten Tagen sind sowohl für den öffentlichen als auch für den Privatwald anwendbar.

d) Schnittwaren.

Nur für Verkäufe außerhalb des Kantons per Kubikmeter 20 Rp.
Die Gebühren fallen zu Lasten des Käufers und werden durch die Zentralstelle für Holz mit der Erteilung der Transportbewilligung erhoben.

e) Spezialhölzer

1. Schlagbewilligung für Nutzbäume

per Kubikmeter Fr. 1.—, minimum Fr. 1.— pro Bewilligung. Die Gebühr geht zu Lasten des Käufers und wird mit der Erteilung der Schlagbewilligung erhoben.

2. Kastanienholz für die Gerbstoffgewinnung.

5 Rappen per 100 Kilogramm. Die Gebühr geht zu Lasten des Käufers und wird mit der Erteilung der Transportbewilligung erhoben.

II. Holztohle.

10 Rappen per 100 Kilogramm. Die Gebühr geht zu Lasten des Käufers und wird auf Grund des Monatsberichts an das Schweiz. Brennholzinsidat erhoben.

III. Transportbewilligungen.

Für das Ausstellen jeder Transportbewilligung 20 Rappen.

Art. 2. — Besondere Bestimmungen.

- a) Alles Holz, das für den Eigenverbrauch bestimmt ist, ist von den vorgenannten Gebühren ausgenommen.
- b) Für Holz, für welches die Schlagbewilligung vor dem Inkrafttreten dieses Beschlusses erteilt wurde, wird auf Grund der Holz- anerkennungsberichte für Nutzholz eine Gebühr von 15 Rappen und für Brennholz eine Gebühr von 10 Rappen per Ster oder 30 Wellen erhoben. Die Gebühren gehen zu Lasten des Käufers.

Diese Bestimmungen finden keine Anwendung für Holzverkäufe außerhalb des Kantons, für letztere gelten die unter 1b angeführten Gebühren.

- c) Die Tage für die Erteilung der Transportbewilligung für Transporte innerhalb des Kantons, ist von den Kreisforstämtern zu erheben. Bewilligungen für Eisenbahntransporte sind ebenfalls mit 20 Rappen zu verrechnen. Die Abrechnung erfolgt auf Ende des Trimesters gemäß speziellem Formular.
- d) Die Tagen werden nur einmal erhoben, d. h. beim ersten Verkaufsabschluß zwischen Besitzer und Käufer.
Die Tagen dürfen nicht übertragen werden.
- e) Bei einem direkten Verkauf außer Kanton wird nur eine Tage von 50 Rappen per Kubikmeter Nutzholz, eine Tage von 25 Rappen per Ster oder 30 Wellen für Brennholz erhoben. Die Tagen fallen zu Lasten des Käufers.

- f) Für Holz, welches von einem Zwischenhändler gekauft und hernach exportiert wird, wird nur die Differenz der Taxen erhoben, d. h. Kuchholz 35 Rappen per Kubikmeter, Brennholz 15 Rappen per Ster oder 30 Wellen. Die Differenz der Taxen geht zu Lasten des Käufers.
- g) Das höhere und das untere Forstpersonal, die Kriegswirtschaftsämter des Kantons und der Gemeinden sorgen für die Beobachtung des gegenwärtigen Beschlusses.

Art. 3. — **Strafbestimmungen.** Widerhandlungen gegen den vorstehenden Staatsratsbeschuß werden bestraft gemäß:

- a) Art. 59 des Dekretes vom 22. Mai 1875 betreffend die Bestimmungen des Tarifs für Verwaltungsakte.
- b) Bundesratsbeschuß vom 13. Juni 1941 betreffend den Transport von für die Landesversorgung wichtigen Gütern und die Verfügung des Eidg. Volkswirtschaftsdepartementes vom 5. Dezember 1941 betreffend die Kontrolle jeglichen Transportes von Holz und Holzkohle, per Eisenbahn, per Schiff, mit Motorfahrzeugen oder per Fuhrwerk.
- c) Bestimmungen des Staatsratsbeschlusses vom 12. November 1940 betreffend die Versorgung des Landes mit Holz.

Die Strafen werden vom kantonalen Forstdepartement ausgesprochen. Gegen die vom Forstdepartement getroffenen Entschieden kann innert der Frist von 10 Tagen beim Staatsrat Rekurs eingelegt werden.

Der gegenwärtige Beschuß tritt sofort in Kraft. Das Forstdepartement wird mit Vollzug beauftragt.

Also beschloffen vom Staatsrate, in der Sitzung vom 23. Januar 1942, um im Amtsblatt veröffentlicht und am Sonntag, den 1. Februar 1942 in allen Gemeinden des Kantons bekannt gegeben zu werden.

Der Präsident des Staatsrates:

C. r. Pitteloud.

Der Staatskanzler:

R. de Preug.

85

Beschluß

vom 13. Februar 1942,

betreffend den Holzhandel im Kanton Wallis.

(N. B. 274)

Der Staatsrat des Kantons Wallis,

Eingesehen den Bundesratsbeschuß betreffend die Kosten der Lebenshaltung und den Schutz der regulären Marktversorgung, vom 1. September 1939;

Eingesehen den Beschluß des Staatsrates betreffend die Versorgung des Landes mit Holz, vom 12. November 1940;

Eingesehen die Verfügung des Forstdepartementes vom 6. November 1940;

Eingesehen das Dekret vom 14. November 1939 betreffend die Genehmigung der vom Staate ergriffenen Maßnahmen und die ihm übertragenen besonderen Vollmachten für die Zukunft.

Auf Vorschlag des Forstdepartementes,

beschließt:

Art. 1. — Nur die Inhaber von Holzpatenten können Holz kaufen um es zu verkaufen. Der Staat gibt für den Holzhandel im Kanton folgende Patente ab.

A. Patent für Brennholzhandel.

Dieses Patent ermächtigt den Inhaber Brennholz auf dem Stod oder aufgerüstet zu kaufen, um es in Form von Ster oder aufgearbeitet weiterzuverkaufen.

Alle jene, die aus ihren Betrieben anfallende Abfälle verkaufen, müssen ebenfalls im Besitze dieses Patentes sein.

B. Patent für Rundholzhandel.

Dieses Patent ermächtigt den Inhaber, Holz auf dem Stod oder gefällt zu kaufen und es als Rundholz weiterzuverkaufen.

Alle Holzhändler, wie: Vermittler, Zwischenhändler, Vertreter von Firmen usw. müssen im Besitze der unter A oder B genannten Patente sein.

C. Patent für Unternehmer von Holzschlägen.

Die Holzschlagunternehmer, welche Holz auf dem Stod kaufen, um es nachher weiterzuverkaufen, müssen im Besitze dieses Patentes sein.

Art. 2. — Von der Einholung eines Patentes sind jene befreit, die Rundholz einkaufen, um es in ihrem eigenen Betrieb zu verwenden oder zu verarbeiten, oder um es als Halbfabrikat oder fertig verarbeitet, weiterzuverkaufen. Dagegen ist es ihnen streng untersagt, Rundholz, das ihnen zugeteilt wurde, als welches weiterzuverkaufen.

Taxen für die Patente.

Art. 3. — Brennholzpatente: Bis 200 Ster Fr. 10.—, 201—500 Ster Fr. 30.—, 500 und mehr Ster Fr. 50.—.

Rundholzpatente: Bis 100 m³ Fr. 20.—, 101—500 m³ Fr. 50.—, 500 m³ und mehr Kubikmeter Fr. 150.—.

Unternehmerpatente: Bis 100 m³ Fr. 10.—, 101—500 m³ Fr. 30.—, 500 und mehr Kubikmeter Fr. 50.—.

Art. 4. — Es ist den Inhabern von Holzhandelspatenten untersagt, ohne vorherige Erlaubnis des Kreisforstinspektors Holzverkäufe abzuschließen.

Art. 5. — Die Inhaber von Holzhandelspatenten sind verpflichtet, die für ihre Patentkategorie vorgesehene Holzmenge strikte einzuhalten.

Es ist den Inhabern von Holzhandelspatenten gestattet, im Verlaufe der Verkaufskampagne das Patent für eine höhere als ursprünglich verlangte Kategorie nachzusehen, unter Bezahlung des Differenzbetrages.

Art. 6. — Die Inhaber von Holzhandelspatenten können von den Kreisforstinspektoren für die Lieferung von Kontingenten herbeigezogen werden.

Art. 7. — Das höhere und das untere Forstpersonal, die Kantonspolizei, die Kriegswirtschaftsämter des Kantons und der Gemeinden sorgen für die Beobachtung des gegenwärtigen Beschlusses. Sie zeigen die Uebertretungen dem Forstdepartement an.

Art. 8. — Verfügung Nr. 5 des Forstdepartementes vom 6. Dezember 1940 ist aufgehoben.

Art. 9. — Die Gebühren für Patente fließen in den kantonalen Aufforstungsfonds.

Art. 10. — **Strafbestimmungen.**

1. Widerhandlungen gegen den vorstehenden Staatsratsbeschluss werden bestraft gemäß Art. 7 der Verfügung des RM. über Rundholzhandel und den Bestimmungen des Staatsratsbeschlusses vom 12. November 1940 betreffend die Versorgung des Landes mit Holz.

2. Die Strafen werden vom kantonalen Forstdepartement ausgesprochen.

3. Gegen die vom Forstdepartement getroffenen Entscheide kann innert der Frist von 10 Tagen beim Staatsrat Rekurs eingelegt werden.

Dieser Beschluss tritt sofort in Kraft.

Das Forstdepartement wird mit dem Vollzug beauftragt.

Also beschlossen vom Staatsrat in der Sitzung vom 13. Februar 1942, um im Amtsblatt veröffentlicht und am Sonntag, den 22. Februar 1942, in allen Gemeinden des Kantons bekannt gegeben zu werden.

Der Präsident des Staatsrates:

C. r. Pitteloud.

Der Staatskanzler:

N. Ruten.

Transportbewilligungen

(N. B. 1194)

Das Forstdepartement des Kantons Wallis,

Eingesehen den Bundesratsbeschluss vom 13. Juni 1941;

Eingesehen die Verfügung Nr. 2 des EBD. über die Einführung der Bewilligungspflicht für Transporte von für die Landesversorgung wichtigen Gütern vom 5. Dezember 1941;

Eingesehen die Ausführungsbestimmungen der Sektion für Holz des RM. vom 8. Dezember 1941;

Eingesehen die Weisungen der Sektion für Holz des RMA. vom 29. Januar 1942;

Eingesehen den Staatsratsbeschluß vom 12. November 1940; bringt dem Publikum zur Kenntnis, daß **jeder Transport** der nachfolgenden Forstprodukte einer vorgängigen Bewilligung bedarf:

Brennholz, inbegriffen Sägereiabfälle, Astholz usw.

Gasholz.

Papierholz.

Holzwohleholz.

Industrieabfälle.

Sägemehl.

Kastanienholz.

Holzkohle.

Fichtenrinde.

Rundholz aller Art.

Rebstöckel.

Schindeln.

Schnittwaren (nur für Transport außer Kanton).

gestützt auf den Staatsratsbeschluß vom 12. November 1940.

Ausstellung der Transportbewilligungen.

A. Alle Bewilligungen für den Transport der erwähnten Forstprodukte **a u ß e r** Kanton werden von der kantonalen Zentralstelle für Holz ausgestellt.

B. Die Bewilligungen für den Transport der erwähnten Forstprodukte **i n n e r h a l b** des Kantons werden gemäß Verfügung 4 des Forstdepartementes ausgestellt.

C. Die Transportbewilligungen für den Transport von Holzkohle werden **ausschließlich** von der kantonalen Zentralstelle für Holz ausgestellt.

Sitten, den 14. Juli 1942.

Der Vorsteher des Forstdepartementes:
A. F a m a.

86

Verfügung Nr. 7

betreffend den Transport von Fichtenrinde.

(N. B. 1195)

Das Forstdepartement des Kantons Wallis,

Eingesehen den Beschluß des Staatsrates vom 12. November 1940,
b e s c h l i e ß t :

Art. 1. — Jeglicher Transport von Fichtenrinde ist nur mit einer Bewilligung der kantonalen Zentralstelle für Holz gestattet.

Sitten, den 15. Juli 1942.

Der Vorsteher des Forstdepartementes:
A. F a m a.

Beschluss

vom 14. Juli 1942

über den Gebührentarif der kantonalen Zentralstelle für Holz.

(N. B. 1187)

Der Staatsrat des Kantons Wallis,

Eingesehen den Staatsratsbeschluss vom 14. Januar 1942 betreffend die Schaffung der kantonalen Zentralstelle für Holz;

Eingesehen Art. 11 des Dekretes vom 22. Mai 1875 zur Bestimmung des Tarifs für Verwaltungsakte;

Eingesehen das Dekret vom 14. November 1939 betreffend der vom Staatsrate ergriffenen Massnahmen und die ihm übertragenen besonderen Vollmachten für die Zukunft;

Eingesehen die Weisungen des Eidg. Volkswirtschaftsdepartementes vom 22. Januar 1942 betreffend die Holzversorgung;

Eingesehen den Staatsratsbeschluss vom 12. November 1940 betreffend die Versorgung des Landes mit Holz;

Auf Antrag des Forstdepartementes,

b e s c h l i e s s t :

Art. 1. — Die kantonale Zentralstelle für Holz ist ermächtigt, folgende Bewilligungs- und Verwaltungsgebühren zu erheben:

I. Verkaufsholz.

a) Verkäufe im Kanton.

1. Nukholz per Kubikmeter 30 Rp.

2. Brennholz per Ster oder per 30 Wellen 20 Rp.

Die Tagen werden auf Grund der Schlagbewilligung erhoben. Die endgültige Abrechnung erfolgt auf Grund des Holzanerkennungsberichtes. Die Hälfte der Gebühr geht zu Lasten des Käufers. Hieron ausgenommen sind Sägereiabfälle.

b) Verkäufe außerhalb des Kantons.

1. Nukholz per Kubikmeter 25 Rp.

2. Brennholz, inbegriffen Sägereiabfälle, per Ster oder per 30 Wellen 25 Rp.

Die Tagen gehen zu Lasten des Käufers und werden mit der Erteilung der Transportbewilligung erhoben.

c) Vom Bunde auferlegte Pflichtkontingente.

Brennholz, Papierholz, Holzwolfeholz, Gasholz usw. per Ster oder 30 Wellen 25 Rp.

Die Tagen fallen zu Lasten des Käufers und werden von der kantonalen Zentralstelle direkt erhoben.

d) Spezialfortimente.

Schlagbewilligung für Rußbäume per Kubikmeter
Minimum Fr. 1.— pro Bewilligung.

Fr. 1.—

Die Gebühr geht zu Lasten des Käufers. Die Tage wird mit der Erteilung der Schlagbewilligung durch die Zentralstelle für Holz erhoben.

e) Gerberrinde.

5 Rappen per 100 Kilo zu Lasten des Käufers.

Die Tage wird mit der Erteilung der Transportbewilligung erhoben.

II. Holzfohle.

5 Rappen per 100 Kilo. Die Gebühr geht zu Lasten des Käufers und wird auf Grund des Monatsberichtes des Walliser Holzfohlenproduzentenverbandes oder bei der Erteilung der Transportbewilligung erhoben.

Die unter I und II genannten Tagen sind sowohl für den öffentlichen als auch für den Privatwald anwendbar.

III. Transportbewilligungen.

Für das Ausstellen jeder Transportbewilligung

20 Rp.

Art. 2. — Besondere Bestimmungen.

- a) Alles Holz, das für den Eigenverbrauch bestimmt ist, ist von den vorgenannten Gebühren ausgenommen.
- b) Für Holz, für welches die Schlagbewilligung vor dem Inkrafttreten dieses Beschlusses erteilt wurde, wird auf Grund der Holzanerkenntnisberichte für Rußholz eine Gebühr von 15 Rp. und für Brennholz eine Gebühr von 10 Rp. per Ster oder 30 Wellen erhoben. Die Gebühren gehen zu Lasten des Käufers.

Diese Bestimmungen finden keine Anwendung für Holzverkäufe außerhalb des Kantons; für letztere gelten die unter 1 b angeführten Gebühren.

- c) Die Tage für die Erteilung der Transportbewilligung für Transporte innerhalb des Kantons ist von den Kreisforstämtern zu erheben. Bewilligungen für Eisenbahntransporte sind ebenfalls mit 20 Rp. zu verrechnen. Die Abrechnung erfolgt auf Ende des Trimesters gemäß speziellem Formular.
- d) Die Tagen werden nur einmal erhoben, d. h. beim ersten Verkaufsabschluß zwischen Besitzer und Käufer.
Die Tagen dürfen nicht übertragen werden.
- e) Bei einem direkten Verkauf außer Kanton wird nur eine Tage von 25 Rp. per Kubikmeter Rußholz, eine Tage von 25 Rp. per Ster oder 30 Wellen für Brennholz erhoben.
Die Tagen fallen zu Lasten des Käufers.
- f) Für Holz, welches von einem Zwischenhändler gekauft und hernach exportiert wird, wird nur die Differenz der Tagen erhoben,

d. h. Nugholz 10 Rp. per Kubikmeter, Brennholz 15 Rp. per Ster oder 30 Wellen.

Die Differenz der Tagen geht zu Lasten des Käufers.

- g) Das höhere und das untere Forstpersonal, die Kriegswirtschaftsämter des Kantons und der Gemeinden sorgen für die Beobachtung des gegenwärtigen Beschlusses.

Art. 3. — **Strafbestimmungen.** Widerhandlungen gegen den vorstehenden Staatsratsbeschuß werden bestraft gemäß:

- a) Art. 59 des Dekretes vom 22. Mai 1875 betreffend die Bestimmung des Tarifs für Verwaltungsakte.
b) Bundesratsbeschuß vom 13. Juni 1941 betreffend den Transport von für die Landesversorgung wichtigen Gütern und die Verfügung des Eidg. Volkswirtschaftsdepartementes vom 5. Dezember 1941 betreffend die Kontrolle jeglichen Transportes von Holz und Holzkohle per Eisenbahn, per Schiff, mit Motorfahrzeugen oder per Fuhrwerk.
c) Bestimmungen des Staatsratsbeschlusses vom 12. November 1940 betreffend die Versorgung des Landes mit Holz.

Die Strafen werden vom kantonalen Forstdepartement ausgesprochen. Gegen die vom Forstdepartement getroffenen Entscheide kann innert der Frist von 10 Tagen beim Staatsrate Rekurs eingelegt werden.

Art. 4. — Der gegenwärtige Beschuß tritt sofort in Kraft. Das Forstdepartement wird mit dem Vollzug beauftragt.

Art. 5. — Der Staatsratsbeschuß vom 23. Januar 1942 betreffend den Gebührentarif der kantonalen Zentralstelle für Holz wird aufgehoben.

Also beschlossen vom Staatsrate in der Sitzung vom 14. Juli 1942, um im Amtsblatt veröffentlicht und am Sonntag, den 19. Juli 1942, in allen Gemeinden des Kantons bekannt gegeben zu werden.

Der Präsident des Staatsrates:

M. Troillet.

Der Staatskanzler:

N. Koten.

88

Verbot

des Heidelbeerpflückens im Aletschwald.

(N. B. 1268)

Der Vorsteher des Forstdepartementes,

In Vollziehung des Staatsratsbeschlusses vom 5. Mai 1933, womit der Aletschwald unter unbedingten Schutz gestellt wird,

bringt der Bevölkerung der Gemeinde Nied-Mörel und der umliegenden Gemeinden erneut die mit dem oben erwähnten Staatsratsbeschuß sanktionierten Verbote in Erinnerung.

Danach ist im ausgemachten, nordwestlich der Gratlinie Niederjurka-Moosfluh gelegenen Teil des Aletschwaldes bei einer Buße bis Fr. 500.— verboten:

Jeder Holzschlag, das Sammeln von Dürholz und Aesten, das Ausgraben, Ausreißen und jede andere Beschädigung von Bäumen und Pflanzen aller Art, namentlich auch das Pflücken und Sammeln von Blumen, Früchten und Zapfen.

Unter dieses Verbot fällt insbesondere auch das Pflücken von Heidelbeeren im eigentlichen Reservatgebiet, das zur Schonung des forstlichen Jungwuchses im höhern Interesse der Erhaltung des Aletschwaldes als eines Naturdenkmals bei Straffolge zu respektieren ist.

Das gegenwärtige Verbot ist am Sonntag, den 16. August 1942, in allen Gemeinden des Bezirkes Ostlich-Raron bekannt zu geben und zwar unter Verantwortung der zuständigen Gemeindeverwaltungen.
Sitten den 5. August 1942.

Der Vorsteher des Forstdepartementes:
A. J a m a.

89

Beschluß

vom 13. November 1942

**betreffend die vorübergehende Erhöhung der Gehälter
der Revierförster.**
(A. B. 1974)

Der Staatsrat des Kantons Wallis,

In Anbetracht der Teuerung der Lebenshaltung und des Arbeitszuwachses für die Revierförster;

Eingesehen den Art. 84 des Forstgesetzes vom 11. Mai 1910;

Eingesehen das Dekret vom 14. November 1939, das dem Staatsrat für die Zukunft besondere Vollmachten erteilt;

Auf Antrag des Forstdepartementes,

b e s c h l i e ß t :

Art. 1. — Die gegenwärtigen Gehälter der Revierförster sind vom 1. Januar 1943 an in allen Gemeinden des Kantons um 25 % zu erhöhen.

Art. 2. — Der Kantonsanteil an die von den Gemeinden den Revierförstern ausbezahlten Gehälter wird im gleichen Maße erhöht.

Art. 3. — Der gegenwärtige Beschluß hat vorübergehenden Charakter und wird widerrufen, sobald die gegenwärtige, außerordentliche Lage sich verbessert.

Er tritt am 1. Januar 1943 in Kraft.

Also beschlossen vom Staatsrat in der Sitzung vom 13. November 1942, um im Amtsblatt vom 20. November 1942 veröffentlicht zu werden.

Der Präsident des Staatsrates:

M. Troillet.

Der Staatskanzler:

N. Rotten.

90

Beschluß

betreffend die Erhebung der Taxen für die Holzschlag- und Holzverkaufsbewilligungen vom 14. Dezember 1942.

(N. B. 2199)

Der Staatsrat des Kantons Wallis, eingesehen das Dekret vom 22. Mai 1875 zur Festsetzung der Tarife für die Verwaltungsakte;

eingesehen das Dekret vom 11. November 1941, das die vorübergehenden Maßnahmen zur Verbesserung der Finanzlage vorsieht; in Anwendung des Beschlusses vom 10. Juli 1876 betreffend die Erhebung der Gebühren für das Schlagen und Flößen von Holz;

Auf Vorschlag des Forstdepartements,

beschließt:

Art. 1. — Die Gesuchsteller für eine Bewilligung zum Schlagen und Verkaufen von Holz aus einem öffentlichen oder privaten Wald zahlen an die Staatskasse:

- a) eine Grundtaxe von 2 Franken und eine Gebühr von 10 Rappen pro Kubikmeter für die vom Forstdepartement ausgestellten Schlag- und Verkaufsbewilligungen.
- b) eine Grundtaxe von 5 Franken und eine Gebühr von 10 Rappen pro Kubikmeter für die vom Staatsrat ausgestellten Schlag- und Verkaufsbewilligungen.

Art. 2. — Die Ster werden in Kubikmeter umgewandelt durch Anwendung des Umwandlungsfaktors: 1 Ster = 0,700 m³.

Art. 3. — Der bisherige Tarif wird aufgehoben.

Art. 4. — Der gegenwärtige Beschluß tritt unverzüglich in Kraft. Das Forstdepartement wird mit dessen Ausführung betraut.

Also beschlossen vom Staatsrat in der Sitzung vom 14. Dezember 1942, um im Amtsblatt veröffentlicht und in allen Gemeinden des Kantons am Sonntag, den 20. Dezember 1942, bekannt gegeben zu werden.

Der Präsident des Staatsrates:

M. Troillet.

Der Staatskanzler:

N. Rotten.

Anmerkung: Der bisherige Tarif für Verkaufsschläge war folgender:
Durch das Forstdepartement erteilte Bewilligungen an Private:

für 5—15 m³ Fr. 3.—

16—25 m³ Fr. 4.—

26—30 m³ Fr. 5.—

durch den Staatsrat erteilte Bewilligungen an

Private:

für 31—50 m³ Fr. 10.—

51—100 m³ Fr. 12.—

101—150 m³ Fr. 15.—

151 und mehr m³ Fr. 20.—

Gemeinden:

bis 20 m³ Fr. 5.—

für 21—50 m³ Fr. 10.—

51—100 m³ Fr. 12.—

101—150 m³ Fr. 15.—

151 und mehr m³ Fr. 20.—

91

Beschluß

vom 13. November 1942,

betreffend die Versorgung des Landes mit Holz.

(A. B. 2035)

Der Staatsrat des Kantons Wallis,

Eingesehen den Bundesratsbeschluß vom 25. Juni 1940 betreffend die Sicherstellung der Versorgung von Volk und Heer mit technischen Rohstoffen, Halb- und Fertigfabrikaten;

Eingesehen die Verfügung Nr. 26 und 36 des eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartementes betreffend die Sicherstellung der Versorgung von Volk und Heer mit technischen Rohstoffen und Halb- und Fertigfabrikaten (Nr. 26 vom 2. April 1941, Bereitstellung, Verteilung und Verwendung von Holz und Holzkohle; Nr. 36 vom 12. Mai 1942 betreffend Holzkohle);

Eingesehen die Verfügungen Nr. 3 und 4 des Kriegs-Industrie- und Arbeitsamtes; (Nr. 3 vom 10. September 1942 betreffend Abgabe und Bezug von Rundholz; Nr. 4 vom 10. September 1942 betreffend Produktion, Bereitstellung und Ablieferung von Holz);

Eingesehen die Verfügung Nr. 7 des Kriegs-Industrie- und Arbeitsamtes vom 26. August 1942 über die Landesversorgung mit festen Brennstoffen;

Eingesehen die Weisungen Nr. 5 BH, 6 BH, 7 BH vom 26. August 1942 und 8 BH vom 10. September 1942 der Sektion für Holz des eidg. Kriegs-Industrie- und Arbeits-Amtes;

Eingesehen das Dekret vom 14. November 1939 betreffend die dem Staatsrate übertragenen besonderen Vollmachten für die Zukunft;

Auf Vorschlag des Forstdepartementes,

beschließt:

Art. 1. — Das Forstdepartement wird ermächtigt, die zur Sicherung der Holzversorgung des Landes notwendigen Maßnahmen zu

ergreifen und zu diesem Zwecke Verfügungen zu erlassen betreffend: die Ausbeutung und Lieferung des für die Landesversorgung und die dem Kanton durch die Bundesbehörden auferlegten Kontingente notwendigen Holzes;

die Verteilung und rationelle Verwendung des Holzes im Kanton und die Ueberwachung und Kontrolle der Preise.

Art. 2. — Soweit die Notwendigkeit zur Sicherung der Versorgung des Landes mit Holz es erfordert, ist das Forstdepartement ermächtigt, in den öffentlichen und privaten Wäldern Schläge anzuordnen, welche über die Hiebsmöglichkeiten hinausgehen. Die Uebernutzungen sind später gemäß einem vom Forstdienste aufgestellten Plane einzusparen.

Art. 3. — Ohne vorheriges schriftliches Gesuch an den Kreisforstinspektor und ohne dessen schriftliche Bewilligung darf nicht das geringste Quantum Holz geschlagen werden.

Die Schlagbewilligungen werden erteilt:

- a) Für Verkaufsschläge: durch den Staatsrat beziehungsweise durch das Forstdepartement.
- b) Für Verteilungsschläge und für Holz für den Eigenbedarf: durch die Kreisforstinspektoren.

Art. 4. — Das Schlagen von Kastanien-, Nußbäumen und Papeln ist den diesbezüglichen eidgenössischen Bestimmungen unterworfen.

Das Schlagen von Obst- und Zierbäumen ist freigestellt, immerhin muß das dabei anfallende Brennholz unverzüglich nach dem Schlag dem Gemeinde-Brennstoffamt gemeldet werden.

Art. 5. — Das Forstdepartement bestimmt die von den einzelnen Waldeigentümern für die Versorgung des Landes und die eidgenössischen Kontingente zu liefernden Holz mengen unter angemessener Berücksichtigung der Umstände und des Abgabefalles

Es kann über in Ausführung begriffene Holzschläge verfügen, soweit der Eigenbedarf gedeckt und der Ueberschuß für die Landesversorgung und die eidgen. Kontingente notwendig ist. Es ist berechtigt, die Zeiten, Orte und weiteren Lieferungsbedingungen, wie auch die Qualität und die Dimensionen der verschiedenen Sortimente zu bestimmen.

Art. 6. — Ohne vorherige Bewilligung des Forstdepartementes können die Waldbesitzer ihr Holz nicht verkaufen.

Art. 7. — Zur Deckung der Bedürfnisse kann das Forstdepartement die Ausfuhr von Holz aus dem Kanton verbieten.

Art. 8. — Das Forstdepartement kann dem Handel die für die Versorgung des Landes mit Holz notwendigen Maßnahmen auferlegen.

Unter anderm darf es Holzvorräte mit Beschlagnahme belegen, insofern dieses Holz für die Landesversorgung unerläßlich notwendig ist.

Art. 9. — **Holzhandel.** Nur jene, die Inhaber der eidgenössischen Rundholz- bzw. Brennholzhändlerkarte sind, sind zur Ausübung des

Holzhandels berechtigt. Die Unternehmer von Schlägen müssen ebenfalls im Besitze eines kantonalen Unternehmerpatentes für Holzschläge sein.

Art. 10. — Das höhere und das untere Forstpersonal, die Kantonspolizei, die Ortspolizisten, die Wegmeister, die Kriegswirtschaftsämter des Kantons und der Gemeinden sorgen für die Beobachtung des gegenwärtigen Beschlusses und der kantonalen und eidgenössischen Vorschriften betreffend die Holzversorgung des Landes. Sie zeigen die Uebertretungen dem Forstdepartemente an.

Art. 11. — Widerhandlungen gegen den gegenwärtigen Beschluß oder seine Ausführungsbestimmungen und alle einschlägigen Verfügungen werden gemäß Bundesratsbeschluß vom 24. Dezember 1941 über die Verschärfung der kriegswirtschaftlichen Strafbestimmungen und deren Anpassung an das schweizerische Strafbuch bestraft. Der Ausschluß von jeglicher weiteren Holzlieferung, die vorsorgliche Schließung von Geschäften, sowie der Entzug allfälliger Bewilligungen bleiben vorbehalten.

Art. 12. — Gegen die vom Forstdepartement getroffenen Entschiede kann innert der Frist von 20 Tagen beim Staatsrat Rekurs eingelegt werden.

Art. 13. — Der gegenwärtige Beschluß tritt unverzüglich in Kraft. Das Forstdepartement wird mit seiner Ausführung beauftragt.

Art. 14. — Der Staatsratsbeschluß vom 12. November 1940 ist widerrufen.

Also beschlossen vom Staatsrat in seiner Sitzung vom 13. November 1942, um im Amtsblatt veröffentlicht und am Sonntag, den 29. November 1942, in allen Gemeinden des Kantons bekannt gegeben zu werden.

Der Präsident des Staatsrates:

M. Troillet.

Der Staatskanzler:

N. K o t e n.

99

Beschluß

vom 13. November 1942,
betreffend das Sammeln von Legehholz in den Wäldern des Kantons.
(N. B. 2038)

Der Staatsrat des Kantons Wallis,

Eingesehen den Staatsratsbeschluß vom 13. November 1942 betreffend die Landesversorgung mit Holz;

Eingesehen die Weisung Nr. 5 B^H der Sektion für Holz des Kriegs- Industrie- und Arbeitsamtes vom 28. April 1942;

Eingesehen das Dekret vom 14. November 1939 betreffend die dem Staatsrate übertragenen besondern Vollmachten für die Zukunft;

Auf Vorschlag des Forstdepartementes,
b e s c h l i e ß t :

A r t. 1. — Sowohl dem Bürger als dem Nichtbürger ist es gestattet, gegen Bezahlung der ortsüblichen Tage, für seine persönlichen Bedürfnisse in allen öffentlichen Waldungen (Bürger- und Munizipalwaldungen) seiner Wohngemeinde Leseholz zu sammeln.

Dieser Artikel ist auf die „Rapes“ nicht anwendbar.

A r t. 2. — Als Leseholz sind gemäß gegenwärtigem Beschluß zu betrachten: Nester, Zapfen und Rinden, die auf dem Boden herumliegen.

Für dürre stehende und liegende Pflanzen ist das Bürgerreglement maßgebend.

A r t. 3. — In den Wäldern, wo Holzausbeutungen stattfinden, oder die durch Windwurf, Schneedruck oder Steinschlag gelitten haben, ist das Sammeln erst nach der Holzabfuhr und einer von der Forstkommmission gegebenen Bewilligung gestattet.

A r t. 4. — Das Sammeln des Leseholzes ist auf die von der Forstkommmission jeder Gemeinde bestimmten Tage und Wälder beschränkt.

A r t. 5. — Für den Transport von Leseholz aus einer Gemeinde in die andere muß vorerst eine Bewilligung eingeholt werden.

A r t. 6. — Die Waldbesitzer können vermittelst eines beim Forstdepartement einzureichenden begründeten Gesuches das Verbot für das Sammeln von Leseholz in gewissen Waldungen erwirken.

A r t. 7. — Derjenige, welcher Leseholz sammelt, ist dem Waldbesitzer gegenüber für allen Schaden verantwortlich.

A r t. 8. — Wenn das Interesse des Landes es verlangt, kann der Staatsrat die Bewilligung zum Sammeln von Leseholz auch auf andere Wälder und auf andere Tage als jenen von der Forstkommmission festgesetzten ausdehnen.

A r t. 9. — Jede Uebertretung wird entsprechend dem kantonalen Forstgesetz vom 11. Mai 1910 und dem Staatsratsbeschluß vom 13. November 1942 betreffend die Landesversorgung mit Holz bestraft.

A r t. 10. — Der gegenwärtige Beschluß tritt unverzüglich in Kraft. Das Forstdepartement wird mit seiner Ausführung beauftragt.

Also beschlossen vom Staatsrat, in seiner Sitzung vom 13. November 1942, um im Amtsblatt veröffentlicht und am Sonntag, den 29. November 1942, in allen Gemeinden des Kantons bekannt gegeben zu werden.

Der Präsident des Staatsrates:

M. Troillet.

Der Staatskanzler:

A. R o t e n.

Beschluß

vom 13. November 1942,
betreffend den Holzhandel im Kanton Wallis.
 (N. B. 2036)

Der Staatsrat des Kantons Wallis,

Eingesehen den Bundesratsbeschluß betreffend die Kosten der Lebenshaltung und den Schutz der regulären Marktversorgung vom 1. September 1939;

Eingesehen den Beschluß des Staatsrates betreffend die Versorgung des Landes mit Holz vom 13. November 1942;

Eingesehen die Verfügung Nr. 3 des Kriegs-Industrie- und Arbeitsamtes über Abgabe und Bezug von Rundholz vom 10. September 1942;

Eingesehen die Verfügung Nr. 6 des KMA. betreffend die Brennholzhandlertarte vom 20. April 1942;

Eingesehen das Dekret vom 14. November 1939 betreffend die dem Staatsrate übertragenen besondern Vollmachten für die Zukunft;

Auf Vorschlag des Forstdepartementes,

beschließt:

Art. 1. — Nur die Inhaber von Holzhandelspatenten können Holz kaufen, **um es wieder zu verkaufen.** Für den Holzhandel im Kanton gibt der Staat folgende Patente ab:

A. Patent für Brennholzhandel.

Dieses Patent ermächtigt den Inhaber, Brennholz auf dem Stock oder aufgearbeitet zu kaufen, um es als Sterholz oder aufgearbeiteter Form weiter zu verkaufen.

Alle Personen, die aus ihren Betrieben anfallende Abfälle verkaufen, müssen ebenfalls im Besitze dieses Patentbesitzes sein.

B. Patent für Rundholzhandel.

Dieses Patent ermächtigt den Inhaber, Holz auf dem Stock oder gefällt zu kaufen und es als Rundholz weiter zu verkaufen.

Alle Holzhändler wie: Vermittler, Zwischenhändler, Vertreter von Firmen usw. müssen im Besitze der unter A und B genannten Patente sein.

C. Patente für Unternehmer von Holzschlägen.

Die Holzschlagunternehmer, welche Holz auf dem Stock kaufen, um es nachher weiter zu verkaufen, müssen im Besitze dieses Patentbesitzes sein.

Die Patente A und B werden nur an Inhaber der eidgenössischen Karte für den Handel mit Nutz- und Brennholz abgegeben.

Art. 2. — Dem Patentbezug nicht unterworfen sind:

a) die Personen und Firmen, welche Rundholz einkaufen, um es in

ihrem eigenen Betriebe zu verwenden oder zu verarbeiten und als Halbfabrikat oder fertig verarbeitet weiter zu verkaufen. Dagegen ist es ihnen strengstens untersagt, Holz, welches ihnen zu diesen Zwecken zugesprochen worden ist, als Rundholz weiter zu verkaufen;

- b) die Waldeigentümer, welche Holz aus ihren eigenen Wäldern verkaufen.

Art. 3. — **Patent-Tagen.** Patent A: Bis 200 Ster Fr. 10.—, von 201—500 Ster Fr. 30.—, von 500 und mehr Ster Fr. 50.—.

Patent B: Bis 100 m³ Fr. 20.—, von 101—500 m³ Fr. 50.—, von 501 und mehr Kubikmeter Fr. 150.—.

Patent C: bis 100 m³ Fr. 10.—, von 101—500 m³ Fr. 30.—, von 501 und mehr Kubikmeter Fr. 50.—.

Art. 4. — Es ist den Inhabern von Holzhandelspatenten untersagt, ohne vorherige Erlaubnis des Kreisforstinspektors Holzverkäufe abzuschließen.

Art. 5. — Die Inhaber von Holzhandelspatenten sind verpflichtet, die für ihre Patentkategorie vorgesehene Holzmenge strikte einzuhalten.

Es ist ihnen jedoch gestattet, ihr Patent gegen ein Patent der höheren Kategorie umzutauschen bei Entrichtung der sich dabei ergebenden Differenz.

Art. 6. — Die Inhaber von Holzhandelspatenten können von den Kreisforstinspektoren für die Lieferung von Kontingenten herbeigezogen werden.

Art. 7. — Das höhere und das untere Forstpersonal, die Kantonspolizei, die kantonalen und kommunalen Kriegswirtschaftsämter sorgen für die Beobachtung des gegenwärtigen Beschlusses. Sie zeigen die Uebertretungen dem Forstdepartemente an.

Art. 8. — Widerhandlungen gegen den gegenwärtigen Beschluß und seine Ausführungsbestimmungen und alle einschlägigen Beschlüsse werden gemäß Bundesratsbeschuß vom 24. Dezember 1941 über die Verschärfung der kriegswirtschaftlichen Strafbestimmungen und deren Anpassung an das schweizerische Strafgesetzbuch bestraft.

Der Ausschuß von jeglicher weiteren Holzlieferung, die vorsorgliche Schließung von Geschäften, sowie der Entzug allfälliger Bewilligungen bleiben vorbehalten.

Art. 9. — Gegen die vom Forstdepartement getroffenen Entscheide kann innert der Frist von 20 Tagen beim Staatsrat Rekurs eingereicht werden.

Art. 10. — Die für die Holzhandelspatente bezogenen Gebühren werden auf das Spezialkonto der Transport-Ausgleichskasse gebucht.

Art. 11. — Der Beschluß des Staatsrates vom 13. Februar 1942 betreffend den Holzhandel im Kanton Wallis ist aufgehoben.

Art. 12. — Der gegenwärtige Beschluß tritt unverzüglich in Kraft.

Das Forstdepartement wird mit dem Vollzug beauftragt.

Also beschlossen vom Staatsrat, in seiner Sitzung vom 13. November 1942, um im Amtsblatt veröffentlicht und am Sonntag, den 29. November 1942, in allen Gemeinden des Kantons bekannt gegeben zu werden.

Der Präsident des Staatsrates:

M. Troillet.

Der Staatskanzler:

N. Ruten.

94

Beschluß

vom 13. November 1942,

betreffend den Transport von Holz, Holzkohle und Torf.

(N. B. 2039)

Der Staatsrat des Kantons Wallis,

Eingesehen den Bundesratsbeschluß vom 13. Juni 1941 über den Transport von für die Landesversorgung wichtigen Gütern;

Eingesehen die Verfügung Nr. 2 des eidg. Volkswirtschaftsdepartementes über den Transport von für die Landesversorgung wichtigen Gütern vom 5. Dezember 1941;

Eingesehen die Verfügung Nr. 1 des Kriegs-Industrie- und Arbeits-Amtes über die Einführung der Bewilligungspflicht für Transporte von für die Landesversorgung wichtigen Gütern, Transport von Holz, Holzkohle und Torf, vom 10. September 1942;

Eingesehen das Kreis Schreiben Nr. 3 A H der Sektion für Holz vom 19. September 1942;

Eingesehen den Staatsratsbeschluß vom 13. November 1942 betreffend die Versorgung des Landes mit Holz;

Eingesehen das Dekret vom 14. November 1939 betreffend die dem Staatsrate übertragenen besondern Vollmachten für die Zukunft;

Auf Vorschlag des Forstdepartements,

beschließt:

Art. 1. — Für den Transport sämtlicher nachstehend angeführter Forstprodukte über die Gemeindegrenze hinaus ist vorgehend eine Transportbewilligung einzuholen: Brennholz, inbegriffen die Sägereiabfälle, Nester, Schlag-Überreste, Abschnitte usw., rohes und gebrauchsfertiges Gasholz, Papierholz, Holzmolleholz, Industrie-Abfallholz, Sägemehl, Holzkohle, Nußholz (Rundholz, Pfähle, Rebsteden, Schindeln usw.), Torf (roher Torf, wie alle daraus bereiteten Produkte: Brikett mit oder ohne Zusatz anderer Stoffe, Torf, der zur Einstreu oder Mistbereitung dient, wie auch der frische Torf).

Der Transport von Schnittholz ist im Kanton frei; der Transport außerhalb des Kantons ist hingegen einer Bewilligung unterworfen.

Das Forstdepartement kann die Transportbewilligungspflicht auch auf andere hier nicht angeführte Holzsortimente ausdehnen.

Art. 2. — **Allgemeines.** Personen und Unternehmungen, welche die Ware mit eigenen Verkehrsmitteln transportieren oder durch Fuhrhalter transportieren lassen, haben gemäß Art. 5 des gegenwärtigen Beschlusses bei der zuständigen Behörde eine Transportbewilligung einzuholen.

Die Transportbewilligung ersetzt keinesfalls die anderen vorgeschriebenen Schriftstücke wie Kaufgutschein, Holzhändlerkarte usw.

Art. 3. — Wer den Transport eines der in Art. 1 angeführten Forstprodukte übernimmt, muß vor der Ausführung desselben vom Versender die Aushändigung der Transportbewilligung verlangen.

Art. 4. — Sobald der Transport ausgeführt ist, muß die Transportbewilligung innert 3 Tagen durch den Gesuchsteller an jene Amtsstelle, welche die Bewilligung ausgestellt hat, zurückgesandt werden. Falls der Transport innert der auf der Bewilligung angegebenen Frist nicht zur Ausführung gelangt ist, muß vor dem Ablauf der Gültigkeit um eine Verlängerung der Bewilligung nachgesucht werden.

Art. 5. — **Erteilung der Transportbewilligungen.**

- a) Alle Bewilligungen für den Transport von im vorstehenden Artikel 1 angeführten Forstprodukten **außerhalb des Kantons** werden durch das kantonale Holzamt ausgestellt.
- b) Die Bewilligungen für jeglichen Transport von Holzkohle, Torf, Sägemehl und rohes oder gebrauchsfertiges Gasholz werden ausschließlich durch das kantonale Holzamt ausgestellt.
- c) Die Bewilligungen für den Transport anderer und unter b) nicht angeführter Forstprodukte werden durch die Kreisforstinspektoren ausgestellt.
- d) Für den Transport von einem Kreis in den andern unterrichten sich die Kreisforstinspektoren gegenseitig durch die Uebermittlung von einem Doppel der ausgestellten Transportbewilligung.

Art. 6. — **Gesuche um Transportbewilligung.** Alle Transportbewilligungsgesuche sind an die zuständigen Kreisforstinspektoren zu richten. Diese stellen die Bewilligung aus oder übermitteln sie eintretenden Falles mit ihrem Gutachten an das kantonale Holzamt.

Art. 7. — Die Transportbewilligungen sind kreisweise fortlaufend zu nummerieren und müssen genaue Angaben enthalten über: das Quantum des zu transportierenden Forstproduktes, das Sortiment, die Herkunft, die genaue Adresse des Empfängers und die Gültigkeitsdauer der Transportbewilligung.

Art. 8. — Brennholz inklusive Industrieabfälle, Sägemehl und Torf, die in Verbindung mit einem Haushalts-Umzug transportiert werden und mengenmäßig den üblichen Rahmen nicht übersteigen, bedürfen keiner Transportbewilligung. Diese Regelung gilt für Straßen- und Bahntransporte.

Vorbehalten bleibt die von der Sektion für Kraft und Wärme für Brennmaterialien verlangte Mitnahmebewilligung des zuständigen Gemeindebrennstoffamtes.

Art. 9. — **Kontrolle.** Das höhere und das untere Forstpersonal, die Kantonspolizei, die Ortspolizisten, die Wegmeister, die Kriegswirtschaftsämter des Kantons und der Gemeinden sorgen für die Beobachtung des gegenwärtigen Beschlusses und zeigen die Uebertreter dem Forstdepartemente an.

Art. 10. — **Strafbestimmungen.** Widerhandlungen gegen die Bestimmungen des gegenwärtigen Beschlusses werden gemäß Bundesratsbeschuß vom 24. Dezember 1941 über die Verschärfung der kriegswirtschaftlichen Strafbestimmungen und deren Anpassung an das schweizerische Strafgesetzbuch bestraft; vorbehalten bleiben gemäß Art. 9 des Bundesratsbeschlusses vom 13. Juni 1941 über den Transport von den für die Landesversorgung wichtigen Gütern, der Entzug der allfällig ausgestellten Transportbewilligungen auszustellen.

Art. 11. — Gegen die vom Forstdepartement getroffenen Entscheide kann innert der Frist von 20 Tagen beim Staatsrat Rekurs eingelegt werden.

Art. 12. — Der gegenwärtige Beschluß tritt unverzüglich in Kraft. Das Forstdepartement wird mit seiner Ausführung beauftragt.

Art. 13. — Die Verfügung Nr. 4 des Forstdepartementes vom 6. Dezember 1940 wird widerrufen.

Also beschlossen vom Staatsrate in seiner Sitzung vom 13. November 1942, um im Amtsblatt veröffentlicht und in allen Gemeinden des Kantons am Sonntag, den 29. November 1942, bekanntgegeben zu werden.

Der Präsident des Staatsrates:

M. Troillet.

Der Staatskanzler:

· N. R o t e n.

95

Holzverkohlung im Walde

(N. B. 2083)

Das Forstdepartement,

Eingesehen die Verfügung Nr. 26 des Eidg. Volkswirtschaftsdepartementes vom 2. April 1941 über die Sicherstellung der Versorgung von Volk und Heer mit technischen Rohstoffen, Halb- und Fertigfabrikaten;

Eingesehen die Verfügung Nr. 1 HA des Kriegs-Industrie- und Arbeits-Amtes über die Produktion von Holzkohle vom 16. April 1941;

Eingesehen die Weisungen der Sektion für Holz;

Eingesehen den Staatsratsbeschluß vom 13. November 1942 betreffend die Versorgung des Landes mit Holz,
beschließt:

Die Waldeigentümer sind verpflichtet, alle von Holzschlägen herrührenden Abfälle, welche infolge von Transport Schwierigkeiten keinen oder nur einen geringen Gewinn abwerfen, für die Verkohlung zur Verfügung zu stellen. Die Wälder, darin Holz für die Verkohlung gesammelt werden soll, sind von den Kreisforstinspektoren zu bezeichnen. Die Eigentümer haben sich folglich den vom Forstpersonal gegebenen Bestimmungen zu fügen. Gestützt auf die für die Höchstpreise angenommene Grundlage, ist das Forstpersonal ebenfalls befugt, die Verkaufspreise dieses Holzes festzulegen und die Holzmenge zu bestimmen. Der Rekurs an das Forstdepartement bleibt vorbehalten.

Im Falle der Nichtbeachtung der gegenwärtigen Bestimmungen sind die im Art. 4 der Verfügung Nr. 1 H^A des Kriegs-Industrie- und Arbeits-Amtes vom 16. April 1941 wie die in den Artikeln 3—6 des Bundesratsbeschlusses vom 1. September 1939 betreffend die Kosten der Lebenshaltung und den Schutz der regulären Marktversorgung vorgesehenen Strafbestimmungen anwendbar.

Sitten, den 24. November 1942.

Der Vorsteher des Forstdepartementes:

A. F a m a.

69

Verfügung Nr. 1/42

über die Nutz- und Brennholz-Produzentenhöchstpreise
für die Nutzungsperiode 1942—1943.

(N. B. 2067)

Das Forstdepartement des Kantons Wallis,

Eingesehen die Verfügungen Nr. 544 A/42 und 545 A/42 des eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartementes, Preiskontrollstelle;

Eingesehen den Staatsratsbeschluß vom 13. November 1942 betreffend die Versorgung des Landes mit Holz,

verfügt:

Art. 1. — Die Einmessung des Holzes hat gemäß den nachfolgenden Vorschriften zu geschehen.

a) **Messgeräte:** Für die Längenmessung sind zulässig: Meßband, Meßlatte und Meßzirkel. Die Meßbänder sind vor Gebrauch zu kontrollieren.

Zur Stärkenmessung dient die geeichte Kluppe.

b) **Messung der Länge:** Die Messung erfolgt bei Langholz, Langholzabschnitten und Mittellangholz auf den geraden Dezimeter, bei Alöken und Laubholz auf den Dezimeter.

Das Zumatz beträgt mindestens 1% der Länge. Sofern der Schrot (Anhieb) mehr als $\frac{1}{4}$ des Stockdurchmessers beträgt, wird er nicht gemessen, andernfalls zur Hälfte.

- c) **Messung des Mitteldurchmessers:** Der Mitteldurchmesser wird auf den vollen Zentimeter an entrindeter Meßstelle erhoben, und zwar werden zwei aufeinander senkrecht stehende (in der Regel der größte und der kleinste) Durchmesser gemessen und aus beiden Messungen das Mittel gezogen. Beispiel: $42/44 = 43$ oder $42/43 = 42$. Weist die Meßstelle in der Mitte der Länge anormale Verdickungen auf, sind in gleichen Abständen nach oben und unten die Durchmesser zu messen; aus beiden Messungen ist das Mittel zu nehmen.

Imprägnierstangen werden über der Rinde auf den Zentimeter gemessen.

- d) **Inhaltsbestimmungen:** Der Inhalt eines Stammes oder Stammstückes wird aus Länge und Mitteldurchmesser wenigstens auf 2 Dezimalen genau berechnet.

Bei Imprägnierstangen ist für die Rinde ein Abzug von 8% vom Inhalt vorzunehmen.

Art. 2. — Für alle Holzverkäufe aus öffentlichen und privaten Wäldern gelten die nachfolgenden Sortierungs- und Höchstpreisverordnungen:

I. Nadel-Nußholz.

II. Sortierung. — 1. Obermesser (O)

30 cm und mehr Mitteldurchmesser.

Nach Qualität sind folgende Klassen zu bilden:

a Qualität (Oa = ausgezeichnet): Fehlerfreies oder nur mit geringfügigen, den Gebrauchswert nicht beeinträchtigenden Fehlern behaftetes Holz, gesund, vollholzig, ganz gerade, äußerlich astrein oder fast astrein (Gebirgsholz einseitig astrein), ohne Buchs.

Bei Föhren und Lärchen geringe Splintbildung und gut gefärbter Kern.

n Qualität (On = normal): Holz normaler Beschaffenheit ohne wesentliche Fehler und Mängel, d. h. gerade, nicht stark astig, wenig Buchs, nicht ringschälzig, nicht abholzig, nicht ausgesprochen drehwüchsig, wenig Harzgallen.

Stellenweise hartrot (fleckig) ist toleriert: bei Föhren und Lärchen mit sonst gleichen Eigenschaften wie a wird einseitig leichte Krümmung gestattet. Ein Stamm darf als gerade angesprochen werden, wenn er nicht mehr als 1 Centimeter per Laufmeter von der Geraden abweicht.

f Qualität (Of = fehlerhaft): Holz mit wesentlichen Fehlern behaftet wie durchgehend rot, krumm, abholzig, grobastig, viele Harzgallen, stark buchsig, drehwüchsig und ringschälzig.

aa Qualität (Daa = Spezialsortiment): Als Spezialsortiment gilt bei sonst gleichen Eigenschaften wie a nur besonders hochwertiges, für feine technische Spezialzwecke geeignetes Holz, wie feinjähriges Gebirgsholz, Schindelholz, Journierholz. Als feinjährig gilt Holz, bei welchem auf den Centimeter mindestens 5 Jahrringe entfallen und auch der Jahrringbau auf dem ganzen Querschnitt gleichmäßig ist.

2. Untermesser (U) bis 29 Centimeter Mittendurchmesser.

Die Untermesser bleiben nach der Qualität grundsätzlich unsortiert.

Zu Spezialzwecken besonders ausfortierte Untermesser, welche die Qualitätsmerkmale a aufweisen, bilden die Klasse Ua.

B. Produzentenhöchstpreise.

Qualität	Fichte	Tanne	Lärche	Föhre
Daa	74.—	—	130.—	95.—
Da	66.—	59.—	96.—	84.—
Dn	54.—	51.—	80.—	70.—
Df	43.—	43.—	64.—	56.—
Ua	47.—	47.—	60.—	53.—
U	42.—	42.—	50.—	44.—

Die Preise verstehen sich per Kubikmeter gesundes, tadellos ausgerüstetes, entrindetes und zugeschnittenes Holz, franko nächste Bahnstation verladen.

Bei Verlad auf Schmalspurbahn ist der Preis für Fichten- und Tannenholz um Fr. 2.— per Kubikmeter zu reduzieren.

Die Preise für Mittel-Langholz (Holz von 6 Meter und mehr Länge) sind von Fall zu Fall von der kantonalen Zentralstelle für Holz genehmigen zu lassen.

Für die Sortimente Ua, Lärche, Rebstichelholz, kann auf schriftliches Gesuch, welches durch den Kreisforstinspektor zu begutachten ist, von der kant. Zentralstelle für Holz ein Zuschlag bewilligt werden.

Wird das Holz unentrindet geliefert, ist ein Abzug von Fr. 1.50 per Kubikmeter zu machen.

Minenholz: Siehe Verfügung der Eidgen. Preiskontrollstelle Nr. 634/U/1942 vom 28. Oktober 1942.

II. Laubnußholz.

Das Laubnußholz ist nach Durchmesser und Qualität wie folgt zu sortieren:

A. Sortierung.

1) **Durchmesser.** Es gelten folgende Durchmesserstufen:

1. Klasse 60 Zentimeter und mehr Mittendurchmesser

2. Klasse 50—59 cm Mittendurchmesser

3. Klasse 40—49 cm „

- 4. Klasse 30—39 cm Mittendurchmesser
- 5. Klasse 25—29 cm
- 6. Klasse bis 24 Zentimeter "Mittendurchmesser"

Gipfel- und Doldenholz ist als solches ausdrücklich zu bezeichnen.

2) Qualität.

Erste Holzartengruppe: Buche, Eiche, Pappel, Ulme, Kastanie, Birnbaum, Nußbaum.

1. Buche.

a = Fehlerfreies Holz von mindestens 40 Centimeter unter der Rinde, gesund, vollholzig, zylindrisch, gerade, nicht gedreht, ast- und beulenfrei, gleichmäßigen Jahrringbau mit maximal einem Fünftel des Mittendurchmessers, Braun- oder Rotkern (Schälstämmen).

n = Holz normaler Beschaffenheit ohne wesentliche Fehler und Mängel; toleriert: einseitige leichte Krümmung (Einschnürigkeit), durchschnittlich ein kleiner gesunder Ast (max. 5 cm Durchmesser) pro Laufmeter, Braun- oder Rotkern max. ein Drittel des Mittendurchmessers, leicht drehwüchsig.

j = Holz mit wesentlichen Fehlern, wie mehr als ein Drittel des Mittendurchmessers Braun- oder Rotkern, stark astig, frumm, stark durchwüchsig, kreuzrissig usw.

aa = Messerstämme und Journierstämmen. Nebst den Eigenschaften von a vollständig weißes und astreines Holz von mindestens 50 cm Mittendurchmesser unter der Rinde.

3. Eiche.

a = Fehlerfreies Holz von mindestens 40 cm unter der Rinde, gesund, vollholzig, zylindrisch, gerade, nicht drehwüchsig, ast- und beulenfrei (2 Klebastgruppen auf 4 Meter Länge toleriert), mit gleichmäßigem feinen Jahrringbau, wenig Splint, kein Buchs, nicht pechig, wurmfrei.

n = Holz normaler Beschaffenheit ohne wesentliche Fehler und Mängel; toleriert: einseitige leichte Krümmung (Einschnürigkeit) durchschnittlich ein kleiner, gesunder Ast (max. 5 cm Durchmesser) oder eine Klebastgruppe pro Laufmeter, leichte, radial verlaufende Risse, leicht pechig (d. h. leichte Beschüsse toleriert, vorausgesetzt, daß sämtliche übrigen Qualitätsmerkmale der a-Qualität entsprechen), leicht drehwüchsig.

j = Holz mit wesentlichen Fehlern, wie pechig, grobastig, frumm, stark gedreht usw.

aa = Messerstämme und Journierstämmen; nebst den Eigenschaften von a absolut ast- und klebastfreies Holz von mindestens 50 cm Mittendurchmesser unter der Rinde.

3. Pappel (Minimallänge 2 Meter).

a = Schälstämme 1. Qualität; fehlerfreies Holz von mindestens 40 cm Mittendurchmesser unter der Rinde, absolut gesund, gerade, zylindrisch, von regelmäßigem Wuchs und homogener Struktur; toleriert: kleine Alebäste, zwei kleine Nester mit maximal 5 Centimeter Durchmesser auf vier Meter Länge.

n = Schälstämme 2. Qualität; Holz normaler Beschaffenheit von regelmäßigem Wuchs, gesund; toleriert: durchschnittlich ein kleiner Ast pro Laufmeter.

j = Holz mit wesentlichen Fehlern behaftet, wie grobästig, wurmstichig usw.

aa = Messerstämme; Holz mit gleichen Eigenschaften wie a, von mindestens 50 cm Mitteldurchmesser unter der Rinde, jedoch absolut astfrei (kleine Alebäste toleriert).

4. Birnbaum.

a = Fehlerfreies Holz von mindestens 45 cm Mittendurchmesser unter der Rinde und einer Minimallänge von 1,8 Metern, gesund, gerade, nicht gedreht, zylindrisch, ohne Nester und ohne Kernverfärbung; toleriert: schwache Einbuchtungen oder leichte Rindeneinwüchse.

n = Holz normaler Beschaffenheit von einer Minimallänge von 1,50 Meter ohne wesentliche Fehler und Mängel, gesund, nicht wurmig oder gallig;

toleriert: leicht drehwüchsig (max. ein Achtel des Umfanges), einseitige schwache Krümmung (auf 2 Meter Länge max. 10 Centimeter), durchschnittlich ein kleiner gesunder Ast (max. 5 cm Durchmesser) pro Laufmeter, gesunder Rotkern (max. ein Viertel des Mitteldurchmessers).

j = Holz mit wesentlichen Fehlern behaftet, wie Kernsäule, Grob- und Vielästigkeit, wurmig, stark drehwüchsig usw.

aa = Fournierstämme; nebst den Eigenschaften von a Holz von mindestens 50 cm Mittendurchmesser unter dem Ring, jedoch ohne Einbuchtungen oder Rindeneinwüchse, nicht wimmerig.

5. Uebrige Holzarten der ersten Gruppe.

Für die übrigen Holzarten der ersten Gruppe gelten folgende allgemeine Qualitätsvorschriften:

a = Fehlerfreies Holz von mindestens 40 cm Mittendurchmesser unter der Rinde, gesund, vollholzig, zylindrisch, gerade, nicht drehwüchsig, ast- und beulenfrei, mit gleichmäßigem Jahrringbau, bei den Holzarten, wo Kernverfärbung ein Fehler ist, darf eine solche maximal einen Fünftel des Mitteldurchmessers ausmachen.

n = Holz normale Beschaffenheit, ohne wesentliche Fehler und Mängel;

toleriert: leichter Drehwuchs, einseitige leichte Krümmung (Einschnürigkeit), ein kleiner gesunder Ast (max. 5 cm Durchmesser) pro Laufmeter, wo Kernverfärbung ein Fehler ist, darf eine solche maximal ein Drittel des Mittendurchmessers ausmachen.

j = Holz mit wesentlichen Fehlern behaftet.

aa = Messerstämme; nebst den Eigenschaften von a Holz von mindestens 50 cm Mittendurchmesser unter der Rinde, ohne Kernverfärbung für Holzarten, wo dies als Fehler gilt.

II. Holzgruppe: Eiche, Ahorn, Linde, Erle, Birke, Akazie, Hagebuche, Kirschbaum, Apfelbaum.

1. E s c h e.

a = Fehlerfreies Holz von mindestens 30 cm Mittendurchmesser unter der Rinde, gesund, vollholzig, zylindrisch, gerade, nicht drehwüchsig, ast- und beulenfrei mit gleichmäßigem Jahrringbau und mit maximal einem Fünftel des Mittendurchmessers Braunkern.

n = Holz normaler Beschaffenheit ohne wesentliche Fehler und Mängel;

toleriert: leichter Drehwuchs, einseitige Krümmung (Einschnürigkeit), durchschnittlich ein kleiner gesunder Ast (max. 5 cm Durchmesser) pro Laufmeter, gesunder Braunkern.

j = Holz mit wesentlichen Fehlern behaftet, wie fauler Kern, faule Äste, Wimmerwuchs, Drehwuchs, Kreuzspalt usw.

a = Spezialsortiment; nebst den Eigenschaften von a vollständig weißes und astfreies Holz.

2. A h o r n.

a = Fehlerfreies Holz von mindestens 30 cm Mittendurchmesser unter der Rinde, gesund, vollholzig, zylindrisch, nicht drehwüchsig, ast- und beulenfrei, mit gleichmäßigem Jahrringbau, absolut weiß.

n = Holz normaler Beschaffenheit ohne wesentliche Fehler und Mängel, gesund;

toleriert: einseitige leichte Krümmung, durchschnittlich ein gesunder Ast (5 cm Durchmesser) pro Laufmeter, max. ein Fünftel des Mittendurchmessers Braunkern.

j = Holz mit wesentlichen Fehlern behaftet, wie kernfaul, grob- und vielästig, gallig, wumstichig, erstikt usw.

aa = Journierstämme; Holz, das nebst den Merkmalen von a besondere Eigenschaften zu Journierzwecken hat und mit mindestens 40 cm Mittendurchmesser unter der Rinde.

3. Kirschbaum.

Wie Birnbaum, jedoch bei a mindestens 30 cm Mittendurchmesser unter der Rinde, bei aa mindestens 40 cm Mittendurchmesser unter der Rinde.

4. Uebrige Holzarten der zweiten Gruppe.

Qualitätsumschreibung wie bei den übrigen Holzarten der ersten Gruppe, jedoch für a Mindestdurchmesser 30 cm unter der Rinde und für aa 40 cm unter der Rinde.

Art. 17. — Schwellenholz.

Das Schwellenholz wird nach zwei Dimensionsklassen sortiert:

1. Klasse: Abschnitte von mindestens 28 cm Mittendurchmesser, Mindestzapfdurchmesser 27 cm.

2. Klasse: Durch 180 und 190 Centimeter teilbare Abschnitte, Mindestzapfdurchmesser 22 cm.

Es umfaßt ausschließlich gesundes Holz.

Toleriert werden: Leichte in einer Ebene liegende Krümmungen (sofern diese $\frac{1}{30}$ der Länge nicht überschreiten), gesunde Nester; der rote Kern darf bei der Buche höchstens 7 Centimeter Durchmesser aufweisen; pechige Eichen und allzu grobkörnige Buchen sind nicht zulässig.

B. Effektive Höchstpreise.

Die Qualitäts-Zuschläge resp. -Abzüge beziehen sich auf die effektiven Preise.

Holzart	Qualität	Höchstpreise					
		I	II	III	IV	V	VI
Buche	n	95	84	73	62		50
	f — 20 %	76	67	58	50		40
	a + 30 %	124	109	95			
	aa + 50 %	142	126				
Eiche	n	150	121	98	75		52
	f — 20 %	120	97	78	60		42
	a + 30 %	195	157	127			
Ulme	n	130	105	85	65	50	40
	f = 20 %	104	84	68	52	40	32
	a + 30 %	169	136	110			
	aa + bis 50 %	195	157				
Schwarz-,	n	73	61	55	51	47	44
Weiß- und	f — 25 %	55	46	41	38	35	33
Zitterpappel	a + 30 %	95	79	71			
Weiden	aa + 50 %	110	91				
Kanadische	n	105	100	95	90	70	60
Pappel	f — 25 %	79	75	71	67	52	45
	a + 30 %	137	130	124			
	aa + bis 50 %	158	150				

Holzart	Qualität	Höchstpreise					
		I	II	III	IV	V	VI
Italienische Pappel	n	54	45	40	38	35	33
	f	38	31	28	27	25	32
	a	70	59	52			
	aa	81	68				
Platane	n	102	94	84	72	59	46
	f — 30 %	72	66	59	50	41	32
	a + 30 %	132	122	109			
	aa + 50 %	153	141				
Birnbaum	n	125	105	85	70	55	45
	f — 20 %	100	86	68	50	44	36
	a + 30 %	162	140	110			
	aa + 50 %	187	157				
Eiche	n		135		112	67	45
	f — 20 %		94		78	47	36
	a + 30 %		175		148		
	aa + 50 %		202		168		
Ahorn	n		91		78	64	49
	f — 30 %		64		55	45	34
	a + 30 %		128		101		
	aa + 50 %		136		117		
Linde, Hagebuche	n		94		78	65	55
	a + 30 %		66		55	45	38
	a + 30 %		122		101		
	aa + 50 %		141		117		
Erle	n		81		73	65	51
	f — 30 %		57		51	45	36
	a + 30 %		105		95		
	aa + 50 %		121		110		
Birke	n		84		72	59	46
	f — 30 %		59		50	41	32
	a + 30 %		109		94		
	aa + 50 %		126		108		
Kiefer	n		112		97	81	57
	f — 30 %		79		69	57	40
	a + 30 %		145		126		
	aa + 50 %		168		145		
Apfelbaum	n		78		65	55	47
	f — 20 %		62		52	44	38
	a + 30 %		101		84		
	aa + 50 %		117		97		
Kirschbaum	n		104		88	73	57
	keine f — 30 %		73		61	51	40
Grundpreise	a + 30 %		135		115		
	aa + 50 %		156		132		

Die Preise verstehen sich per Kubikmeter für Holz in der Rinde, unter der Rinde gemessen, franko nächste Bahnstation verladen.

III. Papier- und Holzwoleholz.

A. Sortierung. Unter Papierholz sind Rundlinge der für die Herstellung von Holzschliff und Zellulose geeigneten Holzarten, also vorzugsweise Fichte zu verstehen. Die Rundlinge erhalten eine Länge von 1 m und einen Mindestdurchmesser von 10 cm am dünnern Ende. Das Holz muß gesund (ohne Faulstellen, nicht erstickt, nicht wurmig), normal gewachsen (gerade, ohne Kröpfe, ohne viel Buchs usw.), sauber (ohne Erdanhang, ohne Steine und Sand in den Stirnseiten), ganz (nicht zersplittert, zerschlunden oder zerfasert) sein.

Bei Lieferungen von Fichtenholz werden in der Regel 10 % Weißtannenholz toleriert.

1. Klasse: Gesunde Fichten- und Weißtannenrugel mit 10 cm Mindestdurchmesser, geschält oder ungeschält, ohne die Mängel der 2. Klasse.

2. Klasse: Entrindete Fichten- und Weißtannenrugel.

Sie dürfen einen, aber nur einen der folgenden Mängel aufweisen:

1. astig und leicht krumm;
2. beschädigt (reißt- oder trift-);
3. verlegen, käserig, roststreifig oder trockenrot, jedoch nagelfest;
4. buschig;
5. Durchmesser von 7 bis 9 cm, jedoch mengenmäßig nicht mehr als 10 % einer Wagenladung;
6. ausnahmsweise saubere Spalten mit mindestens 25 cm Spaltfläche.

Nicht angenommen werden: Außerordentlich viel- und dickastige, krumme und sonst abnormale Stücke (Stock-, Kropf-, Mistel- und Gipfelholz), Holz mit eingewachsener Rinde (Zwiefel), mangelhaft entastete Stücke.

B. Effektive Höchstpreise:

1. Bahnholz (franko Empfangsstation)	Entrindet	in Rinde
1. Klasse Fichte	33.50	29.50
1. Klasse Tanne	31.50	27.50
2. Klasse	30.50	26.50
2. Waldholz (auf Fabrikplatz geliefert)	Entrindet	in Rinde
1. Klasse Fichte	34.50	30.50
1. Klasse Tanne	32.50	28.50
2. Klasse	31.50	27.50

Im gleichen Bahnwagen dürfen nicht Holzgattungen verschiedener Preisanlässe gemischt verladen werden, sonst wird die ganze Wagenladung nach dem Preis des billigsten Sortimentes verrechnet. Für Sendungen von Fichtenholz 1. Klasse, die bis zu 10 % Weißtanne enthalten, wird der Fichtenpreis bezahlt.

b) Kollektivlieferungen.

1. Für Kollektivlieferungen erhöhen sich die unter a) erwähnten Preise um maximal 50 Rp. per Ster. Verlangt ein Abnehmer eine vorzeitige Ablieferung, so hat dieser dem Lieferanten für eine eventuelle Mehrfracht, d. h. wenn das Gewicht per Ster 500 kg übersteigt, die effektiven Mehrkosten zu vergüten.

2. Als Kollektivlieferungen sind alle Lieferungen zu bezeichnen, die durch eine zentrale Sammelstelle (Verbände, Kantons-, Kreis- und Revierförstämter, Gemeindefammellstellen und Zwischenhändler) gehen, welche für die Durchführung der Lieferungen verantwortlich ist (Menge, Qualität, Sortiment) und mit welcher der Käufer sämtliche Zahlungen sowie allfällige Anstände regeln kann.

3. Der Kollektivzuschlag darf nur dann ausbezahlt werden, wenn im Laufe einer und derselben Nutzungsperiode die unter 1 erwähnten zentralen Sammelstellen in der Lage sind, mindestens 500 Ster Papierholz abzuliefern.

c) Zuschläge für Bahnholz.

Für Bahnholz erhöhen sich die unter 1 genannten Preisanlässe durch Anrechnung von Zuschlägen per Tarifkilometer der jeweiligen Bahnstrecke (Normal- und Schmalspurbahn).

Die Zuschläge betragen:

Für Frachtdistanzen (Gesamt- oder Teilstrecken) bis zu 100 Tarifkilometern	2,0 Rp.
Für Distanzbetreffnisse (Teilstrecken), die zwischen 101—200 Tarifkilometern liegen	1,0 Rp.
Für Distanzbetreffnisse (Teilstrecken), die über 200 Tarifkilometern liegen	0,5 Rp.

Holzvolleholz.

In Anlehnung an die Höchstpreise für Papierholz gelten für Holzvolleholz folgende Bedingungen:

1. **Fichtenholz** gleicher Qualität wie Papierholz Tanne 1. Klasse
Preis für Papierholz Fichte 1. Klasse.

2. **Tannenholz** gleicher Qualität wie Papierholz Tanne 1. Klasse
= Papierholzpreis Tanne 1. Klasse.

3. a) **Föhrenrugel entrindet**, ausfortiert und aufgerüstet nach den Bestimmungen für Papierholz Fichte 1. Klasse = Preis für Papierholz Fichte 1. Klasse entrindet.

b) **Föhrenholz unentrindet**, ausfortiert und aufgerüstet nach den Bestimmungen für Papierholz Fichte 1. Klasse = Papierholzpreis Fichte 1. Klasse unentrindet minus Fr. 1.50.

4. Falls andere Fichten-, Tannen- oder Föhrensortimente als oben erwähnt oder andere Holzarten geliefert werden, gelten die entsprechenden Brennholz- oder Nutzholzpreise.

IV. Brennholz.

A. Sortierung.

- Spalten (aufgepastene Prügel von mindestens 14 cm Durchmesser am dünnern Ende).
- Prügel (Prügel von 7—13 cm Durchmesser am dünnern Ende).
- Astholz (Aeste und Prügel von 3—6 cm Durchmesser).
- Wellenmaterial.
- Sägereiabfälle.

f) **Verschiedene Bestimmungen:** Das Holz ist sorglich wagrecht aufzuschichten, um die Zwischenräume auf ein Mindestmaß herabzudrücken: getrennt nach Holzarten, nach Sortimenten (Spalten, Rundholz usw.) und nach Qualität (gesundes oder saules Holz).

Die Beigen sind beidseitig mit in den Boden gerammten oder mit Bändern verbundenen Pfählen zu stützen. Als Unterlage für die Beigen sind Spalten und Prügel zu verwenden und wagrecht auf den Boden zu legen.

Beim Aufschichten ist den Beigen ein Uebermaß von mindestens 5 cm auf 1 m Höhe zu geben.

B. Höchstpreise.

1. Für Lieferungen ab nächster Schmalspurbahnstation.

Holzarten	Spalten	Prügel	Neste
	Fr.	Fr.	Fr.
1. Buche, Hagebuche	31.—	28.—	26.—
2. Esche, Ahorn, Birke, Obstbaum	28.—	25.—	23.—
3. Lärche, Föhre	26.—	23.—	23.—
4. Arve, Fichte, Tanne, Linde, Erle	24.—	21.—	Q 19.— N 21.—
5. Pappel, Weide, Haselnuß	22.—	19.—	17.—

Reine Scheiterwellen	Astwellen	Schwarten	Andere Sägereiabfälle
----------------------	-----------	-----------	-----------------------

1. Buche, Hagebuche	22.—	17.—	26.—	23.—
2. Esche, Ahorn, Birke, Obstbaum	19.—	14.—	23.—	20.—
3. Lärche, Föhre		19.—	21.—	18.—
4. Arve, Fichte, Tanne, Linde, Erle		Q 10.— N 17.—	19.—	16.—
5. Pappel, Weide, Haselnuß		8.—	17.—	14.—

2. Für Lieferungen ab nächster Normalspurbahnstation.

Holzarten	Spalten	Prügel	Neste
	Fr.	Fr.	Fr.
1. Buche, Hagebuche	32.—	29.—	27.—
2. Esche, Ahorn, Birke, Obstbaum	29.—	26.—	24.—
3. Lärche, Föhre	27.—	24.—	24.—
4. Arve, Fichte, Tanne, Linde, Erle	25.—	22.—	Q 20.— N 22.—
5. Pappel, Weide, Haselnuß	23.—	20.—	18.—

Reine Scheiterwellen	Astwellen	Schwarten	Andere Sägereiabfälle
----------------------	-----------	-----------	-----------------------

1. Buche, Hagebuche	23.—	18.—	27.—	24.—
2. Esche, Ahorn, Birke, Obstbaum	20.—	15.—	24.—	21.—
3. Lärche, Föhre		20.—	22.—	19.—
4. Arve, Fichte, Tanne, Linde, Erle		Q 11.— N 18.—	20.—	17.—
5. Pappel, Weide, Haselnuß		9.—	18.—	15.—

Q = Laubholz N = Nadelholz.

Für geschältes Eichenbrennholz kann ein Zuschlag von 5% gemacht werden

Diese Preise verstehen sich per Ster gesundes Brennholz, ausgerüstet nach vorerwähnten Vorschriften, verladen auf Eisenbahnwagen, nächste Bahnstation.

3. Bei Verlad von Brennholz auf der Monthey-Champéry-Bahn gelten die unter 2 aufgeführten Preise.

C. Umrechnungsfaktoren zur Ermittlung der Wellenhöchstpreise.
Die in der vorausgehenden Tabelle enthaltenen Preise pro Ster Wellenmaterial sind zur Festlegung der Preise pro 100 Stück Wellen mit folgenden Umrechnungsfaktoren zu multiplizieren:

A u s m a ß		U m r e c h n u n g s f a k t o r
Länge	Umfang	für 100 Wellen
50	60	1.8 Ster
60	60	2.1
60	70	2.6
60	80	3.1
70	70	2.9
70	80	3.6
70	90	4.3
80	80	4.0
80	90	4.9
80	100	5.8
90	90	5.4
90	100	6.5
100	100	7.1

Für Wellendimensionen, welche nicht aufgeführt sind, sind die Preise entsprechend festzusetzen.

D. Zuschlag für sachgerechte Lagerung.

- Wird Brennholz guter Qualität in Schuppen oder an trockenen, luftigen Orten gelagert und das Lager sachgerecht unterhalten, so darf vom Beginn der Lagerung, frühestens aber vom 1. April an und während höchstens 6 Monaten, eine Lagergebühr von 30 Rappen pro Ster und pro ganzen Monat verrechnet werden. (Höchstbetrag demnach Fr. 1.80 pro Ster Trockenzuschlag).
- Erfolgt die sachgemäße Lagerung in einem Sammelager, jedoch ohne Absicherung, darf höchstens ein Zuschlag von Fr. 1.50 für allfällige Mehrtransporte, für Auf- und Abladen sowie für das Aufsichten verrechnet werden (Lagerzuschlag).
- Erfolgt die sachgemäße Lagerung und Absicherung in einem Sammelager (frei oder in Schuppen), darf für allfällige Mehrtransporte, für Auf- und Abladen sowie für das Aufsichten und Absichern höchstens der Betrag von Fr. 2.— je Ster verrechnet werden (Lagerungs- und Trocknungszuschlag). Nach a, b und c beträgt die Totalentschädigung höchstens Fr. 3.80 je Ster.

- d) Als Sammellager ist ein Lagerplatz oder Lagerstuppen zu verstehen, wo Holz regionen- oder gemeindeweise zusammengezogen wird. Damit der Betrag von Fr. 1.50 resp. Fr. 2.— verrechnet werden kann, müssen die durch Zwischenlagerung entstandenen zusätzlichen Kosten für Transporte, für Auf- und Abladen sowie für das Aufschichten und Absichern ausgewiesen werden, welche üblicherweise und ohne Sammellager nicht verursacht worden wären.

V. Stodholz (Wurzelholz).

A. Sortiment. Es besteht ausschließlich aus dem Stod, der nach der bodenebenen Fällung zurückbleibt und anlässlich von Rodungen oder andern bewilligten Eingriffen ausgerissen wird. Das Stod resp. Wurzelholz muß absolut frei von Erde und Steinen sein und darf nur in waldtrockenem Zustande geliefert werden.

B. Höchstpreise. Das Stod resp. Wurzelholz wird nach Gewicht verkauft. Der Preis wird festgesetzt auf Fr. 2.50 per 100 kg franko nächste Bahnstation verladen.

VI. Rohgasholz.

Für Sortimente, welche zur Herstellung von Gasholz dienen, gelten die entsprechenden Brennholzhöchstpreise.

Art. 3. — Allgemeine Bestimmungen.

- a) Aus den Verkaufsverträgen oder Verkaufsprotokollen (Holzrechnungen) muß ersichtlich sein, welche Sortierung angewandt wurde, ferner die Anzahl Kubikmeter resp. Ster und der angewandte Höchstpreis pro Kubikmeter resp. pro Ster für jede einzelne Holzart- und Qualitätsklasse.
- b) Die Produzenten-Höchstpreise sind Netto-Preise. Die Verkaufspreise sind daher in den Produzenten-Höchstpreisen inbegriffen.
- c) Für Militär-Holzlieferungen gelten ebenfalls oben angeführte Höchstpreise.
- d) Die Gebühren der kant. Zentralstelle für Holz sind in den Produzenten-Höchstpreisen nicht inbegriffen.
- e) Für Holz, welches nicht franko nächste Station verladen, verkauft wird, gelten folgende Bestimmungen:
auf dem Stod verkauft: Abzug der Rüst-, Transport- und Verladefkosten.
Ab Wald oder Straße verkauft: Abzug der Transport- und Verladefkosten.
Die voraussichtlichen Rüst-, Transport- und Verladefkosten sind vor dem Abschluß des Verkaufes den Interessenten bekannt zu geben.
- f) Für Brennholz, welches nicht nächste Bahnstation verladen, sondern unverladen geliefert wird, sind die Höchstpreise um einen Franken zu reduzieren.

- g) Vorbehalten bleiben die Bestimmungen des Art. 2, lit. a der Verfügungen des Volkswirtschaftsdepartementes vom 2. September 1939 betreffend die Kosten der Lebenshaltung und den Schutz der regulären Marktversorgung. Danach ist es untersagt, im Inland Preise zu fordern oder anzunehmen, die unter Berücksichtigung der branchenüblichen Selbstkosten einen mit der allgemeinen Wirtschaftslage unvereinbaren Gewinn verschaffen würden.
- h) Diese Verfügung berechtigt nicht zur Aufhebung oder Abänderung laufender Lieferungsverträge; deren Erfüllung richtet sich nach den vertraglichen Abmachungen und den zivilrechtlichen Bestimmungen.

Art. 4. — Preiskontrolle. Die Ueberwachung der dem Produzenten zu bezahlenden Preise ist dem Forstdienst übertragen. Die Waldbesitzer (inbegriffen die Privaten) welche beabsichtigen, einen Verkauf, gleich in welchem Umfange, zu tätigen, müssen dafür zuerst vom zuständigen Kreisforstamt eine Bewilligung verlangen und erhalten. Zu diesem Zwecke machen sie dem Kreisforstinspektor alle notwendigen Angaben. Der Kreisforstinspektor unterbreitet die Preise, 10 Tage vor jedem Verkauf oder jeder Submission, der kant. Zentralstelle für Holz zur Genehmigung.

Spätestens 5 Tage nach erfolgtem Verkauf ist der Originalvertrag mit Angabe der erzielten Erlöse dem Kreisforstamt zu übermitteln.

Nutz- und Brennholz können nur solche Personen kaufen und wiederverkaufen, welche im Besitze eines kant. Holzhandelspatentes sind gemäß Staatsratsbeschluss vom 13. November 1942 betr. den Holzhandel im Kanton Wallis.

Art. 5. — Strafbestimmungen. Widerhandlungen gegen diese Verfügung werden nach den Strafbestimmungen des Bundesratsbeschlusses vom 24. Dezember 1941 über die Verschärfung der kriegswirtschaftlichen Strafbestimmungen und deren Anpassung an das Schweiz. Strafgesetzbuch bestraft. Ferner wird verwiesen auf den Bundesratsbeschluss vom 12. November 1940 betreffend die vorsorgliche Schließung von Geschäften, Fabrikationsunternehmen und andern Betrieben, sowie auf die Verfügung 3 des Eidg. Volkswirtschaftsdepartementes vom 18. Januar 1940 betreffend Beschlagnahme und Verkaufszwang.

Art. 6. — Die Verfügung Nr. 6 des Forstdepartementes vom 18. November 1941 wird kraftlos erklärt.

Sitten, den 18. November 1942.

Der Vorsteher des Forstdepartementes:

A. J a m a.

Verfügung Nr. 2/42

vom 18. November 1942,
betreffend Abgabe und Bezug von Rundholz.

(N. B. 2078)

Das Forstdepartement des Kantons Wallis,
Eingesehen den Staatsratsbeschuß vom 13. November 1942 be-
treffend die Versorgung des Landes mit Holz,

beschließt:

Art. 1. — Rundholz, inbegriffen das Grubenholz, kann nur
zwischen ehemaligen Lieferanten und Käufern abgegeben und bezogen
werden, dies bis zu dem unter Art. 2 festgesetzten Quantum.

Art. 2. — Das Maximalquantum, das bezogen oder geliefert
werden kann, wird von der kantonalen Zentralstelle für Holz, gestützt
auf die vor dem Kriege (1937/39) getätigten Käufe und die sich aus
den Jahren 1940—1945 ergebenden Umsatzzmittel, festgesetzt. Die Be-
dürfnisse für neue Betriebe (Bau von Kraftwerken, Ausbeutung neuer
Bergwerke jeder Art) werden von Fall zu Fall behandelt und be-
sonders festgelegt. Soweit die Holzherzeugung genügt, ist das Zuteil-
ungsverhältnis auf 100% festgesetzt.

Art. 3. — Die Holzanteileilungen erfolgen nur gegen Abgabe der
Karten für den Holzkauf. Jeder Betrieb (Sägereien, öffentliche Ar-
beitsstellen, Bergwerke usw.) müssen im Besitze der Holzkaufskarten
sein, welche durch die kant. Zentralstelle für Holz abgegeben werden.
Jeder Holzkauf muß auf diesen Karten eingetragen und vom Kreis-
forstamt bestätigt werden.

Art. 4. — Das Holz darf nur für jene Zwecke verwendet wer-
den, wofür es bestimmt und aufgearbeitet worden ist.

Art. 5. — Die Versteigerungen und Submissionen für Rundholz
sind unterlagt. An deren Stelle können Kollektivverkäufe treten, die
der Verteilung des Holzes unter die berechtigten Abnehmer dienen.
Die Höchstpreisvorschriften sind einzuhalten.

Art. 6. — Die Vorschriften der Sektion für Holz betreffend die
Abgabe und den Bezug von gewissen Rundholzarten und Sortimenten
bleiben vorbehalten.

Also beschlossen in Sitten, den 18. November 1942, um im Amts-
blatt veröffentlicht zu werden.

Der Vorsteher des Forstdepartementes:
A. J a m a.

Verfügung Nr. 3/42

**des kantonalen Forstdepartementes betreffend Abgabe
und Bezug von Brennholz.**

(A. B. 2078)

Das Forstdepartement des Kantons Wallis,
Eingesehen den Staatsratsbeschuß vom 13. November 1942 be-
treffend die Versorgung des Landes mit Holz,

verfügt:

Art. 1. — Bereitstellung von Brennholz. Die Be-
willigungen zum Schlagen und Verkaufen von Brennholz werden,
je nach der Menge, vom Staatsrat oder vom Forstdepartement er-
teilt.

Die Bewilligungen zum Schlagen von Brennholz zur Verteilung
oder zum eigenen Gebrauch werden von den Kreisforstinspektoren
erteilt.

Art. 2. — Die Waldeigentümer, welche eine Schlag- und Ver-
kaufsbewilligung für Brennholz erhalten haben, sind verpflichtet, die
Menge des aufgerüsteten Holzes vor dem Verkauf dem Kreisforstin-
spektor zu melden. Der Kreisforstinspektor bestimmt alsdann, an wen
dieses Holz abzugeben ist.

Art. 3. — Die zum Brennholzhandel ermächtigten Personen wie
alle jene, welche Holzabfälle aus ihren eigenen Betrieben verkaufen,
sind verpflichtet, über alles gekaufte, verkaufte und gelagerte Holz
Buch zu führen. Auf Ende jeden Monats haben die Händler die von
ihnen eingezogenen Holzkauf-Gutscheine dem Gemeinde-Brennstoff-
amt, welches sie ausgestellt hat, mit einem gleichzeitigen vollständigen
Bericht über das gelieferte und gelagerte Brennholz abzugeben.

In diesem Bericht muß jede Brennholzart für sich gesondert an-
geführt werden. Die vom Gemeindeamt geprüften Berichte sind nach-
her, und zwar spätestens bis zum 5. jeden Monats dem kantonalen
Holzamt zuzustellen.

Art. 4. — Es haben Bericht abzustatten:

1) an die Kreisforstinspektoren: alle Waldbesitzer
(Gemeinden, Geseilschaften, Private usw.), die eine Schlagbewilligung
für zum Verkaufe bestimmtes Holz erhalten haben, sobald dieses auf-
gerüstet und aufgestellt ist;

2. an die Gemeindebrennstoffämter:

a) die Revierförster über das an die Rechtshabenden abgegebene
Verteilungs- oder Losholz und über das zum Eigenbedarf in den
Privatwäldern angezeichnete Brennholz;

- b) die Brennholzhändler wie auch die Personen, welche Holzabfälle gemäß Art. 3 aus ihren eigenen Betrieben verkaufen;
- c) die Eigentümer, welche auf ihrem eigenen Boden Frucht- oder Zierbäume für den Eigenbedarf schlagen.

Art. 5. — Rationierungsausweise und Zuteilungsverfügungen.

- a) Folgende Gemeinden sind der Holzrationierung nicht unterworfen: Birgisch, Greich, Betten, Goppisberg, Martisberg, Bellwald, Guttet, Felschel, Erismatt, Bratsch, Saas-Balen, Embd und Staldenried.
- b) In allen unter Absatz a nicht erwähnten Gemeinden kann die Brennholzabgabe an die Verbraucher nur gegen Abgabe des vom Gemeinde-Brennstoffämte ausgestellten Rationierungsausweises erfolgen.
- c) Die Gültigkeitsdauer der Rationierungsausweise geht bis zum 30. April 1943.
- d) Der Brennholzkäufer hat die Rationierungsausweise dem Lieferanten bei der Bestellung oder spätestens beim Bezug des Holzes abzugeben.
- e) Losholz darf nur soweit abgegeben werden, als der Verbraucher eine Bezugsberechtigung nachweisen kann, im Maximum aber bis 60 % seines Gesamtbezugsanspruches an Brennholz (Basisfontingent).

Wo der Losholzberechtigte durch die Rationierung weniger als 1 Klafter (3 Ster) erhalten würde, dürfen bis zu 3 Ster ungefürt abgegeben werden.

Die Losholzberechtigten dürfen Losholz nur beziehen, sofern sie Anspruch auf Brennholz haben.

Losholzberechtigte, die bisher kein ganzes Los bezogen haben, besitzen nur Anspruch auf eine Abgabe nach Maßgabe der vorstehenden Bestimmungen.

Art. 6. — Ausnahmebestimmungen.

Keine Rationierungsausweise benötigen:

- 1. Die Selbstversorger (Waldbesitzer, Sägereien, holzverarbeitende Betriebe, Obstbaum-, Garten- und Parkbesitzer) für das ihrem eigenen Bedarf entsprechende, der eigenen Liegenschaft oder dem eigenen Betriebe entstammende Brennholz.

Die kantonalen Brennstoffämter sind berechtigt, den Verbrauch überprüfen zu lassen, ihn wenn nötig einzuschränken und das frei werdende Holz andern Verbrauchern zuzuteilen. Das aus der eigenen Produktion bezogene Holz ist am Gesamt-Brennstoffanspruch anzurechnen.

- 2. Die Sammler von Leesholz für den eigenen Verbrauch.
- 3. Die Bewohner der unter Art. 5 lit. a genannten Gemeinden.

Art. 7. — Bezugsvorschriften.

I. Allgemeine gültige Bestimmungen.

- 1. Die für den Bezug frei gegebene Zuteilungsquote wird periodisch für eine bestimmte Zeit in Prozenten festgelegt. Sie bewilligt

für das Rationierungsjahr 1942/43 60 %, die ohne weitere Unter-
teilungen frei zu geben sind und zwar:

- a) für Gewerbe, Industrie, Transportanstalten, sowie Verbraucher-
gruppen 1, 2, 3 und 4 der Kategorie Hausbrand: vom Holzanteil
des gemeldeten und überprüften Vorkriegsbedarfes;
- b) für die Gruppe 5 (Raumheizung in Wohnungen): vom Holzanteil
des Basiskontingentes.

2. Bezüge von Brennholz, die den Brennholzanspruch übersteigen,
sind am Kohlenanspruch anzurechnen.

3. Je nach der Versorgungslage können bestimmte Holzarten (Laub-
holz, Nadelholz) oder Sortimente (Sterholz, Äste, Wellen, Sägerei-
abfälle, Hackbrennholz usw.) zwangsweise zugeteilt werden.

II. Besondere Zuteilungsvorschriften für Raumheizungen, Koch- und Wascherde.

1. Zentralheizungen.

- a) Für Zentral- und Etagenheizungen, die für Kohlenbrand einge-
richtet sind, darf nur Kohle zugeteilt werden. Als Anfeuerholz
(Wellen, Äste, Sägereiabfälle usw.) ist zu bewilligen: bis 10 m²
Heizfläche: 60 Wellen, 10–20 m² Heizfläche: 90 Wellen, über 20
Quadratmeter Heizfläche: 120 Wellen oder die entsprechende Menge
Ast- und Abfallholz.

Für Zusatzöfen können maximal 150 kg Koks in anderen
Brennstoffen (auch Holz) pro Wohnung zugeteilt werden unter
Abzug am Bezugsanspruch für die Zentralheizung.

- b) Für Holzbrand eingerichtete Zentral- und Etagenheizungen mit
freistehenden Kesseln: Das Basiskontingent wird in Holz festgelegt,
wovon die jeweils gültige Zuteilungsquote zum Bezug frei zu
geben ist.
- c) Für Holzgasbrenner (Vorfeuerung) wird die dem Kohlenanspruch
entsprechende Menge Holz zugeteilt.

2. Ofenheizungen.

Für Ofenheizungen ist die Aufteilung des Basiskontingentes in
Kohle und Holz im Verhältnis der früheren Bezüge vorzunehmen,
wobei aber der Holzanteil:

- a) in den Kantonen Zürich, Basel, St. Gallen, Gené und Appenzell
A.-Rh. mindestens $\frac{1}{3}$,
- b) in den übrigen Kantonen mindestens $\frac{1}{2}$ betragen muß.

Für reine Holzöfen darf keine Kohle zugeteilt werden, während
für reine Kohleöfen (z. B. Dauerbrandöfen) das Basiskontingent aus-
schließlich in Kohle festgesetzt werden muß.

Sind Öfen für Holz- und Kohlenfeuerung eingerichtet, kann in
vermehrtem Maße Holz zugeteilt werden, soweit es die Brennholz-
versorgungslage gestattet. Der Gesamt-Brennstoffanspruch jedes ein-
zelnen Bezügers darf aber nicht überschritten werden.

3. Kochherde.

- a) Für Holzkochherde darf nur Nadelholz in folgenden Mengen zu-
geteilt werden:

- 1—2 Personen: jährlich 3 Ster, oder 60 Reifen, oder 1000 kg.
 3—4 Personen: jährlich 4 Ster, oder 75 Reifen, oder 1300 kg.
 5—6 Personen: jährlich 5 Ster, oder 85 Reifen, oder 1500 kg.
 6—10 Personen: jährlich $\frac{1}{2}$ Ster Zuschlag pro Person.

Ueber 10 Personen: Nach Anordnung der Brennstoffämter.

- b) Holzvergaserkochherde, welche an Stelle von „Aga“, „Effe“ und „Grude“-Herde verwendet werden, erhalten die dem Kohlenanspruch entsprechende Menge Holz, die übrigen die für gewöhnliche Holzkochherde vorgesehenen Mengen.

4. Waschküchen.

Für Waschküchen werden, sofern die Besitzer einen Bedarf nachweisen können, pro Rationierungsjahr folgende Mengen Holz zugeteilt:

1—2 Personen	300 kg trockenes Holz		
3—4	400 kg	"	"
5—6	500 kg	"	"
7—8	600 kg	"	"
9 und mehr Personen	700 kg	"	"

5. Zuteilungen für die Landwirtschaft (Biehmästung).

Die Zuteilungsquoten werden den Gemeindebrennstoffämtern direkt vom kantonalen Holzamt mitgeteilt.

6. Das Anfeuerholz.

Das Anfeuerholz ist in den Brennholzzuteilungen in allen Fällen inbegriffen.

Art. 8. — Das Brennholz darf nur für den Zweck, für den es zugeteilt wurde, verwendet werden.

Art. 9. — Spezialregelungen: Armee und Gaswerke.

1. Die Versorgung der Truppen, Kasernen, Zeughäusern, Betriebe der RWA und RWB usw., sowie der Interniertenlager mit Brennholz erfolgt gemäß Weisung Nr. 6 BS der Sektion für Holz vom 26. August 1942.
2. Die Gaswerke werden durch die Kantone auf Grund von besondern Weisungen der Sektion für Holz mit Brennholz versorgt.

Art. 10. — Zuschüsse.

Zuschüsse sind durch die Vermittlung der kantonalen Brennstoffämter mit deren Antrag zu richten:

1. vom Gewerbe (weniger als 60 t jährlicher Kohlenverbrauch): an die Gruppe Kohle der Sektion für Kraft und Wärme, Biel.
2. von der Industrie (60 t und mehr Kohlenverbrauch pro Jahr): an die Gruppe Kohlenverbrauch der Industrie der Sektion für Kraft und Wärme, Basel, gemäß deren Kreisschreiben Nr. 155 vom 27. März 1942.
3. Transportanstalten: an die Sektion für Holz.
4. für die Raumheizung, Gruppen 1—5: an die Gruppe Kohle, Biel, oder gemäß deren Spezialweisungen. Zuschüsse werden für diese Gruppen in der Regel nicht bewilligt.

Art. 11. — Bewilligungen für Umstellungen auf Holzfeuerung:

1. Gewerbe (weniger als 60 t Kohlenverbrauch):
Umstellungen müssen vor Inangriffnahme der Arbeiten durch die kantonalen Brennstoffämter bewilligt sein. Die Bewilligung darf nur erteilt werden, wenn die geplante Einrichtung von der Schweizerischen Brennholzkommission überprüft und gut befunden wurde.
2. Industrie und Transportanstalten:
Umstellungen werden in der Regel nicht bewilligt. In Ausnahmefällen entscheidet die Sektion für Holz.
3. Raumheizung, Gruppen I—V:
Umstellungen müssen vor Inangriffnahme der Arbeiten bewilligt sein. Die Bewilligungen werden erteilt: Gruppe I—IV, Kochherde und Waschküchen:
durch die Gruppe Kohle, Biel, oder gemäß deren Spezialweisungen.
Gruppe V: durch die kantonalen Brennstoffämter.

An alle nach dem 1. Juni 1941 erstellten, auf Holzfeuerung eingerichteten Zentral- und Etagenheizungen sowie Kochherde darf nur dann Brennholz zugeteilt werden, wenn die Anlagen mit dem Gütezeichen für Holzfeuerung der Schweiz, Brennholz-Kommission ausgestattet sind. Dieser Forderung ist bei der Beurteilung der Umstellungsgesuche Rechnung zu tragen.

Art. 12. — Brennholzsteigerungen und Brennholzsubmissionen sind verboten. Durch ein Gesuch des Kreisforstinspektors und in Ausnahmefällen kann das Forstdepartement von vorstehendem Artikel Ausnahmen gestatten.

Art. 13. — Das höhere und das untere Forstpersonal, die Kantonspolizei, die Kriegswirtschaftsämter des Kantons und der Gemeinden sorgen für die Beobachtung des gegenwärtigen Beschlusses. Sie zeigen die Übertretungen dem Forstdepartemente an.

Art. 14. — Widerhandlungen gegen diese Verfügung und die gestützt darauf erlassenen Einzelweisungen werden gemäß Bundesratsbeschluss vom 24. Dezember 1941 über die Verschärfung der kriegswirtschaftlichen Strafbestimmungen und deren Anpassung an das schweizerische Strafgesetzbuch bestraft.

Der Ausschluss von der Weiterbelieferung mit Brennholz, die vorsorgliche Schließung von Geschäften, sowie der Entzug allfälliger Bewilligungen bleiben vorbehalten.

Art. 15. — Diese Verfügung tritt am 27. November 1942 in Kraft.

Art. 16. — Verfügung Nr. 4 des Forstdepartementes vom 6. Dezember 1940 ist aufgehoben.

Also beschlossen in Sitten, am 18. November 1942, um im Kantonsamtsblatt veröffentlicht zu werden.

Der Vorsteher des Forstdepartementes:

A. F a m a.

Verfügung Nr. 4/42

betreffend Holzhandelspatente für die Nutzungsperiode 1942/1943.
(A. B. 2049)

Das Forstdepartement,

Eingesehen die Staatsratsbeschlüsse vom 13. November 1942 betreffend den Holzhandel im Kanton und die Versorgung des Landes mit Holz,

beschließt:

Art. 1. — Die während der Nutzungsperiode 1941/42 ausgestellten Holzhandelspatente werden auf den 30. November 1942 außer Kraft gesetzt.

Art. 2. — Die Holzhandelspatente, gültig für die Nutzungsperiode 1942/43 sind bis 20. Dezember 1942 einzulösen. Nach diesem Datum werden keine Patente mehr ausgestellt.

Art. 3. — Holzhandelspatente werden nur an die bisherigen Inhaber ausgestellt.

Sitten, den 24. November 1942.

Der Vorsteher des Forstdepartementes:

A. J a m a.

Verfügung Nr. 5/42

betreffend die Höchstpreise für den Kleinhandel mit Brennholz
der Nutzungsperiode 1941/42.

(A. B. 2223)

Das Forstdepartement des Kantons Wallis,

Eingesehen die Verfügung Nr. 553 der Preiskontrollstelle des Eidg. Volkswirtschaftsdepartementes,

Eingesehen den Staatsratsbeschuß vom 13. November 1942 betreffend die Holzversorgung des Landes,

beschließt:

Art. 1. — Nur die Inhaber des Holzhandelspatentes sind berechtigt, Brennholz zu kaufen, um es zu den nachstehend festgesetzten Preisen wiederzuverkaufen (s. Staatsratsbeschuß vom 13. November 1942 betreffend den Holzhandel im Kanton Wallis).

Art. 2. — Für den direkten Brennholzverkauf des Produzenten an den Konsumenten gelten die in der Verfügung Nr. 6 des Forstdepartementes vom 18. November 1941 festgesetzten Preise.

Art. 3. — Der Kanton ist in 2 Preiskreise eingeteilt:

Kreis 1 bilden die Gemeinden Siders, Chippis, Sitten, Martinach-Stadt, Burg und Combe, Batiaz und St. Moritz;

Kreis 2 bilden alle unter Ziffer 1 nicht angeführten Gemeinden.

Art. 4. — **Preiskreis 1. Verkaufsbedingungen.**

1. Höchstpreise:	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.
Buche, Hagebuche, Eichenhählholz	39.—	36.—	34.—	25.—	31.—	28.—
Eiche, Ahorn, Ulme, Eiche, Birke						
Obstbaum	36.—	33.—	31.—	22.—	28.—	25.—
Lärche, Föhre	34.—	31.—	31.—	27.—	26.—	23.—
Arve, Fichte, Tanne	32.—	29.—	27.—	18.—	24.—	21.—
Linde, Erle			R 29.—	R 25.—		
Pappel, Weide						
Haselnuß	30.—	27.—	25.—	16.—	22.—	19.—

2. Die unter Ziffer 1 angeführten Preise gelten für einen Ster nicht aufgearbeitetes und zerkleinertes, dagegen vom Händler ab Lager an den Verwendungsort des Konsumenten geliefertes Holz, das wenigstens seit 5 Monaten geschlagen ist.

3. Für auf 20 cm aufgesägtes und gespaltenes Holz erhöhen sich die oben angeführten Preise um Fr. 6.— pro Ster.

4. Die für Buche, Hagebuche und geschälte Eiche festgesetzten Preise erhöhen sich für die Ortschaften Siders, Chippis und Sitten um 3 Fr. pro Ster.

5. Für das beim Händler ab Lager bezogene Holz reduzieren sich die angegebenen Preise um Fr. 2.50 pro Ster.

Art. 5. — Verkauf von Brennholz nach Gewicht.

Der Verkauf von Brennholz nach Gewicht ist nur in den Gemeinden des Preiskreises 1 gestattet.

Verkaufsbedingungen.

1. Höchstpreise.	Preis für 100 kg
Holzarten	Fr.
a) Buche, Hagebuche, geschälte Eiche	10.—
b) andere Holzarten und Lärche, Eiche, Eiche Ahorn, Birke, Kirschbaum, Obstbäume	9.—
c) Nadelholz und weiche Laubholzarten (Tanne, Fichte, Linde, Ulme, Kastanie, Haselnuß, Erle, Pappeln und Weide)	11.—

2. Diese Preise beziehen sich auf Holz, das auf 20 cm aufgesägt und gespalten und wenigstens seit 5 Monaten geschlagen ist und vom Händler ins Haus geliefert wird.

3. Für das direkt beim Händler ab Lager bezogene Holz reduzieren sich die angeführten Preise um 50 Rappen pro 100 Kilogramm.

4. Die für die Buche, Hagebuche und geschälte Eiche festgesetzten Preise erhöhen sich für die Ortschaften Siders, Chippis und Sitten um 55 Rp. die 100 Kilogramm.

5. Höchstgewicht pro Ster.

Holzarten: a) 520 kg, b) 500 kg, c) 350 kg.

Für Holz, dessen Stergewicht die hier angegebenen Höchstgewichte übersteigt, sind die Preise verhältnismäßig herabzusetzen.

Art. 6. — Preisreis 2.

Für den Kleinhandel mit Brennholz in den im Preisreis 1 nicht angeführten Gemeinden erfahren die der Verfügung 6 des Forstdepartements vom 18. November 1941 festgesetzten Preise folgende Zuschläge:

1. Holzhändlergewinn Fr. 3.— pro Ster;

2. Transport vom Lager des Holzhändlers in einem Umkreis von 5 km Fr. 2.— pro Ster;

3. Sägen und Spalten auf 20 Centimeter Fr. 5.50 pro Ster;

4. Zuschlag für dürres Holz (Brennholz, das wenigstens seit fünf Monaten geschlagen, in abgedeckten Lagern normal aufbewahrt und in trockenem Zustand geliefert worden ist) Fr. 1.50 pro Ster;

5. Die verschiedenen Zuschläge sind auf der Rechnung des Händlers gesondert aufzuführen;

6. Der Verkauf des Holzes nach Gewicht ist im Preisreis 2 verboten.

Allgemeine Bestimmungen.

Art. 7. — Es ist dem Händler untersagt, dem gleichen Abnehmer nur Hartholz zu liefern. Jede Lieferung muß wenigstens zu zwei Dritteln aus Weichholz bestehen.

Art. 8. — **Strafbestimmungen.** Widerhandlungen gegen diese Verfügung werden gemäß den Strafbestimmungen des Bundesratsbeschlusses vom 24. Dezember 1941 über die Verschärfung der kriegswirtschaftlichen Strafbestimmungen und deren Anpassung an das schweiz. Strafgesetzbuch bestraft. Ferner wird verwiesen auf den Bundesratsbeschluss vom 12. November 1940 betreffend die vorsorgliche Schließung von Geschäften, Fabrikationsunternehmen und andern Betrieben, sowie auf die Verfügung Nr. 3 des eidg. Volkswirtschaftsdepartements vom 18. Januar 1940 betreffend Beschlagnahme und Verkaufszwang.

Sitten, den 11. Dezember 1942.

Der Vorsteher des Forstdepartementes:

A. J a m a.

Beschluß

vom 24. November 1942

betreffend die Holzkohlenproduzenten im Kanton Wallis.

(N. B. 2218)

Der Staatsrat des Kantons Wallis,

Eingesehen die vom Staatsrat am 24. November 1942 genehmigten Statuten des Walliser Holzkohlenproduzenten-Verbandes;

Eingesehen das vom Staatsrat am 24. November genehmigte Reglement des Walliser Holzkohlenproduzenten-Verbandes;

Eingesehen das Dekret vom 14. November 1939, das dem Staatsrat für die Zukunft besondere Vollmachten erteilt;

Eingesehen den Beschluß des Staatsrates vom 13. November 1942 betreffend die Versorgung des Landes mit Holz;

Auf Vorschlag des Forstdepartementes,

b e s c h l i e ß t :

Art. 1. — Alle Personen, welche im Wallis Holzkohlen zum Verkauf herstellen, sind verpflichtet, dem Walliser Holzkohlenproduzenten-Verbande beizutreten.

Art. 2. — Die Beitrittsgebühr wie auch die jährlichen Beiträge sind durch das Forstdepartement zu genehmigen.

Art. 3. — Das Sekretariat des Walliser Holzkohlenproduzenten-Verbandes wird dem kantonalen Holzamt übertragen.

Art. 4. — Personen, welche für den Eigenbedarf Holzkohlen herstellen, sind nicht gehalten, dem Walliser Holzkohlenproduzenten-Verbande beizutreten.

Art. 5. — Der gegenwärtige Beschluß tritt unverzüglich in Kraft. Das Forstdepartement wird mit seiner Ausführung betraut.

Also beschlossen vom Staatsrat in seiner Sitzung vom 24. November 1942, um im Amtsblatt veröffentlicht zu werden.

Der Präsident des Staatsrates:

M. Troillet.

Der Staatskanzler:

R. Rotten.

Interkommunaler Forstinspektor von Monthen.

Am 6. März 1931 beschlossen vier Gemeinden des X. Forstkreises, Monthen, Massonger, Bionnaz und Bouvry, zur bessern Bewirtschaftung ihrer Wälder, die Verwaltung derselben vom 1. Januar 1932 an auf eigene Kosten einem besondern Techniker anzuvertrauen.

Der Staatsrat genehmigte dieses Projekt und gewährte an das Gehalt dieses Forstinspektors einen Beitrag von 20%.

Am 20. Dezember 1937 beschloß der Staatsrat, im Einverständnis mit den interessierten Gemeinden, den Posten des interkommunalen Forstinspektors von Monthen, Massonger, Bouvry und Bionnaz vom 1. Januar 1938 an nicht mehr zu bezeugen.

Auszug aus dem Protokoll der Staatsratsitzung vom 12. Januar 1943.

Der Staatsrat,

Eingesehen das Gesuch der Gemeinde Monthen vom 1. Dezember 1942;

Eingesehen die Genehmigung des eidg. Departements des Innern vom 22. Dezember 1942;

Auf Vorschlag des Forstdepartementes,

beschließt:

die Schaffung einer Forstinspektoren-Stelle der Gemeinde Monthen zu genehmigen und an die Hälfte des Jahresgehaltes (ohne die Tagelöhner und Reiseentschädigungen) und die Einzahlung in die Ruhegehaltskasse der Gemeinde, die von der Gemeinde Monthen aufgebracht werden, einen Beitrag von 20 % zu gewähren und zwar unter Vorbehalt der jährlich zur Verfügung stehenden Kredite.

103

Verbot

des Heidelbeerpflückens im Mletschwald.

(N. B. 910)

Gestützt auf den Staatsratsbeschluß vom 5. Mai 1933 über die absolute Reservatlegung des Mletschwaldes und das vom unterzeichneten Departement erlassene Heidelbeerpflückverbot vom 5. August 1942, bringen wir zur Vermeidung jeglicher Bestrafung der Bevölkerung von Nid-Mörel und der umliegenden Gemeinden wiederholt in Erinnerung, daß im Mletschwaldreservat bei einer Buße bis 500 Franken verboten ist:

„Jeder Holzfisch, das Sammeln von Dürholz und Ästen, das Ausgraben, Ausreißen und jede andere Beschädigung von Bäumen und Pflanzen aller Art, namentlich auch das Pflücken und Sammeln von Blumen, Früchten und Zapfen.“

„Unter dieses Verbot fällt insbesondere auch das Pflücken von Heidelbeeren im eigentlichen Reservatgebiet, das zur Schonung des forstlichen Jungwuchses im höheren Interesse der Erhaltung des Mletschwaldes als eines Naturdenkmals bei Straffolge zu respektieren ist.“

Die Mindestbuße für das Pflücken von Heidelbeeren ist nach den vorjährigen Mahnungen auf Fr. 50.— festgesetzt.

Der unter Naturschutz stehende Teil des Mletschwaldes nordwestlich der Gratlinie Riederfurka-Moosfluh ist ausgemacht und durch Markzeichen kenntlich. Revierförster Rih in Ried-Mörel, sowie die Wildhüter Bellwald und Tossen in Naters, Bittel in Lag geben bereitwilligst Auskunft über den Verlauf der Reservatsgrenzen.

Diese Verbotsbestätigung und Mahnung ist erstmals Sonntag, den 20. Juni 1943 und sodann an den beiden letzten Sonntagen im Juli und August in allen Gemeinden des Bezirkes Ostlich-Raron am üblichen Ausruforte unter Verantwortung der zuständigen Gemeindeverwaltung öffentlich bekanntzumachen.

Sitten, den 8. Juni 1943.

Der Vorsteher des Forstdepartementes:
A. J a m a.

104

Auszug

aus dem Protokoll des Staatsrates:

Sitzung vom 22. Juli 1943.

Der Staatsrat des Kantons Wallis,

Eingesehen die eingereichten Gesuche zum Heidelbeerpflücken im Mletschwaldreservat der Gemeindeverwaltung von Ried-Mörel vom 6. Juni und des Herrn Großrat Franzen vom 10. Juni 1943;

Eingesehen den Bericht des kantonalen Forstinspektors vom 17. Juni a. c.

b e s c h l i e ß t :

1. Der Staatsratsbeschluß vom 5. Mai 1933, womit der Mletschwald unter unbedingten Schutz gestellt wurde, bleibt in seinem vollen Umfang aufrecht erhalten;
2. Eine Abweichung von dem zwischen der Gemeinde Ried-Mörel und dem S. B. N. ausgetragten Verträge kann nicht erwogen werden, in Anbetracht der abschlägigen Einstellung des S. B. N.;
3. Das Departement des Innern wird eingeladen, die Frage der Bewässerung der Mörjerberge erneut zu prüfen und tunlichst eine für alle befriedigende Lösung zu finden.

Für getreuen Auszug,
Der Staatskanzler:
N. K o t e n.

Beschluß

vom 28. Juli 1943,

betreffend die Regelung des Sammelns der Heidelbeeren und der Pilze.

(N. B. 1107)

Der Staatsrat des Kantons Wallis,

In Anbetracht, daß das Sammeln der Heidelbeeren und der Pilze sich derart entwickelt hat, daß es in keinem Verhältnisse zum Ortsgebrauch steht;

Erwägend, daß die für dieses Sammeln gegenwärtig gebrauchten Hilfsmittel die künftigen Ernten zu gefährden drohen;

Erwägend, daß die Regelung des Sammelns der Heidelbeeren und der Pilze sowie der Schutz der Heidelbeerpflanzen durch die Umstände zu einem Erfordernis von allgemeinem Interesse geworden sind;

Eingesehen den Artikel 699 des Z. G. B. und anderseits den Artikel 186 des Walliser Einführungsgesetzes zum Z. G. B.;

Eingesehen den Artikel 187 der eidg. Lebensmittel-Verordnung;

Eingesehen die durch den Krieg hervorgerufene Lage;

Auf Antrag des Departementes des Innern,

b e s c h l i e ß t :

Art. 1. — Das Sammeln der Heidelbeeren mit Rämmen oder anderen ähnlichen Hilfsmitteln ist auf dem ganzen Gebiete des Kantons verboten.

Das gleiche gilt für das Ausreißen des Wildfrüchte tragenden Stodes.

Art. 2. — Mit Ausnahme des Eierschwammes ist es ebenfalls verboten, die Pilze auszureißen; diese müssen hart am Boden abgeschnitten werden.

Art. 3. — Die Gemeinden sind zuständig, um während des Krieges das Sammeln der Heidelbeeren und der Pilze auf ihrem Gebiete durch ein von der Urversammlung angenommenes Reglement einer Bewilligung zu unterstellen oder es gänzlich zu verbieten, wenn diesem Unternehmen ein derart geschäftlicher Charakter zukommt, daß es dazu angetan ist, die Interessen der Gemeinde oder deren Einwohner zu schädigen.

Art. 4. — Die Gemeinderäte sind zuständig, um jedes Jahr, unter Berücksichtigung des Reifestandes der Heidelbeeren, das Datum festzusetzen, an welchem das Sammeln beginnen kann.

Art. 5. — Unbeschadet des allfälligen Schadenersatzes werden die Widerhandlungen gegen die Bestimmungen des vorliegenden Be-

schlusses von den Polizeigerichten abgeurteilt und mit Bußen bis zu Fr. 15.— und im Rückfalle bis zu 3 Tagen Arrest bestraft.

Art. 6. — Die Agenten der Gemeinde- und Kantonspolizei sowie die Wald- und Wildhüter sind beauftragt, gegen die Fehlbaren Strafverbal aufzunehmen und gegebenenfalls den Ertrag des Sammelns, welches in Uebertretung der Bestimmungen des vorliegenden Beschlusses und der von den Gemeinden in Ausführung desselben getroffenen Anordnungen ausgeführt wurde, in Beschlag zu nehmen.

Art. 7. — Gegen die von den Polizeigerichten ausgesprochenen Strafen kann in Gemäßheit der Bestimmungen der Strafprozeßordnung und des Gesetzes über die Gerichtsorganisation beim Instruktionsrichter Einsprache erhoben werden.

Art. 8. — Vorliegender, für die Dauer des Krieges erlassener Beschluß tritt sofort in Kraft. Er ist ins Amtsblatt einzurücken, zu veröffentlichen und in allen Gemeinden des Kantons, gegebenenfalls mit den Ausführungsbestimmungen, die von den Gemeinden unter Anwendung der im Artikel 3 vorgesehenen Befugnis getroffen worden sind, anzuschlagen.

So beschlossen im Staatsrate zu Sitten, den 28. Juli 1943.

Der Präsident des Staatsrates:

A. F a m a.

Der Staatskanzler:

N. K o t e n.

106

Reglement

vom 26. November 1943,

betreffend die Benützung des kantonalen Aufforstungsfonds.

(N. B. 1718)

Der Staatsrat des Kantons Wallis,
Auf Vorschlag des Forstdepartementes,

b e s c h l i e ß t :

Art. 1. — Mit der Verwaltung des kantonalen Aufforstungsfonds befaßt sich der Staatsrat, welcher gewisse Kompetenzen dem Forstdepartement übertragen kann.

Art. 2. — Die Rechnungsführung dieses Fonds obliegt dem Finanzdepartement.

Art. 3. — Der Fonds wird gespeist von:

- a) den Erträgnissen der Holzschläge und der Nebennutzungen der Staatswaldungen;
- b) den Entschädigungen für Servitute;
- c) dem Verkauf von Staatswaldungen;

- d) den Rodungsgebühren;
- e) den verfallenen Garantiebeträgen für die Ersatzpflanzung von geschlagenen Nuss- und Kastanienbäumen;
- f) den zwei Dritteln der vom Forstdepartement ausgesprochenen Bußen;
- g) der von der Hespera (Holzeinkaufsstelle Schweiz. Papier- und Papierstoff-Fabrikanten) zu entrichtenden Gebühr von 30 Rappen pro Ster Papierholz;
- h) den Zinsen (1 %).

Art. 4. — Der Fonds dient vor allem zur Ausführung von forstlichen Verbesserungen und zum Ankauf von Wäldern, dann zur Schaffung von staatlichen Forstgärten, ferner für die Erweiterung der Forstbibliothek, den Kauf von Instrumenten, das forstliche Versuchswesen und die Ausstellungen und schließlich für Zwecke des Naturschutzes.

Art. 5. — Das Forstdepartement ist berechtigt, für die im vorhergehenden Artikel angeführten Zwecke einen Betrag bis zu 1000 Fr. zu erheben. Für die Abhebung und Benutzung höherer Beträge ist der Staatsrat zuständig.

Art. 6. — Das gegenwärtige Reglement tritt mit dem Tage der Genehmigung durch den Staatsrat in Kraft.

Also beschlossen vom Staatsrate in Sitten, in seiner Sitzung vom 26. November 1943.

Der Präsident des Staatsrates:

A. J a m a.

Der Staatskanzler:

N. R o t e n.

107

Beschluß

vom 22. Dezember 1943,
betreffend die Holzversorgung im Kanton.
(N. B. 1889)

Der Staatsrat des Kantons Valais,

Eingesehen den Bundesratsbeschluß betreffend die Kosten der Lebenshaltung und den Schutz der regulären Marktversorgung vom 1. September 1939;

Eingesehen den Bundesratsbeschluß vom 25. Juni 1940 betreffend die Sicherstellung der Versorgung von Volk und Heer mit technischen Rohstoffen, Halb- und Fertigfabrikaten;

Eingesehen die Verfügungen Nr. 26 und 36 des eidg. Volkswirtschaftsdepartementes betreffend die Sicherstellung der Versorgung von Volk und Heer mit technischen Rohstoffen und Halb- und Fertigfabri-

kten (Nr. 26 vom 2. April 1941: Bereitstellung, Verteilung und Verwendung von Holz und Holzkohle; Nr. 36 vom 12. Mai 1942 betreffend Holzkohle);

Eingesehen die Verfügungen Nr. 3 und 4 des Kriegs-Industrie- und Arbeits-Amtes (Nr. 3 vom 10. September 1942 betreffend Abgabe und Bezug von Rundholz; Nr. 4 vom 10. September 1942 betreffend Produktion, Bereitstellung und Ablieferung von Holz);

Eingesehen die Weisungen Nr. 20 bis 25 B H und die Weisungen 7 und 8 A H der Sektion für Holz des Kriegs-Industrie- und Arbeits-Amtes;

Eingesehen die Weisungen Nr. 6 B H vom 26. August 1942 der Sektion für Holz des eidg. Kriegs-Industrie- und Arbeits-Amtes;

Eingesehen das Dekret vom 14. November 1939 betreffend die dem Staatsrate übertragenen besondern Vollmachten für die Zukunft;

Auf Antrag des Forstdepartementes,

besteht:

Art. 1. — Das Forstdepartement wird ermächtigt, die zur Sicherung der Holzversorgung des Landes notwendigen Massnahmen zu ergreifen und zu diesem Zwecke Verfügungen zu erlassen betreffend:

die Ausbeutung und Lieferung des für die Landesversorgung und die dem Kanton durch die Bundesbehörden auferlegten Kontingente notwendigen Holzes;

die Verteilung und rationelle Verwendung des Holzes im Kanton und die Ueberwachung und Kontrolle der Preise.

Das Forstdepartement kann einen Teil der ihm zukommenden Aufgaben dem kantonalen Holzamt überbinden.

Art. 2. — Soweit die Notwendigkeit zur Sicherung der Versorgung des Landes mit Holz es erfordert, ist das Forstdepartement ermächtigt, in den öffentlichen und privaten Wäldern Schläge anzuordnen, welche über die Hiebsmöglichkeit hinausgehen. Die Uebennukungen sind später gemäß einem vom Forstdienste aufgestellten Plane einzuspüren.

Art. 3. — **Schlagbewilligung.** Ohne vorheriges schriftliches Gesuch an den Kreisforstinspektor und ohne dessen schriftliche Bewilligung darf nicht das geringste Quantum Holz geschlagen werden.

Die Schlagbewilligungen werden erteilt für:

a) **die Verkaufsschläge in den öffentlichen Waldungen:**

1. durch den Kreisforstinspektor bis zu 10 m³ oder 15 Ster;
2. durch den Staatsrat von 10 m³ oder 15 Ster an;

b) **die Verkaufsschläge in den Privatwäldern:**

1. durch den Kreisforstinspektor bis zu 5 m³ oder 7 Ster in den Hochwäldern und bis 12 Ster in den Niederwäldern;
2. durch das Forstdepartement für Quantitäten, die über jene unter Ziffer 1 angeführten hinausgehen und weniger als 30 m³ oder 40 Ster betragen;
3. durch den Staatsrat für alle Quantitäten, die über 30 m³ oder 40 Ster hinausgehen;

c) **die Verteilungsschläge** für die Rechtsteilhaber und die öffentlichen Dienste und für Holz für den Eigenbedarf durch den Kreisforstinspektor.

Art. 4. — Das Schlagen von Kastanien-, Nußbäumen und Pappeln ist den diesbezüglichen eidgenössischen Bestimmungen unterworfen.

Das Schlagen von Obst- und Zierbäumen ist freigestellt, immerhin muß das dabei anfallende Brennholz nach dem Schlag unverzüglich dem Gemeinde-Brennstoffamt gemeldet werden.

Art. 5. — **Verkaufsbewilligung.** Die Waldbesitzer dürfen ihr Holz ohne vorherige Bewilligung des Kreisforstinspektors nicht verkaufen.

Art. 6. — **Transport der Forsterzeugnisse.** Jeder Transport von Forsterzeugnissen außerhalb des Gemeindegebietes ist einer vorher einzuholenden Bewilligung unterworfen.

Art. 7. — **Holzhandel.** Nur die Inhaber der eidgenössischen Rundholz- bzw. Brennholzhändlerkarte sind zur Ausübung des Holzhandels berechtigt. Die Unternehmer von Schlägen müssen ebenfalls im Besitze eines kantonalen Unternehmerpatentes für Holzschläge sein. Der Preis der kantonalen Holzhändler- und Unternehmerpatente beträgt gemäß einem vom Forstdepartement aufzustellenden Tarif Fr. 10.— bis Fr. 150.—.

Art. 8. — **Besondere Bestimmungen.** Das Forstdepartement bestimmt die von den einzelnen Waldeigentümern (öffentliche oder private) für die Versorgung des Kantons und die eidgenössischen Kontingente zu liefernden Holzmenuen unter angemessener Berücksichtigung der Umstände und des Abgabesortes. Es kann über in Ausführung begriffene Holzschläge verfügen und Holzvorräte mit Beschlagnahme belegen, soweit der Eigenbedarf gedeckt und der Ueberschuß für die Landesversorgung und die eidg. Kontingente notwendig ist.

Es ist berechtigt, die Zeiten, Orte und weiteren Lieferungsbedingungen entsprechend den diesbezüglichen Weisungen zu bestimmen.

Das Forstdepartement kann dem Handel die für die Versorgung des Kantons mit Holz notwendigen Maßnahmen auferlegen.

Schlußbestimmungen.

Art. 9. — Das höhere und das untere Forstpersonal, die Kantonspolizei, die Ortspolizisten, die Wegmeister, die Kriegswirtschaftsämter des Kantons und der Gemeinden sorgen für die Beobachtung des gegenwärtigen Beschlusses und der kantonalen und eidgenössischen Vorschriften betreffend die Holzversorgung. Sie zeigen die Uebertretungen dem Forstdepartement an.

Art. 10. — Widerhandlungen gegen den gegenwärtigen Beschluß oder seine Ausführungsbestimmungen und alle einschlägigen Verfügungen werden gemäß Bundesratsbeschluß vom 24. Dezember 1941 über die Verschärfung der kriegswirtschaftlichen Strafbestimmungen und deren Anpassung an das schweizerische Strafgesetzbuch bestraft.

Der Ausschluß von jeglicher weiteren Holzlieferung, die vorläufige Schließung von Geschäften, sowie der Entzug allfälliger Bewilligungen bleiben vorbehalten.

Art. 11. — Gegen die vom Forstdepartement getroffenen Entschiede kann innert der Frist von 20 Tagen beim Staatsrat Refurs eingereicht werden.

Art. 12. — Der gegenwärtige Beschluß tritt unverzüglich in Kraft. Das Forstdepartement wird mit seiner Ausführung beauftragt. Es erläßt in Form von Verfügungen alle sich für diesen Zweck als notwendig erweisenden Ausführungsbestimmungen.

Art. 13. — Die Staatsratsbeschlüsse vom 13. November 1942 betreffend die Versorgung des Landes mit Holz, das Sammeln von Leseholz in den Wäldern des Kantons, den Holzhandel und den Transport von Holz, Holzkohle und Torf sind widerrufen.

Also beschlossen vom Staatsrat in seiner Sitzung vom 22. Dezember 1943, um im Amtsblatt veröffentlicht und in allen Gemeinden des Kantons bekannt gegeben zu werden.

Der Präsident des Staatsrates:

A. F a m a.

Der Staatskanzler:

N. K o t e n.

108

Verfügung Nr. 1/43

betreffend das Sammeln und den Handel mit Tannzapfen.

(A. B. 1817)

Das Forstdepartement des Kantons Wallis,

Eingesehen den Staatsratsbeschluß vom 22. Dezember 1943 betreffend die Versorgung des Landes mit Holz,

Eingesehen das Rundschreiben Nr. 18 der Sektion für Holz über Brennholz vom 9. Juni 1943,

v e r f ü g t :

Art. 1. — Das Sammeln von Tannzapfen (Fichten-, Föhren- und Lärchenzapfen) ist in allen Wäldern des Kantons, mit Ausnahme der Aufforstungsgebiete, gestattet.

Art. 2. — Der Waldbesitzer hat für Zapfen, die von Drittpersonen auf eigene Rechnung gesammelt werden, keinen Anspruch auf Entschädigung.

Art. 3. — Die Tannzapfen werden von der Rationierung ausgenommen. Der Transport ist daher frei. Abgabe und Bezug der Zapfen sind ebenfalls frei; eine Anrechnung auf die Brennstoffzuteilung erfolgt nicht.

Art. 4. — Wer beabsichtigt, Zapfen zu sammeln für den Wiederverkauf, hat vorgehend ein dementisprechendes Gesuch an den Forstinspektor des Kreises zu richten, wo er die Zapfen zu sammeln gedenkt.

Art. 5. — Der Höchstpreis für den Verkauf von trockenen Zapfen wurde von der eidg. Preiskontrollstelle auf Fr. 7.50 für die 100 Kilo festgesetzt und zwar franko verladen nächste Bahnstation oder Behälter des Konsumenten im Ortsrayon.

Für Lieferungen außerhalb des Ortsrayons dürfen die effektiven Mehrtransportkosten, welche auf der Faktura getrennt aufzuführen sind, verrechnet werden.

Art. 6. — Gemäß den Weisungen der Sektion für Holz des eidg. Kriegs-Industrie- und Arbeitsamtes wird das kantonale Holzamt in Sitten den Sammlern von für den Verkauf bestimmten Zapfen die Namen der Bezüger angeben.

Sitten, den 24. Dezember 1943.

Der Vorsteher des Forstdepartementes:

A. F a m a.

109

Verfügung Nr. 2/43

des kant. Forstdepartementes betreffend das Sammeln von
Fescheholz in den Wäldern des Kantons.

(A. B. 1818)

Das Forstdepartement des Kantons Wallis,

Eingesehen den Staatsratsbeschluß vom 22. Dezember 1943 betreffend die Versorgung des Landes mit Holz,

verfügt:

Art. 1. — Sowohl dem Bürger als dem Nichtbürger ist es gestattet, gegen Bezahlung der ortsüblichen Tage, für seine persönlichen Bedürfnisse in allen öffentlichen Waldungen (Bürger- und Municipalwaldungen) seiner Wohngemeinde Fescheholz zu sammeln.

Dieser Artikel ist auf die „Rapes“ nicht anwendbar.

Art. 2. — Als Fescheholz sind gemäß gegenwärtigem Beschluß zu betrachten: Aeste, Zapfen und Rinden, die auf dem Boden herumliegen.

Für dürre stehende und liegende Pflanzen ist das Bürgerreglement maßgebend.

Art. 3. — In den Wäldern, wo Holzausbeutungen stattfinden, oder die durch Windwurf, Schneedruck oder Steinschlag gelitten haben, ist das Sammeln erst nach der Holzabfuhr und einer von der Forstkommmission gegebenen Bewilligung gestattet.

Art. 4. — Das Sammeln des Fescheholzes ist auf die von der Forstkommmission jeder Gemeinde bestimmten Tage und Wälder beschränkt.

Art. 5. — Für den Transport von Fescheholz aus einer Gemeinde in die andere muß vorerst eine Bewilligung eingeholt werden.

Art. 6. — Die Waldbesitzer können vermittelst einem beim Forstdepartement einzureichenden begründeten Gesuches das Verbot für das Sammeln von Leseholz in gewissen Waldungen erwirken.

Art. 7. — Derjenige, welcher Leseholz sammelt, ist dem Waldbesitzer gegenüber für allen Schaden verantwortlich.

Art. 8. — Wenn das Interesse des Landes es verlangt, kann der Staatsrat die Bewilligung zum Sammeln von Leseholz auch auf andere Wälder und auf andere Tage, als an jenen von der Forstkommision festgesetzten, ausdehnen.

Art. 9. — In der Regel haben die Waldbesitzer Anrecht auf eine maximale Entschädigung von Fr. 1.— pro Ster Leseholz.

Für Gebiete, in denen das Sammeln und der Abtransport von Leseholz geringe Kosten verursacht, kann der vorerwähnte Preis um 50 Rp. per Ster erhöht werden.

Der Höchstpreis pro 100 Kilo Leseholz franko nächste Bahnstation verladen ist auf Fr. 9.75 per 100 Kilo festgesetzt (ausgenommen Zapfen und Rinden).

In Fällen, in welchen der Forstdienst auch das Ausbeuten von stehendem und liegendem dürren Holz gestattet, wird der Preis von Fall zu Fall von diesem festgesetzt.

Art. 10. — Diese Verfügung tritt am 24. Dezember 1943 in Kraft.
Sitten, den 24. Dezember 1943.

Der Vorsteher des Forstdepartementes:
A. J a m a.

110

Verfügung Nr. 3/43

des kant. Forstdepartementes betreffend den Holzhandel
im Kanton Wallis.

(A. B. 1818)

Das Forstdepartement des Kantons Wallis,
Eingesehen den Staatsratsbeschluss vom 22. Dezember 1943 betreffend die Versorgung des Landes mit Holz,
v e r f ü g t :

Art. 1. — Nur die Inhaber von Holzhandelspatenten können Holz kaufen, um es wieder zu verkaufen. Für den Holzhandel im Kanton gibt der Staat folgende Patente ab:

A Patent für Brennholzhandel

Dieses Patent ermächtigt den Inhaber, Brennholz auf dem Stod oder aufgerüstet zu kaufen, um als Sterholz oder in aufgearbeiteter Form weiter zu verkaufen. Alle Personen, die aus ihren Betrieben anfallende Abfälle verkaufen, müssen ebenfalls im Besitze dieses Patentes sein.

B Patent für Rundholzhandel.

Dieses Patent ermächtigt den Inhaber, Holz auf dem Stock oder gefällt zu kaufen und es **als Rundholz** weiter zu verkaufen.

Alle Holzhändler, wie Vermittler, Zwischenhändler, Vertreter von Firmen usw., müssen im Besitze der unter A und B genannten Patente sein.

C Patent für Unternehmer von Holzschlägen.

Die Holzschlagunternehmer, welche Holz auf dem Stock kaufen, um es nachher weiter zu verkaufen, müssen im Besitze dieses Patentes sein.

Art. 2. — Es ist den Inhabern von Patenten der Kategorie B und C untersagt, Rundholz selbst aufzuarbeiten oder aufarbeiten zu lassen, um es als Schnittware weiter zu verkaufen.

Art. 3. — Dem Patentbezug sind nicht unterworfen:

- a) die Personen und Firmen, welche Rundholz einkaufen, um es in ihrem eigenen Betriebe zu verwerten oder zu verarbeiten und als Halbfabrikat oder fertig verarbeitet weiter zu verkaufen. Dagegen ist es ihnen strengstens untersagt, Holz, welches ihnen zu diesen Zwecken zugesprochen worden ist, als Rundholz weiterzuverkaufen;
- b) die Waldeigentümer, welche Holz aus ihren eigenen Wäldern verkaufen.

Art. 4. — Patent-Tarifen.

Patent A		Patent B	
bis 200 Ster	= Fr. 10.—	bis 100 m ³	= Fr. 20.—
von 201—500 Ster	= „ 30.—	von 101—500 m ³	= „ 50.—
von 501 u. mehr St.	= „ 50.—	von 501 u. m. m ³	= „ 150.—

Patent C

bis 100 m ³	= Fr. 10.—
von 101—500 m ³	= „ 30.—
von 501 und mehr m ³	= „ 50.—

Art. 5. — Es ist den Inhabern von Holzhandelspatenten untersagt, ohne vorherige Erlaubnis des Kreisforstinspektors Holzverkäufe abzuschließen.

Art. 6. — Die Inhaber von Holzhandelspatenten sind verpflichtet, die für ihre Patentkategorie vorgelehene Holzmenge strikte einzuhalten.

Es ist ihnen jedoch gestattet, ihr Patent gegen ein Patent der höhern Kategorie umzutauschen bei Entrichtung der sich dabei ergebenden Differenz.

Art. 7. — Die Inhaber von Holzhandelspatenten können von den Kreisforstinspektoren für die Lieferung von Kontingenten herbeigezogen werden.

Art. 8. — Diese Verfügung tritt am 24. Dezember 1943 in Kraft. Sitten, den 24. Dezember 1943.

Der Vorsteher des Forstdepartementes:

A. J a m a.

Verfügung Nr. 4/43

des kant. Forstdepartements betreffend den Transport der Forstprodukte.

(A. B. 1819)

Das Forstdepartement des Kantons Wallis,

Eingesehen den Staatsratsbeschluß vom 22. Dezember 1943 betreffend die Holzversorgung des Kantons,

verfügt:

Art. 1. — Für den Transport sämtlicher nachstehend angeführter Forstprodukte über die Gemeindegrenze hinaus ist vorgehend eine Transportbewilligung einzuholen: Brennholz, inbegriffen die Sägereiabfälle, Aeste, Schlag-Überreste, Abschnitte usw., rohes und gebrauchsfertiges Gasholz, Papierholz, Holzwoleholz, Industrie-Abfallholz, Sägemehl, Holzkohle, Nutzholz (Rundholz, Pfähle, Rebstecken, Schindeln usw.), Torf (roher Torf, wie alle daraus bereiteten Produkte: Brikett mit oder ohne Zusatz anderer Stoffe, Torf, der zur Einstreu oder Mistbereitung dient, wie auch der frische Torf).

Der Transport von Schnittholz ist im Kanton frei; der Transport außerhalb des Kantons ist hingegen einer Bewilligung unterworfen.

Das Forstdepartement kann die Transportbewilligungspflicht auch auf andere hier nicht angeführte Holzsortimente ausdehnen.

Art. 2. — **Allgemeines.** Personen und Unternehmungen, welche die Ware mit eigenen Verkehrsmitteln transportieren oder durch Fuhrhalter transportieren lassen, haben gemäß Art. 5 der gegenwärtigen Verfügung bei der zuständigen Behörde eine Transportbewilligung einzuholen.

Die Transportbewilligung ersetzt keinesfalls die andern vorgeschriebenen Schriftstücke, wie Bezugsschein, Holzhändlerkarte usw.

Art. 3. — Wer den Transport eines der in Art. 1 angeführten Forstprodukte übernimmt, muß vor der Ausführung desselben vom Versender die Aushändigung der Transportbewilligung verlangen.

Art. 4. — Sobald der Transport ausgeführt ist, muß die Transportbewilligung innert 3 Tagen durch den Gesuchsteller an jene Amtsstelle, welche die Bewilligung ausgestellt hat, zurückgesandt werden. Falls der Transport innert der auf der Bewilligung angegebenen Frist nicht zur Ausführung gelangt ist, muß vor dem Ablauf der Gültigkeit um eine Verlängerung der Bewilligung nachgesucht werden.

Art. 5. — **Erteilung der Transportbewilligungen.**

- a) Alle Bewilligungen für den Transport von im vorstehenden Artikel 1 angeführten Forstprodukten **außerhalb des Kantons** werden durch das kantonale Holzamt ausgestellt.

- b) Die Bewilligungen für jeglichen Transport von Holzkohle, Torf, Sägemehl und rohes oder gebrauchsfertiges Gasholz werden ausschließlich durch das kantonale Holzamt ausgestellt.
- c) Die Bewilligungen für den Transport anderer als unter a) und b) nicht angeführter Forstprodukte werden durch die Kreisforstinspektoren ausgestellt.
- d) Für den Transport von einem Kreis in den andern unterrichten sich die Kreisforstinspektoren gegenseitig durch die Uebermittlung eines Doppels der ausgestellten Transportbewilligung.

Art. 6. — **Gesuche um Transportbewilligung.** Alle Transportbewilligungsgesuche sind an die zuständigen Kreisforstinspektoren zu richten. Diese stellen die Bewilligung aus oder übermitteln sie eintretendenfalls mit ihrem Gutachten an das kantonale Holzamt.

Art. 7. — Die Transportbewilligungen sind kreisweise fortlaufend zu numerieren und müssen genaue Angaben enthalten über: das Quantum des zu transportierenden Forstproduktes, das Sortiment, die Herkunft, die genaue Adresse des Empfängers und die Gültigkeitsdauer der Transportbewilligung.

Art. 8. — Diese Verfügung tritt am 24. Dezember 1943 in Kraft.
Sitten, den 24. Dezember 1943.

Der Vorsteher des Forstdepartementes:

A. J a m a.

112

Verfügung Nr. 5/43

**des kant. Forstdepartementes betreffend die Holzverkohlung
im Walde.**

(A. B. 1821)

Das Forstdepartement des Kantons Wallis,

Eingesehen den Staatsratsbeschluss vom 22. Dezember 1943 betreffend die Holzversorgung des Landes,

v e r f ü g t :

Die Waldeigentümer sind verpflichtet, alle von Holzschlägen herührenden Abfälle, welche infolge von Transportschwierigkeiten keinen oder nur einen geringen Gewinn abwerfen, für die Verkohlung zur Verfügung zu stellen. Die Wälder, darin Holz für die Verkohlung gesammelt werden soll, sind von den Kreisforstinspektoren zu bezeichnen. Die Eigentümer haben sich folglich den vom Forstpersonal gegebenen Bestimmungen zu fügen. Gestützt auf die für die Höchstpreise angenommene Grundlage, ist das Forstpersonal ebenfalls befugt, die

Ankaufspreise dieses Holzes festzusetzen und die Holzmenge zu bestimmen. Der Refurs an das Forstdepartement bleibt vorbehalten.

Diese Verfügung tritt am 24. Dezember 1943 in Kraft.

Sitten, den 24. Dezember 1943.

Der Vorsteher des Forstdepartementes:

A. Fama.

113

Verfügung Nr. 6/43

über die Nutz- und Brennholz-Produzentenhöchstpreise
für die Nutzungsperiode 1943—44.

(A. B. 1861)

Das Forstdepartement des Kantons Wallis,

Eingesehen die Verfügung Nr. 544 A/43 und 545 A/43 des eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartementes, Preiskontrollstelle;

Eingesehen den Staatsratsbeschluß vom 22. Dezember 1943 betreffend die Versorgung des Kantons mit Holz,

verfügt:

Art. 1. — Die Einmessung, das Ablängen und die Inhaltsbestimmung des Holzes hat gemäß den nachfolgenden Vorschriften zu geschehen:

a) **Messgeräte.** Für die Längenmessung sind zulässig: Meßband, Meßlatte und Meßzirkel. Die Meßbänder sind vor Gebrauch zu kontrollieren. Zur Stärkenmessung dient die geeichte Kluppe.

b) **Obligatorische Vorschrift für das Ablängen des Verkaufsholzes.** Fichten, Weißtanne und Föhren sind wie folgt abzulängen:

4, 4,50, 5, 5,50, 6 Meter und mehr unter Beibehaltung der 50 Zentimeter-Stufe. Lärchenholz der Qualitäten On, Of, U ist auf 2,80 Meter abzulängen, Schreinerware auf 4 Meter.

Für die anderen Holzarten werden die Längen durch den Kreisforstinspektor vorgeschrieben.

Uebrigens kann der Käufer durch schriftliche Eingabe die Aufarbeitung von Speziallängen verlangen.

c) **Messung der Länge.** Die Messung erfolgt bei Langholz, Langholzabschnitten und Mittellangholz auf den geraden Dezimeter, bei Klöcken und Laubholz auf den Dezimeter.

Das Uebermaß bei der Holzankennung muß mindestens 1% der Gesamtlänge betragen.

Sofern der Schrot (Antrieb) mehr als $\frac{1}{4}$ des Stochdurchmessers beträgt, wird er nicht gemessen, andernfalls zur Hälfte.

Der Forstinspektor wird für jeden Schlag, erfolge die Ausbeutung durch den Waldbesitzer oder den Käufer, zum vornherein das Uebermaß festsetzen, um den Reiftschäden Rechnung zu tragen.

Dieses Uebermaß ist derart zu berechnen, daß die obligatorischen Holzlängen der Trämel gesichert bleiben. Bei der Einmessung des Holzes darf das Uebermaß nicht einbezogen werden, auch dann nicht, wenn die beiden Stirnseiten der Trämel intakt sind.

d) **Messung des Mittendurchmessers.** Der Mittendurchmesser wird auf den vollen Zentimeter an entrindeter Meßstelle erhoben und zwar werden zwei aufeinander senkrecht stehende (in der Regel der größte und der kleinste) Durchmesser gemessen und aus beiden Messungen das Mittel gezogen. Beispiel: $42/44 = 43$ oder $42/43 = 42$. Weist die Meßstelle in der Mitte der Länge anormale Verdickungen auf, sind in gleichen Abständen nach oben und unten die Durchmesser zu messen; aus beiden Messungen ist das Mittel zu nehmen.

Imprägnierstangen werden über der Rinde auf den Zentimeter gemessen.

e) **Inhaltsbestimmung.** Der Inhalt eines Stammes oder Stammstückes wird aus Länge und Mittendurchmesser wenigstens auf zwei Dezimalen genau berechnet.

Bei Imprägnierstangen ist für Rinde ein Abzug von 8% vom Inhalt vorzunehmen.

Art. 2. — Für alle Holzverkäufe aus öffentlichen und privaten Wäldern gelten die nachfolgenden Sortierungs- und Höchstpreisverordnungen:

I. Nadel-Nußholz.

A. Sortierung.

Nach Qualität sind folgende Klassen zu bilden:

1. Obermesser (0)30 Zentimeter und mehr Mittendurchmesser.

aa-Qualität (Oaa = Spezialsortiment). Als Spezialsortiment gilt bei sonst gleichen Eigenschaften wie a nur besonders hochwertiges, für seine technische Spezialzwecke geeignetes Holz, wie feinjähriges Gebirgsholz, Schindelholz, Journierholz. Als feinjährig gilt Holz, bei welchem auf den Zentimeter mindestens 5 Jahrringe enthalten und auch der Jahrringbau auf dem ganzen Querschnitt gleichmäßig ist.

a-Qualität (Oa = ausgezeichnet). Fehlerfreies oder nur mit geringfügigen, den Gebrauchswert nicht beeinträchtigenden Fehlern behaftetes Holz, gesund, vollholzig (Durchmesserabnahme pro Laufmeter höchstens 1 cm), ganz gerade, äußerlich astrein, oder fast astrein (Gebirgsholz einseitig astrein, wobei die astige Seite n-Qualität aufweisen muß), ohne Buchs, ohne Drehbuchs, ohne Harzgallen. Bei Föhren und Lärchen: geringe Splintbildung und gut gefärbter Kern.

n-Qualität (On = normal). Holz normaler Beschaffenheit, ohne wesentliche Fehler und Mängel, d. h. gerade (Krümmung nicht mehr als 1 cm pro Laufmeter von der Geraden abweichend), nicht stark

aftig, wenig Buchs, nicht ringschälig, nicht abholzig (Durchmesserabnahme maximal 1,5 cm pro Laufmeter), nicht ausgesprochen drehwüchsig, wenig Harzgallen, stellenweise hartrot (fleckig), ist toleriert, sofern der Stamm im übrigen einer guten n-Qualität entspricht.

Bei Föhren und Lärchen mit sonst gleichen Eigenschaften wie a-Qualität wird einseitige leichte Krümmung gestattet.

j-Qualität (Oj = fehlerhaft). Holz mit wesentlichen Fehlern behaftet wie durchgehend rot, krumm, abholzig, grobästig, viele Harzgallen, stark buchsig, drehwüchsig und ringschälig, aber noch verwendbar für die Aufarbeitung von Brettern.

Qualität Oj. Lärchen. Holz mit wesentlichen Fehlern behaftet, wie krumm, abholzig, buchsig, drehwüchsig, grobästig und mit Harzgallen. Geduldet sind nur gesunde, verwachsene Äste bis maximum 6 cm Durchmesser und ein Ästigkeitsgrad, der die Aufarbeitung von traghaften Brettern erlaubt.

SB-Sortiment. Das SB-Sortiment setzt sich zusammen aus gesunden Lärchenträmmeln von 2,80 m Länge mit einem mittleren Mindestdurchmesser von 26 cm und den Qualitäten On, Oj und U, wobei jedoch die buchsigen und harzgallenen Trämel ausgeschieden werden müssen.

2. **Untermesser (U)** 23—29 cm Mittendurchmesser. Die Untermesser bleiben nach Qualität grundsätzlich unfortiert. Für Erdstämme, welche den Anforderungen der a-Qualität entsprechen, kann die Klasse **Ua** (20—29 cm Mittendurchmesser) gebildet werden.

B. Produzentenhöchstpreise.

Qualität	Fichte, Tanne	Lärche, Arve	Föhre
Daa	Fr. 75.—	Fr. 130.—	Fr. 95.—
Oa	„ 68.50	„ 99.—	„ 86.—
On	„ 56.50	„ 83.—	„ 72.—
Oj	„ 46.50	„ 66.—	„ 56.—
Ua	„ 52.—	„ 63.—	„ 53.—
U	„ 45.—	„ 53.—	„ 44.—

Besondere Bestimmungen.

Die Preise verstehen sich per Kubikmeter für gesundes, tadellos aufgerüstetes, entrindetes und zugeschnittenes Holz, franko nächste Bahnstation verladen.

Wird das Holz unverladen geliefert, so erfolgt ein Abzug von Fr. 1.50 per Kubikmeter.

Bei Verlad auf Schmalspurbahn ist der Preis für Fichten und Tannenholz um Fr. 2.— per Kubikmeter zu reduzieren.

Die Preise für Mittellangholz (Holz von mehr als 6 m Länge) sind von Fall zu Fall von der kantonalen Zentralstelle für Holz genehmigen zu lassen.

Kurztrammel (unter 4 m Länge). Wo ausnahmsweise kürzere Trämel als 4 m geliefert werden, reduzieren sich die Preise der ent-

sprechenden Qualitätsklassen um Fr. 5.— pro Kubikmeter (ausgenommen sind Spezialsortimente).

Für das Sortiment Ia, Lärchen-Nebstidelholz, kann auf schriftliches Gesuch, welches vom Kreisforstinspektor zu begutachten ist, von der kantonalen Zentralstelle für Holz ein Zuschlag bewilligt werden.

Wird das Holz unentrindet geliefert, ist ein Abzug von Fr. 1.50 per Kubikmeter zu machen (ausgenommen sind Spezialsortimente).

II. Laubnußholz.

Das Laubnußholz ist nach Durchmesser und Qualität wie folgt zu sortieren.

A. Sortierung.

1. Durchmesser. Es gelten folgende Durchmesser:

1. Klasse: 60 cm und mehr Mittendurchmesser
2. Klasse: 50—59 cm Mittendurchmesser
3. Klasse: 40—49 cm Mittendurchmesser
4. Klasse: 30—39 cm Mittendurchmesser
5. Klasse: 25—29 cm Mittendurchmesser
6. Klasse: bis 24 cm Mittendurchmesser.

Gipfel- und Doldenholz ist als solches ausdrücklich zu bezeichnen.

2. Qualität.

1. Erste Holzartengruppe: Buche, Eiche, Ulme, Platane, Kastanien, Birnbaum.

1. Buche.

a = fehlerfreies Holz von mindestens 40 cm Mittendurchmesser unter der Rinde, gesund, vollholzig, zylindrisch, gerade, nicht gedreht, ast- und beulenfrei, gleichmäßigen Jahrringbau mit maximal $\frac{1}{3}$ des Mittendurchmessers Braun- und Rotkern (Schälstämme).

n = Holz normaler Beschaffenheit, ohne wesentliche Fehler und Mängel; toleriert: einseitige leichte Krümmung (Einschnürigkeit), durchschnittlich ein kleiner gesunder Ast (max. 5 cm Durchmesser) pro Laufmeter, Braun- oder Rotkern max. $\frac{1}{3}$ des Mittendurchmessers, leicht drehwüchsig.

f = Holz mit wesentlichen Fehlern, wie mehr als $\frac{1}{3}$ des Mittendurchmessers Braun- und Rotkern, stark astig, krumm, stark drehwüchsig, kreuzrissig usw.

Journierstämme. Nebst den Eigenschaften von a vollständig weißes und astreines Holz von mindestens 50 cm Mittendurchmesser unter der Rinde.

2. Eiche.

a = fehlerfreies Holz von mindestens 40 cm Mittendurchmesser unter der Rinde, gesund, vollholzig, zylindrisch, gerade, nicht drehwüchsig, ast- und beulenfrei (2 Klebastgruppen auf 4 cm Länge toleriert), mit gleichmäßig feinem Jahrringbau, wenig Splint, kein Buchs, nicht pegig, wurmfrei.

n = Holz normaler Beschaffenheit, ohne wesentliche Fehler und Mängel; toleriert: einseitige leichte Krümmung (Einschnürigkeit) durchschnittlich ein kleiner gesunder Ast (maximal 5 cm Durchmesser) oder eine Klebästgruppe pro Laufmeter, leichte, radial verlaufende Risse, leicht pechig, d. h. leichte Pechrisse toleriert, vorausgesetzt, daß sämtliche übrigen Qualitätsmerkmale der a-Qualität entsprechen) leicht drehwüchsig.

j = Holz mit wesentlichen Fehlern, wie pechig, grobästig, frumm, stark gedreht usw.

Fournierstämmen nebst den Eigenschaften von a, absolut äst- und klebästfreies Holz zarter Struktur, mindestens 50 cm Mittendurchmesser unter der Rinde.

3. Birnbaum.

a = fehlerfreies Holz von mindestens 45 cm Mittendurchmesser unter der Rinde und einer Minimallänge von 1,8 m, gesund, gerade, nicht gedreht, zylindrisch, ohne Äste und ohne Kernverfärbung; toleriert: Schwache Einbuchtungen oder leichte Rindeneinwüchse.

n = Holz normaler Beschaffenheit von einer Minimallänge von 1,5 m ohne wesentliche Fehler und Mängel, gesund, nicht wurmig oder gallig; toleriert: leicht drehwüchsig (maximal $\frac{1}{8}$ des Umfanges) einseitige schwache Krümmung (auf 2 m Länge maximal 10 cm), durchschnittlich ein kleiner gesunder Ast (maximal 5 cm Durchmesser) pro Laufmeter, gesunder Rotkern (maximal $\frac{1}{4}$ des Mittendurchmessers).

j = Holz mit wesentlichen Fehlern behaftet, wie Kernsäule, Grob- und vielästig, wurmig, stark drehwüchsig usw.

Fournierstämmen nebst den Eigenschaften von a-Holz von mindestens 50 cm Mittendurchmesser unter der Rinde, jedoch ohne Einbuchtungen oder Rindeneinwüchse, nicht wimmerig.

4. Uebrige Holzarten der ersten Gruppe.

Für die übrigen Holzarten der ersten Gruppe gelten folgende allgemeine Qualitätsvorschriften:

a = fehlerfreies Holz von mindestens 40 cm Mittendurchmesser unter der Rinde, gesund, vollholzig, zylindrisch, gerade, nicht drehwüchsig, äst- und beulenfrei, mit gleichmäßigem Jahrringbau; bei den Holzarten, wo Kernverfärbung ein Fehler ist, darf eine solche maximal $\frac{1}{5}$ des Mittendurchmessers ausmachen.

n = Holz normaler Beschaffenheit, ohne wesentliche Fehler und Mängel; toleriert: Leichter Drehwuchs, einseitige leichte Krümmung (Einschnürigkeit), ein kleiner gesunder Ast (maximal 5 cm Durchmesser) pro Laufmeter; wo Kernverfärbung ein Fehler ist, darf eine solche maximal $\frac{1}{5}$ des Mittendurchmessers ausmachen.

j = Holz mit wesentlichen Fehlern behaftet.

Fournierstämmen nebst den Eigenschaften von a-Holz von mindestens 50 cm Mittendurchmesser unter der Rinde, ohne Kernverfärbung für Holzarten, wo dies als Fehler gilt.

II. Zweite Holzartengruppe: Esche, Ahorn, Linde, Erle, Birke, Afazie, Hagebuche, Kirschbaum, Apfelbaum.

1. Esche.

- a = fehlerfreies Holz von mindestens 25 cm Mittendurchmesser unter der Rinde, gesund, vollholzig, zylindrisch, gerade, nicht drehwüchsig, ast- und beulenfrei mit gleichmäßigem Jahrringbau und mit maximal $\frac{1}{5}$ des Mittendurchmessers Braunkern.
- n = Holz normaler Beschaffenheit ohne wesentliche Fehler und Mängel; toleriert: Leichter Drehwuchs, einseitige Krümmung (Einschnürrigkeit), durchschnittlich ein kleiner gesunder Ast (maximal 5 cm Durchmesser) pro Laufmeter, gesunder Braunkern.
- j = Holz mit wesentlichen Fehlern behaftet, wie fauler Kern, faule Äste, Wimmerwuchs, Drehwuchs, Kreuzspalt usw.
Spezialsortiment; nebst den Eigenschaften von a vollständig weißes und astfreies Holz.

2. Ahorn.

- a = fehlerfreies Holz von mindestens 30 cm Mittendurchmesser unter der Rinde, gesund, vollholzig, zylindrisch, nicht drehwüchsig, ast- und beulenfrei, mit gleichmäßigem Jahrringbau, absolut weiß.
- n = Holz normaler Beschaffenheit ohne wesentliche Fehler und Mängel, gesund; toleriert: einseitige leichte Krümmung, durchschnittlich ein gesunder Ast (5 cm Durchmesser) pro Laufmeter, maximal $\frac{1}{5}$ des Mittendurchmessers Braunkern.
- j = Holz mit wesentlichen Fehlern behaftet, wie kernfaul, grob- und vielästig, gallig, wurmförmig, ersticht usw.
Fournierstämmen: Holz, das nebst den Merkmalen von a besondere Eigenschaften zu Fournierzwecken hat und mit mindestens 40 cm Mittendurchmesser unter der Rinde.

3. Kirschbaum.

Wie Birnbaum, jedoch bei a mindestens 30 cm Mittendurchmesser unter der Rinde, bei Fournierstämmen mindestens 40 cm Mittendurchmesser unter der Rinde.

4. Uebrige Holzarten der zweiten Gruppe.

Qualitätsbeschreibung wie bei den übrigen Holzarten der ersten Gruppe, jedoch für a Mindestdurchmesser 30 cm unter der Rinde und für Fournierstämmen 40 cm unter der Rinde.

III. Bappeln: siehe Preisvorschriften.

B. Höchstpreise.

Preisbasis (Frachtbasis).

1. Sämtliche Preise gelten pro Kubikmeter franko nächste Bahnstation (Normal- oder Schmalspurbahn) verladen.

	I 60 und mehr	II 50-59	III 40-49	IV 30-39	V 25-29	VI bis 25
Buche						
n	95	84	73	62		50
f	76	67	58	50		40
a	124	109	95	—		—
Journierstämme	142	126	—	—		—
Eiche						
n	150	121	98	×		52
f	120	97	×	×		42
a	195	157	127	—		—
Journaerstämme	225	181	—	—		—
Ulme						
n	130	105	85	65	50	40
f	104	84	68	52	40	32
a	169	136	110	—	—	—
Journierstämme	195	157	—	—	—	—
Platane						
n	102	94	84	72	59	46
f	71	66	59	50	41	32
a	133	122	109	—	—	—
Journierstämme	153	141	—	—	—	—
Birnbaum						
n	125	105	85	70	55	45
f	100	84	68	56	44	36
a	162	136	110	—	—	—
Spezialsortiment	187	157	—	—	—	—
Eiche						
n		138		115	69	46
f		97		86	48	32
a		179		149	90	—
Journierstämme		207		172	103	—
Ahorn						
n		92		79	65	50
f		64		55	46	35
a		120		103	—	—
Journierstämme		138		—	—	—
Binde, Hagebuche						
n		96		80	67	56
f		67		56	47	39
a		125		104	—	—
Journierstämme		144		—	—	—
Erle						
n		83		75	67	52
f		58		53	47	36
a		108		97	—	—
Journierstämme		124		—	—	—

	I 60 und mehr	II 50-59	III 40-49	IV 30-39	V 25-29	VI bis 25
Birke						
n		86		74	60	47
f		60		52	42	33
a		112		96	—	—
Journierstämme		129		—	—	—
Alazie						
n		112		97	81	57
f		78		68	57	40
a		146		126	—	—
Journierstämme		168		—	—	—
Apfelbaum						
n		79		66	55	47
f		63		53	44	38
a		103		86	—	—
Journierstämme		118		—	—	—
Kirschbaum						
n		106		90	74	58
f		74		63	52	41
a		138		117	—	—
Journierstämme		159		—	—	—

× Insofern bei der Durchmesserklasse III die f-Qualität, bei der Durchmesserklasse IV die n-Qualität den Bedingungen für Schwellenholz entsprechen, gelten die Höchstpreise für dieses Sortiment gemäß III.

Für die f-Qualität der Durchmesserklassen III und IV, die nicht mehr den Anforderungen für Schwellenholz entspricht, gelten folgende Preise: III. Klasse f 70.—, IV. Klasse f 55.—.

Für Stämme von 35—39 cm Mittendurchmesser, welche der a-Qualität entsprechen, gilt ein Preis von Fr. 98.— pro Kubikmeter.

Kanadische Pappel.

- Gerade und zylindrische Erdstämme von regelmäßigem Wuchs und homogener Struktur, absolut gesund, ohne Aeste (kleine Aestäste jedoch toleriert), Minimallänge 2 m und mit einem Mittendurchmesser von minimal 45 cm unter der Rinde (Messerstämme)
Fr. 150.—
- Gesunde Stämme, ohne große Aeste, von regelmäßigem Wuchs, Minimallänge 2 m und mit einem durchschnittlichen Mindestdurchmesser von 35 cm unter der Rinde (Schälstämme 1. Auswahl)
Fr. 130.—
- Gesunde Stämme, ohne große Aeste, Minimallänge 2 m und mit einem Mittendurchmesser von minimum 30 cm unter der Rinde (Schälstämme 2. Auswahl)
Fr. 95.—

- d) Gesunde Stämme, ohne große Aeste, Minimallänge 2 m und mit einem Mittendurchmesser von 20—30 cm unter der Rinde Fr. 65.—
- e) Ästige Stämme, mindestens 25%, ästige und schadhafte mindestens 50% Abzug der unter b—d angegebenen Preise der entsprechenden Dimensionen.

Falls die oben angegebene Minimallänge von 2 m nicht vorhanden ist, ist ein Abzug von 20 % vorzunehmen

Schwarz-, Silber- und Zitterpappel (Felsbe, Aspe)

- a) Gesunde, zylindrische, absolut gerade Stämme, ohne Aeste (kleine Klebäste jedoch toleriert), Minimallänge 2 m mit Mittendurchmesser von minimum 45 cm unter der Rinde (Schälstämme 1. Auswahl) Fr. 100.—
- b) Gesunde Stämme, ohne große Aeste, von homogener Struktur und regelmäßigem Wuchs, Minimallänge 2 m und mit einem Mittendurchmesser von minimum 35 cm unter der Rinde (Schälstämme 2. Auswahl) Fr. 80.—
- c) Gesunde Stämme, ohne große Aeste, von homogener Struktur und Minimallänge von 2 m, mit einem Mittendurchmesser von 20 bis 35 cm unter der Rinde Fr. 55.—
- d) Ästige Stämme mindestens 25 %, ästige und schadhafte Stämme mindestens 50 % Abzug der unter a—c angegebenen Preise der entsprechenden Dimensionen.

Falls die Minimallänge von 2 m nicht vorhanden ist, ist ein Abzug von 20 % vorzunehmen.

Für italienische Pappel (Pyramiden-Pappel) 40 % Abzug der für Schwarz-, Silber- und Zitterpappeln angeführten Preise.

c) Preise für ausgesuchte Sortimente.

Auf Grund der unter b) angegebenen Laubholz-Höchstpreise sind dieselben für das ganze Gebiet der Schweiz einheitlich festgelegt. Falls sich dadurch für besonders ausgesuchte Sortimente*) gegenüber den Vorkriegspreisen ungerechte Härten ergeben, kann die eidg. Preiskontrollstelle auf Grund von durch die Kantonsoberförstämter begutachteten Gesuchen für solche Einzelfälle Anpassungen bewilligen. Betreffenden Gesuchen müssen folgende Angaben zugrunde liegen:

1. Umschreibung des Sortiments inklusive Maßliste mit Bekanntgabe des Verwendungszweckes.
2. Belege, welche beweisen, daß die auf Grund der gegenwärtigen Höchstpreise erzielbaren Brutto-Erlöse in keinem angemessenen Verhältnis stehen zum Erlös für die gleichen Sortimente in der Vorkriegszeit.
3. Verlangter Spezialpreis.
4. Bestätigung des Käufers, wonach derselbe den besondern Charakter des Sortimentes anerkennt.

* z. B. St.-Eichen, Buchen, und Eichen von 35—39 cm Mittendurchmesser, Eichen, Ahorne u. von 50 cm und mehr Mittendurchmesser u. a.

III. Schwellenholz.

A. Sortierung.

Das Schwellenholz wird nach zwei Dimensionsklassen sortiert:

1. Klasse: Abschnitte von mindestens 28 cm Mittendurchmesser, Mindestkropfdurchmesser 27 cm.
2. Klasse: Durch 180 und 190 cm teilbare Abschnitte, Mindestkropfdurchmesser 22 cm.

Es umfaßt ausschließlich gesundes Holz.

Toleriert werden: Leichte, in einer Ebene liegende Krümmungen, sofern diese $\frac{1}{30}$ der Länge nicht überschreiten, gesunde Aeste, der rote Kern darf bei der Buche höchstens 7 cm Durchmesser aufweisen; pechige Eichen und allzu grobkörnige Buchen sind nicht zulässig.

B. Höchstpreise.

Die Höchstpreise pro Kubikmeter Schwellenholz franko nächste Bahnstation verladen betragen:

Qualitätsklasse	Eiche	Buche
1. Klasse	Fr. 75.—	Fr. 57.—
2. Klasse	„ 60.—	„ 52.—

IV. Papierholz.

A. Sortierung.

Unter Papierholz sind Rundlinge der für die Herstellung von Holzschliff und Zellulose geeigneten Holzarten, also vorzugsweise Fichte, zu verstehen. Die Rundlinge erhalten eine Länge von 1 Meter und einem Mindestdurchmesser von 10 cm am dünnern Ende. Das Holz muß gesund (ohne Faulstellen, nicht ersticht, nicht wurmig), normal gewachsen (gerade, ohne Kröpfe, ohne viel Buchs usw.), sauber (ohne Erdanhang, ohne Steine und Sand in den Stirnseiten), ganz (nicht zersplittert, zerschunden oder zersäsert) sein.

Bei Lieferung von Fichtenholz werden in der Regel 10 % Weißtannenholz toleriert.

I. Klasse: Gesunde Fichten- und Weißtannenrugel mit 10 cm Mindestdurchmesser, geschält oder ungeschält, ohne die Mängel der zweiten Klasse.

II. Klasse: Entrindete Fichten- und Weißtannenrugel. Sie dürfen einen, aber nur einen der folgenden Mängel aufweisen:

1. astig und leicht krumm;
2. beschädigt (reißt- oder trift-);
3. verlegen, käserig, rostförmig oder trockenrot, jedoch nagelfest;
4. buchtig;
5. Durchmesser von 7 bis 9 cm, jedoch mengenmäßig nicht mehr als 10 % einer Wagenladung;
6. ausnahmsweise saubere Spalten mit mindestens 25 cm Spaltfläche.

Nicht angenommen werden: Außerordentlich viel und dicke, krumme und sonst abnormale Stücke (Stock-, Kropf-, Mistel- und Gipfelholz), Holz mit eingewachsener Rinde (Zwiefel), mangelhaft entastete Stücke.

B. Höchstpreise.

1. Bahnhof (franko Empfangsstation):

	Entrindet	in Rinde
1. Klasse Fichte	Fr. 34.—	Fr. 30.—
1. Klasse Tanne	„ 32.—	„ 28.—
2. Klasse	„ 31.—	„ 27.—

2. Altholz (auf Fabrikplatz geliefert):

1. Klasse Fichte	Fr. 35.—	Fr. 31.—
1. Klasse Tanne	„ 33.—	„ 29.—
2. Klasse	„ 32.—	„ 28.—

Im gleichen Bahnwagen dürfen nicht Holzgattungen verschiedener Preisanlässe gemischt verladen werden, sonst wird die ganze Wagenladung nach dem Preis des billigsten Sortimentes verrechnet. Für Sendungen von Fichtenholz 1. Klasse, die bis zu 10 % Weißtanne enthalten, wird der Fichtenpreis bezahlt.

3. Kollektivlieferungen.

a) Für Kollektivlieferungen erhöhen sich die unter B erwähnten Preise um maximal 50 Rp. per Ster. Verlangt ein Abnehmer eine vorzeitige Ablieferung, so hat dieser dem Lieferanten für eine eventuelle Mehrfracht, d. h. wenn das Gewicht per Ster 500 Kilo übersteigt, die effektiven Mehrkosten zu vergüten.

b) Als Kollektivlieferungen sind alle Lieferungen zu bezeichnen, die durch eine zentrale Sammelstelle (Verbände, Kantons-, Kreis- und Revierforstämter, Gemeindefammelstellen und Zwischenhändler) gehen, welche für die Durchführung der Lieferungen verantwortlich ist (Menge, Qualität, Sortiment) und mit welcher der Käufer sämtliche Zahlungen, sowie allfällige Anstände regeln kann.

c) Der Kollektivzuschlag darf nur dann ausbezahlt werden, wenn im Laufe einer und derselben Nutzungsperiode die unter 1 erwähnten zentralen Sammelstellen in der Lage sind, mindestens 500 Ster Papierholz abzuliefern.

4. Zuschläge für Bahnhof.

Für Bahnhof erhöhen sich die unter Ziff. B genannten Preisanlässe durch Anrechnung von Zuschlägen für Tariffilometer der jeweiligen Bahnstrecke (Normal- und Schmalspurbahn). Die Zuschläge betragen:

für Frachtdistanzen (Gesamt- oder Teilstrecken) bis zu 100 Tariffilometern 2 Rp.;

für Distanzbetreffnisse (Teilstrecken), die zwischen 101—200 Tariffilometern liegen, 1 Rp.;

für Distanzbetreffnisse (Teilstrecken), die über 200 Tariffilometern liegen, 0,5 Rp.

V. Holzwohleholz.

In Anlehnung an die Höchstpreise für Papierholz gelten für Holzwohleholz folgende Bedingungen:

1. **Fichtenholz** gleicher Qualität wie Papierholz Fichte 1. Klasse = Preis für Papierholz Fichte 1. Klasse.

2. **Tannenholz** gleicher Qualität wie Papierholz Tanne 1. Klasse = Papierholzpreis Tanne 1. Klasse.
3. a) **Föhrenrugel entrindet**, ausfortiert und aufgerüstet nach den Bestimmungen für Papierholz Fichte 1. Klasse = Preis für Papierholz Fichte 1. Klasse entrindet.
- b) **Föhrenholz unentrindet**, ausfortiert und aufgerüstet nach den Bestimmungen für Papierholz Fichte 1. Klasse = Papierholzpreis Fichte 1. Klasse unentrindet minus Fr. 1.50.
4. Falls andere Fichten-, Tannen- oder Föhrensortimente als oben erwähnt, oder andere Holzarten geliefert werden, gelten die entsprechenden Brennholz- oder Nußholzpreise.

VI. Andere Nadelholzsortimente.

Gerüststangen, Hag- und Zaunlatten, Bohnenstüdel u. a. (waldgerüstete Sortimente).

Für diese Sortimente gelten die vor dem Kriege nach den lokalen Verhältnissen angewandten Usancen und die um maximal 40 % erhöhten Vorkriegspreise (Nutzungsperiode 1938/39).

VII. Imprägnierstangenholz.

A. Sortierung.

Die Imprägnierstangen werden grundsätzlich nach den Bestimmungen der Langholzfortierung klassiert. In Kantonen, in welchen bereits früher besondere Abmachungen zwischen Produzenten und Imprägnieranstalten bestanden, können dieselben mit Genehmigung der Eidgenössischen Preiskontrollstelle bestehen bleiben.

B. Höchstpreise.

Die Höchstpreise für die Lieferung von Imprägnierstangen werden wie folgt festgesetzt:

Holzklasse	Preis per m ³
3	Fr. 52.80
4	„ 47.60
5	„ 47.60

1. Diese Preise verstehen sich für Holz nächste Bahnstation verladen, Holz über der Rinde auf den Zentimeter gemessen mit 8 % Rindenabzug.

2. Nach Langholz sortierte und nachträglich ausgeformte Stangen verbleiben für die Preisberechnung in der ursprünglichen Langholzklasse. Wo bisher für das Ausformen eine Sonderentschädigung üblich war, kann diese weiterhin in der Höhe von maximal Fr. 1.30 per Kubikmeter verlangt werden.

VIII. Brennholz.

A. Sortierung.

- a) Spalten (aufgespaltene Prügel von mindestens 14 cm Durchmesser am dünnern Ende).

- b) Prügel (Prügel von 7—13 cm Durchmesser am dünnern Ende).
- c) Astholz (Neste und Prügel von 3—6 cm Durchmesser).
- d) Wellenmaterial.
- e) Sägereiabfälle.

B. Verschiedene Bestimmungen.

- a) Das Holz ist sorglich wagrecht aufzuschichten, um die Zwischenräume auf ein Mindestmaß herabzudrücken: getrennt nach Holzarten, nach Sortimenten (Spalten, Rundholz usw.) und nach Qualität (gesundes oder faules Holz).
- b) die Beigen sind beidseitig mit in den Boden gerammten oder mit Bändern verbundenen Pfählen zu stützen. Als Unterlage für die Beigen sind Spalten und Prügel zu verwenden und wagrecht auf den Boden zu legen.
- c) Krummes Holz ist zuoberst auf die Beige zu legen.
- d) Beim Aufschichten ist den Beigen ein Uebermaß von mindestens 5 cm auf 1 m Höhe zu geben.
- e) Das Stermaß ist nur mit einer Dezimale anzugeben.
- f) Bei **Kreuzbeigen** ist pro Beige ein Längenabzug von 25 cm zu machen. Sämtliche Spalten oder Prügel müssen auch in der Kreuzbeige genau 1 Meter lang sein.

C. Höchstpreise.

- a) Für Lieferungen ab nächster Normalspurbahnstation.

Holzart	Spalten	Prügel	Neste
	Fr.	Fr.	Fr.
1. Buche, Hagebuche	34.—	31.—	27.—
2. Eiche, Ahorn, Birke, Eiche, Obstbaum, Akazie, Edelkastanie	29.—	26.—	24.—
3. Lärche, Föhre	27.—	24.—	24.—
4. Arve, Fichte, Tanne, Linde, Erle	25.—	22.—	Q 20.— N 22.—
5. Pappel, Weide, Haselnuß, Roßkastanie	23.—	20.—	18.—

	Reine Scheiterwellen	Astwellen	Schwarten	Andere Sägereiabfälle
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.
1. Buche, Hagebuche	23.—	18.—	27.—	24.—
2. Eiche, Ahorn, Birke, Eiche, Obstbaum, Akazie, Edelkastanie	20.—	15.—	24.—	21.—
3. Lärche, Föhre		20.—	22.—	19.—
4. Arve, Fichte, Tanne, Linde, Erle		Q 11.— N 18.—	20.—	17.—
5. Pappel, Weide, Haselnuß, Roßkastanie		9.—	18.—	15.—

b) Für Lieferungen ab nächster Schmalspurbahnstation.

Holzart	Spalten	Prügel	Neste
	Fr.	Fr.	Fr.
1. Buche, Hagebuche	33.—	30.—	26.—
2. Eiche, Ahorn, Birke, Eiche, Obst- baum, Akazie, Edelkastanie	28.—	25.—	23.—
3. Lärche, Föhre	26.—	23.—	23.—
4. Arve, Fichte, Tanne, Linde, Erle	24.—	21.—	Q 19.— N 21.—
5. Pappel, Weide, Haselnuß, Roß- kastanie	22.—	19.—	17.—

	Reine Scheiterwellen	Astwellen	Schwarten	Andere Sägereiabfälle
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.
1. Buche, Hagebuche	22.—	17.—	26.—	23.—
2. Eiche, Ahorn, Birke, Eiche, Obst- baum, Akazie, Edelkastanie	19.—	14.—	23.—	20.—
3. Lärche, Föhre		19.—	21.—	18.—
4. Arve, Fichte, Tanne, Linde, Erle		Q 10.— N 17.—	19.—	16.—
5. Pappel, Weide, Haselnuß, Roß- kastanie		8.—	17.—	14.—

Q = Laubholz. N = Nadelholz.

- c) Für geschältes Eichenbrennholz kann ein Zuschlag von Fr. 3.— per Ster verrechnet werden.
- d) Für Brennholz, welches nicht bahnverladen wird, ist pro Ster ein Abzug von Fr. 1.— zu machen.
- e) Rundlinge und Prügel von Buche und Birke müssen ringsum geflekt werden.
- f) Diese Preise verstehen sich per Ster gesundes Brennholz, ausgerüstet nach vorerwähnten Vorschriften, verladen auf Eisenbahnwagen nächste Bahnstation.
- g) Bei Verlad von Brennholz auf die Monthey-Champéry-Bahn gelten die unter 1 aufgeführten Preise.

D. Umrechnungsfaktoren zur Ermittlung der Wellenhöchstpreise.

Die in obiger Tabelle enthaltenen Preise per Ster Wellenmaterial sind zur Festlegung der Preise pro 100 Stück Wellen mit folgenden Umrechnungsfaktoren zu multiplizieren:

Ausmaß		Umrechnungsfaktor
Länge	Umfang	für 100 Wellen
50	60	1,8 Ster
60	60	2,1
60	70	2,6
60	80	3,1
70	70	2,9

Ausmaß		Umrechnungsfaktor
70	80	3,6
70	90	4,3
80	80	4,0
80	90	4,9
80	100	5,8
90	90	5,4
90	100	6,5
100	100	7,1

Für Wellendimensionen, welche in dieser Tabelle nicht aufgeführt sind, sind die Preise entsprechend festzusetzen.

E. Allfällige Zuschläge.

1. **Trockenzuschlag.** Wird Brennholz guter Qualität an trockenen, luftigen Orten sachgerecht gelagert*), so darf vom Beginn der Lagerung, frühestens aber vom 1. April an und während höchstens sechs Monaten, ein Trockenzuschlag von 30 Rp. pro Ster und pro ganzen Monat verrechnet werden.

2. Zuschläge für Sammelager*).

- unabgeschermt:** Erfolgt die sachgerechte Lagerung*) unabgeschermt in einem Sammelager, so darf höchstens ein Zuschlag von Fr. 1.50 pro Ster für allfällige Mehrtransporte, für Auf- und Abladen, sowie für das Aufschichten verrechnet werden.
- abgeschermt*):** Erfolgt die sachgerechte Lagerung abgeschermt, in einem Sammelager (frei oder in Schuppen), so darf für allfällige Mehrtransporte, für Auf- und Abladen, sowie für das Aufschichten und Abshermen höchstens der Betrag von Fr. 2.— pro Ster verrechnet werden.
- Nachweis der durch das Sammelager verursachten Kosten:** Damit der Betrag von Fr. 1.50, resp. Fr. 2.— verrechnet werden kann,

*) **Definition der Begriffe „Sammelager“, „sachgerechte Lagerung“ und „Abshermung“.**

- „Sammelager“:** Als Sammelager ist ein Lagerplatz oder Lager-schuppen zu verstehen, wo Holz regionen- oder gemeindeweise zusammengezogen wird.
- „sachgemäße Lagerung“:** Bedingungen:
 - Falls keine Schuppen vorhanden sind, muß das Holz an trockenen, luftigen und sonnigen Orten aufgeschichtet werden.
 - Die Holzbeigen müssen sowohl im Freien wie in Schuppen so aufgeschichtet werden, daß zwischen Boden und Beige 30 cm Abstand bestehen und von Beige zu Beige mindestens 50 cm Zwischenraum vorhanden sind.
- „Abshermung“:** Holz gilt nur als abgeschermt, wenn durch das Abdeckungsmaterial jeglicher Trauf auf die Holzbeige verhindert wird.

müssen die durch die Zwischenlagerung entstandenen zusätzlichen Kosten für Transporte, Auf- und Abladen, sowie für Aufsichten und Abschermen, welche üblicherweise und ohne Sammelager nicht entstanden wären, nachgewiesen werden.

3. Gesamtzuschläge.

Aus 1, 2 a) und 2 b) gehen somit folgende Gesamtzuschläge hervor:

- | | |
|--|----------------------|
| a) Für Trockenzuschlag nach 6 Monaten Lagerung | pro Ster
Fr. 1.80 |
| b) Für Holz, das während 6 Monaten in einem Sammel-
lager sachgerecht, aber unabgeschermt gelagert wurde | Fr. 3.30 |
| c) Für Holz, das während 6 Monaten in einem Sammel-
lager sachgerecht und abgeschermt gelagert wurde | Fr. 3.80 |

IX. Rohgasholz.

Für Sortimenten, welche zur Herstellung von Gasholz dienen, gelten die entsprechenden Brennholzhöchstpreise.

Schlussbestimmungen.

1. Rechnungstellung.

- Aus den Verkaufsverträgen oder Verkaufsprotokollen (Holzrechnungen) muß ersichtlich sein, der Abnahmeort des Holzes, die Sortierung, welche angewandt wurde, ferner die Anzahl Kubikmeter für jede Dimensions- und Qualitätsklasse, sowie der angewandte Höchstpreis pro Kubikmeter. Bei Brennholz ist ebenfalls der Abnahmeort, das Sortiment, die Holzart und der bezügliche Einheitspreis pro Ster anzugeben. Bei Differenzen zufolge Mißachtung dieser Vorschrift gilt der Höchstpreis des billigsten Sortimentes, der in der betreffenden Lieferung enthaltenen Holzart.
- Die Produzenten-Höchstpreise sind Netto-Preise. Die Verkaufs- und andere Speesen sind daher in den Produzenten-Höchstpreisen inbegriffen.
- Für Militärholzliefierungen gelten ebenfalls die oben angeführten Höchstpreise.
- Die Gebühren der kant. Zentralstelle für Holz sind in den Produzenten-Höchstpreisen nicht inbegriffen.
- Für Holz, welches nicht franko nächste Station verladen verkauft wird, gelten folgende Bestimmungen:

auf dem Stod verkauft:

Abzug der Rüst-, Transport- und Verladekosten.

Ab Wald oder Straße verkauft:

Abzug der Transport- und Verladekosten.

Die voraussichtlichen Rüst-, Transport- und Verladekosten sind vor dem Abschluß des Verkaufes den Interessenten bekannt zu geben.

- f) Für Nutz- und Brennholz, welches nicht bahnverladen geliefert wird, ist ein Abzug von Fr. 1.50 pro Kubikmeter resp. Fr. 1.-- pro Ster zu machen.
- g) Für Lieferungen von Brennholz aus bahnlosen Talschaften, welche für die eidg. Kontingente bestimmt sind, können die Forstinspektoren gemäß besonderen Weisungen Zuschläge bewilligen.
- h) Für Nutz- und Brennholz, welches am Produktionsort oder in der Nachbargemeinde verkauft, verwendet oder verbraucht wird, können die Höchstpreise für bahnverladenes Holz, unter Abzug von 50% der effektiven Transportkosten vom Produktionsort auf nächste Bahnstation und der Verladekosten verrechnet werden (vergleiche f.).

2. **Preiskontrolle.** Die Ueberwachung der dem Produzenten zu bezahlenden Preise ist dem Forstdienst übertragen. Die Waldbesitzer (inbegriffen die Privaten) welche beabsichtigen, einen Verkauf, gleich in welchem Umfange, zu tätigen, müssen dafür zuerst vom zuständigen Kreisforstamt eine Bewilligung verlangen und erhalten. Zu diesem Zwecke machen sie dem Kreisforstinspektor alle notwendigen Angaben. Der Kreisforstinspektor unterbreitet die Preise, 10 Tage vor jedem Verkauf oder jeder Submission, der kant. Zentralstelle für Holz zur Genehmigung.

Spätestens 5 Tage nach erfolgtem Verkauf ist der Vertrag mit Angabe der erzielten Erlöse und der Verkaufsmengen dem Kreisforstamte zu übermitteln.

3. Obige Preise haben nur Gültigkeit für Holz, das in der Nutzungsperiode 1943/44 geschlagen wird.

4. Vorbehalten bleiben die Bestimmungen des Art. 2, lit. a der Verfügung 1 des eidg. Volkswirtschaftsdepartementes vom 2. September 1939 betreffend die Kosten der Lebenshaltung und den Schutz der regulären Marktversorgung. Danach ist es unterjagt, im Inland Preise zu fordern oder anzunehmen, die unter Berücksichtigung der branchenüblichen Selbstkosten einen mit der allgemeinen Wirtschaftslage unvereinbaren Gewinn verschaffen würden.

5. Diese Verfügung berechtigt nicht zur Aufhebung oder Abänderung laufender Lieferungsverträge; deren Erfüllung richtet sich nach den vertraglichen Abmachungen und den zivilrechtlichen Bestimmungen.

6. Widerhandlungen gegen diese Verfügung werden nach den Strafbestimmungen des Bundesratsbeschlusses vom 24. Dezember 1941 über die Verschärfung der kriegswirtschaftlichen Strafbestimmungen und deren Anpassung an das schweizerische Strafgesetzbuch bestraft. Ferner wird verwiesen auf den Bundesratsbeschluss vom 12. November 1940 betreffend die vorsorgliche Schließung von Geschäften, Fabrikationsunternehmen und andern Betrieben, sowie auf die Verfügung Nr. 3 des eidg. Volkswirtschaftsdepartementes vom 18. Januar 1940 betreffend Beschlagnahme und Verkaufszwang.

7. Diese Verfügung tritt rückwirkend auf den 1. Oktober 1943 in Kraft. Gleichzeitig wird die Verfügung Nr. 1/42 vom 18. November 1942 aufgehoben.

Die vor dem Inkrafttreten der vorliegenden Verfügung eingetretenen Tatbestände werden auch fernerhin nach den bisherigen Bestimmungen beurteilt.

Sitten, den 22. Dezember 1943.

Der Vorsteher des Forstdepartementes:

A. J a m a.

114

Verfügung Nr. 7/43

betreffend Abgabe und Bezug von Rundholz.

(A. B. 1874)

Das Forstdepartement des Kantons Wallis,

Eingesehen den Staatsratsbeschuß vom 22. Dezember 1943 betreffend die Versorgung des Kantons mit Holz,

v e r f ü g t :

Art. 1. — Rundholz, inbegriffen das Grubenholz, können nur zwischen ehemaligen Lieferanten und Käufern abgegeben und bezogen werden, dies bis zu dem unter Art. 2 festgesetzten Quantum.

Art. 2. — Das Maximalquantum, das bezogen oder geliefert werden kann, wird von der kantonalen Zentralstelle für Holz, gestützt auf die vor dem Kriege (1937—39) getätigten Käufe und die sich aus den Jahren 1940—1945 ergebenden Umsatzmittel, festgesetzt. Die Bedürfnisse für neue Betriebe (Bau von Kraftwerken, Ausbeutung neuer Bergwerke jeder Art) werden von Fall zu Fall behandelt und besonders festgelegt. Soweit die Holzherzeugung genügt, ist das Zuteilungsverhältnis auf 100 % festgesetzt.

Art. 3. — Die Holzzuteilungen erfolgen nur gegen Abgabe der Karten für den Holzkauf. Jeder Betrieb (Sägereien, öffentliche Arbeitsstellen, Bergwerke usw.) müssen im Besitze der Holzkaufkarten sein, welche durch die kantonale Zentralstelle für Holz abgegeben werden. Jeder Holzkauf muß auf diesen Karten eingetragen und vom Kreisforstamt bestätigt werden.

Art. 4. — Das Holz darf nur für jene Zwecke verwendet werden, wofür es bestimmt und aufgearbeitet worden ist.

Art. 5. — Die Versteigerungen und Submissionen für Nußholz sind untersagt. An deren Stelle können Kollektivverkäufe treten, die der Verteilung des Holzes unter die berechtigten Abnehmer dienen.

Die Höchstpreisvorschriften sind einzuhalten.

Art. 6. — Die Vorschriften der Sektion für Holz betreffend die Abgabe und den Bezug von gewissen Nußholzarten und Sortimenten bleiben vorbehalten.

Art. 7. — Die Verfügung Nr. 2/42 vom 18. November 1942 ist aufgehoben.

Sitten, den 22. Dezember 1943.

Der Vorsteher des Forstdepartementes:

A. F a m a.

115

Verfügung Nr. 8/43

**des kant. Forstdepartementes betreffend Abgabe und Bezug
von Brennholz.**

(N. B. 17/1944)

Das Forstdepartement des Kantons Wallis,

Eingesehen den Staatsratsbeschluß vom 22. Dezember 1943 betreffend die Versorgung des Kantons mit Holz,

v e r f ü g t :

Art. 1. — **Bereitstellung von Brennholz.** Die Bewilligungen zum Schlagen von Brennholz zum Verkaufen werden vom Staatsrat, vom Forstdepartement oder vom Kreisforstamt erteilt.

Die Bewilligungen zum Schlagen von Brennholz zur Verteilung oder zum eigenen Gebrauch werden von den Kreisforstinспекtoren erteilt.

Art. 2. — Die Waldeigentümer, welche eine Schlag- und Verkaufsbewilligung für Brennholz erhalten haben, sind verpflichtet, die Menge des ausgerüsteten Holzes vor dem Verkauf dem Kreisforstinспекtor zu melden. Der Kreisforstinспекtor bestimmt alsdann, an wen dieses Holz abzugeben ist.

Art. 3. — Die zum Brennholzhandel ermächtigten Personen, wie alle jene, welche Holzabfälle aus ihren eigenen Betrieben verkaufen, sind verpflichtet, über alles gekaufte, verkaufte und gelagerte Holz Buch zu führen. **Auf Ende jeden Monats haben die Händler die von ihnen eingezogenen Holzkaufs-Bezugscheine dem Gemeinde-Brennstoffamt ihres Wohnortes mit einem gleichzeitigen vollständigen Bericht über das gelieferte und gelagerte Brennholz abzugeben.**

In diesem Bericht muß jede Brennholzart für sich gesondert angeführt werden. Die vom Gemeindeamt geprüften Berichte sind nachher und zwar spätestens bis zum 5. jeden Monats dem kantonalen Holzamt zuzustellen.

Art. 4. — **Meldepflicht.** Es haben Bericht abzustatten:

1. An die Kreisforstinспекtoren:

- a) alle Waldbesitzer (Gemeinden, Geseilschaften, Private usw.), die eine Schlagbewilligung für zum Verkaufe bestimmtes Holz erhalten haben, sobald dieses ausgerüstet und aufgestellt ist;

b) sämtliche Gemeindebrennstoffämter melden den Gesamtbedarf an Brennholz ihrer Gemeinde, gestützt auf die einschlägigen Brennholzrationierungsvorschriften, für jede Heizungsperiode. Erstmals am **15. April 1944**. Die Vorräte des Handels sind genau anzugeben.

2. An die Gemeinde-Brennstoffämter:

- a) die Revierförster über das an die Rechtshabenden abgegebene Verteilungs- oder Losholz und über das zum Eigenbedarf in den Privatwäldern angezeichnete Brennholz;
- b) die Brennholzhändler wie auch die Personen, welche Holzabfälle gemäß Art. 3 aus ihren eigenen Betrieben verkaufen;
- c) die Eigentümer, welche auf ihrem eigenen Boden Frucht- oder Zierbäume für den Eigenbedarf schlagen.

Art. 5. — Rationierungsausweise und Zuteilungsverfügungen.

- a) Folgende Gemeinden sind der Holzrationierung nicht unterworfen: Birgisch, Greich, Betten, Goppisberg, Martisberg, Bellwald, Gütet, Feschel, Erschmatt, Bratsch, Saas-Balen, Embd und Staldenried.
- b) In allen unter Absatz a nicht erwähnten Gemeinden kann die Brennholzabgabe an die Verbraucher nur gegen Abgabe des vom Gemeinde-Brennstoffamte ausgestellten Rationierungsausweises erfolgen.
- c) Die Gültigkeitsdauer der Rationierungsausweise geht bis zum **30. April 1944**.
- d) Der Brennholzkäufer hat die Rationierungsausweise dem Lieferanten bei der Bestellung oder spätestens beim Bezug des Holzes abzugeben.
- e) Losholz darf nur soweit abgegeben werden, als der Verbraucher eine Bezugsberechtigung nachweisen kann.
- f) **Die Rationierungsausweise sind persönlich und daher unübertragbar.**

Art. 6. — Ausnahmebestimmungen. Keine Rationierungsausweise benötigen:

- 1. die Selbstversorger (Waldbesitzer, Sägereien, Holzverarbeitende Betriebe, Obstbaumgarten- und Parkbesitzer) für das ihrem eigenen Bedarf entsprechende, der eigenen Liegenschaft oder dem eigenen Betriebe entstammende Brennholz.

Die kantonalen Brennstoffämter sind berechtigt, den Verbrauch überprüfen zu lassen, ihn wenn nötig einzuschränken und das frei werdende Holz andern Verbrauchern zuzuteilen. Das aus der eigenen Produktion bezogene Holz ist am Gesamtbrennstoffanspruch anzurechnen;

- 2. die Sammler von Lesehholz für den eigenen Verbrauch;
- 3. die Bewohner der unter Art. 5, lit. a genannten Gemeinden.

Art. 7. — Bezugsvorschriften. Die Brennstoffzuteilungen erfolgen auf Grund der Ausführungsbestimmungen der Sektion für Kraft und Wärme zu den Verfügungen des Kriegs-Industrie- und Arbeitsamtes über die Landesversorgung mit festen Brennstoffen vom **25. Mai 1943**.

Art. 8. — Brennholzsteigerungen und Brennholzsubmissionen sind verboten.

Art. 9. — Verfügung Nr. 3/42 des Forstdepartementes vom 18. November 1943 ist aufgehoben.

Sitten, den 31. Dezember 1943.

Der Vorsteher des Forstdepartementes:

A. J a m a.

116

Verfügung Nr. 9/43

**des kant. Forstdepartements betreffend Holzhandelspatente
für die Nutzungsperiode 1943—1944.**

(M. B. 1875)

Das Forstdepartement des Kantons Wallis,
Eingesehen den Staatsratsbeschluß vom 22. Dezember 1943 betreffend die Versorgung des Kantons mit Holz,
v e r f ü g t :

Art. 1. — Die während der Nutzungsperiode 1942—1943 ausgestellten Holzhandelspatente werden auf den 31. Dezember 1943 außer Kraft gesetzt.

Art. 2. — Die Holzhandelspatente, gültig für die Nutzungsperiode 1943—1944, sind bis 10. Januar 1944 einzulösen. Nach diesem Datum werden keine Patente mehr ausgestellt.

Art. 3. — Holzhandelspatente werden nur an die bisherigen Inhaber ausgestellt.

Sitten, den 24. Dezember 1943.

Der Vorsteher des Forstdepartementes:

A. J a m a.

117

Verfügung Nr. 10/43

betreffend die Höchstpreise für den Kleinhandel mit Brennholz.

(M. B. 15/1944)

Das Forstdepartement des Kantons Wallis,
Eingesehen den Staatsratsbeschluß vom 22. Dezember 1943 betreffend die Versorgung des Kantons mit Holz,

Eingesehen den Entscheid der eidg. Preiskontrollstelle vom 5. November 1943,

v e r f ü g t :

Art. 1. — Nur die Inhaber des Holzhandelspatentes sind berechtigt, Brennholz zu kaufen, um es zu den nachstehend festgesetzten Preisen wiederzuverkaufen.

Art. 2. — Für den direkten Brennholzverkauf des Produzenten an den Konsumenten gelten die in der Verfügung 6/43 des Forstdepartementes vom 22. Dezember 1943 festgesetzten Preise.

Art. 3. — Der Kanton ist in zwei Preiskreise eingeteilt:

Kreis 1 bilden die Gemeinden Siders, Chippis, Sitten, Martinach-Stadt, -Burg und -Combe, Batiaz, St. Moritz und Monthey.

Kreis 2 bilden alle unter Ziffer 1 nicht angeführten Gemeinden.

Art. 4. — **Preiskreis 1.** Verkaufsbedingungen.

	Spalten	Prügel	Aeste	Astwellen	Schwarten	Andere Sägereiabfälle
1. Höchstprieje:	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.
Buche, Hagebuche, Eichenhätholz	39.—	36.—	34.—	25.—	31.—	28.—
Eiche, Ahorn, Ulme						
Eiche, Birke, Obstbaum						
Kastanie, Edelkastanie	36.—	33.—	31.—	22.—	28.—	25.—
Lärche, Föhre	34.—	31.—	31.—	27.—	26.—	23.—
Arve, Fichte, Tanne	32.—	29.—	27.—	18.—	24.—	21.—
Linde, Erle			R 29.—	R 25.—		
Pappel, Weide, Haselnuß, Korkkastanie	30.—	27.—	25.—	16.—	22.—	19.—

2. Die unter Ziffer 1 angeführten Preise gelten für einen Ster nicht aufgearbeitetes und zerkleinertes, dagegen vom Händler ab Lager an den Verwendungsort des Konsumenten geliefertes Holz, das wenigstens seit 5 Monaten geschlagen ist.

3. Für auf 20 cm aufgesägtes und gespaltenes Holz erhöhen sich die oben angeführten Preise um Fr. 6.— pro Ster.

4. Die für Buche, Hagebuche und geschälte Eiche festgesetzten Preise erhöhen sich für die Ortschaften Siders, Chippis und Sitten um 3 Franken pro Ster.

5. Für das beim Händler ab Lager bezogene Holz reduzieren sich die angegebenen Preise um Fr. 2.50 pro Ster.

Art. 5. — **Verkauf von Brennholz nach Gewicht.** Der Verkauf von Brennholz nach Gewicht ist nur in den Gemeinden des Preiskreises 1 gestattet.

Verkaufsbedingungen.

1. Höchstprieje:

Holzarten

Preis für 100 kg

- | | |
|---|----------|
| a) Buche, Hagebuche, geschälte Eiche | Fr. 10.— |
| b) andere Holzarten und Lärche (Eiche, Eiche, Ahorn, Birke, Kirschenbaum, Obstbäume) | „ 9.— |
| c) Nadelholz und weiche Laubholzarten (Tanne, Fichte, Linde, Ulme, Kastanie, Haselnuß, Erle, Pappeln und Weide) | „ 11.— |

2. Diese Preise beziehen sich auf Holz, das auf 20 cm aufgesägt und gespalten und wenigstens seit 5 Monaten geschlagen ist und vom Händler ins Haus geliefert wird.

3. Für das direkt beim Händler ab Lager bezogene Holz reduzieren sich die angeführten Preise um 50 Rp. pro 100 Kilo.

4. Die für die Buche, Hagebuche und geschälte Eiche festgesetzten Preise erhöhen sich für die Ortschaften Siders, Chippis und Sitten um 55 Rp. die 100 Kilo.

5. Höchstgewicht pro Ster:

Holzarten	a) 520 kg
	b) 500 kg
	c) 350 kg

Für Holz, dessen Stergewicht die hier angegebenen Höchstgewichte übersteigt, sind die Preise verhältnismäßig herabzusetzen.

Art. 6. — Preisreis 2. Verkaufsbedingungen.

	Spalten	Prügel	Aeste	Astwellen	Schwarten	Andere Sä- gereiabfälle
1. Höchstpreise:	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.
Buche, Hagebuche						
Eichenschälholz	38.50	35.50	33.50	24.50	30.50	27.50
Eiche, Ahorn, Ulme						
Eiche, Birke, Obstbaum						
Alfaze, Edelkastanie	35.50	32.50	30.50	21.50	27.50	24.50
Lärche, Föhre	33.50	30.50	30.50	26.50	25.50	22.50
Arve, Fichte, Tanne						
Linde, Erle	31.50	28.50	26.50	17.50	23.50	20.50
			28.50	24.50		

Bappel, Weide, Hasel- nuß, Koffkastanie	29.50	26.50	24.50	15.50	21.50	18.50
--	-------	-------	-------	-------	-------	-------

2. Die unter Ziffer 1 angeführten Preise gelten für einen Ster nicht aufgearbeitetes und zerkleinertes, dagegen vom Händler ab Lager an den Verwendungsort des Konsumenten geliefertes Holz, das wenigstens seit 5 Monaten geschlagen ist.

3. Für auf 20 cm aufgesägtes und gespaltenes Holz erhöhen sich die oben angeführten Preise um Fr. 5.50 pro Ster.

4. Die für geschälte Eiche festgesetzten Preise erhöhen sich um 3 Fr. pro Ster.

5. Für das beim Händler ab Lager bezogene Holz reduzieren sich die angegebenen Preise um Fr. 2.— pro Ster.

Art. 7. — Der Verkauf des Holzes nach Gewicht ist im Preisreis 2 verboten.

Art. 8. — Schlußbestimmungen.

Verbot unvereinbarer Gewinne. Vorbehalten bleiben die Bestimmungen des Art. 2, lit. a der Verfügung 1 des eidg. Volkswirtschaftsdepartementes vom 2. September 1939 betreffend die Kosten der Le-

benshaltung und den Schutz der regulären Marktversorgung; danach ist es untersagt, im Inland Preise zu fordern oder anzunehmen, die unter Berücksichtigung der branchenüblichen Selbstkosten einen mit der allgemeinen Wirtschaftslage unvereinbaren Gewinn verschaffen würden.

Widerhandlungen gegen diese Verfügung werden nach den Strafbestimmungen des Bundesratsbeschlusses vom 24. Dezember 1941 über die Verschärfung der kriegswirtschaftlichen Strafbestimmungen und deren Anpassung an das schweizerische Strafgesetzbuch bestraft. Ferner wird verwiesen auf den Bundesratsbeschluss vom 12. November 1940 betreffend die vorsorgliche Schließung von Geschäften, Fabrikationsunternehmungen und andern Betrieben, sowie auf die Verfügung 3 des eidg. Volkswirtschaftsdepartementes vom 18. Januar 1940 betreffend Beschlagnahme und Verkaufszwang.

Inkrafttreten.

Diese Verfügung tritt am 31. Dezember 1943 in Kraft.

Die vor dem Inkrafttreten der vorliegenden Verfügung eingetretenen Tatbestände werden auch fernerhin nach den bisherigen Bestimmungen beurteilt.

Die Verfügung 5/42 des Forstdepartementes vom 11. Dezember 1942 wird aufgehoben.

Sitten, den 28. Dezember 1943.

Der Vorsteher des Forstdepartementes:

A. J a m a.



Inhaltsverzeichnis

	Seite
Gesetz über die Polizei der Wälder vom 30. Mai 1803	11
Gesetz über die Erhaltung und Verbesserung der Wälder . . .	21
Gesetz über den Verkauf der Wälder, Fällung, Flößung und Ausfuhr des Holzes	26
Gesetz über die Fällung, Flöße und Ausfuhr des Holzes . . .	34
Zusatz-Gesetz zu jenem vom 18. Dezember 1832 über die Aus- fuhr des Holzes	39
Forstgesetz vom 1. Juni 1850	42
Forstgesetz vom 27. Mai 1873	64
Gesetz vom 20. Mai 1880	90
Gesetz vom 29. Wintermonat 1883, bestimmend die Uebertre- tungen des Forstgesetzes, welche den Charakter eines Ver- gehens annehmen	105
Forstgesetz vom 11. Mai 1910 betreffend Vollziehung des Bun- des-Gesetzes vom 11. Oktober 1902	120
Forstgesetz vom 22. Februar 1919 betreffend die Verproviantie- rung mit Brennholz	154
Gesetz vom 6. Juli 1932 über die Wasserläufe	188
Dekret vom 23ten November 1839, welches den 21sten Artikel des Finanz-Systems, in Hinsicht der Holzausfuhr, abän- dert	40
Forstreglement vom 1. Juli 1853	49
Dekret vom 22. Mai 1875 zur Bestimmung des Tarifs der Ver- waltungsakte	84
Dekret vom 23. November 1878 betreffend die Holzschlag- und Flößbewilligungs-Gebühren	88
Beschluß vom 19. Mai 1883, Abänderung des Forstgesetzes vom 20. Mai 1880	106
Dekret vom 24. November 1893 über theilweise Abänderung des- jenigen vom 23. November 1878 betreffend die Holz- schlags- und Flößbewilligungs-Gebühren	116
Verwaltungs-Reglement vom 23. März 1911	139
Dienstreglement für die Revierförster	172
Reglement betreffend die Ausbeutung und den Verkauf des Holzes in den öffentlichen Waldungen	188
Auszug aus dem Reglement über die Feuerpolizei vom 10. Mai 1938	197
Reglement vom 26. November 1943 betreffend die Benutzung des Kantonalen Aufforstungsfonds	264
Abshluß, den Abhau des Schlagholzes für Wasserdämme am Rhodan und an Bergströmen verbiethend	13

Abjchluß, Verboth das hochstammige Holz auszuführen	14
Abjchluß, verbiotend die zur Errichtung der Wehrinnen geeigneten Waldungen zu fällen oder urbar zu machen	15
Einladung (betreffend Ausfuhr von Holz)	16
Abjchluß über das Holzflößen	17
Amtsbericht	19
Abjchluß über das Holzflößen	20
Abjchluß, die Verfügungen enthaltend, um die Ankäufe sowohl der Gemeinde- als Partikular-Förste zu beurkunden, nebst Verboth, ohne Berechtigung der Regierung neue Holzjällungen zu unternehmen	25
Beschluß vom 12. Dezember 1840 betreffend die berechtigte Holzjausfuhr	41
Beschluß vom 6ten Mai 1846 über die Holzjausfuhr	42
Beschluß vom 25. Hornung 1854 über die Einnahme der Ertragssteuer der Waldungen	58
Beschluß vom 1. Oktober 1857 betreffend die Einkommenssteuer und Schlaggebüßr des Holzes	59
Beschluß vom 12. Mai 1858 über die Benützung der zur Gerberlohe geeigneten Rinden	61
Beschluß vom 7. Januar 1869 in Betreff der Steuer auf den Ertrag und die Schlaggebüßren der Wälder	62
Forstordnung vom 11. August 1874	72
Beschluß vom 26. Hornung 1875, regelmäße Baumpflanzungen an den Ufern der Rhone verordnend	83
Beschluß vom 10. Heumonats 1876 betreffend den Einzug der Holzschlag- und Flößbewilligungs-Gebüßren	86
Forstordnung vom 12. Februar 1881	91
Beschluß vom 19. Mai 1883 betreffend Abänderung des Art. 2 des Forstreglementes vom 12. Februar 1881	112
Beschluß vom 31. Oktober 1901 betreffend die durch den Rückkauf der Forstdienstbarkeiten verursachten Schätzungs-kosten	116
Beschluß vom 26. Mai 1905 betreffend Abänderung des Art. 1 der Forst-Ordnung vom 12. Februar 1881	117
Beschluß vom 26. Juli 1905 betreffend die Kataster-Schätzungen der Hochwaldungen	118
Beschluß vom 9. März 1917 betreffend Verbot des Schlagens der Kastanienbäume	149
Beschluß vom 19. Oktober 1917 betreffend die Versorgung mit Brennholz	150
Beschluß vom 12. November 1918 betreffend den land- und forstwirtschaftlichen Liegenjchaftsverkehr	153
Beschluß vom 21. Juni 1919, denjenigen vom 9. März 1917 betreffend Verbot des Schlagens von Kastanienbäumen widerrufend	155
Gehaltserhöhung der Revierförster	156

	Seite
Staatsratsbeschuß betreffend die Bildung neuer Forstkreise vom 10. Oktober 1919	156
Das Schlagen von Kastanienbäumen	156
Beschluß vom 30. November 1920, in Aufhebung der Artikel 16 und 17 des Beschlusses vom 19. Oktober 1917 betreffend Sammeln von Leseholz	156
Verordnung vom 10. Oktober 1922 betreffend Verbot des Weidganges für Kleinvieh im Aletschwald	157
Anstellung von Forsteinrichtern	172
Beschluß vom 19. Juli 1928 betreffend Verbot, in den Wäldern zu rauchen und zu feuern	177
Beschluß vom 7. September 1928 betreffend die Organisation von Wiederholungstursen für im Dienst stehende Revierförster	178
Beschluß vom 29. März 1929 betreffend die Schaffung von Forstgärten	179
Beschluß vom 13. Mai 1929 betreffend das Sammeln von Streue	180
Beschluß vom 25. Juli 1929, durch welchen das Rauchen und Feuern in den Wäldern untersagt wird	182
Beschluß vom 12. April 1933 betreffend das Verbot, trockenes Gras und Gestrüpp in Brand zu stecken	191
Beschluß vom 5. Mai 1933, durch den der Aletschwald in Gemäßheit des Art. 186 des Walliser Einführungsgesetzes zum Schweiz. Zivilgesetzbuch als absolute „Reservation“ und „Naturdenkmal“ erklärt und unter Schutz gestellt wird	192
Beschluß vom 3. April 1936 über den Schutz der wildwachsenden Pflanzen	193
Beschluß vom 2. April 1938, womit das Rauchen und Feueranfachen in den Wäldern und das Anzünden von dürrer Gras und Gebüsch auf den Feldern verboten wird	195
Rodungsgebühren	196
Beschluß vom 5. Juni 1940 betreffend den Holzhandel	198
Beschluß vom 29. August 1940 über die Ausbeutung und den Verkauf von Kastanienholz	199
Beschluß vom 12. November 1940 betreffend die Versorgung des Landes mit Holz	200
Beschluß vom 14. Januar 1942 betreffend die Schaffung der kantonalen Zentralstelle für Holz	215
Beschluß vom 23. Januar 1942 über den Gebührentarif der kantonalen Zentralstelle für Holz	217
Beschluß vom 13. Februar 1942 betreffend den Holzhandel im Kanton Wallis	219
Beschluß vom 14. Juli 1942 über den Gebührentarif der kantonalen Zentralstelle für Holz	223
Beschluß vom 13. November 1942 betreffend die vorübergehende Erhöhung der Gehälter der Revierförster	226

Beschluß betreffend die Erhebung der Taxen für die Holzschlag- und Holzverkaufsbewilligungen vom 14. Dezember 1942	227
Beschluß vom 13. November 1942 betreffend die Versorgung des Landes mit Holz	228
Beschluß vom 13. November 1942 betreffend das Sammeln von Leseholz in den Wäldern des Kantons	230
Beschluß vom 13. November 1942 betreffend den Holzhandel im Kanton Wallis	232
Beschluß vom 13. November 1942 betreffend den Transport von Holz, Holzkohle und Torf	234
Beschluß vom 24. November 1942 betreffend die Holzkohlenproduzenten im Kanton Wallis	260
Auszug aus dem Protokoll des Staatsrates	262
Beschluß vom 28. Juli 1943 betreffend die Regelung des Sammelns der Heidelbeeren und der Pilze	263
Beschluß vom 22. Dezember 1943 betreffend die Holzversorgung im Kanton	265
Verordnung vom 15. Mai und 19. Mai 1883 betreffend die Vermarkungen der Waldungen des Kantons Wallis	110
Verordnung betreffend die Vermarkung der Waldungen des Kantons Wallis vom 19. April 1892	113
Verfügung Nr. 1 über die Rund- und Brennholz-Produzentenhöchstpreise	202
Verfügung Nr. 2 betreffend die Aufrüstung des Brennholzes	204
Verfügung Nr. 3 über die Ausbeutung und den Verkauf von Kastanienholz	205
Verfügung Nr. 4	206
Verfügung Nr. 5	209
Verfügung Nr. 6 über die Rund- und Brennholz-Produzentenhöchstpreise für die Ruhungsperiode 1941/42	211
Verfügung Nr. 7 betreffend den Transport von Fichtenrinde	222
Verbot des Heidelbeerpflückens im Aletschwald	225
Holzverkohlung im Walde	236
Verfügung Nr. 1/42 über die Ruh- und Brennholz-Produzentenhöchstpreise für die Ruhungsperiode 1942—1943	237
Verfügung Nr. 2/42 vom 18. November 1942 betreffend Abgabe und Bezug von Rundholz	251
Verfügung Nr. 3/42 des kantonalen Forstdepartementes betreffend Abgabe und Bezug von Brennholz	252
Verfügung Nr. 4/42 betreffend Holzhandelspatente für die Ruhungsperiode 1942/1943	257
Verfügung Nr. 5/42 betreffend die Höchstpreise für den Kleinhandel mit Brennholz der Ruhungsperiode 1941/42	257
Verbot des Heidelbeerpflückens im Aletschwald	261
Auszug aus dem Protokoll des Staatsrates	262
Verfügung Nr. 1/43 betreffend das Sammeln und den Handel mit Tannzapfen	268

	Seite
Verfügung Nr. 2/43 des kant. Forstdepartements betreffend das Sammeln von Leieholz in den Wäldern des Kantons	269
Verfügung Nr. 3/43 des kant. Forstdepartements betreffend den Holzhandel im Kanton Wallis	270
Verfügung Nr. 4/43 des kantonalen Forstdepartements betreffend den Transport der Forstprodukte	272
Verfügung Nr. 5/43 des kant. Forstdepartements betreffend die Holzverkohlung im Walde	273
Verfügung Nr. 6/43 über die Nutz- und Brennholz-Produzentenhöchstpreise für die Nutzungsperiode 1943—44	274
Verfügung Nr. 7/43 betreffend Abgabe und Bezug von Rundholz	291
Verfügung Nr. 8/43 des kant. Forstdepartements betreffend Abgabe und Bezug von Brennholz	292
Verfügung Nr. 9/43 des kant. Forstdepartements betreffend Holzhandelspatente für die Nutzungsperiode 1943/1944	294
Verfügung Nr. 10/43 betreffend die Höchstpreise für den Kleinhandel mit Brennholz	294
Instruktionen betreffend die Einführung des Metermaßes zum Gebrauche der Verwaltungen, Forstbeamten, Partikularen und des Handels	85
Dienstinstruktion für die Revierförster des Kantons Wallis vom Juli 1882	106
Auszug aus dem Gesetz vom 24. November 1891 betreffend Errichtung und Revision der Register der Kapital- und Einkommensteuer	113
Instruktionen für die Betriebseinrichtung öffentlicher Waldungen vom 24. August 1923	158
Maßentafel	168
Höhentabelle	170
Einleitung	5



